



Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	4
Grundsätzliches	6
Was ist Rechtsextremismus?	6
Was ist Nationalismus?	8
Was ist Faschismus?	9
Was ist Nationalsozialismus?	10
Was ist Rassismus?	12
Was ist Antisemitismus?	14
Destruktive Mythen im Rechtsextremismus?	16
Gibt es eine gute Mitte?	19
Gibt es eine „natürliche“ Gesellschaftsordnung?	21
Rechtsextremismus und das Grundgesetz?	22
Sind Demonstrationsblockaden legal?	23
Warum liegt das Gewaltmonopol beim Staat?	26
Warum „Rechtsextremist“ kein harmloser Vorwurf ist	28
Was bringt Rechts- und Linksextremisten bisweilen zueinander?	29
Was ist der demokratische Verfassungsstaat?	30
Was ist politischer Extremismus?	31
Was unterscheidet Rechts- und Linksextremismus voneinander?	32
Welche Formen von Rechtsextremismus gibt es?	33
Die Rolle von Gewalt und Kampf im Weltbild von Rechtsextremisten	36
Welches Menschenbild haben Rechtsextremisten, welches Demokraten?	38
Wie gefährlich ist Rechtsextremismus?	40
Wie unterscheiden sich Rechtsextremisten von rechten Demokraten?	43
Strukturelles	45
Wie ist Rechtsextremismus in Deutschland organisiert?	45
Chancen und Risiken eines NPD-Verbots	47
Die NPD in deutschen Parlamenten: eine Bilanz	50
Die Neonazi-Szene als „soziale Bewegung“	52

Die „Pro“-Parteien.....	53
Die „White Supremacy“-Nazis in Deutschland: „Blood & Honour“ und „Hammerskins“	55
Die „neue“ NPD als parteipolitisches Zentrum des Rechtsextremismus	57
Ideologie und Ziele	59
Kapazitäten und Wählerpotenziale.....	61
Neonazi-„Kameradschaften“ und „Freie Nationalisten“	64
Neonazistische Kleinstparteien: „Die Rechte“ und „Der III. Weg“	66
Rechtsterrorismus.....	67
Subkultureller Rechtsextremismus.....	68
Was ist „intellektueller Rechtsextremismus“?	70
„Autonome Nationalisten“	72
„Nationalsozialistischer Untergrund“	74
„Reichsbürger“	76
Ziele	79
Welche Ziele verfolgen Rechtsextremisten?.....	79
Arbeitsplätze und Soziales nur für Deutsche?	80
Bausteine rechtsextremer Weltbilder	81
Demokratie und Zivilgesellschaft als „System“	82
Funktioniert Autarkie?.....	84
Grenzen des Protests – Darf man rechtsextremistische Aufmärsche blockieren? ..	85
Menschenwürde und Menschenrechte	86
Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit.....	88
Rechtsextremismus und Rechtsstaatlichkeit	90
Rechtsextremistische Kernaussagen und Gegenargumente.....	92
Was verstehen Rechtsextremisten unter „Globalismus“?	94
Wirtschaftliche und politische Autarkie	96
Wirtschafts- und Sozialpolitik	98
„Natürliche Ordnung“	99
„Schützt die Polizei Nazis?“	100
„Volksgemeinschaft“.....	102
Selbstverständnis	104

Rechtsextremismus: Anspruch und Wirklichkeit	104
Adolf Hitler und der moderne Rechtsextremismus	105
Der Zweite Weltkrieg und der Rechtsextremismus.....	107
Falsche Vorbilder	109
Falsche Vorbilder: Der „deutsche Frontsoldat“	110
Falsche Vorbilder: Die Waffen-SS	112
Falsche Vorbilder: Otto Ernst Remer	114
Falsche Vorbilder: Rudolf Heß	116
Heutiger Rechtsextremismus und der Nationalsozialismus.....	118
Holocaust und Shoa aus der Sicht von Rechtsextremisten	119
Rechtsextremismus aus der Sicht eines Ex-Neonazis: „Ich schäme mich“ – Ex- Neonazi Manuel Bauer will Jugendliche abschrecken	121
Rechtsextremismus und „Kameradschaft“: Intrigen und Gewalt unter Nazis	123
Rechtsextremismus von innen	125
Rechtsextremistische „Ordnung“: Allgemeinkriminalität	126
Was ist „Geschichtsrevisionismus“?	128
Kommunikation	130
Rechtsextremismus durchschauen	130
Demonstrationen und Aufmärsche als Mobilisierungsmittel.....	131
Der kommunale Rechtsextremist als „Stimme des Volkes“	133
Der offen sichtbare Rechtsextremismus	135
Die Clique als Ersatzfamilie	139
Informationen im Internet richtig deuten.....	141
Rechtsextreme Codes	144
Rechtsextreme Dresscodes.....	147
Rechtsextremismus als „Event“: Rechtsextreme Musik – zwischen Propaganda, Nachwuchswerbung und Profit.....	151
Rechtsextremismus erkennen.....	154
Rechtsextremismus im Fußball	155
Rechtsextremismus im Internet.....	157
Rechtsextremisten als „Kümmerer“	159
Welche rechtsextremistischen Symbole sind strafbar?.....	160

Editorial

Mit diesem Internetportal möchten wir jungen Menschen Informationen über den Rechtsextremismus zukommen lassen und Antworten auf seine Parolen anbieten. Daher sind die meisten Themen auf zentrale Inhalte konzentriert und – so hoffen wir – allgemein verständlich formuliert. Auch bei der Erklärung schwieriger Sachverhalte stehen die Verständlichkeit des Textes und die Nachvollziehbarkeit für Jugendliche im Vordergrund.

Wir erheben dabei nicht den Anspruch, umfassend alle Facetten des Phänomens Rechtsextremismus zu beleuchten. Das Portal wird jedoch laufend erweitert, vervollständigt und aktualisiert. Es soll in erster Linie zur Auseinandersetzung mit der Thematik anregen und es Interessierten ermöglichen, sich über wesentliche Themenfelder einen fundierten Überblick zu verschaffen.

Zum Hintergrund dieser Homepage

Insbesondere seit der 2011 bekannt gewordenen Mordserie des rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) wird Rechtsextremismus wieder verstärkt in der Öffentlichkeit thematisiert. Im Jahr 2015 stieg die Anzahl von Anschlägen mit fremdenfeindlichem Hintergrund auf Flüchtlingsunterkünfte drastisch. Diese Beispiele zeigen: Das aktive Eintreten gegen Rechtsextremismus und für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung bleibt ein aktuelles, wichtiges Thema, bei dem jeder gefordert ist.

Unser Portal soll das vielfach schon ausgezeichnete Informationsangebot gegen Rechtsextremismus im Internet ergänzen. Denn Engagement gegen jede Form von Extremismus, für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist die Aufgabe aller demokratischen Kräfte. Ein Blick auf die Geschichte unseres Landes zeigt: Es gibt keinen Grund, Rechts- und Linksextremismus gegeneinander „aufzurechnen“. Vielmehr geht es darum, unsere Demokratie „wetterfest“ gegen jegliche Form von Extremismus zu machen.

Demokratie ist nicht selbstverständlich: Für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte muss immer wieder aktiv etwas getan werden. Wer vor 1945 in Deutschland geboren wurde, war Zeuge der NS-Diktatur, unter der unvorstellbare Menschheitsverbrechen unter anderem aus rassistischen Gründen begangen wurden und die Millionen von Menschen Elend, Krieg und Tod brachte.

Wer nach Ende des Zweiten Weltkrieges im östlichen Teil Deutschlands, der späteren DDR, gelebt hat, musste mit Unterdrückung der Meinungs- und Reisefreiheit, staatlicher Überwachung, Repression, Gängelung, miserabler Versorgung und katastrophalen Umweltschäden zurechtkommen. Erst die friedliche Revolution von 1989/90, die am 3. Oktober 1990 in die Wiedervereinigung Deutschlands mündete, brachte allen Deutschen Freiheit und Demokratie. Doch diese Demokratie ist keineswegs selbstverständlich.

Demokratie ist ein kostbares Gut, das sich jede Generation neu erarbeiten muss. Freiheit, Demokratie und Wohlstand haben auch Feinde. Denn die ewig Gestrigen sind nicht mit dem Ende ihrer Diktaturen verschwunden. Sie gibt es in jeder Gesellschaft. Rechts- und Linksextremisten kann nur mit demokratischem Selbstbewusstsein und Engagement von uns allen begegnet werden.

Demokratie ist diejenige Ordnung, die ihren Anhängern die größte Freiheit für politische Veränderungen lässt. Das schließt selbst radikale Veränderungswünsche ein – es ist ein Wesenszug der

Demokratie, dass sie von Kritik und der steten Optimierung ihrer zweifellos vorhandenen, aber verbesserbaren Mängel lebt. Um Utopien kann man streiten, Extremismus muss man bestreiten.

Demokratie braucht Engagement. Wer sich hingegen politisch gar nicht interessiert, nimmt in Kauf, eines Tages von Personen regiert zu werden, denen Freiheit und Demokratie nichts bedeutet. Deshalb ist es notwendig, sich der zentralen Werte der Demokratie und des Wertes der Demokratie selbst bewusst zu sein. Kompetenz in demokratischen Grundwerten stärkt auch die Kompetenz gegen Extremismus und trägt zur Auseinandersetzung mit den Ideen der Feinde der Freiheit bei.

Autoren

Prof. Dr. Uwe Backes

Professor und Stellvertretender Direktor am Institut für Politikwissenschaft, TU Dresden

Dr. Harald Bergsdorf

Politikwissenschaftler und Extremismus-Forscher, Bonn

Christoph Bernstiel

Politikwissenschaftler und Kommunikationsberater, Halle

Dr. Marc Brandstetter

Autor, „Endstation Rechts“

Prof. Dr. Eckhard Jesse

(Mit-) Herausgeber des Jahrbuches Extremismus & Demokratie, Chemnitz

Jenny Kallenbrunnen

freie Journalistin

Pascal Mathéus

Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung und Masterstudent, Universität Freiburg

Gerke Minrath

Vorsitzende des Vereins Keine Gewalt gegen Polizisten e.V.

Jan Christoph Rödel

Historiker, Halle

Erik Schlegel

Wissenschaftlicher Projektmitarbeiter, Centrum für angewandte Politikforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München

Dr. Rudolf van Hüllen

Politikwissenschaftler und Extremismus-Forscher, Krefeld

Elmar Vieregge

Historiker, Köln

Grundsätzliches

Was ist Rechtsextremismus?

Rudolf van Hüllen

Zu dieser Frage gibt es in der Wissenschaft höchst vielfältige Antworten. Sie haben nicht nur mit unterschiedlichen Forschungsansätzen und politischen Perspektiven zu tun, sondern auch damit, dass Rechtsextremismus kein einheitliches Phänomen ist, sondern in ganz unterschiedlichen Erscheinungsformen daher kommen kann.

Manche Forscher mögen den Begriff „Rechtsextremismus“ überhaupt nicht, weil er impliziert, dass es eben auch „Linksextremismus“ geben kann. Einer alten Tradition der Kommunisten folgend sprechen manche von ihnen daher lieber von „Faschismus“ (siehe auch Was ist Faschismus?). Wieder andere bevorzugen Begriffe wie „radikale Rechte“ oder „extreme Rechte“ oder sprechen einfach von „Neonazismus“. Tatsächlich ist „Rechtsextremismus“ zunächst ein Behördenbegriff, der die Distanz eines bestimmten politischen Spektrums zu den wichtigsten Werten des Grundgesetzes (Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit) kennzeichnen soll. Der in der Bundesrepublik seit 1949 auftretende Rechtsextremismus lehnt die Demokratie als „undeutsch“ oder „Besatzungsdiktat“ kompromisslos ab und will sie durch ein System ersetzen, das mehr oder weniger stark an die politische Ordnung des untergegangenen Nationalsozialismus erinnert (siehe auch Was ist Nationalsozialismus?). Nur wenn rechtsextreme Ideen mit denen des Nationalsozialismus annähernd wesensgleich sind, macht es allerdings Sinn, von „Neonazismus“ zu sprechen.

Dennoch wird der Rechtsextremismus in Deutschland die Schatten des Nationalsozialismus auch dort nicht los, wo er in „weicheren“, d.h. weniger aggressiven, Formen auftritt. Deshalb lässt sich von Rechtsextremismus sprechen, wenn im Wesentlichen die folgenden Eigenschaften vorliegen:

- eine übermäßige Wertschätzung für die eigene Nation, die mit einer Abwertung anderer Staaten, Nationen oder Kulturen einhergeht (siehe auch Was ist Nationalismus?),
- eine Ablehnung der Demokratie und ihrer tragenden Grundwerte, verbunden mit einer Bevorzugung autoritärer Regierungsformen (Notstandsdiktatur, Führerstaat),
- die Vorstellung, dass Menschen in erster Linie einem Kollektiv zu dienen hätten und ihre Rechte zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung dessen Bedürfnissen generell untergeordnet werden dürften,
- die Idee, dass nicht alle Menschen die gleichen Rechte haben bzw. dass sie durch Geburt mit mehr oder weniger Wert und Würde versehen seien,
- damit verbunden eine Ablehnung und Ausgrenzung angeblich „geringwertiger“ oder „Anderer“, die sich in Feindseligkeit gegenüber Menschen anderer Hautfarbe, anderer Herkunft und Kultur, anderer sexueller Orientierung oder gegenüber Menschen mit Behinderungen oder sozialen Problemen äußert. Oft ist dieses Merkmal mehr oder weniger stark mit offenem Rassismus (siehe auch Was ist Rassismus?) und Antisemitismus (siehe auch Was ist Antisemitismus?) verbunden.

Schließlich spielt im Rechtsextremismus die Vorstellung eine wichtige Rolle, dass Gewalt in sozialen Beziehungen keine Abweichung vom Normalen, sondern vielmehr natürlich sei. Meist ist damit die Vorstellung verbunden, dass in einem natürlichen Überlebenskampf die Starken siegen und die

Schwachen untergehen (siehe auch Welche Rolle nehmen Gewalt und Kampf im Weltbild des Rechtsextremismus ein?).

Hinzu kommt ein letztes Merkmal: Rechtsextremisten neigen dazu, die Verbrechen des Nationalsozialismus, wenn auch nicht offen, zu rechtfertigen. Da dies strafbar wäre, versuchen sie stattdessen mehr oder weniger geschickt die Verbrechen zu relativieren oder zu verharmlosen. Insofern bleibt der Nationalsozialismus ein – häufig nicht offen angesprochener – Bezugspunkt des aktuellen Rechtsextremismus.

Was ist Nationalismus?

Rudolf van Hüllen

Die Nationalstaaten werden auch in einem vereinten Europa auf unabsehbare Zeit die primären Bezugspunkte politischer Ordnung bleiben. Der anscheinend zu ihnen gehörende Begriff „Nationalismus“ ist dennoch ein Anachronismus, dessen sich in erster Linie Rechtsextremisten bedienen. Warum ist das so?

„Nationalismus“, präziser noch in seiner französischen Bezeichnung „Chauvinismus“ verstehbar, kann deshalb keine vernünftige Kategorie für Demokraten sein, weil unter seinem Banner Europa und die Welt zweimal in furchtbare Katastrophen gestürzt wurden. Und es kann keinen vernünftigen Zweifel geben, dass Deutschland dabei an der Spitze marschierte: Im August 1914, bei Ausbruch der „Urkatastrophe des Jahrhunderts“, wie der amerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan den Ersten Weltkrieg nannte, waren praktisch alle in ihn verstrickten europäischen Gesellschaften davon beseelt, ihre Nation sei den anderen überlegen und daher berufen, Europa durch Krieg neu zu ordnen. Aber nur das kaiserliche Deutschland begann diesen Krieg mit einem infamen Überfall auf ein bis dahin befreundetes Nachbarland: das kleinere, militärisch schwächere und politisch neutrale Belgien.

Die Fixierung auf die „Nation“ mit der Höherschätzung der eigenen und konsequent auch der Abwertung anderer ist seit den ersten Schritten zur Europäischen Union für Demokraten kein Thema mehr (siehe auch *Wie unterscheiden sich Rechtsextremisten von rechten Demokraten?*). Rechtsextremisten hingegen konservieren den Nationalismus schon in ihrer Eigenbezeichnung und spezifischen Auslegung als „nationale Opposition“, „nationaler Widerstand“ oder „Nationale“. Sie geben schon damit kund, dass sie aus der Geschichte nicht lernen.

Zudem gehen sie von einem ethnischen Begriff der Nation aus: Deutscher kann für die NPD nur sein, wer „deutschen Blutes“ und „deutscher Abstammung“ ist. Diese Idee eines „ius sanguinis“ (Staatsbürgerschaftsrechte durch Abstammung) macht es ihnen leicht, an den „Blut und Boden“-Nationalismus der NSDAP anzuknüpfen (siehe auch *Was ist Nationalsozialismus?*). Ein „ius soli“ (Staatsbürgerschaftsrechte durch Geburtsort) oder eine Einbürgerung durch bewussten Beitritt zu einer Rechts- und Verfassungsgemeinschaft halten sie für inakzeptabel (siehe auch *„Volksgemeinschaft“*). Das ist um vieles schlimmer als ein herkömmlicher „deutsch-nationaler“ Chauvinismus, weil solches Denken eine Abwertung anderer Nationen auch noch mit einer rassistisch motivierten Abwertung ihrer Bürger verbindet.

Für Rechtsextremisten bedeutet „Nationalismus“ eben nicht nur einen berechtigten Stolz auf bestimmte Leistungen und Eigenheiten des eigenen Landes, sondern deren ungerechtfertigte Überschätzung und die diffamierende Abwertung anderer Nationen als „minderwertig“ (rechtsextremistische Diktion für Staaten mit nicht-weißer Bevölkerung), „kulturlos“ (gemünzt auf stark marktwirtschaftliche Demokratien wie die USA oder Großbritannien), als „multikultureller Völkerbrei“ (rechtsextremistische Charakterisierung der USA) oder als „Usrael“ (Bezeichnung von Rechtsextremisten für Israel).

Was ist Faschismus?

Rudolf van Hüllen

Der Begriff wird gerne – und oft mit politischer Absicht - synonym für Rechtsextremismus benutzt. Das bedeutet nicht zuletzt eine polemische Verharmlosung des aktuellen Rechtsextremismus.

Das Wort „Faschismus“ ist abgeleitet vom italienischen „fascio“ (Bündel, einem Amtszeichen der Leibwachen im antiken Rom). Die Partei und das Regime Benito Mussolinis übernahmen das Symbol und die Selbstbezeichnung für ihr seit 1922 bestehendes politisches Regime. Damit wurde Italien der früheste Vertreter rechtsextremer Diktaturen, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg in zahlreichen europäischen Ländern aufkamen. Der italienische Faschismus zeichnete sich aus durch ein autoritäres, Demokratie ablehnendes und auf einen Führer („Duce“) zentriertes Regierungssystem, durch eine aggressive und auf Eroberungen zielende Außenpolitik, durch eine Aufwertung der Rolle des Militärs in der Gesellschaft und durch eine „korporatistische“ Ordnung der sozialen Beziehungen. Das bedeutete, dass die gesellschaftlichen Interessengruppen unter Aufsicht des Staates und unter Beschneidung ihrer Selbständigkeit zusammengeschlossen und auf das Wohl des Regimes verpflichtet wurden. Einen wirklichen Pluralismus ließ das Regime nicht zu; unter dem italienischen Faschismus gab es keine Meinungs- und Pressefreiheit; politische Gegner wurden unnachgiebig verfolgt. Eine Reihe anderer Regime waren dem italienischen Faschismus sehr nahe verwandt, wie die spanische Diktatur unter Francisco Franco 1936 bis 1975, das portugiesische Regime unter den Diktatoren Salazar und Caetano (bis 1975) oder auch das Regime Ungarns unter Horthy (bis 1944). Auch manche Militärdiktatur, vor allem in Südamerika, wies Eigenschaften auf, die dem italienischen Faschismus stark ähnelten.

Dennoch gab es gewichtige Unterschiede zu dem äußerlich ähnlich erscheinenden, ein Jahrzehnt später an die Macht gelangten Nationalsozialismus: Dem italienischen Faschismus fehlte der völkische Rassismus und Antisemitismus, der im Nationalsozialismus zur systematischen Ausrottung ganzer Bevölkerungsteile führte. Verwendet man also - wie dies vor allem die Kommunisten taten - den Begriff „Faschismus“ undifferenziert für alle rechtsgerichteten Diktaturen der Zwischenkriegszeit, verharmlost man die besondere rassistische Qualität des Nationalsozialismus.

„Faschismus“ als Gattungsbegriff für alle Formen rechtsextremistischer Bestrebungen zu verwenden, ist aber nicht nur falsch, weil diese Bezeichnung nur einen Teil der rechtsextremen Diktaturen abdeckt. Die Kommunisten hatten „Faschismus“ auch zu einem Kampfbegriff entwickelt, der sich gleichermaßen gegen die ihnen verhassten Rechtsextremisten und gegen die liberale Demokratie wendete. Dass die meisten rechtsextremen Diktaturen Privateigentum und Marktwirtschaft mindestens teilweise bestehen ließen, galt den Kommunisten als entscheidende Gemeinsamkeit beider. Damit konnten sie Fragen nach Demokratie und Menschenrechten, die eher eine Verwandtschaft zwischen Faschismus und Bolschewismus nahe legen, ausklammern: Westlichen Kommunisten wie dem Marburger „Faschismusforscher“ Reinhard Kühnl galten nun die Demokratie der Bundesrepublik und der Nationalsozialismus als mindestens latent verwandte „Formen bürgerlicher Herrschaft“.

Vorsicht ist also auch geboten, wo anstatt vom demokratischen Engagement gegen Rechtsextremismus von „Antifaschismus“ die Rede ist. Man darf dann vermuten, dass zwar die Ablehnung von Rechtsextremismus ernst gemeint ist, „Antifaschismus“ aber mindestens zu gleichen Teilen – jedenfalls wenn er von der linksextremistischen Antifa propagiert wird - auch auf Zerstörung der parlamentarischen Demokratie zielt. Solche „Partner“ sollten aus zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen Rechtsextremismus offensiv ausgegrenzt werden.

Und wer fahrlässig von „Faschismus“ und „Antifaschismus“ redet, sollte gefragt werden, ob er dies aus Zustimmung zu linken Diktaturen tut oder bloß aus Mangel an historischer Bildung.

Was ist Nationalsozialismus?

Rudolf van Hüllen

Nicht nur zum „Faschismus“ gibt es allerhand Unklarheiten, was darunter zu verstehen ist, sondern auch zum „Nationalsozialismus“. Nicht jeder Rechtsextremismus ist „nationalsozialistisch“. Und deshalb ist auch nicht jeder Rechtsextremist gleich ein „Nazi“.

Mit „Nationalsozialismus“ bezeichnet man das politische Programm und die Herrschaft der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP). Und mit dieser Bezeichnung verbindet sich untrennbar die Erinnerung an einen beispiellosen Zivilisationsbruch: die Errichtung einer Diktatur, die Unterwerfung Europas mit dem Ziel, die meisten durch die Wehrmacht besetzten Staaten dauerhaft auszulöschen und ihre Bevölkerung zu unterjochen bzw. auszurotten, schließlich die systematische Ermordung der europäischen Juden. Die Feindschaft des Nationalsozialismus war für seine Gegner tödlich, denn er hielt sie für rassistisch minderwertig und sah ihre Ausrottung oder bestenfalls ihre Fortexistenz als Sklavenvölker vor. An Mindestmaßstäbe zivilisatorischer Übereinkünfte wie die Haager Landkriegsordnung oder die Genfer Konvention fühlten sich die Nationalsozialisten nicht gebunden.

Obwohl in vielen Punkten dem übrigen Rechtsextremismus ähnlich (Überschätzung der eigenen Nation, autoritäre Regierungsmodelle, Militarismus, systematische Verletzungen der Menschenrechte und grundsätzliche Feindschaft gegen demokratische und rechtsstaatliche Ordnungen), stellte der Nationalsozialismus damit eine qualitativ mit diesen nicht gleichsetzbare Form des Rechtsextremismus dar.

Der in seinem Namen aufscheinende Bestandteil „Sozialismus“ hat nichts mit dem Sozialismus der marxistisch inspirierten Arbeiterbewegung zu tun. Marx und Engels beschrieben in einem wissenschaftlichen Modell die Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital als gesellschaftliches Verhältnis, das sie zugunsten einer Emanzipation der Lohnarbeiter aufzuheben wünschten. Diese Ziele - Freiheit und Gleichheit - entnahmen sie dem Ideenfundus der Aufklärung und der französischen Revolution. Der „Sozialismus“ des Nationalsozialismus hingegen bezieht sich auf die angeblich „natürliche“ Ordnung einer völkischen/ethnischen und rassistischen/genetischen „Volksgemeinschaft“, der der Einzelne entweder von Geburt an zugehörte, von der er aber auch abgestoßen werden konnte. Das Verhältnis zu anderen ethnischen Gemeinschaften wird so nur vom Prinzip des Überlebenskampfes bestimmt, bei dem das stärkere Kollektiv obsiegt und das schwächere untergeht.

Solcher Rassismus und Sozialdarwinismus ist nicht allen zeitgenössischen Formen des Rechtsextremismus eigen. Es ist daher unangemessen, wenn man jeden Rechtsextremisten pauschal und undifferenziert als „Nazi“ bezeichnet - man verharmlost dabei unter Umständen auch noch die rassistische Qualität des Nationalsozialismus.

Selbstverständlich gibt es aber im zeitgenössischen Rechtsextremismus „Neonationalsozialisten“. Das sind mehr oder weniger offene Anhänger der seit 1945 unwiderruflich verbotenen NSDAP. Wer also das Programm der NSDAP von 1920 oder später schätzt, den Holocaust leugnet oder relativiert und sich einen völkischen Führerstaat anstelle der Demokratie wünscht, der darf durchaus als „Neonazi“ bezeichnet werden.

Das waren bis Mitte der 1980er Jahre nicht mehr als rund 1.400 Personen¹, aber seither hat sich der deutsche Rechtsextremismus gewandelt. Der neonationalsozialistische Sektor hat sich ausgeweitet und

¹ Nach dem Verfassungsschutzbericht 1985, S. 140, exakt: 1.420 Personen.

die NPD, bei der Gründung 1964 eine eher konventionell deutschnational-chauvinistische Partei, hat sich für den Neonationalsozialismus geöffnet und wird inzwischen von ihm ideologisch bestimmt. Rechnet man also zu den bekennenden Neonazis aus den sogenannten „Kameradschaften“ (rund 5.800) die Masse der heute rund 5.200 NPD-Mitglieder², so kommt man, gemeinsam mit einem einschlägigen Teil der „subkulturellen Rechtsextremisten“ (Skinheads) auf eine fünfstellige Anzahl von Anhängern eines „harten“ neonationalsozialistischen Rechtsextremismus.

² Verfassungsschutzbericht 2015, S. 45. Es gibt zahlreiche Doppelmitgliedschaften: in „Kameradschaften“ oder vergleichbaren Strukturen tätige Neonazis, die zugleich Mitglieder/Funktionäre der NPD sind. Der Bericht erwähnt an gleicher Stelle 8.200 „subkulturelle Rechtsextremisten“.

Was ist Rassismus?

Rudolf van Hüllen

Der Begriff „Rassismus“ lässt sich aus dem Lateinischen „radix“ (Wurzel) und aus dem Arabischen „Raz“ (Kopf, Anführer, auch Ursprung) ableiten. Seit Jahrhunderten dient er dazu, eine Menschengruppe nach ihr angeblich unveränderbaren „natürlichen“ Eigenschaften zu beschreiben. Das kann sowohl in Gestalt einer Aufwertung jener Gruppe geschehen, der man sich selbst zugehörig fühlt, als auch - vor allem - der Herabsetzung einer anderen, „fremden“ und angeblich „minderwertigen“ Bezugsgruppe.

Im Kontext des historischen Rechtsextremismus als Vorläufer des Nationalsozialismus wurde Rassismus vor allem als Ensemble biologischer Unterscheidungsmerkmale von „Menschenrassen“ begriffen, die sich sowohl auf das Aussehen (Hautfarbe, Gesichtszüge) als auch auf kulturelle Prägungen und Verhaltensmuster von Menschen bezogen. Dabei werden vor allem letztere ganzen Kollektiven als entscheidende, feste und unveränderliche Eigenschaften zugeschrieben, so als hätten Menschen nicht die Fähigkeit, ihre Handlungen als Individuen aus freier Entscheidung heraus selbst zu bestimmen.

Für rassistisch motivierte Rechtsextremisten stehen in diesem Gedankenmodell folgende Ideen im Vordergrund:

- Erstens könne der Einzelne seiner „rassischen“ Vorbestimmung und Einbindung nicht entkommen: Er bleibe, was er seit Geburt sei, eben Deutscher, Franzose, Asiate oder Jude. Auch die dazu angeblich passenden Eigenschaften könne er nicht ablegen.
- Zweitens sei die eigene Rasse, im Falle deutscher Rechtsextremisten der „Deutsche Arier“, durch bestimmte, ihr kollektiv eigene Merkmale anderen Menschenrassen überlegen. Daher müsse die eigene Rasse möglichst rein erhalten und vor „Durchrassung“ mit Fremden geschützt werden.

Die im Nationalsozialismus erreichte Form solchen Rassismus führte zur systematischen massenhaften Ermordung „unerwünschter“ und als „rassisch minderwertig“ bezeichneter Menschengruppen: Juden, Roma und Sinti, Homosexuelle, geistig Behinderte.

Durch die massenhaften Verbrechen der Nationalsozialisten waren solche Vorstellungen eines biologistischen Rassismus nach 1945 zunächst gründlichst diskreditiert. Obwohl sie in der Gedankenwelt des zeitgenössischen Rechtsextremismus weiterhin eine Rolle spielen, werden sie heute eher nicht offen ausgesprochen. Der Rechtsextremismus hat stattdessen den biologistischen Rassismus „kulturalistisch“ umdefiniert: Heute wird behauptet, dass die europäische und die afrikanische Kultur beispielsweise miteinander unvereinbar seien. Eine multikulturelle Gesellschaft mit einer Symbiose und gegenseitigen Befruchtung unterschiedlicher Kulturen schaffe daher nur Probleme und verursache einen „Einheitsbrei“, in dem letztlich alle betroffenen Menschen von ihren natürlichen kulturellen Anlagen und Traditionen entfremdet würden. Als Konsequenz aus dieser Behauptung beteuern Rechtsextremisten dann gerne, sie hätten nichts gegen Türken oder türkische Kultur - allerdings ausschließlich in der Türkei, weil sie nur dort in unverfälschter Form entfaltet werden könne. Daran knüpft sich dann die Forderung nach „Rückführung“ aller Ausländer, weil sie in Deutschland sowohl der deutschen Kultur als auch ihrer eigenen Identität schadeten.

Mit diesem als „Ethnozentrismus“ drapierten Rassismus konstruieren Rechtsextremisten selbstverständlich erstens Hierarchien zwischen „Rassen“ und „Kulturen“, die sich in einer Abwertung und Ausgrenzung „Fremder“ äußern. Sie schreiben zweitens allen Menschen einer bestimmten Gruppe

gemeinsame (meist negative) Eigenschaften und Verhaltensformen zu, als ob nicht jeder einzelne die Fähigkeit hätte, von einer fremden Kultur anzunehmen, was ihm gefällt oder abzulehnen, was ihm nicht zusagt. Und sie übertragen drittens Fehlleistungen einzelner Personen auf die ganze Gruppe, zu der er gehört.

Bei den beiden letzten Punkten handelt es sich um Denkmuster, die man über den Rechtsextremismus hinaus - oft unbewusst - auch bei politisch nicht extremistisch eingestellten Durchschnittsbürgern findet. Sie beruhen auf Vorurteilen und Stereotypen, die durch Erfahrungen nicht korrigiert werden. So ist die Skepsis gegenüber „Ausländern“ in den neuen Bundesländern ausgeprägter als in den alten. Das erscheint nur auf den ersten Blick widersinnig, ist doch dort der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr gering (ein bis drei Prozent). Die Begegnung mit anderen Kulturen und ihren Menschen führt demnach zu einem differenzierten Weltbild und ist geeignet, alltagsrassistische Vorurteile abzubauen.

Hinzuweisen ist übrigens auf einen sehr modischen Missbrauch des schwerwiegenden Vorwurfs, jemand sei „Rassist“, durch Linksextremisten und selbsternannte radikale „Antirassisten“. Die Feststellung, dass sich menschliche Gemeinschaften aufgrund ihrer Herkunft und der unterschiedlichen kulturellen Hintergründe unterscheiden, ist keineswegs „rassistisch“, sondern bezeichnet nur eine Differenz, die als Vielfalt in einer pluralistischen Gesellschaft äußerst bereichernd sein kann. In die Nähe von „Rassismus“ geraten solche Feststellungen von Unterschieden erst dann, wenn eine Abwertung damit verbunden wird oder Menschen einer anderen Kultur pauschal und unabhängig von ihrem Verhalten bestimmte abwertende Eigenschaften zugeschrieben werden.

Lesetipps:

- Christian Geulen, Geschichte des Rassismus, Bonn 2007 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 677).
- Bundeszentrale für politische Bildung, Themenheft „Rassismus und Diskriminierung“, APuZ 13-14, 2014.

Was ist Antisemitismus?

Rudolf van Hüllen

Antisemitismus ist eine Jahrtausende alte Vorurteilsstruktur gegen die Religionsgemeinschaft der Juden. Die Probleme mit „Antisemitismus“ beginnen bereits mit einer Bezeichnung, die eigentlich falsch ist. Wörtlich genommen bedeutet der Begriff eine Ablehnung einer Gruppe von Sprachen, die als „semitisch“ bezeichnet wird und auch das Arabische umfasst. Tatsächlich aber ist Antisemitismus Feindschaft gegen Juden als Juden, und damit die - bisweilen tödliche - Ablehnung von Menschen einer bestimmten Religion.

Es gibt eine Reihe von Ausprägungen des Antisemitismus³, die nicht direkt mit Rechtsextremismus zu tun haben: religiöser Antisemitismus bezieht sich auf die Konkurrenz des jüdischen und des christlichen Glaubens seit der Antike und war besonders im Mittelalter relevant. Sozialer Antisemitismus ergab sich aus dem christlichen Zinsverbot, das Juden zu Geldverleihern prädestinierte und ihnen umgehend den Ruf von Ausbeutern und Wucherern eintrug. Für den Rechtsextremismus bedeutender war der rassistische Antisemitismus, der in jüdischen Menschen eine bestimmte, durch unveränderbare äußere und charakterliche Züge geprägte „Menschenrasse“ zu sehen wähnte. Dieser Feindgruppe der Juden wurden negative Eigenschaften kollektiv zugeschrieben. Unter anderem wurde ihnen unterstellt, dass sie als Parasiten innerhalb fremder Nationen lebten und zu deren Schaden einen geheimen Plan zur Errichtung einer jüdischen Weltherrschaft verfolgten - sogenannte „Protokolle der Weisen von Zion“. Rechtsextremisten machten Juden auch für die Niederlage der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg verantwortlich; sie hätten dabei im Auftrag des internationalen jüdischen Kapitals, das seinen Hauptsitz in den USA - „Ostküste“ - habe, gehandelt. Besonders bei Adolf Hitler verdichteten sich solche Ideen zu einem exterministischen Antisemitismus, der schließlich in den Versuch einer systematisch organisierten Ermordung der europäischen Juden führte.

Obwohl der nationalsozialistische rassistische Antisemitismus seit 1945 in der Öffentlichkeit geächtet ist und seine Propagierung wie auch die Leugnung der Shoa (siehe auch Holocaust und Shoa aus der Sicht von Rechtsextremisten) strafbar sind, sank die Zustimmung zu antisemitischen Stereotypen und Vorurteilen in der Bevölkerung in den Jahrzehnten seit 1945 nur langsam. Rechtsextremisten können also an solche Vorurteilsstrukturen und Mentalitäten bis heute in begrenztem Umfang anknüpfen. Für sie ist das Festhalten an antisemitischen Wahnideen wichtiger Bestandteil ihrer politischen Identität. Insbesondere das neonazistische Segment im Rechtsextremismus kann und will sich von einem positiven Bezug zum Nationalsozialismus nicht lösen. Antisemitische Stereotypen haben daher eine wichtige interne Funktion für den Rechtsextremismus. Sie werden aber heute nicht mehr offen geäußert; vielfach genügen dazu codierte Andeutungen, die von einem rechtsextrem eingestellten Publikum sehr wohl verstanden werden (siehe auch Rechtsextreme Codes). Dabei werden Juden mindestens implizit für praktisch alle problematischen Entwicklungen in der Politik verantwortlich gemacht: von den sozialen Folgen der Globalisierung über die Finanzkrisen, die von jüdischen Banken ihren Ausgang nahmen, zu angeblich im jüdischen Interesse gezielt ausgelöster Migration

³ Das komplexe Phänomen ist schwierig zu definieren. Ein unabhängiger Expertenkreis schlägt folgende Begriffsbestimmung für Antisemitismus vor: „Erstens, Antisemitismus meint Feindschaft gegen Juden als Juden, das heißt, der entscheidende Grund für die artikulierte Ablehnung hängt mit der angeblichen oder tatsächlichen jüdischen Herkunft eines Individuums oder einer Gruppe zusammen, kann sich aber auch auf Israel beziehen, das als jüdischer Staat verstanden wird. Zweitens, Antisemitismus kann sich unterschiedlich artikulieren: latente Einstellungen, verbalisierte Diffamierungen, politische Forderungen, diskriminierende Praktiken, personelle Verfolgung, existenzielle Vernichtung. Drittens, Antisemitismus kann in verschiedenen Begründungsformen auftreten: religiös, sozial, politisch, nationalistisch, rassistisch, sekundär und antizionistisch.“ (Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus; BT-Drs. 17/7700 v. 10.11.2011, S. 9)

(„Überfremdung“), dem Nahost-Konflikt bis hin zu einer die deutsche Geschichte falsch darstellenden Vergangenheitsbewältigung („Schuld kult“).

Solche subtiler als früher vorgehenden Techniken bezeichnet man auch als „modernen“ oder „sekundären“ Antisemitismus. Er funktioniert über einige leicht identifizierbare Techniken:

- **„Schuldumkehr“** bezeichnet eine Strategie, bei der angedeutet wird, Juden seien durch ihr Verhalten an ihrer Verfolgung im Grunde selbst schuld bzw. trügen mindestens eine Mitschuld - z.B. durch übermäßigen Einfluss in ihren „Wirtsländern“ oder durch skrupellose Ausnutzung ihres wirtschaftlichen Erfolges. So soll die eigentliche Opfergruppe der nationalsozialistischen Massenverbrechen in eine (Mit-)Täterrolle versetzt werden. Zugleich werden die tatsächlichen Täter entlastet: Sie werden von der alleinigen Verantwortung freigesprochen, ihre Schuld wird mindestens relativiert.
- **„Aufrechnungstechnik“** stilisiert umgekehrt die Täter des Holocaust zu Opfern, denen Unrecht widerfahren sei. Dazu weisen rechtsextremisten - meist ohne den Massenmord an den Juden und die deutsche Verantwortung für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges zu thematisieren - darauf hin, dass im Krieg auch Deutsche Opfer geworden seien. Herausragendes Beispiel dafür ist die Rede vom „Bombenholocaust“, dem Luftangriff auf Dresden im Februar 1945, zu dem Rechtsextremisten wiederholt zu „Gedenkaufmärschen“ mobilisiert haben. Andererseits wird auch - ohne den Mord an sechs Millionen Juden ausdrücklich zu erwähnen - die Vertreibung von 15 Mio. Deutschen aus den früheren deutschen Ostgebieten zur „Aufrechnung“ benutzt. Auch hier bleibt die deutsche Verantwortung für die verbrecherische Politik der Nationalsozialisten unerwähnt.
- **„Schuld kult“** bedeutet im rechtsextremen Sprachgebrauch: Durch angebliche Erpressung jüdischer Lobbyisten und deutscher Helfershelfer in Politik und vor allem Medien (erwähnt wird nicht selten der Zentralrat der Juden in Deutschland) werde Geschichte systematisch verfälscht und eine auf Dauer verstetigte falsche Geschichtsdarstellung dazu benutzt, Deutschland im Status eines Schuldbekennnisses und ständiger Wiedergutmachungszahlungen zu halten. Rechtsextremisten wollen so einen „Schlussstrich“ unter die Verbrechensgeschichte des Nationalsozialismus ziehen. Er würde es ihnen ermöglichen, sich auf den von ihnen im Grunde eher geschätzten „nationalen Sozialismus“ künftig ungeniert positiv beziehen zu können.
- **„Israelkritik“** bezieht sich auf die Terrorismusabwehrmaßnahmen der israelischen Armee und nimmt generell Partei für die Palästinenser. Dabei sind zwei Argumentationsmuster herausragend: Zum ersten werden die Opfer israelischer Terrorabwehrmaßnahmen herausgestellt, Opfer palästinensischen Terrorismus und die Verantwortung der arabischen Seite für die Nahostkriege gegen Israel 1948, 1967 und 1973 aber verschwiegen (doppelte Menschenrechtsstandards). Zum zweiten werden weltweit alle Juden in kollektive Haftung für die Politik der israelischen Regierung genommen, gleichgültig ob sie israelische Staatsbürger sind oder nicht. Dies ist ein klassisches rassistisches Muster kollektiver Zuschreibung negativer Eigenschaften an eine Gruppe, die mit den beschriebenen Sachverhalten nichts zu tun hat.

Lesetipps:

- Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus: Antisemitismus in Deutschland - Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze, Deutscher Bundestag, BT-Drucksache 17/7700 v. 10.11.2011.
- Armin Pfahl-Traugber, Antisemitismus in der deutschen Geschichte, Berlin 2002.

Destruktive Mythen im Rechtsextremismus?

Rudolf van Hüllen

Rechtsextremismus ist nicht zuletzt Irrationalismus: Vernünftig lässt er sich nicht begründen, und so greift er verbreitet auf allerhand Mythen zurück, die meist eine Rückkehr zu angeblich „natürlichen“ und idealen vergangenen Zuständen versprechen. Diese rückwärtsgewandten Utopien gründen praktisch durchgängig auf destruktiven Mythen, in denen Kampf und Gewalt eine zentrale Rolle spielen.

Germanenmythen

Germanenmythen sind der Versuch, eine Vergangenheit zu konstruieren, die - bei Rechtsextremisten - das Trugbild einer heroischen Geschichte aus wilden, freien und kämpferischen „arischen“ Helden erzeugen soll. Da sich Germanien bis zur Römerzeit aber nicht auf eine erwähnenswerte Kulturgeschichte berufen kann, sondern eher eine wüste Landschaft aus undurchdringlichen Wäldern und Sümpfen darstellte, greifen Rechtsextremisten auf germanische und nordische Mythen zurück. Die finden sich in rechtsextremer Symbolik nahezu überall.

Das Leitbild ist hierbei der wilde, gewalttätige Kämpfer und Jäger - sein Bild passt zur generellen Gewaltneigung von Rechtsextremisten (siehe auch Rechtsextremisten und „Kameradschaft“: Intrigen und Gewalt unter Nazis). Seine Symbolik findet sich auf vielen Ebenen: Als Abbildungen auf Zeitschriften, als Aufdrucke auf Szenekleidung, als Namen, die sich Rechtsextremisten in sozialen Medien geben; schließlich ist die Runen- und Symbolsprache in rechtsextremen Zusammenhängen vor allem des neonazistischen Typus allgegenwärtig. Rechtsextreme Musik (siehe auch Rechtsextremismus als „Event“: Rechtsextreme Musik) bedient sich der Bildersprache nordischer Mythen praktisch durchgängig. Besonders beliebt sind nordische Götter: Thor als Donnergott stand nicht zuletzt Pate für die Modemarke „Thor Steinar“, wo man auch einen Thorshammer als Amulett und Devotionalie erwerben kann. Mindestens ebenso hoch im Kurs steht der Kriegsgott Wotan oder Wodan (in der nordeuropäischen Mythologie Odin); rechtsextreme Frauen nehmen gerne Bezug auf Frigga und Freya. Die unterschiedlichen Runen gelten als Erkennungszeichen unter Rechtsextremisten (siehe auch Rechtsextreme Codes).

Dabei ist natürlich, wie oft im Rechtsextremismus, die kryptierte Botschaft eine Anspielung auf den Nationalsozialismus. Neonazis bedienten sich zahlloser Symboliken und Runen als Embleme für ihre Organisationen; ihre Verwendung, auch in abgewandelter Form, die nicht immer strafbar ist, stellt daher eine verdeckte Sympathieerklärung an den Nationalsozialismus dar. Auch hier war die Verherrlichung von Gewalt und Kampf sowie die Begründung einer nordisch-arischen Identität das ideologische Ziel gewesen.

Allerdings sind die meisten Götter oft nordeuropäische Entlehnungen indogermanischer Mythen, die bis weit in asiatische Kulturkreise zurückweisen. Was Rechtsextremisten für ein Produkt „germanischer Volkskultur“ halten, hat tatsächlich häufig einen „Migrationshintergrund“.

Neo-Heidentum

Als die NPD 1964 gegründet wurde, gerierte sie sich nach außen als Verteidigerin der christlich-abendländischen Kultur - auch wenn sie schon damals deren zentrale Werte nicht teilte. Damit ist es indessen völlig vorbei. Die fast flächendeckende Re-Nazifizierung des Rechtsextremismus in Deutschland hat auch zu einer dezidierten Ablehnung der christlichen Wurzeln Europas geführt: Neo-

Heidentum (Paganismus) gehört zu den - meist unausgesprochenen - Selbstverständlichkeiten eines rechtsextremen Weltbildes.

Die Differenz ist nur konsequent: Rechtsextremismus lehnt schon die Grundwerte des Christentums und der Demokratie ab und will sie durch eine auf Gewalt, Rassismus und völkischer Führerdiktatur basierende Ordnung ersetzen. Die Idee einer Gleichheit des Menschen in seiner Verantwortung vor Gott und seinen Mitmenschen, die christliche Friedensbotschaft, der Schutz der Schwachen und Armen sowie der Gedanke des Diskurses und des Kompromisses anstelle einer gewaltsamen Durchsetzung der eigenen Position - dies alles ist dem Rechtsextremismus zuwider. Zudem hat das Christentum wie alle Weltreligionen einen universalistischen Anspruch - es schließt niemanden wegen seiner Hautfarbe oder Ethnie aus.

Die rechtsextremistische Feindschaftserklärung ist daher konsequent: Rechtsextremisten stellen das Christentum vermehrt als jüdisch-christliche Verschwörung zur Beseitigung einer angeblich originären, älteren europäischen Identität dar. Der Niedergang Europas habe demzufolge mit der Christianisierung begonnen. Das Gegenteil ist richtig: Bis zum Zerfall des römischen Reiches konnte überhaupt nur von den westlich des Rheins und südlich des Mains gelegenen Teilen Germaniens von einer Zivilisation gesprochen werden. Erst die Christianisierung, Rodung der Wälder und Urbarmachung um 1000 n. Chr. schuf östlich davon die heutigen Kulturlandschaften. Rechtsextremisten können auch nicht erklären, wie sie ihre angebliche Wertschätzung für deutsche Kultur auf Gebieten wie Wissenschaft, Architektur oder Kunst ohne den Einfluss des Christentums begründen wollen. Der dezidierte Neo-Paganismus des heutigen Rechtsextremismus ist allerdings folgerichtig, wenn man seine diskreten Sympathien für den Nationalsozialismus in Rechnung stellt: Mit der christlich-jüdischen Kultur kann man zugleich auch Menschenrechte und Demokratie verwerfen, außerdem den Kampf des Nationalsozialismus gegen die christlichen Kirchen und vor allem - ohne es offen auszusprechen - gegen das europäische Judentum rechtfertigen.

Nicht automatisch eine Folge des Neo-Paganismus, aber mit ihm gedanklich verwandt, sind besonders in den USA verbreitete Ideen vom „Endkampf“ der „weißen Rasse“ gegen eine angeblich verderbliche „Völkervermischung“. Organisationen wie „White Aryan Resistance“, dann auch terroristische Strukturen wie „The Order“ stehen mit solchen rassistischen Ideen im Zusammenhang; ihr Vorbild hat offensichtlich auch den deutschen Rechtsterrorismus (siehe auch „Nationalsozialistischer Untergrund“) inspiriert.

Esoterik, Okkultismus, Satanismus

Alle drei Erscheinungen lassen sich sehr gut rechtsextremistisch intonieren. Die anschlussfähigen Aspekte sind bei ihnen die gemeinsamen Elemente Irrationalismus, im Falle mindestens des Satanismus auch ein an Germanenmythen anknüpfender Gewalkult.

Rechtsextreme Esoterik, schreibt der Forscher Friedrich Paul Heller, transportiert im sanft-religiösen Unschuldsgewand rechte Hasssymbole⁴. Zum Glück ist nicht der gesamte Esoterik-Markt dafür anfällig, denn er erreicht in Deutschland ein Millionenpublikum. Seine Kundschaft ist auf der Suche nach Sinngebung und emotionalen Erlebnissen in einer globalisierten, zunehmend rational gewordenen Welt. Hier liegt auch die Anschlussstelle für Rechtsextremismus: Mythen und Irrationales, die solche Bedürfnisse auch bedienen können, hält er reichlich vor. Ein gutes Beispiel dafür sind die Esoterik-Erzählungen des mit dem Künstlernamen Jan van Helsing firmierenden Udo Holey. Immer wieder webt er in seine phantastischen Erzählungen den Nationalsozialismus ein, sei es, dass Außerirdische den Hitlergruß zeigen oder eine nach 1945 überlebende NS-Kultur in das Erdinnere verlegt wird. Holey

⁴ Friedrich Paul Heller, Mythologie und Okkultismus bei den deutschen Rechtsextremen, in: Bernd Wagner/Thomas Grumke (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 203-212, hier S. 206.

Artefakte mit einer unübersehbaren Mystifizierung und damit Verharmlosung des historischen Nationalsozialismus erreichen Auflagenzahlen, von denen rechtsextreme Organisationen nur träumen können.

Einen noch direkteren Bezug zu rechtsextremem Gewaltkult weisen der (an sich unpolitische) Satanismus und der Okkultismus auf. Eine Schnittstelle bietet hier gewaltaffine Musik. Und die in satanistischen Kulte transportierten Riten stellen oft sehr direkte Bezüge zu germanischen Mythen, zu Heldenerzählungen, heidnischer Götterverehrung, aber auch zu Hexen- und Satanglauben her. Wer sich als Jugendlicher mit solchen Symbolen umgibt und sie sich zu eigen macht, der wird in den mit ihnen verbundenen Hass- und Gewaltideen nicht selten eine Parallele zum völkisch-rassistischen Rechtsextremismus finden. Der Schritt vom einen zum anderen ist nicht zwingend, aber kurz. Wer auf eine begründete Ablehnung von Rechtsextremismus Wert legt, wird sich deshalb auch kritisch mit destruktiven irrationalen Kulte vom Satanismus bis zur Gothic-Bewegung auseinander setzen müssen.

Lesetipps:

- Friedrich-Paul Heller / Anton Maegerle, Thule. Von den völkischen Mythologien zur Symbolsprache heutiger Rechtsextremisten, 3. überarbeitete Aufl. Stuttgart 2007.
- Birk Meinhardt, Arier im Mikrowellen-Krieg. Eine Reportage über braune Esoterik, online abrufbar.
- Rassismus im (neuen?) Gewand – Braune Esoterik, Verschwörungstheorien, Blut-, Boden- und Rassereligionen (Dokumentation der Jahrestagung 2012 der Elterninitiative zur Hilfe gegen seelische Abhängigkeit und religiösen Extremismus e.V., online abrufbar.
- Es gibt zahlreiche Broschüren zu den archaischen Riten im Rechtsextremismus. Eine der besten stammt von der Verfassungsschutzbehörde Mecklenburg-Vorpommern, online abrufbar.
- Und für die tatsächlichen kulturellen Wurzeln Europas: Ferdinand Seibt, Die Begründung Europas. Ein Zwischenbericht über die letzten 1000 Jahre, Frankfurt/Main 2002.

Gibt es eine gute Mitte?

Christoph Weckenbrock

In der Öffentlichkeit gilt die Mitte der Gesellschaft gemeinhin als der „gute“ Gegenpol zum politischen Extremismus. Diese vereinfachende Annahme übersieht jedoch, dass es sich bei „der Mitte“ um einen äußerst vielschichtigen Begriff (politische Mitte, Mittelschicht, „Neue Mitte“) handelt, der gerade in Bezug auf politisch-gesellschaftliche Einstellungsmuster einem ständigen Wandel unterliegt.

„Die Mitte“ gilt in den Geisteswissenschaften von jeher als „Ort der Sicherheit und Beständigkeit“, welcher Werte wie Ausgleich, Wohlstand und Frieden verspricht (Herfried Münkler). Schon in der antiken Philosophie Platons und Aristoteles' kam ihr sowohl mit Blick auf die richtige Staatsform („Mischverfassung“) als auch mit Blick auf das politische Wertefundament einer Gesellschaft (die Tugendhaftigkeit als „Mitte“, Maßlosigkeit und Mangel als „Extreme“) eine Schlüsselstellung zu. Heute wird der Begriff der Mitte vor allem in einer politisch-kulturellen und soziologisch-wirtschaftlichen Weise oder auch parteistrategisch genutzt. Soziologisch wird mit der „Mittelschicht“ jene Gruppe beschrieben, die wirtschaftlich zwischen der Ober- und der Unterschicht positioniert ist, soziale Mobilität ermöglicht und in den westlichen Industriestaaten heute den Großteil der Bevölkerung ausmacht. Um diese große Wählergruppe anzusprechen, bemühen sich gerade in der Bundesrepublik die Volksparteien darum, sich strategisch als einzig legitime Interessenvertreter der Mittelschicht darzustellen (Slogans: „CDU – Die Mitte“ oder „SPD – Neue Mitte“). Die Tatsache, dass zwei konkurrierende Parteien aus verschiedenen politischen Lagern gleichermaßen für sich beanspruchen, „Mitte“ zu sein, zeigt dabei ein wichtiges Charakteristikum des „Mitte“-Begriffs auf: seine inhaltliche Flexibilität und Auslegungsbedürftigkeit.

Die politisch-kulturelle „Mitte“, welche so oft als eigentlicher Gegenpol extremistischer Randerscheinungen bezeichnet wird und somit für die Beantwortung der oben gestellten Frage ausschlaggebend ist, enthält keineswegs einen unverrückbaren und gleichbleibenden Wertekanon. Die politischen Einstellungsmuster und gesellschaftlichen Normen der „Mitte“ hängen stets vom herrschenden Zeitgeist, den jeweiligen politischen Konstellationen und der daraus resultierenden politischen Kultur in einem Staate ab. Ein Blick auf verschiedene historische Epochen wie zum Beispiel die US-amerikanische (1763–1783) oder die französische Revolutionsphase (1789–1799) und die deutsche Märzrevolution (1848) zeigt deutlich, dass zum einen damalige „Radikale“ und „Extreme“ nach heutigem Verständnis der politischen Mitte angehören würden und dass zum anderen Vertreter der Mitte bei einer Verschiebung des politischen Koordinatensystems recht schnell zu vermeintlichen (so etikettiert durch den politischen Gegner) oder tatsächlichen „Extremisten“ werden können. Der Aufstieg des Nationalsozialismus in der Weimarer Republik hat zudem vor Augen geführt, dass auch die Repräsentanten der politischen Mitte unter bestimmten Voraussetzungen autoritären bis extremistischen Politikvorstellungen zuneigen können. Dass sich die Wählerschaft der NSDAP vor 1933 soziologisch zu bedeutenden Teilen aus Angehörigen der Mittelschicht (Kleinbürgertum, Handwerker, Mittelständler) zusammensetzte, ist längst unumstritten.

Als Folge der „totalitären Erfahrung“ auf deutschem Boden hat sich in der Bundesrepublik ein Selbstverständnis der Mitte ausgebildet, welches sich die Verteidigung elementarer Grundsätze der offenen Gesellschaft zur Aufgabe gemacht hat. Zu diesem Minimalkonsens gehören die universalen Menschen- und Freiheitsrechte ebenso wie ein rechtsstaatlicher Pluralismus und ein demokratischer Staatsaufbau, welcher regelmäßige Wahlen vorsieht und vom Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition geprägt ist. Blickt man speziell auf die Akzeptanz dieses Minimalkatalogs bei den etablierten Parteien in Deutschland, so können Union, SPD, FDP und Grüne durchaus der politischen Mitte zugerechnet werden. Die politisch-kulturelle Mitte der heutigen Bundesrepublik akzeptiert also die

grundlegenden Bestandteile des freiheitlichen demokratischen Verfassungsstaates, extremistische Ideologien und Personen sind auch deshalb gesellschaftlich weitgehend geächtet.

Dass Verbände, Kirchen, Parteien, Medien und die allermeisten Bürger politischen Extremismus ablehnen, heißt aber noch nicht, dass bestimmte Politikansätze extremistischer Färbung (z.B. Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, autoritäre Staatsvorstellungen) nicht auch von einzelnen Angehörigen der politischen Mitte oder der wirtschaftlichen Mittelschicht vertreten werden können. Entgegen manch anders lautenden Studienergebnissen erscheint es jedoch verfehlt, aus diesem Umstand auf einen in Deutschland breitflächig vorhandenen „Extremismus der Mitte“ zu schließen. Extremistische Denkweisen mögen auch in der Mitte der Gesellschaft vorkommen, sind dort aber – zumindest heute und in absehbarer Zukunft – stets in einer Minderheitenposition und nicht Bestandteil eines geschlossenen extremistischen Weltbildes.

Gibt es also nun eine „gute“ Mitte? Die Frage kann nur zweideutig beantwortet werden. Ist mit der politischen Mitte eine systemtragende Bürgergesellschaft gemeint, die die Werte des demokratischen Verfassungsstaates verteidigt und dessen Elemente der nächsten Generation vermittelt, kann sie in diesem Fall tatsächlich als Gegenpol des Extremismus verstanden werden. Versteht man unter „der Mitte“ aber lediglich die Meinung der Mehrheitsgesellschaft unabhängig von herrschender politischer Kultur und Staatsform, also einen bezüglich des Wertefundamentes beliebigen „Konsens der Anpassung“, so ist die Frage entschieden zu verneinen. Die politische Mitte ist verschiebbar und nicht eindeutig festgelegt, der Inhaber der Definitionsgewalt kann diese mitunter selbst bestimmen – in der Diktatur gilt der aufrechte Demokrat so als Extremist. Die Existenz einer „guten“ Mitte ist also möglich, als wertgebundene Antithese des Extremismus sollte aber stets der freiheitliche demokratische Verfassungsstaat mit seinen unveräußerlichen Kernelementen gesehen werden.

Lesetipps:

- Backes, Uwe: Warum die Mitte selbst extrem werden kann. Begriffsgeschichtliche Einsichten zum Extremismuskonzept, in: Brodkorb, Mathias (Hrsg.): Extremistenjäger!? Der Extremismus-Begriff und der demokratische Verfassungsstaat, Banzkow 2011, S. 19–32.
- Münkler, Herfried: Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung, Berlin 2010.
- Rechts in der Mitte?, Themenausgabe „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 40/2015 vom 25. September 2015, online auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung abrufbar.

Gibt es eine „natürliche“ Gesellschaftsordnung?

Rudolf van Hüllen

Die Antwort auf diese Frage ist einfach: natürlich nicht. Gesellschaftsordnungen sind von Menschen gemachte und von ihnen zu verantwortende Ergebnisse politischer Prozesse. Das sehen Rechtsextremisten anders: Für sie gibt es „natürliche“ Gesellschaftsordnungen, die sie aus biologischen Gesetzen oder mindestens aus den Traditionen oder der Geschichte eines Gemeinwesens ableiten zu können.

Für Demokraten sind gesellschaftliche Ordnungen durch Menschen gestaltete und von ihnen zu verantwortende Verhältnisse. Das schließt nicht aus, dass sie durch bestimmte Traditionen des jeweiligen Landes, durch seine geografische Struktur, seine Bevölkerungssoziologie, seine geschichtlichen Erfahrungen geprägt werden. Manchmal sind die Ergebnisse durchaus unerfreulich: auch Diktaturen können das Resultat sein. Aber sie sind in jedem Falle das Produkt menschlichen Handelns und insofern auch änderbar. In modernen Demokratien ist die „Geschäftsgrundlage“ der Gesellschaft eine (geschriebene) Verfassung. In der Präambel des Grundgesetzes hat der Parlamentarische Rat, der dieses Dokument 1948/49 ausarbeitete, genau diese Vorstellung einer Verfassung umrissen: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“

Rechtsextremisten sehen die aus ihrer Sicht „ideale“ politische Ordnung nicht als das Ergebnis menschlichen Bemühens. Sie sind der Meinung, dass jedem Volk eine bestimmte „natürliche“ Ordnung vorgegeben sei. Die leiten sie entweder - wie die Neonationalsozialisten - aus angeblich naturwissenschaftlich unwandelbaren biologischen Gesetzen ab. Demnach hätte jede Nation ihre eigene „natürliche“ Ordnung, die ihr nach bestimmten genetischen Vorgaben zugehörig sei. Für die Deutschen wäre das der völkische Führerstaat, während den USA als ethnisch nicht homogene Gesellschaft eine jüdisch-kapitalistische „Plutokratie“ (Herrschaft der Reichen) zukäme.

„Gemäßigte“ Rechtsextremisten halten demgegenüber Gesellschaftsordnungen nicht für biologisch bestimmt, meinen sie aber aus historischen und kulturellen Prägungen ableiten zu können. Auch dabei kommt im Falle Deutschland die Demokratie als Idee der Aufklärung schlecht weg: Zumeist wird dann Deutschland ein ständisches System ohne echte Volkssouveränität und mit einer autoritären Exekutive zugeschrieben, weil die westliche Demokratie dem „deutschen Wesen“ eben nicht angemessen sei. Das ist etwas weniger „schlimm“ als die völkischen Phantasien der Neonazis - verfassungsfeindlicher Rechtsextremismus bleibt es dennoch.

Rechtsextremismus und das Grundgesetz?

Rudolf van Hüllen

Für die meisten Rechtsextremisten ist klar: Das Grundgesetz ist eine Verfassung, die sie nicht akzeptieren wollen. Das hat mit zwei Gründen zu tun: mit seiner Entstehung als angebliches „Besatzungsdiktat“ einerseits und mit seinem Inhalt andererseits.

Sämtliche Varianten des Rechtsextremismus gingen nach 1945 zunächst von einer Kontinuität des Deutschen Reiches aus. Von einem wirklichen Neuanfang, wie er mit der Gründung der beiden deutschen Teilstaaten in sehr unterschiedliche Richtungen unternommen wurde, wollten sie nichts wissen. Die Nationalsozialisten unter ihnen hielten an der angeblichen Legitimität der letzten von Hitler eingesetzten Reichsregierung unter Admiral Dönitz fest, während die deutschnationale Richtung eher auf die Reichsgründung 1871 Bezug nahm. Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee - er entwarf das Grundgesetz - galt beiden als Versammlung willfähriger Marionetten der (westlichen) Besatzungsmächte. Zudem werde durch ihre Arbeit die sich abzeichnende Spaltung Deutschlands in zwei Staaten verschärft - hier argumentierten Rechtsextremisten ebenso wie die Vertreter der Kommunisten im Parlamentarischen Rat.

In den folgenden Jahrzehnten träumten Rechtsextremisten stets die „Reichsidee“; die Bundesrepublik ebenso wie die ihnen zumeist verhasste SED-Diktatur in der DDR sahen sie als illegitime politische Ordnungen. Nach der deutschen Einheit ist diese Idee absurder denn je.

Mindestens ebenso entscheidend für die Ablehnung des Grundgesetzes durch Rechtsextremisten ist aber, dass es ihren politischen Vorstellungen grundsätzlich widerspricht. Es lehnte sich nicht nur an angelsächsische Verfassungstraditionen an, sondern bedeutete auch eine vollständige Parlamentarisierung und konsequente Demokratisierung. Es widersprach damit allen Neigungen von Rechtsextremisten zu einer autoritären, „über den Parteien“ stehenden Regierung. Ihrer Idee eines ethnisch homogenen Volkes entsprach das Grundgesetz mit seiner Betonung der individuellen Menschenrechte und der im parlamentarischen System üblichen Aushandlung von Kompromissen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen überhaupt nicht. Die NPD brachte dies in einer internen Schulungsbroschüre 2006 in ihrer Ausdrucksweise auf den Punkt: „Das Grundgesetz hat Entstehungs- und Strukturängel: Es ist ein Diktat der Westalliierten, es ist vom deutschen Volk nie in einer Volksabstimmung abgesegnet worden, die Grundrechtsbestimmungen triefen vor Menschenrechtstümelei und stellen Deutsche im eigenen Land faktisch mit Ausländern gleich, und das Grundgesetz hat einem gemeinwohl-schädigendem Individualismus und Parteienregime den Weg geebnet.“⁵

⁵ Broschüre der NPD „Argumente für Kandidaten und Funktionsträger - eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung“, Berlin 2006, S. 30.

Sind Demonstrationsblockaden legal?

Werner J. Patzelt

Demonstrieren ist ein wichtiges politisches Bürgerrecht. Auf diese Weise können nämlich auch jene, die weder im Parlament vertreten noch organisiert sind, ihre Meinungen zum Ausdruck bringen, ja Meinungsdruck aufbauen. Also ermöglicht erst das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit öffentlich sichtbare politische Einflussnahme auch außerhalb formalisierter Kommunikationskanäle. Das ist gerade für solche Bürger wichtig, die in Opposition zu den politischen Eliten stehen.

Natürlich besitzen das gleiche Recht auf Demonstrationsfreiheit und öffentliche Meinungsbildung auch jene, die jeweils gegenteilige politische Positionen vertreten und das auch zeigen wollen, etwa als Gegendemonstranten. Solange Demonstrationen und Gegendemonstrationen räumlich getrennt stattfinden, gibt es kein Problem. Schwierigkeiten entstehen aber, wenn nicht nur in Hör- und Sichtweite der Demonstranten gegendemonstriert wird, sondern wenn die Gegner auch körperlich aneinandergeraten. Dann entstehen Konflikte zwischen dem beiderseitigen Grundrecht auf Versammlungsfreiheit.

Um beiden Seiten die Ausübung ihrer Rechte zu sichern, steht dann – mitunter tätlich angegriffen – zwischen den Gegnern die Polizei. Sie kann bei solcher Pflichterfüllung teils an den realen Machtverhältnissen auf der Straße scheitern, teils am von ihr zu befolgenden Grundsatz der Verhältnismäßigkeit des Einsatzes unmittelbarer Gewalt. Am Ende landen schwierige Rechtsfragen vor den Gerichten: Wo und wie sind wem mit welchen Mitteln genau welche Grenzen zu ziehen – und obendrein nach dem liberalen Grundsatz, dass im Zweifelsfall die Versammlungsfreiheit vorgeht?

Nur gestört werden Demonstrationen durch Pfeifkonzerte und sonstige Lärmentfaltung von Gegendemonstranten. Weil es kein Recht darauf gibt, von Meinungsäußerungen anderer unbehelligt zu bleiben, ist derlei auch hinzunehmen – jedenfalls solange, wie nicht durch Lärmentfaltung der Versammlungszweck unterbunden wird. Doch letztlich geht es hier um Stilfragen, weniger um Rechtsfragen. Wem an Fairness liegt, wird dabei bedenken, wie er selbst den Einsatz von Sprechchören und Trillerpfeifen bewertete, wenn er nicht Akteur, sondern Adressat wäre.

Behindert aber werden Demonstrationen durch Blockaden des Demonstrationsweges. Es kann sich dabei bloß um Sitzblockaden handeln. Doch auch das Verstellen von Straßen durch geeignete Sperrmaterialien oder durch Selbstankettung von Blockierenden kommt in Frage. Ferner kann die Beseitigung solcher Behinderungen durch Gewaltanwendung behindert werden. Ob das alles einem Demonstrationszug ein unüberwindliches und dann rechtswidriges Hindernis entgegenstellt, ist nach mehrheitlicher Rechtsmeinung vor allem aus der Warte der – versuchsweise – Blockierten zu betrachten.

Wurde ein faktisch nicht überwindliches Hindernis geschaffen, so liegt eine unrechtmäßige Verkürzung des Rechts der Blockierten auf Demonstrationsfreiheit vor. Im Grunde handelt es sich dabei um eine selbsthilfeartige Durchsetzung eigener Forderungen nach dem Verstummen oder Auseinandergehen von Gegnern. Dem aber steht die Aufgabe des Staates entgegen, allen – und zwar ohne Präferenz für bestimmte Inhalte – ihr Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit zu sichern. Real blockierendes Verhalten stellt also Nötigung dar, unterläuft den Vorrang staatlicher Zwangsmittel und widerspricht dem auch für Gegendemonstranten geltenden Grundsatz friedlichen Demonstrierens.

Das alles ist bei bloß symbolischen Blockaden nicht der Fall. Gewalttätigkeit liegt auch dann nicht vor, wenn es beim Blockieren an einer über die körperliche Anwesenheit – durch Gehen, Stehen, Sitzen –

hinausgehenden Kraftentfaltung fehlt. In einen Graubereich strittiger Rechtsmeinungen führt erst die Frage, ob manche Blockademaßnahmen wohl eine rein einschüchternde Wirkung auf die Demonstranten haben könnten und diese dadurch, also ohne konkrete Gewalttätigkeit, rechtswidrig um das Recht auf Versammlungsfreiheit brächten. Konsens ist, dass keine rechtswidrige Demonstrationsblockade vorliegt, wenn die Blockadewirkung allein eine psychische ist. Einer bloßen Drohung, die nicht physisch unternimmt ist, kann man nämlich auch zumutbar trotzen.

Grundsätzlich handeln Gegendemonstranten solange rechtmäßig, wie sie einen Demonstrationszug nicht unmöglich machen, sondern nur erschweren. Letzteres kann vorliegen, wenn ein Demonstrationszug auf die andere Straßenseite ausweichen oder einen Umweg nehmen muss. An Grenzen der Rechtmäßigkeit geraten solche Erschwerungen allerdings, wo sie die – dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verpflichtete – Polizei daran hindern, überhaupt das Demonstrationsrecht der auf solche Weise Bekämpften zu gewährleisten.

Eine wichtige Frage ist ferner, ob und in welchem Umfang bei der rechtlichen Würdigung von Demonstrationsblockaden deren mögliche Verwerflichkeit oder normative Erwünschtheit eine Rolle spielen soll. Sind Demonstrationsblockaden vielleicht bei Notwehr gegen mögliche Bedrohungen unserer Demokratie oder bei Nothilfe für von Demonstranten mit Polemik überzogene Gruppen gerade nicht rechtswidrig? Hierzu hat das Bundesverfassungsgericht 2009 im sogenannten „Wunsiedel-Urteil“ festgestellt (BVerGE 124, 300-347, Absatz 77):

„Nicht tragfähig für die Rechtfertigung von Eingriffen in die Meinungsfreiheit ist ein Verständnis des öffentlichen Friedens, das auf den Schutz vor subjektiver Beunruhigung der Bürger durch die Konfrontation mit provokanten Meinungen und Ideologien oder auf die Wahrung von als grundlegend angesehenen sozialen oder ethischen Anschauungen zielt. Eine Beunruhigung, die die geistige Auseinandersetzung im Meinungskampf mit sich bringt und allein aus dem Inhalt der Ideen und deren gedanklichen Konsequenzen folgt, ist notwendige Kehrseite der Meinungsfreiheit und kann für deren Einschränkung kein legitimer Zweck sein. Die mögliche Konfrontation mit beunruhigenden Meinungen, auch wenn sie in ihrer gedanklichen Konsequenz gefährlich und selbst wenn sie auf eine prinzipielle Umwälzung der geltenden Ordnung gerichtet sind, gehört zum freiheitlichen Staat. Der Schutz vor einer Beeinträchtigung des ‚allgemeinen Friedensgefühls‘ oder der ‚Vergiftung des geistigen Klimas‘ sind ebenso wenig ein Eingriffsgrund wie der Schutz der Bevölkerung vor einer Kränkung ihres Rechtsbewusstseins durch totalitäre Ideologien oder eine offenkundig falsche Interpretation der Geschichte. Auch das Ziel, die Menschenrechte im Rechtsbewusstsein der Bevölkerung zu festigen, erlaubt es nicht, zuwiderlaufende Ansichten zu unterdrücken. Die Verfassung setzt vielmehr darauf, dass auch diesbezüglich Kritik und selbst Polemik gesellschaftlich ertragen, ihr mit bürgerschaftlichem Engagement begegnet und letztlich in Freiheit die Gefolgschaft verweigert wird.“

Demonstrationsblockaden aus gleichsam „übergeordneten Gewissensgründen“ sind somit unzulässig. Unbenommen ist natürlich das Recht auf Gegendemonstrationen. Für diese aber gilt zusammenfassend: körperliche Präsenz ist erlaubt, Gewalttätigkeit verboten; es ist Sache des Gesetzgebers, der erlaubten körperlichen Präsenz Grenzen zu ziehen, und Aufgabe der Polizei, sowie diese Grenzen – nach Maßgabe des Verhältnismäßigkeitsgebots – mittels des staatlichen Gewaltmonopols auch zu sichern; und es muss dafür gesorgt sein, dass bei alledem das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nicht in seinem Wesensgehalt angetastet wird.

Es führt zu keiner systematisch befriedigenden Einschätzung, Demonstrationsblockaden unter den Begriff des Widerstandsrechts zu ziehen. Dieses greift nämlich erst dann, wenn es sich gegen Versuche richtet, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen. Darum geht es bei Demonstrationen aber kaum einmal. Auch ist es wenig sinnvoll, das ohnehin verfassungsmäßig gesicherte Recht auf Opposition unter den Begriff des Widerstands zu ziehen und jeden Streit um konkrete Politik als einen um den Bestand der Verfassungsordnung auszugeben. Bei Demonstrationen und Gegendemonstrationen geht es nämlich um legitimen politischen Streit anhand der Regeln

pluralistischer Demokratie, nicht aber um gleichsam spielerische Formen von Revolution oder Bürgerkrieg.

Warum liegt das Gewaltmonopol beim Staat?

Harald Bergsdorf

Das staatliche Gewaltmonopol soll den Krieg aller gegen alle bei der Durchsetzung von privaten und politischen Interessen verhindern. Rechtsextremisten geben vor, Anhänger eines Systems von „law and order“ zu sein. Tatsächlich aber lehnen sie das staatliche Gewaltmonopol in der Demokratie ab. Wie passt das zusammen?

Der Begriff „staatliches Gewaltmonopol“ meint heute den Verzicht der Bürger, etwa durch Selbstjustiz Gewalt auszuüben, um eigene Interessen und Wertvorstellungen durchzusetzen. Stattdessen beauftragen die Bürger in einer rechtsstaatlichen Demokratie durch Wahlen die Exekutive und die Judikative, Interessen und Wertvorstellungen der Mehrheit und die Wahrung von Minderheitenrechten durchzusetzen – auf Basis einer demokratischen Verfassung sowie rechtsstaatlicher Gesetze und Verordnungen.

Ein Gewaltmonopol existiert, wenn alle legitime Ausübung von Gewalt, sei es mit oder ohne Waffen, innerhalb eines Gemeinwesens von einer Stelle ausgeht, nämlich dem Staat, der zur Durchsetzung des Rechts, etwa zur Abwehr von Terrorismus, Gewalt anwenden darf – nach festgelegten Regeln des demokratischen Rechtsstaates. In einer rechtsstaatlichen Demokratie beanspruchen Exekutive und Judikative mit Armee, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten legitimerweise das staatliche Gewaltmonopol. Körperliche Gewalt oder bewaffnete Gewalt anwenden dürfen sie freilich nur unter genau festgelegten Voraussetzungen und unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.

Ausnahmsweise dürfen auch Bürger selbst Gewalt anwenden, etwa sich gegen rechtswidrige Angriffe wehren, also in Notwehr. Sie ist erlaubt, wenn es keine andere Möglichkeit gibt, sich gegen einen rechtswidrigen Angriff zu verteidigen.

Wenn die staatliche Rechtsordnung selbst versagt oder der Staat selbst zur Bedrohung für die Rechte der Bürger wird, ist Widerstand erlaubt. Im Grundgesetz heißt es dazu in Artikel 20, Absatz 4: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Der letzte Halbsatz ist nicht nebensächlich, sondern eine notwendige Bedingung. Das Widerstandsrecht kann darüber hinaus nicht als Recht auf die Errichtung einer Diktatur umgedeutet werden, es dient im Zweifel vielmehr der Wiederherstellung rechtsstaatlicher Zustände.

Zweck des staatlichen Gewaltmonopols ist es, willkürliche Machtausübung durch einzelne Bürger und die gewaltsame Durchsetzung von Partikularinteressen einzelner Personen oder Interessengruppen zu verhindern. Das Gewaltmonopol bedeutet damit auch die Absage an Fehde und Blutrache. Bereits 1792 bemerkte Wilhelm von Humboldt: „Denn bei der Zwietracht entstehen Kämpfe aus Kämpfen. Die Beleidigung fordert Rache, und die Rache ist eine neue Beleidigung. Hier muss man also auf eine Rache zurückkommen, welche keine neue Rache erlaubt – und diese ist die Strafe des Staats.“

Ohne staatliches Gewaltmonopol regierte in einer freien Gesellschaft das Recht des Stärkeren, also eine Art Sozialdarwinismus oder Urwaldrecht. Das wäre das Ende von Minderheitenrechten und von Rechten Schwächerer. Im Ergebnis leistet das staatliche Gewaltmonopol einen großen Beitrag dazu, Konflikte in einer demokratischen Gesellschaft friedlich auszutragen und vor allem Schwächeren zu ihrem Recht zu verhelfen.

Genau dies gefällt Rechtsextremisten - bei aller sonstigen Wertschätzung für die Entfaltung von staatlicher Gewalt und militärischer Macht - überhaupt nicht. Solange das staatliche Gewaltmonopol die demokratische Ordnung schützt und die Macht- und Gewaltansprüche von Rechtsextremisten verhindert, wird es von ihnen abgelehnt. In der Weimarer Republik schon standen die rechtsextremen Wehrverbände der Polizei feindselig gegenüber. Auch heute wissen Neonazis, dass die Polizei u.a. dazu da ist, rechte Gewalt gegen politische Gegner zu unterbinden. Entsprechend unbeliebt sind bei ihnen die Träger des staatlichen Gewaltmonopols. „Bullenschwein, du musst nicht traurig sein, und treff' ich dich allein, dann schlag ich dir den Schädel ein“ dichtete und sang z. B. die sächsische Skinhead-Band „Elbsturm“ 1994. Das könnte genauso gut von Linksextremisten stammen, die ähnliche Liedtexte verfassten: Alle Extremisten sehen im staatlichen Gewaltmonopol zum Schutze der Demokratie ein Hindernis für die Errichtung ihrer eigenen Gewaltherrschaft.

Warum „Rechtsextremist“ kein harmloser Vorwurf ist

Rudolf van Hüllen

Nicht nur wegen der Nähe zum historischen Nationalsozialismus, sondern auch wegen seiner generellen Ablehnung demokratischer Werte stößt Rechtsextremismus in Deutschland auf starke gesellschaftliche Ablehnung. Das ist gut so. Andererseits bedeutet es auch: Der Vorwurf, jemand sei „Rechtsextremist“, ist sehr belastend und grenzt aus. Er sollte deshalb in der politischen Auseinandersetzung sparsam und genau überlegt verwendet werden.

Das genaue Überlegen beginnt schon mit den Begriffen, denn häufig werden nahezu beliebige Etiketten mit großer Sorglosigkeit vergeben.

„Rechtsextremismus“ kennzeichnet eine Position, die sich außerhalb der Werte von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit befindet. Deshalb benutzen Sicherheitsbehörden auch den Begriff „Extremismus“ als ein Synonym für „verfassungsfeindliche Bestrebungen“. Das deutet an, dass man etwas meint, das sich sehr bewusst und wahrscheinlich schon politisch organisiert außerhalb des Konsenses der Demokraten gestellt hat.

„Rechtsextrem“ wird zwar oft mit der gleichen Bedeutung benutzt, hat aber dennoch eine etwas andere Akzentuierung. Jemand kann (einzelne oder mehrere) rechtsextreme Einstellungsmuster zeigen, ohne deshalb ein „fertiger“ Rechtsextremist zu sein. Dem Begriff fehlt die Assoziation zu einer organisierten verfassungsfeindlichen Bestrebung, die mit „rechtsextremistisch“ ausgedrückt wird.

„Extrem rechts“ ist eine Bezeichnung, die als Synonym für „rechtsextremistisch“ oder „rechtsextrem“ gebraucht wird, aber tatsächlich etwas völlig anderes meint (siehe auch *Wie unterscheiden sich Rechtsextremisten von rechten Demokraten?*). Was „extrem“, also „besonders weit“, „rechts“ ist, hängt entscheidend vom Standort des Betrachters und von seinem Selbstverständnis ab. Für einen Anhänger linksterroristischer Ideen wird schon ein durchschnittlicher Sozialist „extrem rechts“ sein, für ein NPD-Mitglied umgekehrt auch schon ein Sozialdemokrat „extrem links“. Solche Etiketten sind also wertlos und dienen in der politischen Auseinandersetzung eher der Diffamierung als einer rationalen Auseinandersetzung. Sie suggerieren, dass die Vermutung, was rechtsextremistisch ist, eine Frage des persönlichen Geschmacks und nicht einer vernünftigen demokratietheoretischen Bewertung sein soll.

Das Gleiche gilt für das noch einfachere Etikett „rechts“, wenn es ebenfalls ausgrenzend gemeint ist. Zahlreiche Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, bezeichnen sich als „Bündnis gegen rechts“ und rücken damit implizit alles, was sich aus ihrer Sicht rechts von ihnen befindet, in die Nähe rechtsextremistischer Verfassungsfeindlichkeit. Das mag im Allgemeinen eher unbeabsichtigt geschehen. Der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe einer Eindämmung von Rechtsextremismus schadet es dennoch.

Was bringt Rechts- und Linksextremisten bisweilen zueinander?

Rudolf van Hüllen

Die Ziele könnten nicht unterschiedlicher sein: Rechtsextremisten wollen einen ethnisch homogenen, autoritär geführten Staat (siehe auch Bausteine rechtsextremer Weltbilder), Linksextremisten träumen von einer egalitären kommunistischen Gesellschaft, in der es keine Nationen, keine Grenzen und irgendwann auch keine Staaten mehr geben. Dennoch gleichen sich bisweilen Parolen, Outfit und Verhalten so, dass selbst der geübte Beobachter die feindlichen Lager kaum auseinander halten kann.

Es gibt also keine gemeinsamen Utopien, und wie gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den Extremismusphänomenen immer wieder zeigen, ist der Hass auf den jeweiligen Gegner ungebrochen. So erscheint es widersinnig, dass beide Seiten bisweilen mit der gleichen Stoßrichtung agieren.

Das verbindende Moment – Sozialwissenschaftler sprechen von „Querfronten“ - bilden gemeinsame Feindbilder. Dazu zählen die parlamentarische Regierungsform, marktwirtschaftliche Ordnungen, die USA, die NATO, die EU; insgesamt also viele Dinge, die man als Symbole „westlicher“ und demokratischer Lebensformen deuten könnte.

Ein jüngeres Beispiel illustriert das: Rechts- und Linksextremisten zeigen gleichermaßen Sympathien für Wladimir Putins Russland. Und wo es um den Nahostkonflikt zwischen Israel und seinen Nachbarn geht, können sich auch Islamisten noch in die „Querfront“ mit einreihen. Zu besichtigen ist das in vielen europäischen Hauptstädten am so genannten „Al-Quds-Tag“ - dort wird zur „Befreiung“ von Jerusalem (von Juden und Christen) und in der Regel auch zugleich zur Vernichtung Israels aufgerufen. Allerdings sind solche Allianzen nicht von gegenseitiger Freundschaft getragen, und besonders unter Linksextremisten finden sie auch Kritiker.

Lesetipps:

- Samuel Salzborn, Unheimliche Allianzen, in: Deutsche Polizei 10/2014, S. 5-8.
- Otto-Brenner-Stiftung, „Querfront“ - Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks, Frankfurt/Main 2015, online abrufbar.

Was ist der demokratische Verfassungsstaat?

Eckhard Jesse

Der demokratische Verfassungsstaat, im Laufe von vielen Jahrhunderten in der Auseinandersetzung mit Autokratien unterschiedlichster Couleur entstanden, ist eine spannungsreiche Synthese aus zwei Traditionslinien: der demokratischen (Volkssouveränität, Gleichheit) sowie der konstitutionellen (Rechtsstaat, Freiheit). Er stellt den Widerpart zu allen Formen des Extremismus dar.⁶

Spannungsreich ist die Synthese deshalb, weil die Elemente sich nicht nur ergänzen, sondern auch widerstreiten. Die Volkssouveränität kann zum Rechtsstaat ebenso in ein Spannungsverhältnis geraten wie Freiheit und Gleichheit. Die Konkurrenztheorie der Demokratie, die auf der Legitimität unterschiedlicher Interessen basiert, lehnt das Verständnis von Demokratie als Identität von Regierenden und Regierten ab.

Mit dem plötzlichen Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ Ende der 1980er Jahre ist die Zahl diktatorischer Regierungssysteme zurückgegangen. Aber es hat in den letzten Jahren auch gegenläufige Entwicklungen gegeben⁷. Der demokratische Verfassungsstaat ist kein ein für allemal gesichertes Gut, die auf Toleranz basierende pluralistische Ordnung ein kostbares wie fragiles Gebilde.

Gegner des demokratischen Verfassungsstaates wollen ihn nicht immer gewaltsam abschaffen. Manche bedienen sich einer sogenannten Legalitätstaktik. Vor allem gegen sie hat der Parlamentarische Rat 1949 nach der leidvollen Vergangenheit die streitbare bzw. abwehrbereite Demokratie eingerichtet. Zu ihren Kennzeichen gehören die Wertgebundenheit, die Abwehrbereitschaft und die Vorverlagerung des Demokratieschutzes. Die Wertgebundenheit schreibt einen unabänderlichen Verfassungskern fest, wie er in Art. 79 Abs. 3 GG verankert ist (Menschenwürde und die Staatsstrukturprinzipien Demokratie, Bundesstaat, Rechtsstaat und Sozialstaat). Die Abwehrbereitschaft schließt die Möglichkeit von Verboten ein. So gibt es entsprechende Vorschriften gegen Vereinigungen, gegen extremistische Agitation und gegen Parteien. Diese können ausschließlich durch das Bundesverfassungsgericht verboten werden (Parteienprivileg). Mit der Vorverlagerung des Demokratieschutzes ist ein Eingreifen gegen Extremismus bereits möglich, ohne dass ein konkreter Gesetzesverstoß (etwa Gewaltanwendung) vorliegt.

Die Devise des demokratischen Verfassungsstaates kann nicht lauten: „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit“, weil so verkannt würde, dass selbst Feinde der Demokratie ebenso der Freiheit bedürfen. Aber sie lautet auch nicht: „Gleiche Freiheit den Feinden der Freiheit“, denn dadurch macht sich die Demokratie schutzlos, relativiert die eigenen Prinzipien. Für die streitbare Demokratie lautet die richtige Forderung: „Keine Freiheit zur Abschaffung der Freiheit“.

Der demokratische Verfassungsstaat bezieht seine Legitimation nicht in erster Linie aus dem Kampf gegen antidemokratische Bestrebungen, sondern begründet sich wesentlich positiv mit dem Engagement für die eigenen Werte. Wer die Universalität der Menschenrechte bejaht, ist vor Menschheitsbeglückung ebenso gefeit wie vor kulturellrelativistischem Gerede, wonach jede Gesellschaft lediglich an den eigenen Maßstäben zu messen sei.

⁶ Vgl. Uwe Backes, Liberalismus und Demokratietheorien – Antinomie und Synthese. Zum Wechselverhältnis zweier politischer Strömungen im Vormärz, Düsseldorf 2000.

⁷ Vgl. Manfred G. Schmidt, Demokratietheorien. Eine Einführung, 5. Aufl., Opladen 2010.

Was ist politischer Extremismus?

Uwe Backes

„Extremismus“ kann als Gegenbegriff (Antithese) zu dem Begriff des (demokratischen) Verfassungsstaates gefasst werden, also jener politischen Systeme, die sich vom ausgehenden 18. Jahrhundert an zunächst in den Hauptstaaten des „Westens“ (USA, Großbritannien, Frankreich) allmählich durchgesetzt und von dort aus in anderen europäischen wie außereuropäischen Staaten (z. B. Australien) etabliert haben.

In diesem Sinne steht er in einer langen, bis in die Antike zurückreichenden ideengeschichtlichen Tradition, die die Mitte im Sinne von Maß und Mäßigung zwischen den das Gemeinwohl verfehlenden Extremen ansiedelt (siehe auch Gibt es eine gute Mitte?). Als extremistisch gelten all jene Gesinnungen und Bestrebungen, die sich gegen grundlegende Werte und Verfahrensregeln demokratischer Verfassungsstaaten richten. Dazu zählen insbesondere die Idee der Menschenrechte und die daraus abzuleitenden Grundfreiheiten (wie etwa Handlungsfreiheit, Freiheit der Berufswahl, Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Versammlungsfreiheit), die Anerkennungswürdigkeit (Legitimität) des politischen Pluralismus (Recht auf Opposition, Mehrparteienprinzip) und das Prinzip der Gewaltenkontrolle (wie Rechtmäßigkeit der Regierung und Verwaltung, Kontrolle der Regierung durch das Parlament, Unabhängigkeit der Justiz). Wer eines oder mehrere dieser Prinzipien im Grundsatz in Frage stellt und auf seine Beseitigung hinarbeitet, verfolgt extremistische politische Ziele.

Die Definition des politischen Extremismus als Gegenbegriff zum demokratischen Verfassungsstaat enthält stets mehrere Dimensionen, da es sich um ein kompliziertes politisches System handelt, das nicht aus einem einzigen Grundgedanken abgeleitet werden kann. So sind die modernen Verfassungsstaaten durch die Demokratisierung älterer (elitärer, aber gewaltenteilig und pluralistisch organisierter) Verfassungsstaaten entstanden. Sieht man als Grundidee des Verfassungsstaates das Prinzip der Gewaltenkontrolle an, so kann Extremismus als Streben nach Gewaltenkonzentration oder „Autokratie“ (oft auch als „Diktatur“ bezeichnet) verstanden werden.

Verfassungsstaat und Extremismus lassen sich aber nicht nur auf der Ebene des staatlichen Institutionengefüges, sondern auch anhand der Struktur und Organisation des Machtprozesses bestimmen. Wenn der Verfassungsstaat die Existenz mehrerer, miteinander konkurrierender Parteien und Interessengruppen (Pluralismus) und die Legitimität politischer Opposition voraussetzt, so zielt Extremismus auf die Durchsetzung eines gebündelten Machtanspruchs, der Konkurrenz nach Möglichkeit ausschaltet, politische Vielfalt und Opposition nicht duldet, jedenfalls unschädlich zu machen sucht, politischen Wechsel unterbindet, selbstbestimmtes Engagement von Gruppen und Einzelpersonen zumindest dann behindert und unterdrückt, wenn es den Zielen und Absichten der Machthaber im Wege steht.

Lesetipps:

- Uwe Backes, Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen 2006.
- Norberto Bobbio, Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994.

Was unterscheidet Rechts- und Linksextremismus voneinander?

Uwe Backes

Die Unterscheidung zwischen Rechts- und Linksextremismus geht auf die Französische Revolution zurück.- Dort wurde die alte, bis in die Antike zurückreichende Gegenüberstellung „extremer“ und „gemäßigter“ Positionen mit der neuen, die politische Lagerverteilung bald prägenden Unterscheidung zwischen „rechts“ und „links“ verknüpft. Schon 1791 findet man die Unterscheidung zwischen „extrémité gauche“ (extreme Linke) und „extrémité droite“ (extreme Rechte). Allerdings haben sich die Inhalte dieser Unterscheidung im Laufe der folgenden Jahrhunderte ständig verändert.

Auf der äußersten Rechten trat die ursprünglich emanzipatorische, dann nach innen und außen aggressiv zugespitzte Ideologie des Nationalismus („integraler Nationalismus“) an die Stelle der bedingungslosen Verteidigung dynastischer Interessen. Auf der äußersten Linken gewannen sozialistische und kommunistische Lehren an Boden und orientierten sich bald an wechselnden Regimebildungen. Rechte und Linke beeinflussten sich gegenseitig: Die NS-Bewegung fügte nach dem Ersten Weltkrieg Bausteine sozialistischer Herkunft in ihr rassistisch-imperiales Ideengebäude ein. Die Bolschewiki beuteten unter Stalin die integrativen, gemeinschaftsstiftenden Wirkungen nationalistischer und antisemitischer Lehren für die Stabilisierung des Sowjetstaates aus.

Wer die Unterschiede und die Gemeinsamkeiten des heutigen Rechts- und Linksextremismus herausarbeiten will, kann auf begriffliche Unterscheidungen zurückgreifen, die der Turiner Rechtsphilosoph Norberto Bobbio vorgenommen hat. Er differenziert wie in einem zweidimensionalen Koordinatensystem eine Gleichheits- und eine Freiheitsachse. Auf der Gleichheitsachse kommt der Hauptunterschied zwischen „rechten“ und „linken“ Positionen zum Ausdruck: Linke oder „Egalitarier“ sind nach Bobbio all jene, die Ungleichheiten zwischen Menschen (etwa an Fähigkeiten) keineswegs ignorieren, aber bei der Übertragung von Rechten und Pflichten dem höhere Bedeutung beimessen, was sie gleich statt ungleich macht. Rechte oder „Nichtegalitarier“ hingegen sind all jene, die bei der Übertragung von Rechten und Pflichten denjenigen Eigenschaften, die Menschen ungleich erscheinen lassen, größere Bedeutung zuerkennen.

Während also die Linke geneigt sei, Ungleichheiten als Folge veränderbarer sozialer Zustände zu interpretieren und auf ihre Beseitigung zu dringen, zeige sich die Rechte viel eher bereit, Überkommenes, Gewachsenes, Naturhaftes, Traditionelles als solches zu akzeptieren. Ein zentraler Punkt ist das Verhältnis beider Extremismen zum Ethos fundamentaler Menschengleichheit, also der Überzeugung von der Gleichwertigkeit der Menschen: Während Linksextremisten dieses Ethos im Grundsatz bejahen, weist es der Rechtsextremismus zurück, sofern er die Unterschiede zwischen den Nationen, Völkern, Ethnien, „Rassen“ betont und seinen politischen Entwürfen zugrunde legt.

Lesetipps:

- Uwe Backes, Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen 2006.
- Norberto Bobbio, Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994.

Welche Formen von Rechtsextremismus gibt es?

Eckhard Jesse

„Den“ Rechtsextremismus, eine Unterform des Extremismus, zu dem auch Linksextremismus und politisch-religiös ausgerichteter Fundamentalismus (wie z.B. der Islamismus) gehören, gibt es nicht. Er kann sich in vielerlei Formen in der Wirklichkeit niederschlagen.

Wird nach den Zielen unterschieden, lässt sich etwa zwischen neonationalsozialistischen (rassistischen) und deutsch-nationalen (nationalistischen) Strömungen differenzieren, wobei die Grenzen fließend sein können. Jeder Neonationalsozialist ist ein Rechtsextremist, aber nicht jeder Rechtsextremist ein Neonationalsozialist.

Fragt man nach der Art der Mittel, so stehen den Befürwortern strikter Legalitätstaktik, die sich innerhalb der gesetzlichen Ordnung bewegen, am anderen Ende Terroristen gegenüber, die Gewalt nicht nur befürworten, sondern auch anwenden (siehe auch Rechtsterrorismus). Dazwischen sind jene Positionen angesiedelt, die Gewalt zwar prinzipiell gutheißen, sie aber z.B. aus taktischen Erwägungen nicht einsetzen.

Die Frage nach dem Intensitätsgrad ist ebenso ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal. Zwar ist – von der Wortbedeutung her – Extremismus ein nicht steigerbarer Superlativ, aber gleichwohl gibt es im antidemokratischen Intensitätsgrad Unterschiede. So ist etwa die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) eine Partei des „harten“ Rechtsextremismus (siehe auch Die „neue“ NPD als Zentrum des parteipolitischen Rechtsextremismus), die „Pro“-Formationen mit ihrer antiislamistischen Prägung verkörpern eher einen „weichen“ Extremismus (siehe auch Die „Pro“-Parteien). Dabei muss kein enger Zusammenhang zwischen dem Intensitätsgrad des Extremismus und seiner politischen Gefährlichkeit bestehen. Eine „weiche“ auftretende Gruppe hat nämlich in der Regel sogar die besseren Chancen, Zustimmung beim Wähler zu finden und damit, Einfluss auszuüben. Nicht immer ist die Grenzlinie zwischen extremistisch und nicht-extremistisch klar, zumal in einer Gruppe extremistische Kräfte ebenso beheimatet sein können wie nicht-extremistische. Es handelt sich in der Praxis um ein schwieriges Geltungs- und Abgrenzungsproblem.

Wer die jeweilige Aktions- und Organisationsweise berücksichtigt, kommt zu einer vierfachen Differenzierung. Hauptkriterium für die Aktionsform soll die Frage sein, ob die jeweilige extremistische Gruppierung Gewalt anwendet, Hauptkriterium für die Organisationsform, ob ein fester Zusammenschluss besteht:

1. **Der fest organisierte und gewalttätige Extremismus**, also etwa der Terrorismus des sich selbst so bezeichnenden „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU),
2. **der nur schwach oder kaum organisierte Extremismus**, der Gewalt anwendet; insbesondere „Skinheads“ und „Autonome Nationalisten“ auf der einen Seite, der aktionistische Alltagsrassismus auf der anderen Seite (siehe auch Die Neonazi-Szene als „soziale Bewegung“);
3. **der fest organisierte und gewaltlose Extremismus**, darunter als bekannteste Kraft die NPD (siehe auch Die „neue“ NPD als parteipolitisches Zentrum des Rechtsextremismus), die freilich die Distanz zum gewalttätigem Vorgehen „befreundeter“ Gruppierungen zuweilen missen lässt);
4. **der weder fest organisierte noch gewalttätige Extremismus**, seien es Intellektuelle von rechtsaußen, die den demokratischen Verfassungsstaat zu delegitimieren suchen, seien es

rechtsextremistische Einstellungen (siehe auch Was ist „intellektueller Rechtsextremismus“?). Freilich gibt es eine Reihe von Zwischenformen.

Zu Form 1: Unter diese Rubrik fällt der fest organisierte und planmäßig aus dem Untergrund operierende Rechtsterrorismus, der in Deutschland Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre eine gewisse Rolle gespielt hat. Aufgrund seiner schwachen Logistik und Planungsintensität, die weit hinter der linksextremistischen „Roten Armee Fraktion“ zurückblieb, wurde er von den Sicherheitsbehörden schnell „aufgerieben“. Die eingangs erwähnte Zelle des NSU, die zwischen 2000 und 2007 nicht nur für zehn Morde und mindestens zwei Sprengstoffanschläge mit zahlreichen Verletzten, sondern auch für zahlreiche Banküberfälle verantwortlich ist, stellt eine neue Dimension des Rechtsterrorismus dar. Sie hat planvoll Gewalttaten begangen, ohne Selbstbeichtigungsschreiben zu hinterlassen. Nach dem Bekanntwerden der Morde im November 2011 war dies ein Schock für die Gesellschaft. Sie stellt sich der Aufarbeitung und fragt, wie das geschehen konnte – die Mordserie und das Nichterkennen der rassistischen Motive.

Zu Form 2: Hierzu zählen die heute eine deutlich geringere Rolle spielenden „Skinheads“ und die „Autonomen Nationalisten“ (siehe auch „Autonome Nationalisten“), die sich in ihrem Erscheinungsbild den linken Autonomen angleichen. Ihre Aktionen richten sich vielfach gegen „Fremde“ (nicht zuletzt gegen Asylbewerber) und gegen „linke Zecken“. Die Zahl solcher aktionsorientierter Rechtsextremisten war in der ersten Hälfte der 1990er Jahre in die Höhe geschneit, vor allem in den neuen Bundesländern. Infolge harten staatlichen Vorgehens ging die Zahl der Gewalttaten zurück (auf ca. 1.000 im Jahr). Bei den überwiegend jungen Tätern gab es meistens keinen rechtsextremistischen „Vorlauf“. Häufig lag den kriminellen Handlungen keine langfristige Planung zugrunde, war zudem Alkohol im Spiel. Die Gewaltaktionen sind vielmehr das Produkt einer organisatorisch nicht verfestigten rechtsextremistischen Subkultur. Statistisch erfassbare Unterschiede in der Tatspezifik (z.B. Überwiegen von Landfriedensbrüchen bei den linken Autonomen, zahlreiche Brandanschläge und Körperverletzungen bei Rechtsextremisten) lassen sich zum Teil aus der sozialen Charakteristik der Akteure erklären (z.B. niedriges Durchschnittsalter, niedriger Bildungsstand, Neigung zu körperlicher Gewalt).

Zu Form 3: Bei Parteien bieten sich als Bestimmungsgründe klassische Kriterien wie Ideologie, politische Strategie und Organisation an. Die NPD bekämpft den demokratischen Verfassungsstaat offensiv. Das gilt zumal seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre unter dem damaligen Vorsitzenden Udo Voigt. Mit dem strategischen „Drei- bzw. „Viersäulenkonzept“ („Kampf um die Köpfe“, „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Wähler“, „Kampf um den organisierten Willen“) hat die NPD für Furore gesorgt. Die früher deutschnational orientierte Partei tritt nahezu klassenkämpferisch auf, agitiert gegen den Kapitalismus, die Globalisierung und gegen die USA. Rassistische und völkische Elemente sind wesentliche Bestandteile ihrer Ideologie. Im Dezember 2013 hat der Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht einen Verbotsantrag gegen die NPD eingereicht (siehe auch Chancen und Risiken eines NPD-Verbots).

Zu Form 4: Träger dieser Form sind unter anderem Rechtsaußenintellektuelle, die – direkt oder unterschwellig – gegen den demokratischen Verfassungsstaat agitieren. Ihre Zahl ist gering: In intellektuellen Milieus sind rechtsextremistische Denkmuster weithin isoliert. Ein Begriff wie „Neue Rechte“ ist schillernd, weil darunter höchst Unterschiedliches, nicht notwendigerweise Verfassungsfeindliches verstanden wird. Oft dient er dazu, Ideen zu charakterisieren, die sich inhaltlich von dem traditionellen übersteigerten Nationalismus absetzen wollen.

Zu dieser Facette rechtsextremistischer Erscheinungsformen zählt auch der soziologische Rechtsextremismus. Er besteht darin, dass Teile rechtsextremistischer Ideologien, sogenannte „Einstellungsmuster“, auch bei Menschen festgestellt werden können, die weder über ein in sich geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen, noch sich aktiv in rechtsextremistischen Gruppen engagieren. Damit liegen die „Einstellungsmuster“ am äußersten Rand erkennbarer Formen des

Rechtsextremismus. Sie müssen gleichwohl als Warnzeichen für Defizite an demokratischer Kultur ernst genommen werden.

Was die Formen des Rechtsextremismus betrifft, so gibt es zwischen ihnen Schnittmengen. Die einzelnen Varianten treten nicht immer in in reiner Form auf. Zum Beispiel muss nicht jeder Wähler einer rechtsextremistischen Partei auch Extremist sein: Bei der Entscheidung in der Wahlkabine können z.B. auch Protestmotive und der Wunsch, den Regierenden einen „Denkzettel“ zu verpassen, eine Rolle spielen. Deshalb versteht sich, dass der demokratische Verfassungsstaat bei der Bekämpfung des (Rechts-) Extremismus Liberalität und Entschlossenheit zugleich an den Tag legen muss. Dies ist eine Gratwanderung.

Die Rolle von Gewalt und Kampf im Weltbild von Rechtsextremisten

Rudolf van Hüllen

Kriege, Bürgerkriege und Gewaltkriminalität gelten unter zivilisierten Menschen gemeinhin als unerwünschte Ausnahmen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Der neonazistische Flügel des Rechtsextremismus findet sie eher normal.

Der Grund dafür ist ein doppelter: Zum einen stammen gerade Angehörige solcher harter rechtsextremer Szenen häufig aus defekten Familien, in denen familiäre Gewalt überdurchschnittlich häufig vorkommt. Viele der späteren Neonazis erleben sie deshalb als tägliche Normalität und nutzen sie ihrerseits als Mittel zur Konfliktlösung. Oft fallen sie damit schon im Kindergarten oder in der Grundschule auf. Ihre Chancen, später ein von Gewalt und Straftaten freies Leben zu führen, sind daher vergleichsweise geringer als diejenigen von Jugendlichen, die nicht mit solchen Risikofaktoren belastet sind.

Zum zweiten ist die positive Bewertung von Kampf, Gewalt und sogar Krieg der neonazistischen Ideologie immanent. Sie geht nämlich davon aus, dass die von dem Naturforscher Charles Darwin (1809-1882) gemachten Beobachtungen, dass stärkere oder anpassungsfähigere Arten und Einzelwesen in der Natur eine größere Überlebenschance haben als schwächere und an z. B. klimatische Verhältnisse weniger anpassungsfähige. Diese Beobachtungen übertrugen Rechtsextremisten als sogenannten Sozialdarwinismus auf die menschliche Gesellschaft. Besonders für die Nationalsozialisten galt dann die „natürliche Auslese“ als unüberwindbares Naturgesetz. Demnach würden schwächere Arten und Individuen zu Recht ausgerottet, während stärkere im Überlebenskampf obsiegten.

Kampf und Gewalt bis hin zu Krieg werden so zu natürlichem Sozialverhalten bei der Durchsetzung eigener Interessen erklärt. Sie gelten nicht mehr wie in zivilisierten Staaten als unerwünschte Ausnahmen, die man durch Vorhalt einer geeigneten Verteidigungsfähigkeit von Staaten und einer Polizei zu unterbinden sucht. Deshalb haben Neonazis ein bedenkenlos positives Verhältnis zu Gewalt: Sie gilt ihnen als Lebensgesetz und sogar als Äußerung besonderer Vitalität. Außerdem ist sie permanent und ewig: Alle politische Auseinandersetzung ist Kampf, und er endet nie, da selbst nach Vernichtung eines unterlegenen Gegners dem Sieger neue Herausforderungen im „Lebenskampf“ erwachsen. Das sei Motor des Fortschritts zu einer immer perfekteren „natürlichen“ Ordnung, aus der das Kranke und Schwache zunehmend ausgeschieden werde, so Hitlers Überzeugung.

Bei deutschen Neonazis wird eine solche Sichtweise nahezu eins zu eins abgebildet. Michael Kühnen, eine der Ikonen der zeitgenössischen Neonazi-Szene, führte dazu aus:

„Der Kampf ist unser Lebensinhalt. Es ist gesund und natürlich, Freude am Kampf und an der männlichen Bewährung zu empfinden. (...) In dieser Welt hat sich stets nur etwas durch die Tat geändert, nie durch prahlerische Redensarten! Nichts ist wirklich, solange es sich nicht im Kampf bewährt hat, dort geadelt und bestätigt wurde. Der Kampf, das Ringen der Gewalten - das ist die Auslese der Besten, der Würdigen. Hier finden sich die Menschen, die Geschichte machen, hier fallen die Entscheidungen.“⁸

Die ideologische Rechtfertigung von Gewalt kann mehrere Aspekte der Neonazi-Szene erklären:

⁸ Das Zitat stammt aus Kühnens Manuskript „Die zweite Revolution. Glaube und Kampf“, das er 1978 bis 1982 in Strafhaft verfasst hat, zit. nach Rüdiger Kreutz, Organisierte Gewalt in der Gesellschaft. Gruppierungen - Inhalte - Aussagen, Bonn 1989, S. 46.

- ihre Verherrlichung der Wehrmacht (siehe auch Der Zweite Weltkrieg und der Rechtsextremismus)
- die programmatische Forderung der NPD nach unbegrenzter nationalstaatlicher Souveränität unter Einschluss eines „Rechts“ auf Kriegführung
- die Gewalt gegen politische Gegner und „rassisch Minderwertige“; sie will letztlich nicht ein bestimmtes Verhalten dieser Gegner erreichen, sondern zielt, da die Notwendigkeit einer „Auslese“ betont wird, letztlich auf deren Vernichtung (siehe auch Rechtsterrorismus);
- die Akzeptanz von wegen allgemeinkrimineller Gewaltdelikte vorbestraften Personen in rechtsextremen Gruppen (siehe auch Die Neonazi-Szene als „soziale Bewegung“);
- die internen Intrigen und Machtkämpfe, auch die untereinander als „normal“ empfundene Gewaltanwendung (siehe auch Rechtsextremismus und „Kameradschaft“: Intrigen und Gewalt unter Nazis);
- die Beliebtheit von Germanenmythen im Rechtsextremismus

Welches Menschenbild haben Rechtsextremisten, welches Demokraten?

Rudolf van Hüllen

Allen politischen Philosophien liegen bestimmte - zumeist vorwissenschaftliche, auf Werten basierende - Bilder von der Natur des Menschen zugrunde. Gerade in einem solchen Verständnis von der Natur und den Fähigkeiten von Menschen unterscheiden sich Demokraten von Rechtsextremisten auf das Deutlichste.

Das demokratische Menschenbild hat im Wesentlichen zwei Wurzeln: Es gründet einerseits in der christlich-jüdischen Kultur und andererseits in den Ideen der Aufklärung. Während die christlich-jüdischen Wurzeln die Verantwortlichkeit des Einzelnen gegenüber Gott und der Schöpfung betont, steht im Zentrum eines humanistisch-aufklärerischen Menschenbildes die Überzeugung, dass Menschen Verstand haben und sich daher aus freien Stücken für ihr Tun oder Unterlassen entscheiden können. In beiden Fällen wird die Verantwortungsfähigkeit des Menschen betont, was wiederum bedeutet, dass politische Ordnungen keine „natürlichen“ Gegebenheiten darstellen, sondern Ergebnisse menschlichen Wollens, Handelns oder Unterlassens sind.

Sowohl in seinem dezidiert christlichen wie auch in seinem aufklärerischen Begründungskontext wird dem Menschen eine unabdingbare Würde zugeschrieben, die sich in erster Linie durch die Annahme seiner natürlichen Freiheit (unter Einschluss der Freiheit, Gutes wie Schlechtes bewusst zu verwirklichen) und seiner Gleichwertigkeit (als Respekt vor dem Wert des Anderen) auszeichnet. Das bedeutet: ein demokratisches Bild vom Menschen ist nicht automatisch ausschließlich ein positives: Es ist von der Hoffnung geprägt, dass menschlicher Verstand und Verantwortungsfähigkeit eine „gute Ordnung“ hervorbringen können. Es weiß zugleich, dass Menschen auch zu Schlechtem fähig sind und richtet die politischen Institutionen danach ein: „Wären Menschen Engel, bedürfte es keiner Gesetze“, formulierten die Väter der amerikanischen Verfassung Ende des 18. Jahrhunderts diese Einsicht. Insofern wohnt dem demokratischen Menschenbild stets eine realistisch-skeptische Komponente bei.

Das Menschenbild des Rechtsextremisten unterscheidet sich davon auf das Deutlichste. Es geht erstens nicht vom Einzelnen, seiner Würde und Verantwortungsfähigkeit aus. Die primäre Bezugsgröße bildet beim Rechtsextremismus ein ethnisch-kulturell und / oder rassistisch-biologisch vorgegebenes Kollektiv, in das sich der Einzelne einzufügen und dem er sich unterzuordnen hat. Einen Eigenwert besitzt er nur im Kontext dieses Kollektivs: „Du bist nichts, dein Volk ist alles“, formulierten die Nationalsozialisten diese Grundannahme. Durch die Zugehörigkeit zu diesem ethnischen Kollektiv sei der Mensch in seinen Anlagen angeblich biologisch bestimmt: Er teile individuelle Eigenschaften auf „natürliche“ Art mit denen seines Volkes. Insofern sei er als Einzelner nicht frei, und Menschen unterschiedlicher ethnischer Kollektive demnach auch nicht gleichwertig, weil sie sich durch kulturell und genetisch vorgegebene, daher unaufhebbare Differenzen unterscheiden.

Zweitens: Diese angeblich unveränderbaren „natürlichen“ Eigenschaften bestimmen sich nicht zuletzt nach der Durchsetzungsfähigkeit des Einzelnen bzw. seiner Ethnie im „Überlebenskampf“. Rechtsextremisten übertragen hier eine vulgarisierte Form von Erkenntnissen des Naturforschers Charles Darwin (1809-1882) auf einzelne Menschen, dann auf die Gesellschaft insgesamt. In solchen „sozialdarwinistischen“ Modellen zählt die Fähigkeit zu Kampf und Gewalt zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren im „Überlebenskampf“ (siehe auch Welche Rolle nehmen Gewalt und Kampf im Weltbild des Rechtsextremismus ein?). In ihm ist alles erlaubt, da es sich um existenzielle, also nicht kompromissfähige, Auseinandersetzungen handelt. Die Gewalt innerhalb rechtsextremer

Gruppierungen, ihre nach außen gewendete Gewalt gegen „Andere“, schließlich die Kriegsverbrechen rechtsextremer Regime sind praktische Anwendungen eines solchen Menschenbildes.

Solche Gewaltpropaganda lässt sich halbwegs moralisch intakten Menschen nur schlecht vermitteln. Die NPD beispielsweise verpackt daher ihre rassistisch-sozialdarwinistischen Anschauungen in die eher unverfänglich wirkende Bezeichnung „lebensrichtiges Menschenbild“⁹. Sie will damit andeuten, dieses sei gleichermaßen naturwissenschaftlich zwingend wie realistisch: „Die Nationale Erkenntnistheorie beruht auf der Natur des Menschen und fordert demzufolge die Einbeziehung der Naturgesetze in das politische Handeln“, heißt es dazu in einem internen NPD-Papier. Im Gegensatz dazu stehe ein „falsches Menschenbild, in dem der Mensch von Natur aus als gut und zudem alle Menschen unsinnigerweise als gleich bezeichnet werden.“

Mit seiner Vorstellung von Gewalt als soziale Normalität und seiner direkten Wendung gegen die Werte der französischen Revolution und der Aufklärung steht das neonazistisch-rechtsextreme Menschenbild in der denkbar größten Distanz zu allen humanistisch und christlich geprägten Auffassungen von der Natur des Menschen.

⁹ NPD-Bundesprogramm 2010, S. 5.

Wie gefährlich ist Rechtsextremismus?

Rudolf van Hüllen

Rechtsextremismus gilt verbreitet als erhebliche, für manche politisch weit links stehende Warner nicht nur als größte, sondern überhaupt als einzige Gefahr für die demokratische Gesellschaftsordnung. Die Frage, wie gefährlich Rechtsextremismus ist, lässt sich mit einem schlichten Blick auf Mitgliederzahlen rechtsextremer Organisationen und Straftatenstatistiken nicht beantworten.

Für die Gefährlichkeit kommt es zum einen auf den Standpunkt des Betrachters an: Ist er von der Gefahr direkt betroffen oder nicht? Ein zweites Kriterium kann massenhafter Zulauf zu einer demokratiefeindlichen Idee oder Partei sein. Als drittes kommt schließlich die Intensität und Zielrichtung der von ihr möglicherweise ausgeübten Gewalt in Betracht. Denn schließlich gibt es einen „harten“ und einen eher „weichgespülten“ Rechtsextremismus.

Bei Wahlen hat allerdings weder die eine noch die andere Variante in Deutschland Erfolg. Eine nach außen gemäßigt auftretende rechtsextreme Partei mit Wahlerfolgen wie in Frankreich, Österreich oder Belgien gibt es in Deutschland nicht. Die einzige elektoral handlungsfähige rechtsextreme Partei, die NPD, ist im Bundestag nicht vertreten. Sie saß bis zum September 2016 zuletzt lediglich noch in einem von sechzehn Landtagen: in Mecklenburg-Vorpommern mit 6,0 %. Bei der Landtagswahl dort scheiterte sie 2016 an der Fünfprozenthürde und ist seitdem in keinem Landtag mehr vertreten. Gegenüber früheren Landtagswahlen hat die Partei an Zuspruch verloren (2004 in Sachsen 9,2 %; 2006 in Mecklenburg-Vorpommern 7,3 %. Da sie von allen übrigen Parteien konsequent isoliert wird, gehen von ihr keine Gefahren für die Stabilität der Verfassungsordnung aus. In den bevölkerungsstarken westlichen Bundesländern liegen die Wahlerfolge der Partei ohnehin deutlich unterhalb der Fünfprozenthürde.

Betrachtet man die Anhängerzahlen, so gab es Ende 2015 in Deutschland 22.600 in Organisationsstrukturen erfassbare Rechtsextremisten - die von den Verfassungsschutzbehörden erhobenen und von niemandem angefochtenen Zahlen haben demnach nach jahrelangem Rückgang erstmals wieder leicht zugenommen (um 1.600 Personen). Dagegen stehen 26.700 Linksextremisten (im Wesentlichen seit Jahren stagnierend) und fast 44.000 Islamisten (seit Jahren stark zunehmend)¹⁰. Nicht nur ist der Rechtsextremismus damit von allen drei Extremismusphänomenen das zahlenmäßig kleinste - erfreulicherweise liegt der Anteil extremistisch organisierter Menschen in Deutschland insgesamt bei nur 0,25 Prozent der Bevölkerung. Die weitaus meisten Demokratien würden sich glücklich schätzen, wären sie in einer solchen Situation. Allerdings verraten die Mitgliederzahlen nicht alles: Schaut man in die jüngere Vergangenheit, so findet man für 1995 47.500 Rechtsextremisten¹¹, an der Jahrtausendwende fast 51.000¹² und 2005 39.000¹³. Damals waren noch die Parteien „Republikaner“ (heute nahezu bedeutungslos) und „Deutsche Volksunion“ (DVU, inzwischen zerfallen) in der Statistik vertreten - beides reine Wahlvereine ohne herausragende Aktivitäten. Der Rechtsextremismus in Deutschland ist also heute zwar zahlenmäßig geschrumpft, aber die Zahl der aktionsorientierten Neonazis und ihr Einfluss in der letzten verbliebenen Partei, der NPD, hat zugenommen - bei den Neonazis von knapp 2.500 Mitte der 1990er Jahre auf 5.800 heute¹⁴. Dass der Rechtsextremismus durch diese Entwicklungen ungefährlicher geworden wäre, kann man leider nicht behaupten.

¹⁰ Alle Zahlen aus dem Verfassungsschutzbericht 2015, S. 45, 96, und 2014, S.92.

¹¹ Verfassungsschutzbericht 1995, S. 98.

¹² Verfassungsschutzbericht 2000, S. 28.

¹³ Verfassungsschutzbericht 2005, S. 55.

¹⁴ Verfassungsschutzbericht 1995, S. 98 und 2015, S. 45.

Straftaten werden aus allen Extremismusphänomenen heraus verübt. Insgesamt ereignen sich in der Bundesrepublik jährlich rund 30.000 Akte „Politisch Motivierter Kriminalität“ (PMK), das sind 0,5 Prozent der insgesamt verübten Straftaten. Zudem entfällt davon die Hälfte auf rechtsextremistische Propagandadelikte (vor allem §§ 86, 86a, 130 StGB). Überwiegend handelt es sich dabei um das verbotene Zeigen oder Verwenden von Symbolen oder Parolen des untergegangenen Nationalsozialismus; vergleichbare Strafvorschriften zum Islamismus oder Stalinismus gibt es nicht. Will man insoweit die Straftatenbilanz des Rechtsextremismus mit derjenigen seines direkten Gegenübers, des Linksextremismus, vergleichen, so kommt man für 2014 auf eine ähnliche Größenordnung an Zahlen. 4.541 rechtsextremistisch motivierte Straftaten standen 3.429 linksextremistisch motivierte gegenüber, 990 rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten 995 linksextremistisch motivierte. Demnach lagen Rechts- und Linksextremismus bei den Straftaten quantitativ in der gleichen Größenordnung. 2015 hat sich dieses Verhältnis verschoben. Rechtsextremistische Straftaten haben auf 11.250 (ohne Propagandadelikte) zugenommen; dafür verantwortlich ist vor allem eine Verdoppelung der Volksverhetzungsdelikte und der Bedrohungen/Nötigungen. Sachbeschädigungen und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz haben ebenfalls erheblich zugenommen. Zumeist steht dies im Zusammenhang mit gegen neu angekommene Migranten und Flüchtlinge gerichteten Übergriffen. Auch rechtsextremistisch motivierte Brandstiftungen haben sich auf mehr als einhundert vervierfacht und liegen nunmehr mit vergleichbaren linksextremistischen Taten gleichauf. Bei den Gewalttaten schlägt die Zunahme rechtsextremistisch motivierter Straftaten nicht so deutlich zu Buche. 2015 standen 1.408 rechtsextremistisch motivierte Gewaltstraftaten 1.608 linksextremistisch motivierten gegenüber¹⁵.

2015 hat sich mithin die Situation geändert, nach der das quantitative Niveau rechtsextremer Straftaten zumindest in den letzten 15 Jahren ziemlich gleich geblieben war: Es lag bei 4.000 bis 5.000 Straftaten, zu denen noch einmal zwischen 8.000 und 11.000 Propagandadelikte kamen. Davon waren zwischen 750 und 1.000 Gewaltstraftaten.¹⁶ Allerdings wäre dieser Überblick unvollständig ohne Hinweis auf ein gravierend höheres Niveau an Gewaltstraftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund in den Jahren 1991-93. Damals richteten sich zahllose, bisweilen tödliche, Übergriffe vor allem gegen Menschen mit ausländischen Wurzeln: 1.483 im Jahr 1990, 2.639 im Jahr 1992 und 1.631 1993.¹⁷

Diese reine Zahlenstatistik lässt indessen noch keine Aussagen über die Qualität, die Intensität der Straftaten und die Zielgruppen von Gewalttaten zu. Seit der Aufdeckung des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) steht fest, dass es mindestens eine rechtsterroristische Gruppe in Deutschland gegeben hat, die im Zeitraum zwischen 2000 und 2007 zehn Morde und zahllose Banküberfälle verübt hat. Einen vergleichbaren Linksterrorismus gab es in diesem Zeitraum nicht; es ist auch derzeit kein Nährboden auszumachen, aus dem er entstehen könnte.

Rechts- und linksextremistische Gewalttaten unterscheiden sich erheblich hinsichtlich ihrer Zielrichtungen: Während sich rechtsextreme Gewalt in der Regel gegen Personen wendet, stehen bei linksextremistischer stärker Landfriedensbrüche bei Demonstrationen und gezielte Sachbeschädigungen bis hin zu Brandanschlägen im Vordergrund. Zudem richten sich rechtsextreme

¹⁵ Verfassungsschutzbericht 2015, S. 26, 31. „Extremistisch motiviert“ bedeutet: „gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet“, also direkt „verfassungsfeindlich“ intendiert. Die Polizei kategorisiert nach einem anderen, breiteren Schema: „politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) liegt dann vor, wenn Tathergang, seine Begleitumstände oder das Motiv des Täters einen im weitesten Sinne „rechten“ oder „linken“ Hintergrund aufweisen.

¹⁶ Gesamtzahlen für 2000 und 2005: 998 bzw. 958 Gewaltstraftaten, 10.435 bzw. 10.881 Propagandadelikte und Gesamtstraftatenzahlen von 15.951 bzw. 14.403 - alle Zahlen aus den Verfassungsschutzberichten 2000, S. 30 und 2005, S. 34.

¹⁷ Verfassungsschutzberichte 1991, S. 76 und 1993, S. 79 f. Die tatsächliche Zahl dürfte noch höher sein, denn es ist nicht davon auszugehen, dass alle Taten angezeigt bzw. in allen Fällen der rechtsextremistische Hintergrund sofort erkannt wurde.

und linksextreme Gewalt gegen unterschiedliche Personengruppen: Opfer linker Gewalt sind überwiegend Repräsentanten des „Systems“, z.B. Polizeibeamte im Verlauf von Demonstrationen. Rechtsextreme Gewalt kann nahezu jeden treffen, der aus der Sicht von Rechtsextremisten ein Angehöriger von ihnen abgelehnter Personengruppen zu sein scheint: tatsächliche oder vermeintliche Ausländer, Fremde, politische Gegner, Behinderte, Obdachlose oder sozial Schwache z.B. Es gibt weitere Unterschiede: Linksextreme Gewalt muss sich nach eigenen Standards zu einer Tat erklären und zudem die Schädigung von „Unbeteiligten“ vermeiden, während rechte Gewalt häufig unberechenbar, unter Alkoholeinfluss oder als spontane Gruppentat stattfindet. In der Gruppendynamik und im Weltbild solcher rechtsextremer Täter gibt es im Unterschied zu linksextremer Gewalt faktisch keine Tötungshemmung (siehe auch Rechtsterrorismus). Im Ergebnis ist die von Rechtsextremisten ausgeübte personenbezogene Gewaltkriminalität daher sowohl für die Opfer als auch für die Allgemeinheit gefährlicher als ihr linksextremistisches Pendant.

Sozialwissenschaftler thematisieren zudem, dass rechtsextremistische Einstellungsmuster besonders gefährlich seien, weil sie infolge ihrer populistischen Struktur leicht anschlussfähig seien. Dieser Befund lässt aber erstens keinerlei Rückschlüsse darauf zu, inwieweit aus solchen Einstellungsmustern Wahlentscheidungen für rechtsextreme Parteien, Zulauf zu ihnen oder sogar rechtsextreme (Straf-)Taten entstehen. Fest steht lediglich, dass sie ein politisches Klima schaffen können, das einer Demokratie mit ihrer Pflicht zum Diskurs, zur Toleranz und zum Schutz von Minderheiten nicht zuträglich ist. Sie verbessern damit die Ausgangssituation für aktiven und manifesten Rechtsextremismus. Allerdings wird auch dies nur dort gelingen, wo nicht oder nicht überzeugend widersprochen wird. Zweitens fehlen bis heute weitgehend¹⁸ entsprechende empirische Untersuchungen über eine Verbreitung linksextremistischer und islamistischer Einstellungsmuster in der Bevölkerung. Die einseitige Untersuchung von rechtsextremistischen Einstellungsmustern lässt damit noch keine Schlüsse darauf zu, inwieweit ein gewisses Maß an extremismusaffinen Denkmustern in Demokratien möglicherweise normal, aushaltbar und eben kein Anlass sein müsste, eine Gefährdung der demokratischen Ordnung zu befürchten.

Lesetipps:

- Matthias Mletzko, Gewalthandeln linker und rechter militanter Szenen, in: apuz 44/2010, S. 9-16.
- Andreas Zick/Anna Klein, Fragile Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, hrg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2014.
- Eckhard Jesse, Mitte und Extremismus, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse, Jahrbuch Extremismus und Demokratie Bd. 24 (2012) Baden-Baden 2013, S. 13-36.

¹⁸ Für linksextreme Einstellungsmuster vgl.: Klaus Schroeder / Monika Deutz-Schroeder, Gegen Staats und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie, Frankfurt/Main 2015.

Wie unterscheiden sich Rechtsextremisten von rechten Demokraten?

Rudolf van Hüllen

„Niemand in Deutschland, der noch bei Trost ist“, schrieb der Publizist Jan Fleischhauer 2009, „bezeichnet sich selbst als rechts. Bürgerlich vielleicht oder konservativ, aber selbst das nur mit angehaltenem Atem“. ¹⁹ Offenbar scheint „rechts“ als politische Richtungsangabe schon fast gleich bedeutend mit „rechtsextrem“. Bezeichnen sich deshalb viele zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus einfach als „Initiativen gegen rechts“? Gibt es überhaupt eine demokratische „Rechte“?

Zunächst einmal: Die Einordnung dessen, was - gemessen an der Mitte - „rechts“ und „links“ ist, hängt nicht zuletzt von der Position des Betrachters ab. Ein Kommunist wird einen traditionellen Sozialdemokraten umstandslos als „rechts“ bezeichnen, während sich dieser durchaus als Bestandteil einer linken Mitte sieht. Abgesehen von diesem Perspektivenproblem scheint es aber auch so, dass die Bezeichnung „politische Rechte“ durch die Verbrechen Geschichte des Nationalsozialismus diskreditiert ist. Tatsächlich stehen sich Rechtsextremismus wie der Nationalsozialismus und demokratisch-rechte Positionen in entscheidenden Punkten geradezu unversöhnlich gegenüber.

Die Scheidelinie ist das Verhältnis zum Grundgesetz und hier insbesondere zu den Grund- und Menschenrechten, den Verfahren und Institutionen des Verfassungsstaates und zum Rechtsstaat (siehe auch Rechtsextremismus und das Grundgesetz).

„Rechten“ wird nicht selten attestiert, sie wehrten sich gegen gesellschaftlichen Wandel, sehnten sich zurück nach vergangenen Zuständen und Sozialordnungen oder sie neigten zu unangemessener Hochschätzung der eigenen Nation. Beides kann man sowohl rechtsextrem wie auch demokratisch ausfüllen.

Wenn Rechtsextremisten sich nach vergangenen Zeiten und Sozialordnungen sehnen, dann meinen sie ein vordemokratisches Regime nach Art des Kaiserreichs oder sogar des NS-Führerstaats. „Konservativ“ im demokratischen Sinne meint, dass man positive Traditionen der Vergangenheit bewahrt und nicht leichtfertig gesellschaftsverändernden Utopien opfern möchte. Damit ist auch ein bestimmtes Bild des gesellschaftlichen Gefüges verbunden, das sich im Allgemeinen bei den konservativen Parteien in Europa auf die christlichen Wurzeln des Kontinents bezieht. Und die stehen nicht im Widerspruch zur Verfassungsdemokratie, sondern sind mit dem Verständnis vom Menschen als ein zugleich eigenverantwortliches wie auch sozial bezogenes Wesen geradezu dessen Grundlage.

Eine demokratische Rechte wird auch nicht nationalistisch sein - dies bedeutete die Überschätzung der eigenen Nation und damit zugleich die Abwertung anderer (siehe auch Was ist Nationalismus?). Sie darf aber patriotisch und stolz auf ihr Land sein. Es hat nichts mit Rechtsextremismus zu tun, wenn man stolz auf Deutschland ist wegen seiner wirtschaftlichen Leistungen (Exportweltmeister), der landschaftlichen Schönheit seiner vielfältigen und kulturell unterschiedlichen Regionen, seiner großen kulturellen Traditionen (z.B. in Wissenschaft, Literatur und Musik), oder wenn man einfach mal seiner Freude über die Leistungen der Fußballnationalmannschaft dadurch Ausdruck gibt, dass man ein Schwarz-Rot-Gold-Fähnchen ans Auto steckt. Denn Schwarz-Rot-Gold sind die Farben der demokratischen Revolution von 1848, und damit symbolisieren sie den Aufbruch der Deutschen in die Demokratie - gescheitert war 1933 der erste Anlauf von 1919, gelungen aber derjenige von 1949 in den

¹⁹ Jan Fleischhauer, Unter Linken. Von einem, der aus Versehen konservativ wurde, Reinbek 2009, S.15.

westlichen Besatzungszonen und 1990 der des vereinten Deutschland. Richtig verstandener Patriotismus ist kein Rechtsextremismus - würde man einen Franzosen, der am 14. Juli die „Tricolore“ aufzieht, oder einen Niederländer, der im April den „Koningsdag“ der „Oranjes“ feiert, als Rechtsextremisten oder als Nazi verdächtigen?

Abzulehnen ist es, wenn solche Gelegenheiten in Deutschland mit der Fahne Schwarz-Weiß-Rot gefeiert werden: Sie symbolisiert mit dem Kaiserreich ein vordemokratisches Deutschland, das in der von ihm mit verursachten Katastrophe des Ersten Weltkriegs (1914-18) unterging. Wer sich damit politisch identifiziert, es gar für heute als Vorbild darstellt, der bewegt sich eher im Vorfeld des Rechtsextremismus - und nicht mehr in einer demokratischen Rechten. Denn eine Erbmonarchie wie das Kaiserreich leitete ihre Legitimation nicht vom demokratischen Prinzip ab. Der Verfassungsschutz müsste solche Monarchisten wegen Ablehnung des Prinzips der Volkssouveränität unter „rechtsextremistische Bestrebungen“ verbuchen - damit sind sie juristisch gesehen Rechtsextremisten, aber gemessen an rassistischen Neonazis natürlich eher eine Form der Politsatire. Die NPD bedient sich übrigens der Fahne schwarz-weiß-rot als nicht verbotenes Emblem, um ihre Ablehnung demokratischer Tradition in Deutschland kenntlich zu machen.

Wie diese Beispiele zeigen, sind die Trennlinien zwischen „rechts“ und „rechtsextremistisch“ bisweilen genauso dünn wie zwischen „links“ und „linksextremistisch“. Das ist unvermeidbar, weil in pluralistischen Gesellschaften Durchmischungen aller Arten politischer Orientierungen möglich sind. Jemanden vorschnell und damit fahrlässig als Extremisten zu bezeichnen, verbietet sich nach beiden Richtungen. In Zweifelsfällen sollten auch exponierte, radikale rechte oder linke Auffassungen geduldet werden - wenn sie nicht eindeutig gegen Demokratie, Menschenrechte und den Verfassungsstaat gerichtet sind. Auch dieses Prinzip der Toleranz ist in einer Demokratie Bestandteil eines richtig verstandenen Verfassungs-Patriotismus.

Strukturelles

Wie ist Rechtsextremismus in Deutschland organisiert?

Rudolf van Hüllen

Rechtsextremisten stehen - kurz gesagt - alle Organisationsformen zur Verfügung, die sich auch andere politisch motivierte Interessengruppen zunutze machen. In den letzten 15 Jahren haben Rechtsextremisten im Gegensatz zu ihren bisherigen Gewohnheiten auf förmlich verfasste, nach dem Vereinsgesetz aufgebaute Strukturen eher verzichtet. Das liegt unter anderem daran, dass sie mit häufigen Verboten rechnen mussten.

In Deutschland sind politische Parteien rechtlich privilegiert: Sie sollen politische Interessen von Bürgern bündeln und sie durch den Erwerb von Mandaten bei Wahlen in Parlamenten vertreten. Selbst wenn sie eindeutige systemoppositionelle und daher verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, können sie nur vom Bundesverfassungsgericht verboten werden - sonst wäre es für regierende Parteien allzu einfach, durch Verbote eine unerwünschte Konkurrenz auszuschalten (siehe auch Chancen und Risiken eines NPD-Verbots). Die Gründung von Parteien ist frei, heißt es im Grundgesetz (Art. 21 Abs. 1 Satz 2). Das bedeutet: Es gibt in Deutschland keine „zugelassenen Parteien“. Parteien sind entweder existent oder als verfassungswidrig verboten und damit rechtswirksam aufgelöst. Eine Partei, die zwar verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, kann daher legal sein (weil ein Verbotverfahren noch nicht stattgefunden hat oder vielleicht auch überhaupt nicht beabsichtigt ist), sie ist aber nicht „zugelassen“ (siehe auch Die „neue“ NPD als parteipolitisches Zentrum des Rechtsextremismus und Die „Pro“-Parteien).

Eine zweite Möglichkeit, politische Interessen zu bündeln, ist die Gründung eines Vereins nach dem allgemeinen Vereinsrecht. Auch solche Zusammenschlüsse müssen nicht um „Erlaubnis“ nachsuchen. Sie können sich aber förmlich in das Vereinsregister des zuständigen Amtsgerichts eintragen lassen. Dazu müssen Verantwortliche eines Vorstandes benannt, ordentliche Jahreshauptversammlungen abgehalten und protokolliert werden; außerdem muss der Verein einen Sitz angeben. Für rechtsextremistische Zusammenschlüsse ist das alles eher nachteilig, denn es ermöglicht den Behörden im Verbotsfalle, auf die Verantwortlichen, das Vermögen und durch Beschlagnahme auch auf das Schriftgut eines solchen Vereins zuzugreifen. Verbote gegen Vereine können vom Bundesminister des Innern oder von den Innenministern der Länder verhängt werden, falls die Tätigkeiten einer Vereinigung „den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten“ (Art. 9 Abs. 2 GG).

Besonders offen neonazistisch ausgerichtete Rechtsextremisten neigen daher dazu, auf die Bildung förmlich verfasster Zusammenschlüsse zu verzichten. Das galt schon immer für die Skinhead-Subkultur, wird aber auch von Neonazis mit sogenannten „Kameradschaften“, „Freien Kräften“ oder den Zusammenschlüssen der „Autonomen Nationalisten“ praktiziert. Eine kalkulierte Ausnahme von dieser Praxis stellen die Kleinstparteien „Die Rechte“ und „Der III.Weg“ dar (siehe auch „Neonazistische Kleinstparteien“).

Rechtsextremistischer Terrorismus wiederum wird sich - wie jeder politische Terrorismus - in hoch professionellen, sehr klandestinen und abgeschotteten Zellen organisieren. Für diese Organisationsform sind zwei Gründe ausschlaggebend: erstens das Bedürfnis, nicht gefasst zu werden

und zweitens ein ausgeprägt elitäres Selbstverständnis. Solche Gruppen haben oft den Charakter von Sekten, Orden und Geheimbünden.

Weniger brauchbar zur Beleuchtung der verschiedenen Organisationsmodelle sind die neuerdings vom Verfassungsschutz vorgenommenen Einteilungen „Gewaltbereitschaft in der rechtsextremistischen Szene“, „Parteien“ und „rechtsextremistische Verbreitungsstrukturen“ - mit letzterem sind die Propagandamethoden und -mittel gemeint. Auch die Unterteilung in „Gewaltbereitschaft“ und „Parteien“ ist unbrauchbar - alle Extremisten sind grundsätzlich gewaltbereit, auch wenn sie bisweilen das Ausleben dieser Neigungen von den Rahmenbedingungen abhängig machen. Natürlich geht von 80-jährigen NPD-Mitgliedern eine geringere Gefahr aktueller Gewaltausübung aus als von 18-jährigen Skinheads. Und selbst die wissen sich - bei entsprechender Polizeipräsenz - durchaus zurückzuhalten. Andererseits ist die NPD derartig mit Neonazis durchwoben und vernetzt, dass es unsinnig wäre, die Partei in einem Gegensatz zu den vermeintlich „Gewaltbereiten“ zu sehen.

Für eine griffige Einteilung der verschiedenen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus ist es deshalb sinnvoll, sich an der Organisationsform zu orientieren - oder an der ideologischen Ausrichtung.

Chancen und Risiken eines NPD-Verbots

Uwe Backes

Der Anfang Dezember 2013 vom Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht eingereichte NPD-Verbotsantrag wurde – ähnlich wie der erste aus dem Jahr 2001 – durch spektakuläre Gewalttaten mit fremdenfeindlichem/rechtsextremistischem Hintergrund angestoßen – die Enthüllungen über das mörderische Treiben des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU). Die seither geführte Verbotsdebatte hat überwiegend Argumente aufgenommen, die nicht erst seit dem 2003 gescheiterten Verbotsverfahren vorgetragen worden waren. Allerdings haben die Innenminister des Bundes- und der Länder nach eigenem Bekunden das seinerzeit vom Gericht erkannte zentrale Verfahrenshindernis beseitigt: die Durchsetzung der Parteivorstände mit „V-Leuten“ des Verfassungsschutzes und die Nutzung von deren Äußerungen als Belege für die Verfassungsfeindlichkeit der Partei. Die Zahl der Verbotsbefürworter ist dadurch gewachsen, aber Skeptiker und entschiedene Gegner sind nach wie vor in allen politischen Lagern anzutreffen. Am 17. Januar 2017 urteilte das Bundesverfassungsgericht gegen ein Verbot der NPD „wegen fehlender Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele“ (1). Die Diskussion um ein Verbot der NPD geht dennoch weiter.

Wie lauten die wichtigsten Argumente pro und kontra?

Kritiker monieren zunächst, dass Parteiverbote einer demokratietheoretisch abgesicherten Begründung bedürfen. Sie sind keineswegs ein selbstverständlicher Bestandteil des Demokratieschutzes – wie etwa die alten Verfassungsstaaten Großbritannien und USA zeigen, die ein solches Instrument nicht kennen. Umgekehrt greifen Autokraten zur Stabilisierung ihrer Herrschaft nicht selten auf Parteiverbote zurück. Das im Grundgesetz vor dem Hintergrund totalitärer Erfahrung verankerte Konzept der „streitbaren“ oder „wehrhaften“ Demokratie umfasst die Möglichkeit des Parteiverbots (Art. 21 Abs. 2) für solche Parteien, von denen angenommen werden muss, dass sie die demokratischen Freiheitsrechte nutzen, um sie nach einer erfolgreichen Machtübernahme außer Kraft zu setzen. Es beruht auf dem Prinzip der normativen Toleranz – also der uneingeschränkten Respektierung nur solcher oppositioneller Parteien, die ein Minimum an Werten und Spielregeln beachten.

Die „streitbare Demokratie“ begründet aber keinen Freibrief für repressive Eingriffe. Über die in jedem Rechtsstaat geltenden Bedingungen hinaus ist das Parteiverbot mit höheren Auflagen verknüpft als das Vereinsverbot (Art. 9 Abs. 2 GG). Wegen der elementaren Bedeutung des Parteienpluralismus für das Funktionieren eines demokratischen politischen Prozesses kann es nur von der höchsten Instanz der Judikative, dem Bundesverfassungsgericht, ausgesprochen werden (Art. 21 Abs. 3 GG). Aus guten Gründen ist dies in der Geschichte der Bundesrepublik bisher nur zweimal erfolgt: 1952 gegen die rechtsextremistische Sozialistische Reichspartei (SRP), 1956 gegen die linksextremistische Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Besonders hoch setzte das Gericht die Hürde im KPD-Verbot, als es betonte, eine Partei sei „nicht schon dann verfassungswidrig“, wenn sie die „obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht anerkennt, sie ablehnt, ihnen andere entgegensetzt. Es muss vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen; sie muss planvoll das Funktionieren dieser Ordnung beeinträchtigen, im weiteren Verlauf diese Ordnung selbst beseitigen wollen“ (BVerfGE 5, 85, 251, Hervorhebung nicht im Original). Diese hohe Hürde trug dazu bei, dass Parteiverbote zwar oft öffentlich gefordert (wie schon Ende der 1960er Jahre gegen die bei Wahlen zeitweilig erfolgreiche NPD), aber selten praktisch umgesetzt wurden.

Nicht wenige Juristen und Sozialwissenschaftler halten das Konzept der „streitbaren Demokratie“ für einen „autoritären Systembruch“. Der Jurist Horst Meier vertrat die Auffassung: „Eine Verfassung, die nicht erst die Anwendung politisch motivierter Gewalt sanktioniert, also das ‚Verhalten‘ der Parteianhänger, sondern auch schon die Propagierung verfassungsfeindlicher ‚Ziele‘, also Gesinnungen – eine solche Verfassung ist keine voll demokratische.“ Er plädierte gemeinsam mit Claus Leggewie dafür, zu den Republikschutzbestimmungen der Weimarer Zeit zurückzukehren. Der „vielgescholtene Relativismus der Weimarer Reichsverfassung“ sei nämlich durchaus die „angemessene Regelung der politischen Auseinandersetzung“. Er fordere die „friedliche Form des politischen Kampfes, ohne den Spielraum für dessen Inhalte einzuengen.“ Die Vorverlagerung des Verfassungsschutzes in den Bereich nicht-gewaltförmigen Handelns beeinträchtigt das vom Katalog verbürgter Grundrechte abzuleitende Gebot der Chancengleichheit für alle politischen Kräfte, behindere den freien Austausch der Meinungen und Ideen und leiste der Entstehung von Duckmäusertum Vorschub.

Halten Verbotgegner wie Leggewie und Meier ein NPD-Verbot für illegitim, solange die Partei nicht systematisch Gewalt als Mittel der Politik propagiert und praktiziert, machen Anhänger des Konzepts der „streitbaren Demokratie“ die Frage der Legitimität eines NPD-Verbots nicht von deren Gewalttätigkeit abhängig. Aber auch unter ihnen gibt es nicht wenige Verbotsskeptiker. Über die Frage der Legitimität und grundsätzlichen Rechtmäßigkeit eines Verbots hinaus führen sie Gesichtspunkte der Liberalität, Praktikabilität und Zweckmäßigkeit ins Feld. So teilt der Chemnitzer Politikwissenschaftler Eckhard Jesse die demokratiethoretische Position Leggewies und Meiers nicht, beurteilt aber die Zweckmäßigkeit eines NPD-Verbots ähnlich. Zum einen sei die Partei keine wirkliche Gefahr für die konsolidierte deutsche Demokratie. Zum anderen würden mit dem Verbot die Ziele nicht erreicht, die sich die Verbotsbefürworter erhofften: Es sei nach aller Wahrscheinlichkeit kein wirksamer Beitrag zur Bekämpfung politischer Gewalt, da von der Verstrickung einzelner Mitglieder in militante Szenen und Gewalttaten nicht auf das Gesamtverhalten der Partei und ihrer Führungen geschlossen werden könne. Nach einem erfolgreichen Verbot müsse mit einer flexiblen Reorganisation des rechtsextremen Lagers und dem Auftreten „weicherer“ und womöglich erfolgreicherer Parteien rechtsaußen gerechnet werden. Zudem sei nicht ausgeschlossen, dass sich Teile der Partei weiter radikalisierten und zum Mittel der Gewalt griffen.

In früheren Diskussionen haben Verbotsskeptiker auf ein Dilemma hingewiesen: Verbote bewirken nicht viel, solange eine Organisation eher unbedeutend ist; sie werden hingegen faktisch unmöglich, wenn eine Organisation Massenresonanz erzielt. Zudem gehe mit dem Verbot extremistischer Parteien der Seismograph für die Erfassung des Gefährdungsgrades einer Demokratie verloren. Denn Erfolge extremistischer Parteien seien vielfach ein Indikator für Problemlagen, die von den „Etablierten“ vernachlässigt würden. Mit dem Verbot aber beseitige man weder die Probleme noch das Anhänger- und Einstellungspotential. Verbote könnten darüber hinaus unerwünschte Folgen nach sich ziehen: Sie erhöhten die Attraktivität gewaltsamer Alternativen. Die Anhänger einer verbotenen Partei sähen sich als Märtyrer, gingen womöglich in den Untergrund, bedienten sich konspirativer Techniken und ließen sich dann von den Sicherheitsbehörden schwerer beobachten und kontrollieren als zuvor.

Die zahllosen Verbote meist NS-affiner Vereinigungen seit 1992 (auf Bundes- und Landesebene) nähren Verbotsskepsis: Die erhoffte dauerhafte Verunsicherung und Schwächung militanter rechtsextremer Szenen wurde nicht erreicht. Stattdessen stieg deren Personenpotential nach Angaben der Verfassungsschutzbehörden beinahe kontinuierlich an. Die Vereinigungsverbote führten in der Szene zu größerer Flexibilisierung. Zudem wurde die NPD als organisatorisches Auffangbecken aufgewertet. Allerdings ist die Behauptung, die Vereinigungsverbote hätten Radikalisierungsprozesse in Richtung Rechtsterrorismus begünstigt, in dieser Pauschalität unhaltbar. Organisiertes, planhaftes Gewalthandeln aus dem Untergrund wie im Falle des NSU war die Ausnahme, nicht die Regel.

Verbotsbefürworter argumentieren keineswegs allesamt auf der Grundlage des Konzepts der „streitbaren Demokratie“ – wie der einseitige „Antifaschismus“ von Linksausßen zeigt. Im Unterschied zu

diesen orientieren sich die Anhänger der „streitbaren Demokratie“ am Leitbild des demokratischen Verfassungsstaates, dessen Werte und Verfahrensregeln eine Grenzziehung gegenüber illiberalen und intoleranten Bestrebungen ermöglichen. Diese müssen keineswegs unbedingt mit der Propagierung und Praktizierung von Gewalt einhergehen. Die „Vorverlagerung“ des Demokratieschutzes in den Bereich nicht-gewaltsamen, aber aggressiv-verfassungsfeindlichen Handelns ist aus dieser Sicht die Schlussfolgerung aus der bitteren Lektion, die den Anhängern des Weimarer Republiksschutzes von Hitler, Goebbels & Co. mit der geschickten Ausnützung der legalen Wege zur „Machtergreifung“ erteilt worden war.

Die Befürworter eines NPD-Verbots heben vielfach die Ähnlichkeiten zur NSDAP hervor. Im Berliner Wahlkampf 2011 habe die NPD ihre Perfidie auf die Spitze getrieben, als sie mit dem Slogan „Gas geben“ in der Nähe des Denkmals für die ermordeten Juden Europas für ihre politischen Vorstellungen warb. Ihr symbiotisches Verhältnis zu militanten rechtsextremen Szenen ist seit langem bekannt. Auch gehört die Partei zu jenen Rechtsaußenparteien in Europa, die sich in ihrer Ideologie und Programmatik an den Faschismen der Zwischenkriegszeit orientieren.

Verbotsbefürworter schätzten die Erfolgchancen eines neuerlichen Verbotsantrages optimistischer als die Verbotsgegner ein. Das erste Verfahren sei schließlich nicht an inhaltlichen, sondern an formalen Fragen gescheitert. Der verfassungswidrige Charakter der Partei lasse sich bereits durch das offen zugängliche Material zweifelsfrei belegen. Verbotsbefürworter beurteilen auch die Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit eines NPD-Verbotes zuversichtlich. Die Erfahrungen aus dem ersten Verbotsverfahren begründeten keineswegs die Befürchtung, die NPD-Aktivisten würden nach einem Verbot in den Untergrund gehen und terroristische Zellen bilden. In einer „Martyrerrolle“ sähen sich Rechtsextremisten ohnehin, aber das komme in der großen Bevölkerungsmehrheit nicht an. Das Verbot werde sich daher propagandistisch kaum ausnützen lassen. Die Risiken eines NPD-Verbots seien mithin gering. Umso gewichtiger wögen daher die zu erwartenden positiven Effekte: Mit dem NPD-Verbot verschwände ein „Flaggschiff des Rechtsextremismus“. Wer es versenke, schwäche die Szene nachhaltig. Dagegen seien mildere Mittel – etwa durch den Entzug staatlicher Mittel – unpraktikabel.

Verbotsbefürworter und Verbotsgegner sind sich in einem Punkt meist einig: Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus würde durch ein NPD-Verbot nicht überflüssig, sondern bleibt nach aller Erfahrung eine Daueraufgabe. Darauf weist auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Januar 2017 gegen ein Verbot der NPD hin.

Die NPD in deutschen Parlamenten: eine Bilanz

Erik Schlegel / Rudolf van Hüllen

Seit 2004, dem Jahr nach dem Scheitern des ersten Parteiverbotsverfahrens gegen die NPD, war es der Partei gelungen, bei einer Reihe von Landtagswahlen zur an Wählerstimmen stärksten rechtsextremen Partei zu werden. Damit beendete sie eine seit Anfang der 1970er Jahre anhaltende Serie von Misserfolgen. Infolge günstiger Gelegenheitsstrukturen überwand sie die Fünf-Prozent-Hürde in den Ländern Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. In Mecklenburg-Vorpommern war sie bis zum September 2016 mit Abgeordneten im Landtag vertreten, bei der sächsischen Landtagswahl flog sie bereits im August 2014 aus dem Parlament. Den Fokus ihrer Parlamentsarbeit legte die Partei auf Selbstdarstellung und eine Inszenierung typisch rechtsextremer Themen.

Die NPD ist eine gesellschaftlich isolierte und von anderen politischen Kräften geächtete Partei. Für das Überspringen der Sperrklausel bei Landtags- und Bundestagswahlen ist sie auf günstige Angebots- und Gelegenheitsstrukturen angewiesen. Die Partei profitiert vor allem von Protestthemen, die sich für kurzfristige Mobilisierungen eignen. Ihre Wähler sind überdurchschnittlich oft männlich und besitzen eine eher niedrige formale Bildung. Sozialstrukturell gehören sie meist der unteren Mittelschicht an und sind Arbeiter bzw. Arbeitslose.

Die NPD selbst geht von einem sogenannten Vier-Säulen-Konzept als Strategie aus. Eine dieser Säulen ist der „Kampf um die Parlamente“, damit sind die Aufstellung von Kandidaten zu Wahlen sowie der Versuch, in die Parlamente einzuziehen, gemeint. Verstärkt tritt die NPD auch bei Kommunalwahlen an. Dabei stellt sie sich selbst als volks- und bürgernahe Partei dar, um für bürgerliche Gesellschaftsschichten als wählbar zu erscheinen. Über eine aktive Mitarbeit in kommunalen Gremien soll eine gewisse Seriosität suggeriert werden, die der Partei insgesamt zu besseren Wahlergebnissen verhelfen soll.

Von 2006 bis 2016 war die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern in Fraktionsstärke vertreten. In unserer repräsentativen Demokratie erfüllen Fraktionen in den Parlamenten bestimmte Aufgaben. Dafür genießen sie eine herausgehobene Rechtsstellung, was sich unter anderem in den Geschäftsordnungen der Parlamente zeigt. Grundsätzlich bezieht sich die Arbeit der Fraktionen auf drei Ebenen: den Wähler, die Regierung sowie das Parlament selbst. Dabei macht es einen Unterschied, ob sich eine Fraktion in Regierungsverantwortung oder in der Opposition befindet.

Aufgrund der rechtsextremen und verfassungsfeindlichen Ziele der NPD arbeiten die anderen Fraktionen in den Parlamenten grundsätzlich nicht mit ihr zusammen. Allerdings bietet sich ihr dadurch die Möglichkeit, noch stärker als Anti-System-Partei und Fundamentalopposition wahrgenommen zu werden. Dies soll durch eine scheinbare Bürgernähe der NPD bei ihrer Parlamentsarbeit verstärkt werden.

Insgesamt steht die Partei vor dem Spagat, zum einen offen ihre rechtsextremen und rassistischen Ansichten zu zeigen, um die Kameradschaftsszene an sich zu binden, und zum anderen über eine vorgeblich sachbezogene Politik und scheinbare Professionalität die Zielgruppe bürgerlich-konservativer Wähler für sich zu gewinnen.

Dieses strategische Dilemma zieht sich durch ihr Agieren in den Parlamenten: Für zwei Legislaturperioden war sie im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern in Fraktionsstärke, bis sie in der Landtagswahl im September 2016 an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte und damit ihre letzte Landtagsfraktion verlor. Zudem ist sie in zahlreichen Kreistagen und Kommunalparlamenten vertreten.

Zwei Legislaturperioden hinweg war die NPD ebenfalls im Sächsischen Landtag vertreten, bis sie 2014 an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. In Kommunalvertretungen geht es eher um Sachfragen, während in den Landtagen die großen „politischen“ Fragen auf Landesebene verhandelt werden. Auf beiden Ebenen machte die NPD alsbald klar, dass eine konstruktive Mitwirkung an politischen Sachfragen nicht ihr Anliegen ist. Das überrascht nicht besonders, weil die Partei dem politischen System Feindschaft geschworen hat: Die Bundesrepublik, befand der damalige NPD-Chef Udo Voigt 2004, könne man vielleicht auch über die Wahlurne abwickeln. Eine „konstruktive“ Mitarbeit im Parlamentsbetrieb war demnach kaum zu erwarten.

Tatsächlich benutzte die NPD die Landtage in erster Linie als „Bühnen“ für ihre Propaganda: Darin ähnelt ihre Vorgehensweise Empfehlungen von Joseph Goebbels und - keineswegs zufällig - auch von Wladimir I. Lenin. Auftritte, Anfragen, Anträge der NPD dienten in erster Linie der Provokation, der Fundamentalopposition und der Botschaft an die eigene Klientel, wie unbrauchbar doch der parlamentarische Betrieb sei. Dabei war die Vorgehensweise unterschiedlich: Bei aller inhaltlichen Provokation bemühte sich vor allem die sächsische Landtagsfraktion der NPD um ein „seriöses“ Image. Ihre Abgeordneten beachteten die parlamentarischen Gepflogenheiten und die allgemeinen Umgangsformen. Die Ausstattung mit Stellen und der Zugang zu Informationen, die einem Landtagsabgeordneten zustehen, nutzte die NPD zur Professionalisierung ihrer Abgeordneten und Mitarbeiter.

Weit schwächer fällt die Bilanz der NPD in Kommunalparlamenten aus. Zwar sind ihre Kommunalabgeordneten bei Gremiensitzungen physisch anwesend, zeichnen sich aber in der Regel durch Inaktivität aus. Eine Forschungsgruppe in Mecklenburg-Vorpommern hat dazu festgestellt, dass die wenigen Initiativen von NPD-Kommunalpolitikern sich im Wesentlichen auf Themen beziehen, die mit ideologischen Kernanliegen der Partei in Verbindung stehen. Dazu zählen der Versuch, durch Hinweise auf sozial- und wirtschaftspolitische Probleme vor Ort die angebliche Unbrauchbarkeit des gesamten Systems des „Globalismus“ zu beweisen, dazu zählen Anträge zur Bürokratiekritik, ferner Themen zum Geschichtsbild (also etwa zu Gedenkorten zum Nationalsozialismus oder zum Zweiten Weltkrieg), recht häufig auch Versuche, die angebliche Diskriminierung und Benachteiligung der eigenen Partei zu thematisieren. Wie man mit solchen ideologischen Hobbies eine Kommune leiten könnte, ist nicht erkennbar. Aber das will die NPD ja vielleicht auch gar nicht.

Lesetipps:

- Uwe Backes / Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007.
- Mathias Brodkorb / Volker Schlotmann, Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2008.

Die Neonazi-Szene als „soziale Bewegung“

Rudolf van Hüllen

Der Begriff „Bewegung“ ist in Deutschland von jeher mit Ideen, Protestformen und Zielen verbunden, die der parlamentarischen Demokratie kritisch bis feindselig gegenüber stehen. Rechtsextremisten, die sich ab 1918 gegen die erste deutsche Demokratie wandten, verstanden sich als Gegenpol zum „Weimarer System“ als „nationale Bewegung“. Bei diesem Selbstverständnis blieb es nach 1945: Nunmehr galt die Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland und der Rückgewinnung einer angeblich natürlichen Ordnung. Meistens war dies mit einer positiven Bezugnahme auf den historischen Nationalsozialismus verbunden.

Sozialwissenschaftler bezeichnen als „soziale Bewegungen“ Zusammenschlüsse von Menschen, die einen grundlegenden Wandel der Verhältnisse in einem oder in mehreren Politikbereichen anstreben, die hierarchischen und formal verfassten Organisationen lockere netzwerkartige Strukturen vorziehen und die schließlich aktionsorientiert zu demonstrativem, lautstarken, unkonventionellen und bisweilen gewaltförmigem Protestverhalten neigen.²⁰

Dem entspricht ziemlich genau die Struktur der parteipolitisch ungebundenen (und zugleich mit der NPD gemeinsam agierenden) Szene der Neonationalsozialisten. Sie sind nur eine, wenngleich heute erhebliche, Teilmenge des Rechtsextremismus. In manchen Regionen ist diese Szene wesentlich stärker als die - ebenfalls dominant neonationalsozialistisch ausgerichtete - NPD. Differenzen mit ihr beziehen sich also weniger auf die Ideologie als auf das politische Organisations- und Handlungsverständnis. Die Neonazi-Szene schätzt Parteien nicht, weil sie in ihnen eine Konzession an das „System“ sieht. Sie agiert viel stärker aktionsbezogen und lebt ihre nationalsozialistischen Überzeugungen offener aus, weil sie ein Parteienverbot nicht befürchten muss.

Aktuell tritt sie in unterschiedlichen Formen in Erscheinung: Als locker organisierte „Kameradschaften“, als Kleinstgruppen oder Einzelpersonen, die sich als „Freie Kräfte“ bezeichnen, als weniger stark ideologisch motivierte subkulturelle rechtsextreme Cliques und schließlich in der neueren Form der „Autonomen Nationalisten“.

Lesetipps:

- Gideon Botsch, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Bonn 2012, S. 1-6, 100 ff.
- Dieter Rucht, Rechtsradikalismus aus der Perspektive der Bewegungsforschung, in: Thomas Grumke / Bernd Wagner, Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 75-86.

²⁰ Die sogenannte „Bewegungsforschung“ hat dieses Verständnis überwiegend an den politisch eher linksorientierten Protestströmungen der 1970er und 1980er Jahre (Frauenbewegung, Ökologiebewegung, Anti-Kernkraft-Bewegung, Friedens-Bewegung) entwickelt. Auch in diesen wurde anti-institutioneller Protest gegen das „System“ geschätzt. Die Sozialwissenschaften brauchten einige Zeit, um zu akzeptieren, dass auch der sich ausbreitende Neonazismus in den Neuen Bundesländern nach 1990 eine „soziale Bewegung“ darstellte. Die Extremismusforscher hatten es da einfacher; sie wissen, dass gemeinsame Protestformen gegen die demokratische Ordnung eben auch in ähnlichen Feindbildkonstruktionen wurzeln können.

Die „Pro“-Parteien

Rudolf van Hüllen

Es gibt noch andere Formen des Rechtsextremismus als den völkischen Rassismus der NPD und der offenen Neonazi-Szene: Die in Köln entstandenen „Pro“-Kleinstparteien pflegen keinen NS-Kult, vollziehen keinen Schulterchluss mit Gewalttätern und treten mit dem Anspruch auf, eine „Bürgerbewegung“ zu sein, die auf Fehlleistungen der etablierten Politik zugunsten „des“ Bürgers reagieren will. Der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen hält „Pro“ dennoch für rechtsextremistisch - und zwar mit guten Gründen.

„Pro“ entstand zuerst 1996 als „pro Köln“ und legte sich 2005 den Titel einer „Bürgerbewegung“ zu - um sich von dem sprichwörtlichen „Kölschen Klüngel“ dieser Stadt abzusetzen. Dagegen nimmt das eher knapp gehaltene Programm von „pro Köln“ und seinen Ablegern „pro Nordrhein-Westfalen“ und „pro Deutschland“ auf die tatsächlichen oder vermeintlichen Bedürfnisse der Bürger direkten Bezug: „Demokratie stoppen, Klüngel und Korruption eindämmen“, „Drogensucht offensiv bekämpfen“, „Pro Bäder und Sportstätten“, „Kriminalität eindämmen“. Angesprochen werden allerhand Missstände, die den durchschnittlichen Bürger durchaus ärgern, und für die nun einfache Patentlösungen angeboten werden. Ein solches Verfahren nennt man „Populismus“ (siehe auch Rechtsextremistische Kernaussagen und Gegenargumente). „Dem Volk“ wird nach dem Mund geredet, Lösungen für komplizierte Fragen werden auf Stammtischniveau reduziert und ein kräftiges Ressentiment zwischen „uns da unten“ und „denen da oben“ aufgebaut. Extremistisch ist so etwas allerdings nicht ohne Weiteres.

Doch „Pro“ hat eindeutig weiter gehende Absichten. „Der vermeintlich bürgerschaftliche Ansatz der Gruppierung“, schreibt der Politikwissenschaftler Alexander Häusler, „erweist sich in der Realität als Maskerade, um parteipolitische Interessen breitenwirksamer nach außen tragen zu können.“²¹ Der Zweck der Maskerade erschließt sich, sieht man sich das Personal von „Pro“ einerseits und das dominierende Thema der Gruppe andererseits genauer an.

Die „pro“-Anhänger und Funktionäre geben sich nach außen bürgerlich, und tatsächlich handelt es sich nicht selten um Personen, die zuvor demokratischen Parteien angehört hatten. Bei den Funktionären und Initiatoren findet man hingegen Menschen mit langjährigen Karrieren in typisch rechtsextremen Organisationen.

„Viele der Aktivisten der pro-Bewegung haben eine Vorgeschichte im Rechts-Außen-Spektrum und sind häufig durch alte Seilschaften miteinander verbunden. Der wichtigste Draht- und Strippenzieher von Pro ist der Verleger Manfred Rouhs. Rouhs ist das Bindeglied zu den später entstandenen Pro-Bewegungen, von pro NRW bis pro Deutschland. Manfred Rouhs und der Landesvorsitzende von pro NRW, Markus Beisicht, waren schon für die NPD und die Republikaner aktiv. Pro Köln ist wie einst die Deutsche Liga für Volk und Heimat im Dunstkreis von Republikanern, DVU und dem 'moderateren Flügel' der NPD, also nicht die kämpferisch-aggressive NPD unter Udo Voigt und Holger Apfel, angesiedelt. Beredtes Beispiel ist Rouhs selbst, der wenig Konstanz bei seinen Parteimitgliedschaften aufwies und statt dessen als Wanderer hin- und herwechselte. Nach einer kurzen Zeit in der Schülerunion und der Jungen Union in sehr jungen Jahren radikalisierte er sich und wurde 1985 NRW-Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN), dem Jugendverband der damals noch nicht ganz so radikalen NPD.“²²

²¹ Alexander Häusler, Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen, in: Frank Decker / Viola Neu, Handbuch der deutschen Parteien, 2. Auflage Wiesbaden 2013, S. 181-185, hier S. 183.

²² Florian Hartleb, Pro Deutschland - auf dem Ticket eines Schmähdvideos zur islamfeindlichen Bürgerbewegung, Konrad-Adenauer-Stiftung Berlin, September 2012.

Das absolut dominierende Thema der pro-Verbände ist die angebliche „Islamisierung“ der Bundesrepublik. Um dieses Thema zu kultivieren, agitiert „Pro“ gegen Moschee- und Minarett-Bauten, wo immer sich die Gelegenheit dazu ergibt. Charakteristisch bei diesem Vorgehen ist eine durchgängige Weigerung, zwischen Islam und Islamismus zu unterscheiden. Dass Muslime das Recht auf freie Religionsausübung ebenso haben wie die Angehörigen anderer Glaubensbekenntnisse, solange sie dabei die Grundrechte anderer nicht beeinträchtigen, scheint bei „Pro“ nicht angekommen zu sein - allen Beteuerungen angeblicher eigener Verfassungstreue zum Trotz. Vielmehr scheint die stete Gleichsetzung von Islam und (militantem, grundrechtswidrigem und terrorismusnahem) Islamismus bei „Pro“ System zu haben: „Die Unterscheidung zwischen bösen Salafisten und guten Muslimen ist im Großen und Ganzen Volksverdummung. Auch wenn das von den Hütern der Political Correctness anders gewünscht ist. Es gibt keinen wesentlichen Unterschied zwischen Islam und Islamismus.“²³

Diese falsche Stellungnahme übersieht erstens, dass nur eine winzige Minderheit der in Deutschland lebenden Muslime islamistischen und salafistischen Ideen anhängt. Sie ignoriert zweitens in zynischer Weise, dass es gerade friedliche Muslime sind, die weltweit zuerst Opfer islamistischer Gewalt werden. Schlimmer noch: Die hier vorgenommene pauschalisierende Verurteilung „des Islam“ ist mehr als eine durchaus zulässige Islam-kritische Haltung. Sie bedeutet im Kern eine Abwertung und Diskriminierung aller Gläubigen dieser Religion: „Pro“ ist nicht islamkritisch, sondern hegt feindselige Gefühle gegenüber Menschen muslimischen Glaubens insgesamt. In den Fokus der von „Pro“ geschürten Ressentiments rückt nicht eine politisch-religiöse Auffassung, sondern die mit ihr verbundenen Menschen. „Pro“ fördert systematisch eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegenüber einem Bevölkerungsteil, dem sie kollektiv das Fehlverhalten einiger seiner Mitglieder (den Islamisten) zurechnet. Dies aber ist ein klassisches Muster rechtsextremer Agitation: Die Unterstellung einer generellen Ungleichwertigkeit von Menschen dient gerade nicht der Auseinandersetzung mit problematischen Erscheinungen wie dem Islamismus, sondern stellt ein typisch rechtsextremes, im Kern sogar rassistisches Grundmuster dar.

„Pro“ instrumentalisiert solche Agitation für die Förderung eigener machtpolitischer Ziele. „Das Thema Islamisierung“, bekannte Markus Beisicht in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ 2008, „drückt die Menschen und es liegt uns politisch nahe, also haben wir es uns ausgesucht. (...) Gerade in Großstädten kann man damit punkten! Wir haben eine Marktlücke besetzt, und es ist uns ein Einbruch in Schichten gelungen, die wir sonst nicht erreicht hätten.“

Die Erfolge von „Pro“ wachsen dennoch nicht in den Himmel. Interne Zerwürfnisse und vermehrte Konkurrenz beim Thema „Islamkritik“ führten zu „Stagnation und Rückschritt“²⁴. Zudem wurden Funktionäre aus der Kölner Ratsfraktion wegen bandenmäßigen Betrugs verurteilt. Sie hatten systematisch Protokolle von Fraktionssitzungen gefälscht und dafür Aufwandsentschädigungen kassiert. Ist das jene „Bürgerbewegung“, die „Pro“ meint?

Lesetipps:

- Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2014 und frühere Jahrgänge.
- Alexander Häusler, Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen, in: Frank Decker / Viola Neu, Handbuch der deutschen Parteien, 2. Auflage Wiesbaden 2013, S. 181-185.

²³ Der Vorsitzende von „pro Köln“ und „pro NRW“, Markus Beisicht; zit. nach Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2012, S. 62.

²⁴ Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2014, S. 53.

Die „White Supremacy“-Nazis in Deutschland: „Blood & Honour“ und „Hammerskins“

Rudolf van Hüllen

Wer „28“ und „C 18“ als Dresscodes trägt, sollte mit Vorsicht betrachtet werden. Denn möglicherweise hat man es hier mit Vertretern der härtesten Variante des Neonationalsozialismus zu tun, die ideologisch und politisch an der Schwelle zum Terrorismus stehen. Denn „28“ steht für „Blood and Honour“ („Blut und Ehre“), „C 18“ für „Combat 18“ („Kampfgruppe Adolf Hitler“). Zwar sind „Blood and Honour“ und seine Jugendorganisation „White Youth“ seit 2000 in der Bundesrepublik verboten; der Nutzen dieses Verbots ist aber zweifelhaft, da es sich um ein internationales Netzwerk handelt.

Die englischen Bezeichnungen verweisen auf eine direkte Orientierung am historischen: „Blut und Ehre“ war die Parole der Hitlerjugend. Und hier geht es nicht bloß um einen übersteigerten Nationalismus, als welcher der Rechtsextremismus durchaus einher kommen kann. Die sogenannte „White Supremacy“- oder „White Power“-Bewegung („Weiße Vorherrschaft“ oder „Weiße Macht“) wähnt sich als „Aryan White Resistance“ („Arischer weißer Widerstand“) in einem weltweiten Abwehrkampf der angeblich überlegenen „weißen“ gegen die „minderwertigen Rassen“ (siehe auch Was ist Rassismus?). Wie man den zahllosen Anspielungen in den Bildern, dem Vokabular und der Musik dieser „Bewegung“ entnehmen kann, handelt es sich um eine ungeschminkte Übernahme der nationalsozialistischen Lehre vom Rassenkrieg. Und der konnte in Hitlers Weltbild nur gewonnen werden durch die physische Ausrottung der „rassisch Minderwertigen“. Die Opfer können diesem Hass nicht ausweichen - sie sind aus Sicht der Rassisten einfach genetisch und biologisch unveränderbar „falsch“. Denkt man eine solche Rassenideologie - wie sie durchaus ein Stück weit auch in der NPD heimisch ist - konsequent zu Ende, so sind Terror und Massenmord die logischen Konsequenzen.

Abgesehen davon, dass der Nationalsozialismus das historische Vorbild abgibt, kommt viel von der „White Supremacy“-Idee aus den USA und aus Großbritannien. Ein amerikanischer Autor schrieb in den 1970er Jahren den Schlüsselroman dieser Szene: Ein inneramerikanischer Bürgerkrieg mündet in einen weltweiten Nuklearkrieg und endet mit der Vernichtung der „minderwertigen“ Rassen. Dieses Buch zählte zur bevorzugten Lektüre des amerikanischen Rechtsextremisten Timothy McVeigh, der 1995 mit einer Autobombe ein Regierungsgebäude sprengte und 168 Menschen zu Tode brachte. Der Mann führte seine Tat praktisch allein aus, ein „lone wolf“ („einsamer Wolf“), der sich zwar von rassistischen Schriften inspirieren ließ, aber ohne eine ausgefeilte Organisation handelte (Konzept der „leaderless resistance“, des „führerlosen Widerstandes“).

In Großbritannien schuf 1987 der Leadsänger der rassistischen Band „Skrewdriver“ das Netzwerk „Blood and Honour“ - nach außen nur eine Vernetzung von Musikveranstaltungen für „NS-Hatecore“ (siehe auch Rechtsextremismus als „Event“: Rechtsextreme Musik), tatsächlich aber eine sehr elitäre, ordensähnliche Elitetruppe für den Rassenkampf. Ihr militärischer, terroristischer Flügel hieß „Combat 18“. Das Verbot beider Strukturen in Deutschland erlegt ihren einheimischen damals rund 200 bis 300 Anhängern zwar deutliche Zurückhaltung und erhöhte Konspiration auf. Bei den Ermittlungen zur Aufklärung der NSU-Verbrechen kamen zahllose Querverbindungen des Trios zu früheren „Blood and Honour“-Kadern ans Tageslicht - gar nicht selten reichten sie bis in die NPD hinein. Und in manchen Nachbarstaaten, vor allem in Osteuropa, müssen die Aktivisten den Staat nicht fürchten - ihre Strukturen sind legal, solange sie keine offensichtlichen massiven Straftaten begehen.

„White Supremacy“ ist, wie der Politikwissenschaftler Thomas Grumke schreibt, keine rein nationalistische, sondern eine pan-arische Bewegung, deren Kitt die gemeinsame Zugehörigkeit zur „weißen Rasse“ und die angebliche Bedrohung der weißen Zivilisation bilden. Bei deutschen Neonazis

finden solche Wahnbilder ihre Entsprechung in der Kampagne gegen den sogenannten „Volkstod“, dem Deutschland angeblich durch Einwanderung ausgesetzt ist. Und hier hat auch eine weitere Chiffre der terrorismusnahen Neonazi-Szene ihren Ursprung. Die Zahl 14 steht für die „14 Words“ eines amerikanischen NS-Theoretikers, die seither zu einer Art rassistischem Glaubensbekenntnis geworden sind: „We must secure the existence of our people and a future for white children“ („Wir müssen das Überleben unseres Volkes und eine Zukunft für weiße Kinder sichern“) (siehe auch Rechtsextreme Codes). Die rassistischen Morde des NSU wirken wie eine Übersetzung dieses Glaubensbekenntnisses.

Lesetipps:

- Thomas Grumke, „Solidarität ist eine Waffe“. Die rechtsextreme Internationale: Ideologie, Vernetzung und Kooperation, in: ders. / Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 43-60.
- Andrea Röpke / Andreas Speit (Hrsg.), Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland, Berlin 2013 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 1341).

Die „neue“ NPD als parteipolitisches Zentrum des Rechtsextremismus

Rudolf van Hüllen

Die 1964 gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist die älteste und zugleich die bekannteste Partei des rechtsextremen Parteienspektrums. Sie entstand als Sammlungspartei und sollte das zerklüftete rechtsextreme Lager zusammenschweißen. Ihre politischen Vorstellungen und die maßgeblichen Funktionäre verwiesen allerdings so deutlich auf das Dritte Reich, dass die NPD frühzeitig von wissenschaftlichen Kritikern als „Friedhofsgärtner des Nationalsozialismus“ bezeichnet wurde.

Nach außen gerierte sich die NPD als Sachwalter nationaler Interessen - daher ihr Name -, gab sich unter ihrem charismatischen Vorsitzenden Adolf von Thadden betont seriös und diente sich CDU und FDP vergeblich als Bündnispartner an. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre hatte sie beim Wähler durchaus Erfolg: Sie wuchs auf 28.000 Mitglieder an und rückte bis 1969 in sieben der damals elf bundesdeutschen Landtage ein. Bei der Bundestagswahl 1969 scheiterte sie mit 4,3 Prozent nur knapp an der Sperrklausel. Die „alte“ NPD war also schon mal wesentlich größer und einflussreicher als die heutige Partei.

Das hielt allerdings nicht an. Es hatte eine Reihe von Gründen für ihren Zuspruch beim Wähler gegeben, die zu Beginn der 1970er Jahre wegfielen. Die NPD verschwand aus den Landtagen; eine Anzahl von Spaltungen reduzierte ihre Mitgliederzahl bis auf unter 3.000 Personen Mitte der 1990er Jahre. Zu diesem Zeitpunkt setzte eine bemerkenswerte Neuausrichtung der Partei ein, die sich zuvor in ihrem Jugendverband „Junge Nationaldemokraten“ unter dem damaligen Vorsitzenden Holger Apfel angekündigt hatte. Das bisherige Hauptidentifikationsthema der NPD hatte sich am „Reichsgedanken“ festgemacht: der Vorstellung, dass das Deutsche Reich im Zweiten Weltkrieg als unschuldiges Opfer geschlagen, anschließend durch Abtrennung der „Ostgebiete“ (vor allem Ostpreußen, Schlesien und Pommern) verkleinert und seine Nachfolgestaaten Bundesrepublik und DDR nicht souverän, sondern Vasallen der UdSSR und der USA seien (siehe auch Der Zweite Weltkrieg und der Rechtsextremismus). Die Feststellung einer Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg hielt die NPD in ihrem ersten Programm von 1967 schlicht für eine Lüge (siehe auch Was ist „Geschichtsrevisionismus“?). Aber solche Themen interessierten allenfalls noch frühere Kriegsteilnehmer und NSDAP-Mitglieder, zumal mit der deutschen Einheit 1990 ein Teil solcher rechtsextremen Agitationsfelder verloren gegangen war. Und angesichts der zahllosen NSDAP-Parteigänger, die sich unter den Funktionären der NPD stets fanden, war ihre Beteuerung, sie sei bloß konservativ und im Übrigen verfassungstreu, immer reine Propaganda.

Seit 1990 nahm sie allerdings eine Entwicklung, welche die bis dahin eher unterschwelligen nationalsozialistischen Strömungen in der Partei zu den dominierenden machte. Der 1996 gewählte Vorsitzende Udo Voigt öffnete die NPD für bekennende Neonazis; zugleich änderten sich die von der NPD bevorzugten Themen. Die Partei versuchte nunmehr vermehrt, sich um tagespolitische Probleme zum Beispiel der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zu kümmern. Allerdings bot sie dafür Lösungen an, die denen des Nationalsozialismus stark ähnelten (siehe auch Ideologie und Ziele und Bausteine rechtsextremer Weltbilder). Zugleich trat sie allerdings wesentlich professioneller nach außen auf und mühte sich, Menschen über ihre Alltagsorgen anzusprechen. Ihre „Modernisierung“ verbindet paradoxerweise insofern zugleich eine ideologische Radikalisierung mit einem verbesserten „Marketing“.

Die NPD hat heute nahezu eine Monopolstellung unter den rechtsextremistischen Parteien: Ihr stärkster Konkurrent, die deutschnationale orientierte „Deutsche Volksunion“ (DVU), ist seit Ende 2010 zerfallen. Deren letzte Parteiführung hatte versucht, eine Fusion mit der NPD herbeizuführen. Allerdings gelang es der NPD nicht, die Masse der damals immerhin noch einigen Tausend DVU-Mitglieder zu übernehmen: Trotz ihrer Position als Zentrum des parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus verliert die NPD seit einigen Jahren kontinuierlich Mitglieder (2008: 7.000, 2015: 5.200 Personen).

Lesetipps:

- Toralf Staudt, Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln 2005.
- Marc Brandstetter, Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten, Marburg 2006.
- Christoph Ruf / Olaf Sundermeyer, In der NPD. Reisen in die National Befreite Zone, München 2009.

Ideologie und Ziele

Rudolf van Hüllen

Wie jede extremistische Partei will die NPD die Bundesrepublik nicht verbessern, sondern „das System überwinden“. Daraus macht sie kein Geheimnis: Schon vor über zehn Jahren äußerte der damalige Vorsitzende Udo Voigt nach dem Einzug seiner Partei in den sächsischen Landtag siegestrunken: „Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat. Das geht offensichtlich auch über die Wahlurne.“²⁵ Systemoppositionell, verfassungsfeindlich, offen demokratieverachtend - das ist also klar. Aber wie sehen die Ideen der NPD für eine „nationale“ Bundesrepublik aus?

Das Profil der Partei scheint zu schwanken. Zum einen ist sie 1964 als Sammlungspartei für mehrere rechtsextreme Strömungen gegründet worden. Und auch in den letzten Jahren hatte sie augenscheinlich Schwierigkeiten, sich auf ein klares Selbstverständnis festzulegen. Sie führte seit 2010 ganz unterschiedliche Untertitel zu ihrem Parteinamen. Mal stellte sie sich als „Die Nationalen“, mal als „Volksunion“, dann als „nationale Heimatpartei“ vor. Danach firmierte sie unter „einfach deutsch“. Trotzdem ist die NPD als Partei mehrerer Strömungen des Rechtsextremismus eher Geschichte. Dominant ist heute nur ein sozialrevolutionär angehauchter „nationaler Sozialismus“, der sehr deutlich an das unsägliche Vorbild NSDAP anknüpft.

Darüber wiederum kann die NPD nicht so deutlich reden wie Udo Voigt schon vor über zehn Jahren in seinem Interview mit der „Jungen Freiheit“: „Natürlich ist der Nationalsozialismus als Strömung in Deutschland auch heute vorhanden. Für die NPD ist er nicht maßgebend, aber wir versuchen, neben Nationalliberalen und Nationalkonservativen eben auch die nationalsozialistische Strömung zu integrieren, da eine Abgrenzung nur dem politischen Gegner hilft.“²⁶

Die Fakten sehen anders aus als vom damaligen Parteivorsitzenden sehr abwiegelnd umschrieben. Tatsächlich ist nationalsozialistisches Gedankengut der Kern des aktuell gültigen, 2010 verabschiedeten NPD-Programms mit dem Titel „Arbeit - Familie - Vaterland“²⁷. Es gibt hinreichend Auskunft über die Absichten der NPD.

Ethnisch homogene „Volksgemeinschaft“

Die NPD-Vorstellung einer „Volksgemeinschaft“ geht von einem ethnisch homogenen, also gleichsam durch biologisch-genetische Eigenschaften definierten „Volk“ aus. Diese Konstruktion sieht sie durch „Überfremdung“ gefährdet: „Im 21. Jahrhundert entscheidet sich Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes“, lautet der erste Satz im NPD-Programm. Der Einzelne erfährt seinen Wert nach Auffassung der NPD nur durch Einordnung in diese biologisch-genetisch definierte „Volksgemeinschaft“. Das „Volk“, nicht die Grund- und Menschenrechte des Einzelnen, ist Ausgangspunkt aller politischen Ideen der NPD.

Die Idee einer „Volksgemeinschaft“, der Menschen durch Geburt angehören, aus der sie aber auch nicht austreten können und deren Bedürfnissen sie sich in jedem Falle bedingungslos unterzuordnen haben, ist direkt dem Nationalsozialismus entlehnt. Die Vorstellung, dass man durch freien Entschluss und Einbürgerung Angehöriger eines Volkes oder einer Nation werden könnte, lehnt die NPD ab:

²⁵ Interview in „Junge Freiheit“, 24. September 2004.

²⁶ Udo Voigt in „Junge Freiheit“, 24. September 2004.

²⁷ In französischer Übersetzung „Travail - famille - patrie“: Das war die Parole der französischen Faschisten, die während der Besetzung Frankreichs durch die Wehrmacht mit den Deutschen kollaborierten.

„Westliche Gesellschaften sind materielle Zweckverbände ohne Gemeinschaftswerte“.²⁸ Die Konzeption einer Staatsbürgerschaft, die von ethnisch-biologischen Bedingungen abhängt, ist im Kern rassistisch.

Natürlich kann die NPD nicht erklären, wie ein ethnisch homogenes Volk aussehen sollte. Auch das von ihr definierte „deutsche Volk“ hat es so nie gegeben, denn als mitteleuropäische Zentralmacht war Deutschland stets von sich verändernden Grenzen und Zuwanderung geprägt. Die spezifische „deutsche Kultur“, welche die NPD gerne beschwört, ist genau durch eine solche Überlagerung, Vermischung und gegenseitige Befruchtung entstanden.

Sämtliche weiteren politischen Vorstellungen der Partei sind von der geradezu zwanghaft verfolgten, aber falschen Grundannahme ethnischer Homogenität abgeleitet. Die Partei pocht auf „Souveränität“ und lehnt internationale Handelsverflechtungen ebenso ab wie internationale Zusammenschlüsse und Institutionen (NATO, EU, Vereinte Nationen). Sie will den Sozialstaat ausschließlich ethnisch Deutschen vorbehalten (siehe auch Was verstehen Rechtsextremisten unter „Globalismus“?) und möchte Versorgung des Landes und Wirtschaft möglichst autark gestalten (siehe auch Wirtschafts- und Sozialpolitik).

Das Phantombild einer ethnisch homogenen Nation führt aber vor allem zu einer aggressiven Ablehnung „anderer“ innerhalb und außerhalb der Grenzen: Die Revitalisierung der NS-Ideologie durch die NPD soll sich nach Auffassung der Partei ganz konkret in der Rechtlosigkeit und Abwertung von Menschen mit ausländischer Herkunft und in der Fähigkeit äußern, als Nation auch wieder mit den Nachbarn Streitigkeiten in gewaltsamer Form auszutragen - wie vor 100 Jahren, im Ersten Weltkrieg.

²⁸ NPD-Programm 2010, Abschn. 1.a).

Kapazitäten und Wählerpotenziale

Rudolf van Hüllen / Marc Brandstetter

Die NPD ist - besonders in der Presse - in aller Munde. Dabei wird bei aller berechtigten Empörung über eine solche Partei oft übersehen, dass ihre Möglichkeiten nicht in den Himmel wachsen. Ihre Kapazitäten sind durchaus begrenzt, was Organisation, Mitglieder, Finanzen und Wählerzuspruch betrifft. Ein paar Fakten...

Organisatorischer Aufbau der NPD

Mit rund 5.200 Mitgliedern in einem Land von etwa 80 Mio. Einwohnern ist eine Partei wie die NPD eher eine Sekte denn eine an Organisationskraft strotzende Kraft. Selbst die kleineren parlamentarischen Parteien verfügen über eine zehnfach größere Mitgliederzahl. Dennoch: Die NPD müht sich, die Fassade aufrecht zu erhalten. Sie unterhält für jedes der 16 Bundesländer einen Landesverband. Deren organisatorische Stärke ist höchst unterschiedlich. Das verweist auf ein relativ größeres Gewicht der NPD in den neuen Bundesländern: Im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen (18 Mio. Einwohner) kommt sie auf 600 Mitglieder wie in Sachsen (4 Mio. Einwohner). Auch an der Verteilung der 185 Kreisverbände kann man in etwa ihre „Hochburgen“ nachvollziehen: Sie liegen im Osten und im Süden Deutschlands. Wie viele von diesen lediglich über E-Mail oder ein Postfach erreichbaren Gebietsgliederungen Potemkinsche Dörfer sind, ist eine andere Frage.

Da Rechtsextremisten Organisationsfetischisten sind, legt auch die NPD großen Wert auf einen „ordentlichen“ Parteivorstand. Der Rücktritt des Vorsitzenden Holger Apfel im Dezember 2013 brachte den Fraktionsvorsitzenden im Schweriner Landtag Udo Pastörs bis Ende 2014 auf den Posten des Parteivorsitzenden. Ihm standen zwei stellvertretende Parteivorsitzende, ein Generalsekretär, ein Bundesgeschäftsführer, ein Bundespressesprecher, ein Bundesorganisationsleiter und ein Bundesschatzmeister zur Seite. Sein Nachfolger als Parteivorsitzender wurde Frank Franz.

Als engeres Führungsgremium umfasst ein Präsidium elf Mitglieder. Weitere zwanzig Mitglieder, darunter auch elf der Landesvorsitzenden, bilden mit dem Präsidium den Parteivorstand.

Die Anzahl ihrer berufsmäßigen Funktionäre - bei Rechtsextremisten heißen sie „politische Soldaten“ - ist recht begrenzt. Aber in den Vorstandsfunktionen findet man erfahrene Kader mit einer gelegentlich jahrzehntelangen Dienstzeit in der NPD und/oder in anderen rechtsextremen Strukturen.

Finanzen

Schwierigkeiten im korrekten Umgang mit Geld kennzeichnen die NPD schon seit Jahren. 2008 stellte sich heraus, dass ihr Bundesschatzmeister aus den Kassen der ohnehin stets klammen Partei 627.000 Euro für sich abgezweigt hatte. Außerdem fand die Bundestagsverwaltung - sie ist für die Zuteilung staatlicher Wahlkampfkostenerstattungen an Parteien zuständig - heraus, dass die NPD unrichtige Rechenschaftsberichte abgeliefert und infolgedessen auch zu hohe öffentliche Zuwendungen kassiert hatte. Sie forderte 870.000 Euro zurück.

Deshalb saß die NPD 2011 auf 3.335.000 Euro Schulden, denen nur 2.403.000 Euro Einnahmen gegenüber standen²⁹. 2011 gab sie ca. 3 Mio. Euro aus, davon etwas mehr als die Hälfte für politische Tätigkeiten, den Rest für Verwaltung und Personalkosten.

²⁹ Alle Angaben zu 2011 aus dem Bericht des Bundestagspräsidenten v. 13.12.2013, Bundestagsdrucksache 18/100.

Im Klartext: Die Partei ist wirtschaftlich gesehen pleite. Seit sie nach dem Scheitern an der Fünfprozenthürde bei der Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern in keinem Landtag mehr vertreten ist und damit finanzielle Zuwendungen wegfallen, wird es ihr noch schlechter gehen.

Wer darauf hofft, Rechtsextremisten würden daraus die Konsequenzen ziehen, den Betrieb NPD einzustellen, irrt: Gerade der Kern der fanatisch überzeugten Funktionäre und Anhänger ist ganz außerordentlich an Katastrophen und Niederlagen aller Art gewöhnt. Und da zählt ein schlichter Bankrott eher zum Nebensächlichen.

Die Basis der NPD

1996, als Udo Voigt den Vorsitz der NPD übernahm, zählte sie 3.500 Mitglieder - im Vergleich zu 28.000 in den späten 1960er Jahren. 2006 waren es 7.000 Mitglieder, der Aufschwung verlief aber nicht stetig, während des ersten Verbotsverfahrens brachen die Mitgliederzahlen auf 5.000 ein (2003). Seitdem stagnieren sie, in den letzten Jahren waren sie sogar rückläufig. 2009 wies die Statistik 6.800 NPD-Parteibücher auf, 2015 noch 5.200 - trotz der Fusion mit der zerfallenen Deutschen Volksunion (DVU). Jugendliche Neuaktivisten bei der Stange zu halten, gelang nicht immer. Zudem konnten sich „traditionelle“ Nationaldemokraten nicht mit dem Kurs der Führung anfreunden und verließen die Partei. Das Grunddilemma der NPD ist, dass sie zwei inhomogene Gruppen vereinigen muss, auf äußerliche Seriosität bedachte Anhänger einerseits und die Klientel der aktionsorientierten Neonazi-Szene andererseits. Beide sind einzeln nicht stark genug, um das Überleben der Partei zu sichern. Der Versuch, sich in eine der beiden Richtungen auszubreiten, führt zum Verlust von Anhängern der anderen Richtung. Die Personaldecke der NPD ist daher unverändert dünn. Selbst in ihren Hochburgen wird die Hauptarbeit von wenigen „Machern“ geleistet.

Nach wie vor ist der Rechtsextremismus ein von Männern dominiertes Phänomen. Auch in der NPD sind Frauen unterrepräsentiert. Ihr Anteil an der Gesamtmitgliedschaft beträgt rund 20 Prozent. Mit einem Durchschnittsalter von ungefähr 40 Jahren ist sie eine „junge“ Partei. Das jugendliche Gesicht der Partei zeigt ein Vergleich mit anderen Parteien. Danach war 2009 ein CDU-Mitglied durchschnittlich 56 Jahre, ein Mitglied der CSU 57 Jahre, ein Sozialdemokrat 58 Jahre und ein Liberaler 51 Jahre. Die Grünen verfügten mit durchschnittlich 46 Jahren über eine jüngere Mitgliedschaft, die Linke mit 62 Jahren über die älteste. Sozialdemographisch ist die NPD eine „Arbeiterpartei“. Rund 40 Prozent ihrer Anhänger können dieser gesellschaftlichen Gruppe zugeordnet werden. Am zweitstärksten, nämlich mit etwa einem Drittel, sind die Angestellten unter den NPD-Anhängern vertreten. Aufgrund der spezifischen Altersstruktur ist innerhalb des NPD-Mitgliederstamms die Quote an Schülern, Studierenden und Auszubildenden verhältnismäßig hoch. Überraschenderweise sind die Rechtsextremisten unter Selbständigen relativ erfolgreich. 2004 - im Jahr ihres wichtigsten Wahlerfolges in Sachsen - erhob eine Studie, dass 13 Prozent der NPD-Wähler selbständig waren.

Wählerpotenziale

Die Anhänger und Sympathisanten der NPD rekrutieren sich vor allem aus den unteren gesellschaftlichen Schichten. Deutschlandweit sind „NPD-Hochburgen“ die absolute Ausnahme, nicht die Regel. An gesellschaftlich wichtige soziale „Relais“ wie die politischen und wirtschaftlichen Eliten, die Kirchen, Gewerkschaften oder Verbände konnte sie zu keiner Zeit andocken.

Die Wähler der NPD sind jung und männlich. Die NPD avancierte 2004 in Sachsen mit 21 Prozent der Jungwählerstimmen zur zweitstärksten Kraft hinter der CDU (29 Prozent). Demgegenüber beißt sie bei Frauen, besonders bei älteren, auf Granit. Ihre Propaganda verfängt bei Menschen mit niedrigem bzw. mittlerem Bildungsniveau. Schwerpunkte sind daher Arbeiter und Arbeitslose. Ungefähr jeder zehnte

NPD-Anhänger ist arbeitslos, mehr als bei jeder anderen Partei. Überdurchschnittlich erfolgreich ist sie bei der Gruppe der „Konfessionslosen“. Kirchenmitglieder wählen seltener die NPD.

Neonazi-„Kameradschaften“ und „Freie Nationalisten“

Rudolf van Hüllen

Eine neonationalsozialistische Szene hat es in der Bundesrepublik als gesellschaftlich extrem isoliertes Phänomen schon immer gegeben. Diese sogenannten Stiefel-Nazis strebten direkt eine Wiedererrichtung des NS-Regimes und als ersten Schritt dazu eine Aufhebung des NSDAP-Verbots an - selbstverständlich vergeblich. In den 1980er Jahren versammelten sich in ihr um die 1.500 Personen. Heute gibt es laut Verfassungsschutz rund 5.800 Neonazis.

Für diesen unerfreulichen Aufwuchs der Anhängerschaft einer menschenverachtenden Idee vor allem in den neuen Bundesländern gibt es mehrere Ursachen. Unter der SED-Diktatur waren alle „neofaschistischen“ Aktivitäten strengstens verboten, denn die DDR gab sich offiziell als „antifaschistischer Staat“. NS-Propaganda musste unter diesen Umständen nicht nur den Kick des Verbotenen entwickeln, sondern stellte zugleich die größtmögliche Provokation dar. Zudem legte die SED mit etlichen Merkmalen ihrer DDR - Zerstörung der Bürgergesellschaft, Autoritarismus und Militarismus - die Wurzeln für ein Wiederaufleben von Rechtsextremismus. Westdeutsche Neonazis versuchten dann, ihre ostdeutschen Kameraden seit 1990 beim Aufbau neonazistischer Strukturen zu unterstützen.

Die Transformation in ein völlig neues Gesellschaftssystem hatte zwangsläufig auch so genannte „Vereinigungsverlierer“ hinterlassen. Ein Teil derjenigen, die mit dem rapiden Wandel nicht zurechtkamen, reagierte mit einem Rückzug in ein übersteigertes Nationalbewusstsein und kompensierte seine Verlustgefühle durch Hass gegen sozial noch schwächere Bevölkerungsteile. Geschulte Rechtsextremisten befeuerten solche Reaktionen, indem sie nations-„sozialistische“ Auswege anboten.

Die staatliche Reaktion auf einen starken Anstieg rechtsextremistischer Gewalt bestand ab 1992 in einer Verbotsstufe gegen neonazistische Gruppen, die sich einen Namen und eine förmliche Vereinsstruktur zugelegt hatten. Ihre klügeren Vertreter sann auf Abhilfe und schauten dazu auf Organisationsformen des konkurrierenden Linksextremismus: „Warum werden am laufenden Band rechte Organisationen verboten (...) und gegen die Linke gibt es so etwas nahezu nie? Nur, weil der staatliche Druck gegen uns stärker ist? Nein! Weil die Linke (...) gelernt hat, ohne Organisationen auszukommen. Das sollten wir auch lernen.“ Bei diesen Vorgaben im Jahr 1998 hatte der aus Hamburg stammende führende Neonazi-Funktionär Christian Worch die losen und netzwerkförmig miteinander kooperierenden Gruppen der Autonomen im Auge.

Künftig organisierten sich Neonazis statt in förmlich verfassten Vereinen in zellenartigen, an eine Region oder Stadt gebundenen, 10 bis 25 Aktivisten umfassenden „Kameradschaften“. Der Verfassungsschutz registrierte für das Jahr 2000 nicht weniger als 200 solcher Zusammenschlüsse. Größe und Zusammensetzung, auch die Namen konnten wechseln. Formale Führungsstrukturen gab es nicht. Das alles widersprach im Grunde der an Größe, Macht und Hierarchie orientierten Tradition des Rechtsextremismus. Es bot dem Staat aber weniger günstige Ansatzpunkte für Verbote. Und: Intern existierte in den Kameradschaften eine klare Hackordnung. In der Regel stand ihnen ein „Kameradschaftsführer“ vor, der nicht gewählt, sondern nach Erfahrung, Alter und Durchsetzungsfähigkeit bestimmt wurde; zu letzterem zählten auch „Qualifikationen“ wie einschlägige Vorstrafen und Brutalität.

Um die juristische Unangreifbarkeit zu komplettieren, verzichteten die Kameradschaften allerdings zumeist auf allzu deutliches martialisches Auftreten. Statt „Scheitel“ oder Skinhead-Outfit (siehe auch

Rechtsextreme Dresscodes) trugen ihre Mitglieder Jeans und ordentliche Handwerkerhemden, bemühten sich um Akzeptanz bei der ansässigen Bevölkerung als die „netten und ordentlichen jungen Leute“ aus dem Ort, die auch mal in entlegenen Gemeinden der neuen Bundesländer die Kita anstreichen halfen oder einen Liederabend für alte Menschen veranstalteten (siehe auch Der kommunale Rechtsextremist als „Stimme des Volkes“). Sie nannten sich „Bürgerinitiative ‘Schöner wohnen in Ueckermünde’“ (und meinten damit unter anderem: ohne Asylbewerberheime) und verteilten kostenlos Lokalzeitungen (mit einschlägigen Themen) wie den „Insel-Boten“ auf Rügen. Diese Taktik verfiel im Osten eher als in den alten Bundesländern.

Das Verhältnis der Kameradschaften zur NPD war spannungsgeladen, aber auch von gegenseitigem Nutzen: Die „Kameradschaftler“ stellten für die Partei das Fußvolk, und diese revanchierte sich mit Mandaten in Gemeinderäten und mit dem juristischen Schutz, den das Parteienprivileg bereithält.

Nachdem Verwaltung und Justiz Mittel und Wege ersonnen hatten, auch scheinbar unangreifbare Kameradschaften zu verbieten, ging ab der Mitte der 2000er Jahre der Trend zu noch weniger sichtbaren Strukturen. Kleinste Cliques nannten sich nun „Freie Kräfte“ und traten einzeln als „Freie Nationalisten“ in Erscheinung. Dennoch agierten sie gemeinsam: Mit Kommunikationsmitteln des Internets und vernetzt durch persönliche Bekanntschaften, die oft mehrere Bundesländer überspannten. Neonazis ändern heute ihre Taktiken flexibel: Ging der Trend bis 2011 eher zu einer Auflösung sichtbarer Strukturen, so gründeten Neonazis im Mai 2012 demonstrativ eine politische Partei: „Die Rechte“. Sie wissen, dass die Gründung von Parteien in Deutschland einfach und nicht genehmigungspflichtig ist, eine bestehende Partei aber nur durch das Bundesverfassungsgericht in einem aufwendigen Verfahren verboten werden kann. Insofern fungiert Die Rechte als Schutzschirm für die Kameradschaftsszene. Auf Wahlerfolge kommt es ihr nicht an. Diese Botschaft wurde in der „Szene“ verstanden, denn bei den Bundestagswahlen 2013 erhielt die Neugründung lediglich 2.245 Stimmen.

Das Etikett Kameradschaften ist heute in der Neonazi-Szene eher „out“ - der Inhalt besteht in unterschiedlichen Formen fort: als „zeitgemäß“ modernisierter Neonationalsozialismus.

Lesetipps:

- Andrea Röpke / Andreas Speit (Hrsg.), Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Berlin 2004.

Neonazistische Kleinstparteien: „Die Rechte“ und „Der III. Weg“

Rudolf van Hüllen

Ganz gegen ihre Gewohnheiten haben Aktivisten aus der Neonazi-Szene zwei neue Kleinstparteien gegründet. Was hat es mit den Parteien „Die Rechte“ (seit Mai 2012, derzeit 650 Mitglieder) und „Der III. Weg“ (seit September 2013, 300 Mitglieder) auf sich?

Zwei jüngere Kleinstparteien ergänzen neuerdings das Spektrum rechtsextremistischer Organisationen. Wer sich beide anschaut, wird einen personellen Zusammenhang zwischen drei in Nordrhein-Westfalen verbotenen Neonazi-Kameradschaften und dem im Juli 2014 verbotenen „Freien Netz Süd“ erkennen. Beide Kleinstparteien weisen nur minimale und in Teilen skurril wirkende Programme auf. Sie enthalten Bekundungen der Verfassungstreue ebenso wie Umweltschutzforderungen und – versteckter – die in der Neonazi-Szene üblichen rassistischen Denkmuster. Ihre Aktivitäten sind kaum auf Wahlbeteiligung gerichtet, die Mitgliederzahlen eher bescheiden.

Für die plötzliche Zuwendung der „Szene“ zu der von ihr sonst nicht geschätzten Organisationsform „Partei“ gibt es Gründe. Die Innenministerien haben sich zunehmend routinierter darin erwiesen, „Kameradschaften“ zu verbieten. Andererseits war das erste NPD-Verbotsverfahren (2000-2003) ruhmlos gescheitert. Offensichtlich bot das so genannte „Parteienprivileg“ (das ist die Vorschrift in Art. 21 Abs. 2 GG, nach der Parteien nur vom Bundesverfassungsgericht verboten werden können) aus rechtsextremistischer Sicht einen gewissen Schutz. Zudem sind an Neugründungen von Parteien nur geringe juristische Anforderungen geknüpft – das soll verhindern, dass der politische Wettbewerb im Land austrocknet.

Alle diese Vorschriften dienen der Demokratie, können aber auch von geschickten Feinden in umgekehrter Absicht genutzt werden. Genau das haben Aktivisten der verbotenen „Kameradschaften“ verstanden: Ihre Neugründungen erfüllen die juristischen Minimalvoraussetzungen, eine Partei zu sein. Damit genießen sie den Schutz des Parteienprivilegs. Würde die NPD also verboten, ständen der Szene schon zwei Ersatzformationen zur Verfügung. Und um die wiederum zu verbieten, müssten weitere aufwendige Verbotsverfahren in Gang gesetzt werden.

Rechtsterrorismus

Rudolf van Hüllen

Politischer Terrorismus ist eine mögliche Steigerung von politischem Extremismus. Wer absolut überzeugt davon ist, den Schlüssel für die Lösung aller Probleme und für eine perfekte Zukunft in der Hand zu haben, der wird nicht immer warten wollen, bis sich die Mehrheit der Bevölkerung diesen Überzeugungen anschließt. Besonders wenn Extremisten Ablehnung entgegen schlägt, dann neigen sie dazu, den Widerstand der Mehrheit mit Gewalt brechen zu wollen. Terrorismus ist also eine mögliche, nicht aber die zwingende Konsequenz aus extremistischen Verblendungen.

Wo aber die „gewöhnliche“ politisch motivierte Gewalt aufhört und Terrorismus beginnt, ist umstritten: Es gibt eine fast nicht mehr überschaubare Anzahl von Definitionen, die nur beweisen, dass man es mit einem sehr vielgestaltigen Problem zu tun hat. Die deutschen Sicherheitsbehörden definieren Terrorismus so:

„Terrorismus ist nach der Definition der Verfassungsschutzbehörden der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 StGB genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.“

Unstrittig hat es in Deutschland bis in die 1990er Jahre einen linken Terrorismus gegeben. Darüber hinaus ist die Gefahr eines islamistischen Terrorismus nach dem 11. September 2001 stets präsent. Einen Rechtsterrorismus glaubte man nicht feststellen zu können, obwohl es reichlich rechtsextreme Gewalt gab und diese auch im Denken von Rechtsextremisten fest vorgesehen ist. Dennoch: Ein organisierter und systematischer („nachhaltig geführter“) Kampf mit Hilfe von schwersten Straftaten, wie sie im § 129a StGB aufgeführt sind, glaubten weder Verfassungsschutz noch Polizei oder Staatsanwaltschaften sehen zu können.

Seit November 2011, der Aufdeckung der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), ist klar, dass dies eine Fehleinschätzung war. Die Gesellschaft hat darauf reagiert: Etliche parlamentarische Untersuchungsausschüsse befassen oder befassten sich mit der Aufklärung der Taten und Verbesserungen der Sicherheitsarchitektur in Deutschland. Zwei von diesen Ausschüssen sind abgeschlossen und haben umfangreiche Berichte vorgelegt: Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss im Deutschen Bundestag (Beschlussempfehlung und Bericht in BT-Drucksache 17/14600 vom 22.8.2013, insgesamt 1.368 Seiten, online verfügbar) und der Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ des Thüringer Landtages (Abschlussbericht in Landtags-Drucksache 5/8080 vom 16.7.2014, 1.896 Seiten).

Subkultureller Rechtsextremismus

Rudolf van Hüllen

Rechtsextremismus vollzieht sich nicht immer in gut organisierten Gruppen. Oft sind es nur oberflächlich anpolitisierte Cliques, die Teile rechtsextremistischen Gedankenguts wie Gewaltverherrlichung, NS-Nostalgie oder Aggressionen gegen sozial schwache oder ausländische Menschen verinnerlicht haben und ausleben. Aus solchen Cliques heraus können schwerste Gewalttaten verübt werden, ohne dass die Täter dafür eine ideologische Begründung lieferten. Mindestens örtlich sind solche subkulturellen Cliques bedrohlicher Bestandteil einer rechten Jugendkultur geworden.

Als die DDR zerfiel, empfanden dies viele damals junge Menschen als Verlust eines geplanten und anscheinend sicheren Lebensweges. Die rasanten Veränderungen der Zeit nach 1990 produzierten auch Verlierer und damit oft hilflosen Protest und die Suche nach Sündenböcken. Die schon zu DDR-Zeiten bestehende rechte Skinhead-Szene bot mit eigenem Kleidungshabit (Doc-Martens-Stiefel, Bomberjacken und Kurzhaar-Frisur), mit Musikangeboten und Trinkgelagen ein Ventil für Unzufriedenheit.

Skinheads („Hautköpfe“, „Glatzen“) waren ursprünglich eine aus Großbritannien stammende Jugendkultur, die sich an dem Lebensstil der englischen Arbeiter orientierte, aber vielfältige Umbrüche und Abwandlungen erlebte, bis hin zu ihrer teilweisen Vereinnahmung durch organisierte Rechtsextremisten. Männlichkeitsrituale, Gewaltbereitschaft, die Bevorzugung bestimmter Musikstile wie Hardcore und Heavy Metal sind Merkmale der vorwiegend ostdeutschen Skinhead-Szene, die ganz überwiegend rechtsextrem politisiert wurde und für zahllose schwerste Gewalttaten gegen „Feinde“ verantwortlich ist. Solche meist unter Alkoholeinfluss begangenen Gruppentaten werden zwar nicht langfristig geplant, sind aber dennoch nicht zufällig: Skinheads und rechte Jugendcliques pflegten an bestimmten Treffpunkten wie Tankstellen, Bushaltestellen oder Jugendclubs „abzuhängen“ und bei entsprechender Gelegenheit ihnen missfallende „Andere“ anzugreifen. Zumeist sind solche Aktivitäten begleitet von einer größeren Skala allgemein krimineller Straftaten (Trunkenheitstaten, Körperverletzungsdelikte, Widerstandsdelikte, Diebstahl).

Für subkulturelle Rechtsextremisten ist ihre geringe Neigung zu verbindlicher Organisation und zur Aneignung politischer Ideologien kennzeichnend. Im Vordergrund steht das Erleben in der Clique, sei es eine Musikveranstaltung (siehe auch Rechtsextremismus als „Event“: Rechtsextreme Musik) oder die Teilnahme an einem rechtsextremen Aufmarsch (siehe auch Demonstrationen und Aufmärsche als Mobilisierungsmittel). So bieten sich solche rechtsgerichteten, fremdenfeindlichen und gewaltorientierten Szenen als Rekrutierungsreservoir für Rechtsextremisten an.

Deren Vereinnahmungsstrategie hat offensichtlich Erfolg: Die originäre Skinhead-Kultur verliert seit Jahren an Attraktivität und ist einem weit vielfältigeren Angebot rechtsextremer Jugendkultur gewichen. Und während die Zahl der subkulturellen Rechtsextremisten sinkt, ist die der Neonazis gestiegen.

Einstieg in die rechte Clique:

„Und dann war da also dieser Junge aus der siebten Klasse, dessen Gefolgschaft von Woche zu Woche wuchs. Einer der Anhänger hatte sich mit einem Edding den Slogan 'Kraft für Deutschland' auf seine Jeansjacke geschrieben - es war der Titel eines Liedes der Rechtsrockband Störkraft. Die Jungen mit ihren Glatzen und Bomberjacken wurden auf dem Schulhof ehrfürchtig aus den Augenwinkeln beobachtet. Man machte ihnen

Platz, wenn sie in der Gruppe einhermarschiert kamen, und es dauerte nicht lange, bis hinter vorgehaltener Hand geflüstert wurde, dass sie nicht lange fackelten, bevor sie zuschlugen.“³⁰

³⁰ Manuel Bauer, Unter Staatsfeinden. Mein Leben im braunen Sumpf der Neonaziszene, München 2012, S. 24.

Was ist „intellektueller Rechtsextremismus“?

Rudolf van Hüllen

Rechtsextremismus in Deutschland wird den Schatten des Nationalsozialismus nicht los – und dessen „Weltanschauung“ war ein Konglomerat menschenfeindlicher Ideen, die um völkisches und rassistisches Gedankengut kreisten. Seine Praxis bestand im Allgemeinen in schierem Gewalt. Für Intellektuelles war da in der Regel kein Platz.

Trotzdem hat es immer wieder Versuche gegeben, rechtsextremistisches Gedankengut aus dem Bannkreis des Nationalsozialismus zu lösen, ihm eine anspruchsvollere, angeblich in der deutschen und europäischen Geistesgeschichte wurzelnde Begründung zu verleihen. Solche Bemühungen werden nur von vereinzelt Personen und sehr kleinen, oft elitären Gruppen getragen, die kaum Außenwirkung zu haben scheinen. Dennoch ist ihr Einfluss nicht völlig zu vernachlässigen.

Es werden dabei unterschiedliche Etiketten verwendet. Frühzeitig war von einer „Neuen Rechten“ die Rede. In den 1970er Jahren meinte man damit Rechtsextremisten, die eine „sozialrevolutionäre“ NSDAP in der Tradition der Gebrüder Strasser³¹ anstrebten. Solche Ideen, nach der die soziale Frage „national“ intoniert werden sollte, nahm die NPD in den später 1990er Jahren wieder auf. Allerdings: nur weil etwas anders ist als der historische Nationalsozialismus, ist es nicht unbedingt neu. Zudem lässt sich ein Etikett wie „Neue Rechte“ mit nahezu beliebigen Inhalten füllen und ist daher gut geeignet, um Gegner als „rechts“ zu stigmatisieren.³²

Die französische Variante der „Neuen Rechten“ „Nouvelle Droite“ hatte allerdings sehr wohl ein intellektuelles Programm. Ihr Vordenker Alain de Benoist (geb. 1943) propagierte die raffinierte Überwindung der Demokratie nicht über einen frontalen Gewaltangriff, sondern durch Unterminierung ihrer ideellen Grundlagen (das sind vor allem: Menschenrechte, pluralistische Demokratie und Rechtsstaat). Vor dem Sturz des Systems, fand er, müsse die Rechte eine „kulturelle Hegemonie“ in der Gesellschaft erobern und die Wertebasis des Gegners durch ihre eigene ersetzen. Das hatte nicht er erfunden, sondern bei den Kommunisten abgekupfert: Das Original des Konzeptes „kultureller Hegemonie“ entwickelte in den 1930er Jahren Antonio Gramsci (1891-1937), ein Vorsitzender der italienischen Kommunistischen Partei. Es erfreut sich als Methode der äußerlich gewaltlosen Zerstörung von Demokratie unter Nutzung ihrer Institutionen bis heute großer Beliebtheit bei legalistisch vorgehenden Linksextremisten. Die bei der kommunistischen Konkurrenz entlehene taktische Modernisierung kann man gemessen an der sonst üblichen Reflexionsfähigkeit im rechten Lager durchaus als „Intellektualisierung“ bezeichnen.

Stets werden „intellektuelle“ Rechtsextremisten aber neben solchen taktischen Erwägungen vor allem auf die Behauptung abstellen, die westliche, pluralistische Demokratie sei einer wahrhaft „deutschen“ Tradition und geschichtlichen Prägung fremd. Als Alternativen werden dann ältere Konzepte deutscher Staatsphilosophen aus dem 19. Jahrhundert hervorgeholt, die vom Ständestaat bis zu einem autoritären Obrighkeitsstaat vielerlei Variationen annehmen können. Ihnen allen ist gemeinsam, dass

³¹ Die Brüder Gregor Strasser (1892-1934) und Otto Strasser (1897-1974) standen in der NSDAP für einen solchen letztlich von Hitler nicht gewollten „sozialrevolutionären“ Kurs. Gregor Strasser wurde 1934 bei den „Säuberungen“ in der NSDAP ermordet.

³² Das leistete sich die Amadeu-Antonio-Stiftung mit einer Internet-Seite, auf der anonym bleibende Autoren „Kontakte“ von Personen und Institutionen zur so genannten „neuen Rechten“ „melden“ konnten. Vermutlich übersehen hatte dieses Projekt einer staatlich finanzierten Antifa, dass die „Kontaktschuld“-Strategie vor allem im Nationalsozialismus und Stalinismus zu den klassischen Denunziations- und Verfolgungsmethoden gehörte; siehe in FAZ v. 16.8.2016 und: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-amadeu-antonio-stiftung-und-die-neue-rechte-14389306.html>

eine angeblich kulturell oder historisch vorgegebene „Identität“ eines Landes, einer Nation oder sogar des „Abendlandes“ unterstellt wird. Eine solche Identität kann in pluralistischen und dynamischen Gesellschaften weder vorgegeben noch unveränderlich sein, sie bleibt aber eine verführerische Idee für Menschen, die in der Unübersichtlichkeit der modernen Welt Sicherheit suchen. Zwar enthält sich der rechtsextreme Identitätsdiskurs auf den ersten Blick offen rassistischer Propaganda. Dennoch zielt er zugleich immer auf abwertende Ausgrenzung des „Fremden“ und „Anderen“ - das ist das große Thema einer neueren Strömung im Rechtsextremismus, der „Identitären Bewegung“.

„Autonome Nationalisten“

Harald Bergsdorf

Neonazi-Formationen mit der Selbstbezeichnung „Autonome Nationalisten“ (AN) traten zuerst 2003 und verstärkt seit 2008 in Erscheinung. Mit ihren martialischen Methoden und ihrem aggressivem Auftreten sind sie stärker aktionsorientiert als andere Neonazis. Ihr (Event-) Extremismus wirkt nur auf den ersten Blick ideologisch beliebig, ist im Kern aber reine Neonazi-Ideologie. Schwerpunkt ihrer Aktivitäten ist eher die „Schlacht um die Straße“ als die „Schlacht um Köpfe und Parlamente“. Ihr Adjektiv „autonom“ betont sowohl Unterschiede zu konventionellen Kameradschaften als auch Ähnlichkeiten mit linksextremistischen Autonomen. Einerseits distanzieren sie sich stärker von der NPD und ihren Sammlungsbemühungen im rechtsextremen Milieu. Auch deshalb nennen sie sich „autonom“. Andererseits lehnen sich die AN in Methoden und Outfit an Linksautonome an.

Ihre rudimentäre Ideologie kreist ähnlich wie die Ideologie anderer Rechtsextremisten um einen „nationalen Sozialismus“ samt Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiamerikanismus und Antikapitalismus. Mit dem Begriff „nationaler Sozialismus“ umgehen sie den Terminus „Nationalsozialismus“. Die rechtsextreme Globalisierungskritik (siehe auch Was verstehen Rechtsextremisten unter „Globalismus“?) der AN propagiert - anders als linksextreme Globalisierungsschelte - „ethnopluralistische“ bzw. heterophobe Weltdeutungen im Sinne von „Deutschland den Deutschen, Türken in die Türkei“ usw. Insgesamt kennzeichnet eine besonders ausgeprägte Demokratiefeindschaft die Minimal-Ideologie der AN. Ihre Organisation ist noch lockerer als jene der „Freien Kameradschaften“. Sie bilden lose Personenzusammenschlüsse: Mitgliedschaft durch Mitmachen - Organisation ohne Organisation. In Aussehen und im Auftreten ähneln „Autonome Nationalisten“ Linksautonomen. Zum fast uniformen Outfit der vermummten Aktivisten gehören schwarze Kapuzenpullover, Baseballkappen, Sonnenbrillen bei jeder Witterung und Palästinensertücher - statt Glatze, Bomberjacke und Springerstiefel. Kurz: „Braune“ tragen nun schwarz. Dabei wirkt die Nähe zum Gegner bisweilen skurril: Was will ein Neonazi mit einem Che-Guevara-T-Shirt? Er sucht nicht nur Anschluss an eine linke Mainstream-Jugendkultur. Er schätzt auch an Guevara einiges: Der südamerikanische Revolutionär kämpfte gegen den „US-Imperialismus“, verabscheute Juden und Homosexuelle. Das alles finden auch Neonazis ganz in Ordnung.

Hinzu kommen - um zu provozieren, um Anschluss an Mainstream-Jugendkulturen zu finden, auch um sich selbst zu tarnen - Piercings, ein vielfältiges Repertoire an rechtsextremer Musik, allerdings bisweilen im Hip-Hop-Stil, Parolen wie „Kapitalismus zerschlagen“ und Anglizismen wie „Fuck Authority“ oder „Fight the System“. Symbole der „Autonomen Nationalisten“ erinnern ebenfalls an Linksautonome, zum Beispiel das übernommene und nur minimal veränderte Signet der stalinistischen „Antifaschistischen Aktion“ aus den 1930er Jahren. Inzwischen sind „Autonome Nationalisten“, zumindest äußerlich, kaum noch von Linksautonomen zu unterscheiden. Damit fällt es schwerer, „Autonome Nationalisten“ auf den ersten Blick dem Rechtsextremismus zuzuordnen. Sogar Szeneangehörige selbst fällt es mitunter schwer, einander zu erkennen: So kommt es bei Schlägereien immer wieder ungewollt zu „friendly fire“.

Besonders ihre hohe Gewaltbereitschaft kennzeichnet die „Autonomen Nationalisten“; eine Gewaltbereitschaft, die den Erlebnishunger stillt (ähnlich wie bei Hooligans im Fußball); eine Gewaltbereitschaft, die oft stärker ausgeprägt ist als bei traditionellen Kameradschaften; eine Gewaltbereitschaft, die bei AN als Selbstverteidigung gegen das „repressive System“ firmiert; eine Gewaltbereitschaft, die der inoffiziellen Devise „hohe Aggressivität, wenig Mitgefühl“ folgt; eine Gewaltbereitschaft, die sich vor allem gegen politische Gegner, Polizei und Journalisten richtet. Gerade

auch darin unterscheiden sich AN von anderen Rechtsextremisten, deren Gewaltbereitschaft primär auf Minderheiten zielt, vor allem auf Menschen mit Migrationsgeschichte.

Die NPD zeigte sich vom „linken“ Outfit der AN und den Anglizismen der AN bei ihrem Aufkommen zuerst irritiert und signalisierte Abstand („Unsere Fahnen sind schwarz, unsere Blöcke nicht“). Die Distanzierung wich bald darauf einer gedeihlichen Zusammenarbeit: Die mitgliederschwache Partei kann auf das aktivistische Potenzial solcher Szenen nicht verzichten. Und jenseits der Restgefahr, dass die AN - wenig im Sinne der NPD - als „Bürgerschreck“ wirken, weiß man sich in der neonationalsozialistischen Ideologie ohnehin einig.

„Nationalsozialistischer Untergrund“

Rudolf van Hüllen

So nannten sich drei wegen Sprengstoffbesitzes seit 1998 bundesweit vergeblich gesuchte Rechtsextremisten aus Thüringen. Sie verübten zwischen 2000 und 2007 zehn Morde, mindestens zwei Sprengstoffanschläge und - zur Finanzierung - vierzehn Banküberfälle. Die Polizei brachte die kaltblütige Erschießung der wehr- und ahnungslosen Opfer von Angesicht zu Angesicht fälschlich mit organisierter Kriminalität in Verbindung. Der Verfassungsschutz wusste nichts von den Mordtaten. Er war den Flüchtigen über ihre Unterstützer in der NPD und in der Neonazi-Szene auf der Spur, aber anscheinend wusste niemand von den „Kameraden“, die mit Papieren, Ausweichquartieren und zahllosen anderen Dienstleistungen halfen, dass sich Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe inzwischen in rassistische Serienmörder entwickelt hatten. Denn anders als beim Linksterrorismus der „Roten Armee Fraktion“, von der sie zahlreiche Techniken für das Leben im Untergrund übernahmen, verbreiteten sie keine Tatbekennungen.

So wurde „der“ NSU zur am längsten unentdeckt bleibenden Terrorgruppe in der Geschichte der Bundesrepublik - mit einer Opferbilanz, die innerhalb von sieben Jahren fast ein Drittel der Opfer des Linksterrorismus der 1970er bis 1990er Jahre erreichte.

Terrorismus ist auch eine Kommunikationsstrategie: Terroristen wollen eigene Anhänger mit ihren Taten beeindrucken, den Staat als hilflos erscheinen lassen und zu Überreaktionen veranlassen, die Bevölkerung in Furcht vor plötzlichen, überall möglichen Anschlägen halten und ihre Feinde und Opfer durch stete Bedrohung zur Aufgabe ihrer legitimen Rechte drängen. Nichts davon verwirklichte der NSU. Es gab keine Erklärungen - weder zu den Taten noch zu den Motiven - und somit auch keine Botschaften in die „Szene“. Allerdings hatten die Täter eine Art Tatbekennung in Gestalt eines makabren Videos vorbereitet, das vierzehn Kacheln enthielt, von denen der größere Teil bereits mit den Bildern der Mordopfer belegt war. Da „14“ unter Rechtsextremisten eine magische Zahl mit hohem Symbolwert ist (siehe auch Die „White Supremacy“-Nazis in Deutschland), kann man mit der nötigen Vorsicht vermuten, dass nach einem vierzehnten Mord eine Botschaft hätte erfolgen sollen.

Um eine Klärung dieser und zahlreicher anderer Fragen - auch die, warum die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik in diesem Falle derart lange erfolglos blieben - bemühten und bemühen sich parlamentarische Untersuchungsausschüsse (im Deutschen Bundestag und in den Landtagen von Thüringen, Sachsen, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen), außerdem ein Strafverfahren gegen das NSU-Mitglied Beate Zschäpe und etliche Unterstützer vor dem Oberlandesgericht in München.

Die Vorgeschichte der Täter und ihrer politischen Freunde ist hingegen weitgehend untersucht. Alle drei waren selbstverständlich nicht als Terroristen geboren worden, sondern hatten ihre extremistischen Karrieren begonnen, nachdem sie als Jugendliche mit rechtsextremistischem Gedankengut in Kontakt gekommen waren. Mitte der 1990er Jahre waren sie in Neonazi-Strukturen in Jena fest eingebunden. Sie beließen es nicht beim „Abhängen“ in der Szene. Anonym begangene „Provokationen“ (wie das Aufhängen einer mit Judenstern versehenen Puppe an einer Autobahnbrücke oder die Platzierung von Sprengsatzattrappen) häuften sich. Als sie 1998 in die Illegalität abtauchten, hatte die Polizei in einer von ihnen genutzten Garage gerade 1,4 Kilogramm Sprengstoff sichergestellt. Die Schwelle von einer Zustimmung zu neonazistischen Hassideologien und der Bereitschaft, sie durch eine „Propaganda der Tat“ auch auszuleben, war offensichtlich überschritten.

Mit dem Selbstmord von zweien der Täter nach einem Bankraub in Eisenach (Thüringen) und der Selbststellung des dritten NSU-Mitglieds Beate Zschäpe ist der „NSU“ als Terrorgruppe seit November 2011 zunächst Geschichte. Ob sich der Rechtsterrorismus damit auch erledigt hat, ist eine ganz andere Frage. Und die Antwort darauf hängt nicht zuletzt davon ab, ob noch mehr „Karrieren“ vom Rechtsextremismus zum terroristischen Gewalttäter denkbar sind. Dazu muss man sich mit den Motiven der Täter beschäftigen: Bei den Opfern des NSU handelte es sich nicht um politische Gegner, sondern um Menschen, die wegen ihrer Abstammung ins Visier der Täter geraten waren, ohne dass sie sonst irgendeinen Anlass dazu geboten hätten. Diese terroristische Form des Rechtsextremismus bot sich damit als Rassismus in reinster Form dar. Und sie kennt eigene Strukturen und Begründungsmuster, die über Deutschland hinaus weisen (siehe auch Die 'White Supremacy'-Nazis in Deutschland).

Das Thema ist Stoff von zahllosen Verschwörungstheorien. Insbesondere „antifaschistische“ Linksextremisten sahen sich nach Entdeckung des NSU in ihrer fest stehenden Meinung bestärkt, die Bundesrepublik unter Einschluss ihrer Sicherheitsbehörden verharmlose oder decke sogar rechtsextremen Terror.

Lesetipps:

- Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses (NSU), BT-Drucksache 17/14600 vom 22.08.2013.
- Thüringer Landtag, Bericht des Untersuchungsausschusses 5/1 (NSU), Drucksache 5/8080 vom 16.07.2014.
- Stefan Aust und Dirk Laabs: Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU, München 2014.
- Maik Baumgärtner / Marcus Böttcher, Das Zwickauer Terror-Trio. Ereignisse, Szene, Hintergründe, Berlin 2012.
- Christian Fuchs /John Goetz, Die Zelle. Rechter Terror in Deutschland, Reinbek 2012.
- Armin Pfahl-Traughber, Die Nicht-Erkennung des NSU-Rechtsterrorismus, in Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie Bd. 27 (2015), Baden-Baden 2015, S. 73-93.

„Reichsbürger“

Armin Pfahl-Traugber

Definition: „Reichsbürger“ steht für eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche Einzelpersonen, Gruppierungen und Organisationen, welche der Auffassung sind, dass die Bundesrepublik Deutschland ein völkerrechtlich nicht legaler und damit nicht existenter Staat sei und das „Deutsche Reich“ mit seinen früheren Grenzgebieten in rechtsgültiger Form, wenn auch gegenwärtig ohne faktische Staatsgewalt, fortbestehe. Da sich die Anhänger derartiger Denkweisen nicht einheitlich organisiert haben, macht die Rede von einer „Reichsbürgerbewegung“ hier Sinn. Diese weist sowohl ideologisch wie organisatorisch Differenzen auf: Bezogen auf den erstgenannten Aspekt kann auf die „Selbstverwalter“ verwiesen werden. Diese meinen, aus der Bundesrepublik Deutschland aufgrund deren Inexistenz austreten zu können, gehen aber nicht notwendigerweise von dem Fortbestehen des Deutschen Reichs aus. Darüber hinaus bestehen mindestens zehn „Reichsbürger“-Gruppen, die in Konkurrenz miteinander um die Legitimation stehen.

Entwicklung: Ein genaues Gründungsdatum für die „Reichsbürgerbewegung“ kann nicht angegeben werden. Einschlägige Argumentationsmuster kursierten bereits im frühen Nachkriegsrechtsextremismus etwa in der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP), ohne dass daraus aber eine besondere Bewegung in formaler Hinsicht entstand. Als erste feste Organisation in dem genannten Sinne gilt die „Kommissarische Reichsregierung“ (KRR). Gegründet hatte sie 1985 der Eisenbahner Wolfgang G. G. Ebel, der sich selbst als „Reichskanzler des Staates Deutsches Reich“ bezeichnete. Damit einhergehende Ansprüche führten zu Konflikten mit anderen Mitgliedern. Es kam zu Abspaltungen und Neugründungen, wodurch eine Fülle von neuen „Reichsregierungen“ entstand. In all diesen Gruppen beanspruchten Mitglieder, der „Reichskanzler“ oder ein „Reichsminister“ zu sein. Ab Mitte der 2000er Jahre begann eine Art Boom, entstanden dann doch noch weitere Gruppierungen oder Pseudo-Staaten mit unterschiedlichen Namen, Orientierungen und Praktiken.

Ideologie: Da es sich hier um eine Bewegung mit Differenzen handelt, kann bezogen auf die Ideologie nur von einem Minimalkonsens gesprochen werden. Dieser besteht zunächst darin, dass der Bundesrepublik Deutschland die Legalität als Staat abgesprochen wird. Als Beleg dafür gilt, dass die Alliierten noch immer Besatzer seien, kein offizieller Friedensvertrag nach 1945 geschlossen wurde und über das Grundgesetz keine Volksbefragung erfolgte. Gelegentlich kursiert in diesem Kontext auch die Rede von einer „BRD GmbH“, wonach man es mit einer Firma und nicht mit einem Staat zu tun habe. Demgegenüber geht man von der Fortexistenz des „Deutschen Reiches“ aus. Dabei bestehen unterschiedliche Auffassungen darüber, ob damit das Gebiet von 1914 oder 1937 oder einem anderen Zeitpunkt gemeint ist. Auch über die politische Ausrichtung dieses „Deutschen Reiches“ existieren unterschiedliche Optionen: Es gibt sowohl Anlehnungen an das „Dritte Reich“ wie an eine neue Monarchie, aber auch diesbezügliche unklare Vorstellungen.

Manipulationsmethoden: Bei der Begründung ihrer Positionen arbeiten die „Reichsbürger“ mit unterschiedlichen Tricks. Dazu gehört beispielsweise die Berufung auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973, worin von einer Fortexistenz des „Deutschen Reiches“ die Rede war. Dabei wird meist der entscheidende Satz aus dem Urteil weggelassen. Denn danach ist die Bundesrepublik Deutschland als Staat identisch mit dem „Deutschen Reich“, räumlich aber nur teilidentisch, so dass die Identität keine Ausschließlichkeit beanspruchen könne³³. Demnach belegt der genaue Blick in das Urteil das genaue Gegenteil der von den „Reichsbürgern“ vorgetragenen Unterstellungen. Bei den neueren Behauptungen von einer „BRD GmbH“ wird etwa eine tatsächlich existente Institution, die vom Finanzministerium zur Regelung von Schuldenfragen gegründet wurde,

³³ Vgl. BVerfGE 36, 1 ff vom 31.7.1973.

mit dem Staat als solchem manipulativ verwechselt. Hier handelt es sich aber nur um zwei Beispiele für derartige Fehldeutungen und Täuschungsversuche der „Reichsbürger“.

Motivation: Bei den Anhängern der Bewegung können drei Motivationsformen idealtypisch unterschieden werden, wobei sie bei den jeweiligen Gruppen auch kombiniert vorkommen: Zunächst gibt es individuelle Gründe, die mit einer persönlichen Aufwertung oder materiellen Interessen einhergehen. Als „Reichsbürger“ meint man, über einen besonderen Status zu verfügen. Einem Gerichtsvollzieher kann so besser die Tür gewiesen werden, sei er doch nur für die nicht existierende Bundesrepublik, aber nicht für das „Deutsche Reich“ zuständig. Eine andere Motivation geht mit der Orientierung an diffusen Verschwörungsvorstellungen einher. Denn die Anhänger der „Reichsbürger“ meinen, dass hinter den „Kulissen der Politik“ geheime Mächte wirken. Welche dies sein sollen, bleibt meist unklar. Und schließlich gehören zu der Bewegung auch klassische Rechtsextremisten. Die Bundesrepublik Deutschland gilt ihnen als „Diktat der Siegermächte“, das man zugunsten eines „Deutschen Reiches“ im deutsch-nationalistischen oder nationalsozialistischen Sinne überwinden will.

Organisation: Da es sich um eine Bewegung handelt, kann nicht von einer festen Organisation bei den „Reichsbürgern“ gesprochen werden. Es gibt noch nicht einmal abgesicherte Daten bzw. Kenntnisse darüber, wie viele Gruppen bzw. Personen diesem Spektrum insgesamt zugeordnet werden können. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen bezifferte das gesamte Personenpotential auf rund 10.000, wovon 500 bis 600 Rechtsextremisten seien³⁴. Als bekannte Organisationen oder Pseudo-Staaten gelten die „Exilregierung Deutsches Reich“, das „Fürstentum Germania“, „Germanitien“, die „Geschäftsführende Deutsche Reichsregierung“, die „Interimpartei Deutschland“, das „Königreich Deutschland“, die „Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen“, die „Republik Freies Deutschland“, „Selbstverwaltung Deutsches Reich“, der „Volks-Bundesrath“ oder das „Volksdeutschland“. Allgemein kann noch darauf hingewiesen werden, dass die genannten Gruppen mitunter konkurrieren, mitunter aber auch kooperieren.

Strategie: Das Agieren der „Reichsbürger“ reicht von Beschwerdeschreiben bis zu Gewalthandlungen, um damit die persönlichen wie politischen Ziele voranzubringen. Die Aktivisten überziehen Behörden mit Briefsendungen, wonach diese um Auskunft zu pseudo-juristisch begründeten Fragen aufgefordert werden. Darüber hinaus bringt man angebliche Dokumente wie „Reichsführerscheine“ oder „Reichspersonalausweise“ in Umlauf. Außerdem gibt es Bemühungen, die Rechtskraft von Bußgeld- oder Steuerbescheiden zu bestreiten, gehen diese doch für die „Reichsbürger“ von einem nicht bestehenden oder nicht legitimen Staat aus. Darüber hinaus werden aber auch fremdenfeindliche und rechtsextremistische Bestrebungen offenbar. Die erwähnte „Reichsbewegung“ verschickte etwa Drohbriefe an jüdische und muslimische Gemeinden, wonach deren Angehörige das Land zu verlassen hätten. Es gab auch mehrfach Gewalthandlungen gegen Gerichtsvollzieher. In einigen Fällen schossen „Reichsbürger“ auf Polizeibeamte, in einem Fall im Jahr 2016 mit tödlichen Folgen.

Wirkung: Da noch nicht einmal die genaue Anzahl der aktiven „Reichsbürger“ bekannt ist, kann noch weniger etwas zu deren Anhängern und Sympathisanten in der Gesellschaft gesagt werden. Einschlägige Umfragen zur Akzeptanz der jeweiligen Auffassungen in der Bevölkerung liegen nicht vor. Gleichwohl lässt sich konstatieren, dass über das Internet die „Reichsbürger“-Vorstellungen größere Verbreitung gefunden haben. Da allgemein Konspirationsauffassungen nicht nur in gesellschaftlichen Nischen boomen, scheint dies in einem eingeschränkten Maße auch für solche Weltbilder zu gelten. Aufgrund der Absonderlichkeit der Positionen bestand lange die Auffassung, dass es sich hier nicht um ein gefährliches, sondern eine spinnertes Phänomen handele. Dabei wurde verkannt: Das Eine schließt das Andere nicht aus. Gerade die Absonderlichkeit macht die Entwicklung hin zur Gewalt

³⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Reichsbürger‘ soll terroristische Vereinigung gebildet haben“ vom 25.1.2017, online verfügbar.

wahrscheinlicher. Insofern besteht auf dieser Ebene ein besonderes Gefahrenpotential, auch angesichts des bei „Reichsbürger“ auszumachenden relativ hohen Waffenbesitzes.

Lesetipps:

- Jan Freitag: „Reichsbürger“. Eine Bedrohung für die Demokratie oder lächerliche Verschwörungstheoretiker? Das Beispiel Brandenburgs, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 26, Baden-Baden 2014, S. 155-172.
- Jan Rathje: „Wir sind wieder da“. Die „Reichsbürger“. Überzeugungen, Gefahren, Handlungsstrategien, herausgegeben von der Amadeu Antonio Stiftung, Berlin 2014.
- Dirk Wilking (Hrsg.): „Reichsbürger“. Ein Handbuch, hrsg. von Demok. Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, Potsdam 2015.

Ziele

Welche Ziele verfolgen Rechtsextremisten?

Rudolf van Hüllen

Rechtsextremisten gelten allgemein als „dumpf“; ihre Taten als wenig überlegt und überwiegend aus Launen und Vorurteilsstrukturen heraus motiviert. Eine solche Betrachtungsweise ist indessen zu einfach. Hinter ihrem Handeln stehen durchaus Konzepte, die auf politischen und ideengeschichtlichen Grundüberzeugungen fußen.

Diese ideologischen Grundüberzeugungen - von „Werten“ möchte man da eher nicht sprechen - bilden die Grundstruktur rechtsextremer Weltbilder (siehe auch Bausteine rechtsextremer Weltbilder). Aus den Grundüberzeugungen leiten sich politische Strategien und praktische Forderungen ab. Das Repertoire von Rechtsextremisten ist in dieser Hinsicht ziemlich eingeschränkt: Sie haben keineswegs für alle Politikfelder und aktuellen Probleme eine Position und schon gar keine konstruktiven Lösungen (siehe auch Rechtsextremistische Kernaussagen und Gegenargumente).

Arbeitsplätze und Soziales nur für Deutsche?

Rudolf van Hüllen

Dass „die Ausländer“ „den Deutschen“ die Arbeitsplätze wegnehmen und mithin an der Arbeitslosenquote „schuld“ seien, gehört zu den Evergreens rechtsextremer Propaganda. Seine zweite Strophe lautet: Die Überlastung der deutschen Sozialsysteme habe ihre Ursache in den „anatolischen Großfamilien“, die auf dem Sozialticket unentgeltlich versorgt würden und überhaupt nur als Wirtschaftsasylanten nach Deutschland gekommen seien. Die NPD hatte diese Behauptungen, als sie das Thema Wirtschafts- und Sozialpolitik für sich entdeckte, auf die Parole „Sozial geht nur national“ gebracht.

Wie nahezu immer beim Rechtsextremismus fügt sich das Thema von den Menschen mit Migrationshintergrund, die für Probleme des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme verantwortlich seien, bei Rechtsextremisten in ihre ausländerfeindlichen Reflexe (siehe auch Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit). Mit wirtschaftspolitischen Fakten hat es weniger zu tun.

Zum einen finden sich überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund in Tätigkeiten für Geringqualifizierte, bei denen es ansonsten an Bewerbern fehlt. Zum Zweiten sind es gerade gut Ausgebildete aus der zweiten und dritten Zuwanderergeneration, die helfen, den chronischen Facharbeitermangel in Deutschland zu beheben. Und: der Ärztemangel in deutschen Krankenhäusern wäre noch gravierender ohne die Mediziner, die aus dem Ausland zu uns gekommen sind. Und zum Dritten hat sich längst ein mittelständisches Unternehmertum mit „Migrationshintergrund“ gebildet. Deutschland wäre nicht nur an kultureller Vielfalt, sondern auch an wirtschaftlichen Angeboten und Arbeitsplätzen ärmer, wenn es die ganze Szenerie, Restaurants und Cafés, Reisebüros und Goldschmieden, Umzugs- und Baubetrieben nicht gäbe. Oftmals konkurrieren sie erfolgreich mit deutschen Betreibern, weil sie härter und für weniger Einkommen arbeiten, und weil sie als Familienbetrieb das eigene Geschäft als Lebensmittelpunkt und Aufgabe verstehen.

Das rechtsextremistische Märchen von der unerträglichen Belastung der deutschen Sozialsysteme durch Zuwanderer demontiert sich gleich bei der Erzählung. Natürlich gibt es Beispiele für Armutsmigration, auch für solche mit unmittelbar geplantem kriminellen Hintergrund. Aber in der Regel kommen Menschen nach Deutschland, weil sie - neben dem Wunsch, politischer Verfolgung zu entgehen - eine bessere Zukunft auf dem Arbeitsmarkt für sich und ihre Familien suchen. Wer sich erfolgreich integriert hat, findet sich als Einzahler in die Sozialkassen und als Steuerzahler wieder - angesichts der Überalterung der deutschen Gesellschaft sind dies mehr als willkommene Beiträge zum allgemeinen Wohlstand.

Was die NPD beispielsweise mit ihrer Forderung nach „Ausgliederung von Ausländern aus den deutschen Sozialversicherungssystemen“ (in allen ihren Programmen, so im Parteiprogramm von 2010 unter Ziff. 7 b) bezweckt, spricht sie lieber nicht so deutlich aus: Ihr geht es natürlich um eine Schlechterstellung, nicht bloß um eine sozialpolitische Separierung von Menschen mit ausländischen Wurzeln. Eine Ausländersozialgesetzgebung, erfährt man im Programm, habe in ihrer Ausgestaltung von Pflichten und Ansprüchen dem „Rückführungsgedanken“ Rechnung zu tragen. Das liest sich, als ob Migranten künftig mit ihren Sozialleistungen in erster Linie ihre Abschiebung finanzieren sollten. Der Rassismus der Rechtsextremisten zeigt sich auch hier wieder ganz deutlich als Ideologie der Ungleichwertigkeit. Renten- und Sozialkassen aber orientieren sich einzig an geleisteter Lebensarbeitszeit - nicht an ethnischen Kriterien.

Bausteine rechtsextremer Weltbilder

Rudolf van Hüllen

Auch Rechtsextremisten haben Grundüberzeugungen, die sie für ewig wahre „Werte“ halten. Diese begründen und steuern ihre politischen Strategien und Forderungen. Zusammengenommen ergeben sie ein Weltbild, das sich wie bei allen Extremisten dadurch auszeichnet, dass es nicht mehr kritisiert werden soll, alles zu erklären beansprucht und eine einfache Orientierung in der komplizierten Wirklichkeit verspricht.

Beim Rechtsextremismus kann man nicht von einer logisch konstruierten und in sich widerspruchsfreien Ideologie sprechen. Rechtsextremismus ist kein einheitliches Phänomen; seine verschiedenen Strömungen haben sich aus dem Fundus der europäischen Geistesgeschichte bedient und daraus ein eher unsystematisches Weltbild zusammengezimmert.

Der neonazistische Rechtsextremismus orientiert sich recht deutlich an den Grundüberzeugungen des historischen Nationalsozialismus. Diese wiederum beruhten im Wesentlichen auf persönlichen Erfahrungen und Überzeugungen, die Adolf Hitler in „Mein Kampf“ verschriftlicht hatte. Dessen Inhalt ergibt keine überzeugend logische Ideologie, aber er ist deshalb nicht weniger gefährlich. Auch unsystematische Weltbilder sollte man ernst nehmen, wenn sie die Grundlage zunächst für politische Programme und anschließend für deren Verwirklichung bilden. Schon in den 1920er Jahren wäre es besser gewesen, den Inhalt von „Mein Kampf“ nicht bloß als törichtes Geschwätz abzutun, sondern sich die Folgen einer Umsetzung vor Augen zu führen.

Eine Reihe von neueren Strömungen im Rechtsextremismus vermeidet augenscheinliche Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus. Das zentrale Motiv von Rechtsextremisten, die rechtliche Gleichheit von Menschen und damit ihre naturrechtlich begründete Würde als Individuen zu leugnen, wird nicht mehr rassistisch, selbst nicht mehr ethnisch begründet. Stattdessen ist die Rede von kulturellen und historisch gewachsenen Unterschieden. Die mag es geben – wer aber die Argumentationsmuster geschickt vorgehender Rechtsextremisten hinterfragt, wird nicht die Akzeptanz kultureller Vielfalt dahinter entdecken, sondern den Versuch einer nur vermeintlich harmlosen „kulturalistischen“ Abwertung.

Auch heute ist es demnach nützlich, sich mit den „Grundwerten“ von Rechtsextremisten auseinanderzusetzen. Wir haben die Wichtigsten von ihnen untersucht.

Lesetipps:

- Barbara Zehnpfennig, Adolf Hitler: Mein Kampf. Studienkommentar, München 2011.

Demokratie und Zivilgesellschaft als „System“

Rudolf van Hüllen

Weder das politische System der Bundesrepublik noch seine Träger kommen bei Rechtsextremisten gut weg: Verbreitet heißt bei ihnen die parlamentarische Demokratie „das System“, Politiker und aktive Bürger gelten als korrupte „Systemlinge“. Dem „System“ setzt besonders die NPD „Nationaldemokratie“ entgegen. Was ist damit gemeint?

In parlamentarischen Demokratien ist die Einsicht selbstverständlich, dass Gesellschaften vielgestaltig und pluralistisch sind. Demnach gibt es sehr unterschiedliche Interessen, die entweder durch Kompromisse zum Ausgleich gebracht werden müssen, oder zu denen man bei Wahlen klare Entscheidungen durch die Bildung von Mehrheit (Regierung) und Minderheit (Opposition) trifft. Mit der Mehrheitsentscheidung auf parlamentarischer, also staatlicher Ebene verschwindet aber der Pluralismus innerhalb der Zivilgesellschaft nicht. Hier gilt es weiterhin sicherzustellen, dass relevante Interessen Gehör und Einfluss finden, dass Minderheiten geschützt werden, Kompromisse geschlossen und Konflikte in einem oft mühsamen Verfahren friedlich geregelt werden. Die Abläufe in einer sehr vielgestaltigen modernen Gesellschaft sind kompliziert, langwierig, manchmal für Außenstehende schwer durchschaubar.

Und sie sind Rechtsextremisten ganz grundsätzlich zuwider. Denn die denken sich Staat und Gesellschaft als natürliche Ordnung mit einem, „dem“ Volkswillen. Abweichungen von solcher Einheit sind Störungen der „Volksgemeinschaft“ und deshalb falsch. Für schlicht denkende Rechtsextremisten gerät das komplizierte Funktionieren von demokratischem Staat und Zivilgesellschaft deshalb zum undurchschaubaren, korrupten „System“. Indem sie von der parlamentarischen Demokratie als „System“ reden, geben sie sogar zu, dass etwas, was sie nicht schätzen, bestens funktioniert. Auf den Gedanken, dass dieses komplexe Regelwerk auch deshalb ein funktionierendes „System“ bildet, weil die ganz große Mehrzahl der Bürger es akzeptiert und stützt, kommen sie nicht.

„Die NPD ist eine antiliberaler, aber keine antidemokratische Partei. Die Machthaber suggerieren, Demokratie und Liberalismus (und damit Parlamentarismus) seien identisch. Das ist mitnichten so. Demokratie heißt Volksherrschaft, während Liberalismus die Herrschaft von Parteien und Interessengruppen meint, deren Bühne und Exekutionsorgan volksabgehobene Parlamente sind. Im Liberalismus reißen sich Parteien und Interessengruppen den Staat unter den Nagel und machen ihn zum Schacher- und Kompromissobjekt; dabei wird jedes Gemeinwohl und jede Staatlichkeit zwischen den Mühlsteinen des Interessenkampfes zerrieben.“³⁵

Die „Nationaldemokratie“, von der NPD seit ihrer Gründung im Namen geführt, unterscheidet sich gravierend von westlichen, parlamentarischen und rechtsstaatlichen Demokratie-Modellen. Was Rechtsextremisten ändern möchten, erfährt man in ihren Programmen nur knapp und ungenau. Die NPD bekundet, sie wolle die parlamentarische Demokratie durch ein „neues Gemeinwesen mit einem volksgewählten Präsidenten und Volksabstimmungen in allen Lebensfragen der Nation ablösen“. Plebiszite und vom Volk gewählte Bundespräsidenten wären nun nicht automatisch rechtsextrem. Aber die NPD will zugleich den Wähler durch das homogene Volk ersetzen:

„Demokratisch sind wir nicht nur deshalb, weil wir eine wahre Volksherrschaft an die Stelle der liberalistischen Parteien- und Interessengruppenherrschaft setzen wollen, sondern auch, weil wir entschieden für eine deutsche Volksherrschaft statt einer multikulturellen Bevölkerungsmehrheit eintreten. Eine

³⁵ Homepage der NPD, „Oft gefragt: Ist die NPD eine antidemokratische Partei?“

*'multikulturelle Demokratie' ist nicht vorstellbar, sondern Demokratie ist immer an ein konkretes, homogenes Staatsvolk gebunden und somit nur als Nationaldemokratie authentisch.*³⁶

Wähler sind demnach für die NPD nur diejenigen, die zu einer ethnisch definierten Volksgemeinschaft gehören. Und von ihnen wird erwartet, dass sie als homogenes Volk auch so stimmen, wie die Regierung es von ihnen erwartet. Denn folgt man der Idee des Staatsrechtslehrers Carl Schmitt, den die NPD gerne als Autorität zitiert, dann ist Demokratie nicht die Suche nach Lösungen im Konflikt unterschiedlicher Interessen, sondern „Identität von Regierenden und Regierten“. In diesem Falle genügt es, wenn die von der Volksgemeinschaft gewählten Parlamente der Regierung akklamieren. Eigentlich würden sie damit überflüssig.

Das finden die „Kameradschaften“ auch. Für sie funktioniert Politik einfach nach dem „Führerprinzip“, und sie kritisieren die NPD deshalb auch dafür, dass sie sich auf Wahlbeteiligungen einlässt und sich am parlamentarischen Betrieb beteiligt. Sie fürchten, dass deren Abgeordnete dadurch korrumpiert und „verbontzt“ werden könnten³⁷. Die Kritik ist ein bisschen verquer: Die NPD hat nicht vor, an der parlamentarischen Arbeit ernsthaft mitzuwirken (siehe auch Die NPD in deutschen Parlamenten: Eine Bilanz); und wie die nicht gerade seltenen positiven Würdigungen Adolf Hitlers aus ihren Reihen belegen, hat sie auch nicht wirklich ein Problem mit dem „Führerprinzip“.

³⁶ ebd.

³⁷ Für solche Streitigkeiten gibt es etliche Beispiele. Viele parteiungebundene Neonazis fanden es schon anrühlich, dass die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag den ihr zustehenden Dienstwagen auch in Anspruch nahm.

Funktioniert Autarkie?

Rudolf van Hüllen

Rechtsextremisten träumen mit ihren Ideen von „raumorientierter Wirtschaft“ auch von nationaler Autarkie und Abkoppelung vom Weltmarkt. Das „Politische Lexikon“ der NPD erklärt Autarkie denn auch zum politischen Ziel. Das Deutsche Reich unter dem Nationalsozialismus orientierte sich bei seinen Autarkiebestrebungen an der Kriegsführungsfähigkeit des Landes. Derartige Absichten kann man heutigen Rechtsextremisten zumindest nicht direkt nachweisen. Ihre Autarkiewünsche liegen im „Blut-und-Boden-Denken“ ihrer Wirtschaftsmodelle und vor allem in einer starken Aversion gegen den „Globalismus“ begründet. Was ist unsinnig an der Autarkieparole?

Autarkie bedeutet insgesamt eine Abkopplung von einem Weltmarkt, der durch den möglichst freien Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital geprägt ist. Dazu zählte übrigens auch ein Austritt aus der EU, mit der die Bundesrepublik rund 50 Prozent ihrer Exporte abwickelt.

Die landläufige Vorstellung von Autarkie besagt, dass ein Land nicht von Importen abhängig sein möchte. Die Bundesrepublik verfügt allerdings nicht über eigene Ölreserven zur Herstellung von Treibstoffen und auch sonst nicht über nennenswerte Bodenschätze. Ein erheblicher Teil des Wirtschaftskreislaufs käme also sofort zum Erliegen, mit gravierenden Folgen für den Arbeitsmarkt und den allgemeinen Wohlstand. Zudem müssten nach komparativen Kosten bislang im Ausland wesentlich preiswerter herzustellende einfache Güter wieder im Lande produziert werden. Für viele Alltagsgüter wäre eine Preisexplosion die Folge. Eine solche Situation wäre selbst für Neonazis unerschwinglich: Die preiswerte Plastik-Maschinenpistole als Spielzeug für den „nationalen Nachwuchs“ aus China würde es dann nicht mehr geben, wohl auch weniger Handys, mit denen man sich zu Rechtsrock-Konzerten verabreden kann. Selbst die NPD weiß um solche kostentreibenden Effekte, denn sie wurde vor Jahren dabei erwischt, dass sie ihr Zentralorgan „Deutsche Stimme“ aus Kostengründen in Polen drucken ließ. Was den Stopp von landwirtschaftlichen Importen angeht, sollten wir uns an die „Südfrüchte“-Problematik der dahin gegangenen DDR erinnern. Auf den Speiseplan würden stark vermehrt Kartoffeln und Kohl gesetzt werden müssen.

Autarkie meint aber auch den weitestmöglichen Verzicht auf Exporte. Und von denen hängen in Deutschland direkt oder mittelbar ein Drittel der Arbeitsplätze ab. Die deutsche Autoindustrie, ein Flaggschiff der Wirtschaft, würde erst auf den Inlandsbedarf und von dort ganz schnell auf Null schrumpfen müssen: Niemand benötigt PKWs, wenn kein Benzin vorhanden ist.

Die Folgen einer Abkopplung vom Weltmarkt für ein rohstoff- und energiearmes, aber zugleich technologisch führendes und exportorientiertes Land lassen sich leicht am ökonomischen Bankrott der DDR nachvollziehen: Investitionen und Innovationen blieben aus, die Kosten für „autark“ gefertigte technologische Produkte (wie der berühmte „Robotron“-Speicherchip der DDR) würden explodieren, und die Arbeitsplatzverluste rasch eine zweistellige Millionenhöhe erreichen.

Grenzen des Protests – Darf man rechtsextremistische Aufmärsche blockieren?

Eckhard Jesse

In einer freiheitlichen Gesellschaft besteht Demonstrationsfreiheit. Wer dieses Grundrecht in Anspruch nimmt, muss dies in friedlicher Form tun. Auch antidemokratische, aber nicht verbotene Gruppierungen haben das Recht, davon Gebrauch zu machen. Dagegen ist Protest möglich, ja sinnvoll. Dieser muss aber ebenfalls friedlich sein.

Die verfassungsfeindliche NPD propagiert seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre den „Kampf um die Straße“. Mit diesem Mittel will sie öffentliche Wirkung erzielen und provozieren. Immer wieder kommt es vor, dass Bürger (Demokraten wie Extremisten) eine von den Gerichten genehmigte Demonstration der NPD oder einer der ihr nahestehenden Organisationen verhindern, so am 13. Februar, wenn die rechtsextremistische „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ in Dresden einen „Trauermarsch“ organisiert. Die Öffentlichkeit registriert Blockaden gegen einen solchen „Trauermarsch“ überwiegend mit Beifall.

Friedliche Demonstrationen gegen die NPD und gegen andere extremistische Gruppierungen sind Zeichen einer offenen Bürgergesellschaft. Eine genehmigte Kundgebung durch eine Blockade zu verhindern lässt sich aber angesichts der fundamentalen Bedeutung des Demonstrationsrechts nicht rechtfertigen. Wer dies dennoch tut, macht sich nicht nur strafbar, sondern verstößt auch gegen demokratische Grundprinzipien. Am hohen Gut der grundgesetzlich geschützten Versammlungsfreiheit darf nicht gerüttelt werden. Recht steht nicht unter dem Vorbehalt des Politischen.

Der „Kampf gegen rechts“, so die oft bewusst unscharf gewählte Terminologie, darf nicht zu einem Kampf gegen das Recht führen. Gewaltfreie „Menschenkettens“ dagegen sind eindrucksvoll und wünschenswert. In einer demokratischen Verfassungsordnung wie der Bundesrepublik Deutschland gibt es ein staatliches Gewaltmonopol, das dem Rechtsfrieden dient (siehe auch Warum liegt das Gewaltmonopol beim Staat?). Wer sich auf zivilen Ungehorsam beruft, kann dies legitimerweise nur tun, wenn er offenkundiges Unrecht anzuprangern sucht. Davon ist in diesem Fall augenscheinlich nicht zu sprechen. Wer sich dazu entschließt, symbolisch gegen das Gesetz zu verstoßen, darf sich dem Strafrecht nicht entziehen – so jedenfalls Theoretiker des zivilen Ungehorsams wie John Rawls. Tatsächlich steht aber wohl kaum einer, der eine Demonstration etwa der NPD zu verhindern trachtet, für sein Unrecht ein. Wer zivilen Ungehorsam propagiert und Blockaden rechtfertigt, öffnet unter Umständen dem Missbrauch Tür und Tor.

Ein gescheitertes Verbotverfahren (mit einem wasserdichten Antrag) gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht ist rechtlich möglich und muss nicht scheitern (siehe auch Chancen und Risiken eines NPD-Verbots). Dann hätte eine unabhängige Instanz gesprochen, nicht die Legislative, nicht die Exekutive. Zwar wäre in diesem Fall eine Demonstration der NPD untersagt, jedoch würde sich wohl schnell eine andere Gruppe finden, die eine solche Kundgebung anmeldet. Eine offene Gesellschaft muss mit ihren Gegnern leben, sofern diese nicht zu Gewalt aufrufen oder sie gar anwenden. Und: Wir haben eine antiextremistische Verfassungsordnung, keine bloß antifaschistische. Hehre Ziele rechtfertigen nicht militante Mittel. Jede Form des Extremismus muss bekämpft werden, aber der Kampf dagegen darf sich nicht undemokratischer Mittel bedienen. Weder symbolische noch effektive Gewalt nützt dem demokratischen Verfassungsstaat.

Menschenwürde und Menschenrechte

Rudolf van Hüllen

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Aufgabe aller staatlichen Gewalt“ bestimmt Artikel 1 des Grundgesetzes. Er steht wegen der Erfahrungen mit der NS-Diktatur ganz vorne im Verfassungstext. Rechtsextremisten haben mit ihm beträchtliche Probleme, weil er den einzelnen Menschen unabhängig von seiner Herkunft, seiner Hautfarbe, seinen politischen Orientierungen oder anderer Merkmale, die Menschen voneinander unterscheiden, zum Träger von Menschenrechten erklärt. Für Rechtsextremisten gelten die Menschenrechte aber nicht für den Menschen, sondern nur für die Angehörigen der eigenen „Volksgemeinschaft“.

Aus diesem Umstand erklärt sich, warum Rechtsextremisten universell gültige Menschenrechte ablehnen und warum Themen wie Zuwanderung und Integration bei ihnen als „Verausländerung“ oder „Volkstod“ in ihrem Weltbild einen so hohen Stellenwert haben.

Die Idee, dass sich Menschenrechte nicht aus dem naturrechtlichen Wert des Einzelnen herleiten, sondern ausschließlich aus seiner Einbindung in Ethnien, Nationen oder „Volksgemeinschaften“ erwachsen, unterscheidet die heutigen Rechtsextremisten grundsätzlich von der europäischen Tradition der Aufklärung. Die Vorstellung, dass Menschenwürde und damit Menschenrechte an die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie knüpfen, hat dem Rechtsextremismus die Qualifizierung als „Ideologie der Ungleichheit“ eingebracht. Tatsächlich bewertet die NPD universelle Menschenrechte kurz als „Menschenrechtsideologie“: „Menschenrechte: Vorstellung, dass allen Menschen Würde und gewisse Grundrechte angeboren seien. Diese Rechte werden rein individualistisch ausgelegt. (...) Nationalisten erkennen an, dass Menschenrechte des einzelnen im Rahmen der Volksgemeinschaft bedeutungsvoll sind.“³⁸

Fehlende Zugehörigkeit des Einzelnen zur „Volksgemeinschaft“ liefert Rechtsextremisten also die Begründung, Personen Menschenwürde und Menschenrechte abzusprechen. Und diesen Ausschluss kann der Einzelne nicht heilen, weil man in die Volksgemeinschaft hinein geboren wird, „oder eben nicht“, wie die NPD lakonisch anmerkt³⁹. In der Frage dieser Zugehörigkeit offenbart sich der rassistische Kern der neonationalsozialistischen „Zuwanderungskritik“.⁴⁰

Eine Passage aus der Kategorie „Oft gefragt“ der NPD-Homepage lässt dazu keine Interpretation mehr offen:

„Deutscher ist, wer deutscher Herkunft ist und damit in die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde. Eine Volkszugehörigkeit kann man sich genausowenig aussuchen wie die eigene Mutter. In ein Volk wird man schicksalhaft hineingepflanzt. In eine Volksgemeinschaft kann man nicht einfach aus- und eintreten wie in einen Sportverein, man wird in sie hineingeboren (...) Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. (...) Angehörige anderer Rassen bleiben

³⁸ „Politisches Lexikon“ des NPD-Bundesvorstandes, 2006.

³⁹ „Deutscher ist man von Geburt (oder eben nicht)...“, heißt es in den vom NPD-Parteivorstand 2006 herausgegebenen „Argumenten für Kandidaten und Funktionsträger“, S.13.

⁴⁰ Mit einem gewissen Zynismus behauptet die NPD, sie sei nicht ausländerfeindlich, sondern bloß „zuwanderungskritisch“.

deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich, wie lange sie in Deutschland leben, und mutieren durch die Verleihung bedruckten Papiers nicht zu germanisch stämmigen Deutschen.“⁴¹

Wer von solchen Grundannahmen ausgeht, wird auch dem Problem der „Verausländerung“ einen zentralen Stellenwert in seinen Zielen einräumen (siehe auch Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit).

⁴¹ Broschüre der NPD „Argumente für Kandidaten und Funktionsträger - eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung“, Berlin 2006, S. 12.

Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit

Rudolf van Hüllen

Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit ist das zentrale Thema praktisch aller rechtsextremistischen Strömungen. Aus Zuwanderung und multikultureller Gesellschaft werden alle aktuellen wirtschafts-, sozial- und sicherheitspolitisch begründeten Probleme scheinbar schlüssig abgeleitet. Während dabei Gruppierungen wie die „Pro“-Parteien den Islamismus zum Vorwand für eine generelle Muslimenfeindlichkeit nehmen, argumentiert die neonazistische Fraktion weit offener in rassistischen Kategorien. Für sie ist Zuwanderung „Verausländerung“, Integration „Völkermord“ und sie zielt mithin auf den biologischen „Volkstod“ der Deutschen.

Die ethnisch-rassistische Begründung für rechtsextreme Ausländerfeindlichkeit lässt mit ihrer Argumentationskette „natürlicher Ordnungen“, der angeblich homogenen „Volksgemeinschaft“ und der genetisch-ethnisch angeborenen Bestimmung des „Fremden“ oder „Ausländers“ keine verbesserten Integrationskonzepte zu. Denn gemessen an einer ethnisch völlig homogenen Gesellschaft bedeutet selbst ein Anteil von ein bis zwei Prozent ausländischer Menschen in den neuen Bundesländern bereits die Gefahr der „Überfremdung“. Und der Zuwanderer kann der Ausgrenzung als angebliche biologisch rassistische bzw. kulturelle Gefahr auch nicht entgehen, da er aus rechtsextremistischer Sicht nicht zum Deutschen werden kann, und zwar auch nicht durch Einbürgerung (siehe auch Menschenwürde und Menschenrechte).

Das hat natürlich paradoxe Ergebnisse für Neonazis oder NPD-Mitglieder, die ihrerseits nicht als Deutsche geboren sind⁴². Selbst Adolf Hitler hätte nach den Maßstäben strenger Neonazi-Rassisten eigentlich niemals in Deutschland wählen oder öffentliche Ämter bekleiden dürfen; schließlich musste der aus Österreich stammende „Führer“ dazu zuerst einmal eingebürgert und mit der deutschen Staatsbürgerschaft versehen werden.

Solche Widersprüchlichkeiten tangieren natürlich überzeugte Ideologen eher nicht. Ihnen ist vor allem wichtig, ein Hassobjekt zur Ausgrenzung zu haben. Der als „fremd“ Definierte kann sich vor diesem Hass nicht schützen; er kann bei einer Begegnung mit rechtsextremen Rassisten überall und jederzeit Opfer werden. Dies ist aber nur die offensichtlichsste Gefahr, die aus der Propaganda für Fremdenhass erwächst.

Den manischen Rassenhass der ideologisch gefestigten Neonazi-Szene werden nicht allzu viele Menschen teilen. Aber seine stete Propaganda kann latent vorhandene xenophobe Einstellungsmuster verstärken und festigen. Denn Rechtsextremisten bauen häufig auf latenten oder manifesten Grundmustern und Einstellungen auf, die auch bei ganz normalen, politisch überhaupt nicht auffälligen Menschen vorhanden sind. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ermittelte bei immerhin rund 6,8 Prozent in den alten und 10,6 Prozent in den neuen Bundesländern aus einer repräsentativen Zahl von fast 2.000 Befragten fremdenfeindliche Grundeinstellungen⁴³.

Das ist vermutlich nicht so alarmierend, wie es gerne dargestellt wird, denn diffuse Ängste vor „Fremdem“ dürften in praktisch allen Kulturen in bestimmtem Umfang vorhanden sein - allerdings bleibt es auch eine zivilisatorische Aufgabe, sie zu kontrollieren und zurückzudrängen.

⁴² Die NPD verwendete in der „Deutschen Stimme“ jahrelang einen Autor als Spezialisten für Islam und Islamismus, der nach seinem Namen unmöglich die Kriterien für einen deutschen „Volksgenossen“ erfüllen konnte.

⁴³ Andreas Zick/Anna Klein, Fragile Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn 2014; Andreas Zick, Gespaltene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn 2016.

Um die Menschenfeindlichkeit des ausländerfeindlich argumentierenden Rechtsextremismus zu unterstreichen, hat der Politikwissenschaftler Steffen Kailitz schon 2007 ausgerechnet, dass ungefähr elf Millionen Menschen in Deutschland von dem „Ausländerrückführungsprogramm“ der NPD betroffen wären⁴⁴. Die Partei fordert nämlich nicht nur Anreize, sondern eine Verpflichtung zur Rückkehr in die Heimatländer. Zudem macht sie vor in Deutschland geborenen Menschen mit Migrationshintergrund (gleichgültig ob mit oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit) nicht Halt: Auch diese sollen in eine „Heimat“ abgeschoben werden, die sie vielleicht noch nie zuvor betreten haben.

Unbeachtlich dieses Befundes behauptet die NPD, sie sei gar nicht ausländerfeindlich, sondern lediglich „zuwanderungskritisch“. Sie habe nichts „gegen Türken in der Türkei“. Im Gegenteil, die Forderung nach Rückkehr in die Heimatländer berücksichtige auch die Interessen der Zuwanderer, denn diese würden in Deutschland ebenfalls ihrer Identität entfremdet, weil sie als Muslime und Türken in einer fremden Umwelt leben müssten und insofern auch in Gefahr ständen, kulturell entwurzelt zu werden. Nach außen beteuern also alle Rechtsextremisten, sie träten für ein (friedliches) Nebeneinander von unterschiedlichen Kulturen und Nationen ein, das sich am besten dann verwirklichen ließe, wenn sich diese möglichst wenig durchmischten. Ansonsten drohe ein „multikultureller Einheitsbrei“ zum allgemeinen Schaden. Diese ideologische Konstruktion, die von einer tatsächlichen Abwertung und Ausgrenzung anderer Kulturen und ihrer Menschen ablenken soll, nennt man im Rechtsextremismus „Ethnozentrismus“. Eine „ethnozentrische“ Welt ist allerdings im Zeitalter der globalen Vernetzung ebenso abseitig wie eine deutsche „Volksgemeinschaft“.

⁴⁴ Steffen Kailitz, Die nationalsozialistische Ideologie der NPD, in: Uwe Backes / Hendrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 337-354.

Rechtsextremismus und Rechtsstaatlichkeit

Rudolf van Hüllen

Die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik definiert sich - laut ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts - als eine Ordnung, die Gewalt- und Willkürherrschaft ausschließt, rechtsstaatlichen Prinzipien wie der Gleichheit vor dem Gesetz also besonders hohen Rang einräumt. Politische Extremisten sehen sich allerdings in ihrem Treiben durch rechtsstaatliche Rahmenbedingungen stets behindert und klagen über „politische Repression“. Dies ist zwar ein von Linksextremisten eingeführter Begriff, aber er wird von Rechtsextremisten ebenso gerne benutzt. Was ist also dran an der angeblichen rechtlichen Benachteiligung politisch extremistischer Gruppen im Allgemeinen oder des „nationalen Lagers“ im Besonderen?

Dass Rechtsextremisten rechtsstaatliche Maßstäbe aus eigenem Entschluss verinnerlichen und einhalten würden, darf schon angesichts ihrer Schwierigkeiten, Menschen rechtliche Gleichwertigkeit zuzubilligen, bezweifelt werden.

In der Präambel („Grundgedanken“) ihres Parteiprogramms von 2010 erklärt die NPD zwar: „Gleich sind die Menschen dagegen vor dem Gesetz und in der Unantastbarkeit ihrer Würde“. Aber sie muss das als Schutzbehauptung beteuern, nachdem sie im Satz zuvor die Ungleichwertigkeit von Menschen nach genetisch-biologischen Maßstäben verkündet hatte.

Und noch zwei weitere Argumente sprechen gegen die Rechtstreue von Rechtsextremisten: Ein Teil von ihnen macht kein Hehl daraus, dass er das politische System und damit die Verfassungsordnung „überwinden“ will (so die NPD und die neonazistischen Strukturen). Und zum zweiten haben Rechtsextremisten offenbar auch außerhalb ihrer politischen Aktivitäten Probleme damit, ein straffreies Leben zu führen. Gewalt und Allgemeinkriminalität gehören zum festen Markenzeichen ihrer Milieus (siehe auch Rechtsextremistische „Ordnung“: Allgemeinkriminalität).

Das hindert sie nicht, sich bei jeder Gelegenheit als „Opfer“ „politischer Repression“ „des Systems“ darzustellen. Insbesondere würden sie gegenüber anderen politischen Kräften vor allem der extremen Linken benachteiligt und an der Ausübung ihrer Grundrechte z.B. auf freie Meinungsäußerung oder Versammlungsfreiheit gehindert. Die NPD beklagt in ihrem Parteiprogramm von 2010 eine „Beschneidung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit für nationale Deutsche“; die „etablierten politischen Kräfte hätten den Weg vom Rechtsstaat zum Gesinnungsstaat“ beschritten.

Tatsächlich ist es so, dass die wehrhafte Demokratie Rechtsextremismus mit genau in der Verfassung definierten und von den Gerichten bei ihrer Anwendung überprüfbaren Mitteln bekämpft. Dazu gehören gegenüber allen Extremismusformen die Möglichkeit, verfassungswidrige Vereine und Parteien zu verbieten (Art. 9 Abs. 2 und Art. 21 Abs. 2 GG) (siehe auch Chancen und Risiken eines NPD-Verbots), Verfassungsfeinde im Vorfeld konkreter Straftaten nachrichtendienstlich zu beobachten (administrativer Verfassungsschutz), von ihren Absichten die Bevölkerung zu unterrichten, sie vor ihnen zu warnen und darauf hinzuwirken, dass verfassungsfeindliche Organisationen nicht gewählt oder unterstützt werden (Verfassungsschutz durch Aufklärung, politische Bildung und Präventionsprogramme gegen Extremismus).

Im Falle des Rechtsextremismus kommt die Entscheidung der Väter und Mütter des Grundgesetzes hinzu, die Symbole und Zeichen des untergegangenen Nationalsozialismus (siehe auch Rechtsextreme Codes) aus der Öffentlichkeit zu verbannen (§§ 86, 86a StGB), die Leugnung der nationalsozialistischen Massenverbrechen sowie rassistische Hetze gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen unter Strafe zu

stellen (§§ 130, 131 StGB). Tatsächlich richten sich diese Vorschriften ganz überwiegend (im Falle der §§ 86, 86a StGB ausschließlich) gegen neonazistischen Rechtsextremismus. Dennoch handelt es sich nicht um ein „Sonderstrafrecht“, wenn sich eine Gesellschaft entschließt, die Werbung für bestimmte Formen von Massenmord nochmals gesondert strafrechtlich zu unterbinden. Schließlich ist es auch verboten, zur Ermordung von Nachbarn oder der Fans eines gegnerischen Fußballvereins aufzurufen. Dasselbe gilt für den Bann gegen Symbole und Zeichen des NS-Regimes.

Entscheidend ist nur, dass solche Gesetze - als Wertentscheidungen der Verfassung und als Ergebnis des Gesetzgebungsverfahrens eines demokratisch legitimierten Parlaments - in einem ordentlichen Verfahren zustande gekommen sind. Es kommt nicht darauf an, ob sie allen gefallen: Der Bürger hat Gesetze auch dann einzuhalten, wenn sie ihm nicht passen.

Die Vorhaltungen der „Gesinnungsjustiz“ (auch sie werden ebenso gerne von Linksextremisten erhoben) treffen also nicht. Selbst Grundrechte dürfen selbstverständlich zum Schutz höherrangiger Rechtsgüter in bestimmtem Umfang eingeschränkt werden. Man ahnt also schon, was die NPD möchte, wenn sie die Verletzung von angeblichen Grundrechten beklagt: Sie möchte freie Fahrt für rassistische Propaganda, für die Gewaltaufrufe gegen politische Gegner und für die Relativierung der systematischen Gewaltverbrechen der Nationalsozialisten.

Forderungen der NPD zur „Reform des Rechtssystems“:

„Frage-, Rede- und Denkverbote sind eines freiheitlichen Staates unwürdig. Die Freiheit der Wissenschaft, insbesondere der Geschichtsforschung, ist staatlich zu garantieren. Das politische Strafrecht schränkt die Meinungsfreiheit ein. Daher sind die §§ 86, 86a und 130 StGB ersatzlos zu streichen, und der politische Missbrauch des § 131 StGB ist zu unterbinden. Opfer politischer Justiz sind zu entschädigen.“⁴⁵

Sind also Rechtsextremisten „Opfer“ der wehrhaften Demokratie? Mitnichten, allerdings werden sie von Zivilgesellschaft und staatlichen Behörden – nicht zuletzt auch durch die Aufdeckung der NSU-Morde – ungleich energischer angefasst als andere Extremisten. Vereinsverbote gab es gegen Rechtsextremismus in großer Zahl, gegen Islamismus eher selten und gegen Linksextremismus seit Jahrzehnten überhaupt nicht. Dass linksextreme Aufmärsche oder Veranstaltungen mit Hassmusik verboten und aufgelöst werden, kommt nicht vor.

Daraus folgt aber nicht, dass Rechtsextremisten zu Unrecht „verfolgt“ werden. Der Rechtsweg steht ihnen offen und wird von ihnen - von der NPD wie von dem „Bewegungsunternehmer“ Christian Worch für die parteiungebundene Neonazi-Szene - im Zuge des von ihnen sogenannten „Rechtskampfes“ nicht ohne Erfolg beschritten. Oft genug nehmen Verwaltungsgerichte Verbote oder Auflagen zurück. Man mag solche „Gerichtserfolge“ von Rechtsextremisten für politisch ärgerlich halten. Sie belegen aber gerade, dass in der Bundesrepublik rechtsstaatliche Grundsätze eingehalten werden.

⁴⁵ NPD-Parteiprogramm 2010, Ziff. 17.

Rechtsextremistische Kernaussagen und Gegenargumente

Rudolf van Hüllen

Würden Rechtsextremisten ihre menschenfeindlichen Ziele - „Volksgemeinschaft“, Diktatur, Führerstaat - allzu offen propagieren, hätten sie wenig Aussichten gewählt oder auch nur angehört zu werden. Wie alle Extremisten müssen sie also auf Probleme und Fragen eingehen, die auch von der Durchschnittsbevölkerung gestellt werden. Auf viele dieser Fragen gibt es auch rechtsextremistische Antworten, die sich auf den ersten Blick plausibel anhören. Aber es geht Rechtsextremisten nicht um verantwortbare Problemlösungen, sondern um die Macht zur Durchsetzung ihrer menschenfeindlichen Ideen. Die Taschenspielertricks, mit denen sie sie verkaufen, sollte man kennen.

„Populismus“ meint nicht so sehr eine besondere Spielart des Rechtsextremismus, sondern eher eine Strategie, mit dem seine politischen Ideen verbreitet werden. Der Begriff kommt vom lat. „populus“ - Volk, und bezeichnet das Anliegen ziemlich genau: Populismus will den „kleinen Mann von der Straße“ ansprechen, sich auf seine Seite stellen, reklamiert oder heuchelt Verständnis für seine Sicht der Dinge. Was heißen will: Er redet ihm gern nach dem Mund, und da politische Meinungen nicht immer gründlich durchdachte Auffassungen, sondern manchmal eher Stammtischweisheiten sind, bestärkt er dabei dessen Vorurteile (siehe auch Welche Formen von Rechtsextremismus gibt es?). Und natürlich fühlt man sich geschmeichelt, wenn einer daher kommt, sich für die eigenen Sorgen interessiert, die eigenen Gefühle teilt und einem dann auch noch Recht gibt. Und der Rechtsextremist wird gleich mit dem „Wir“ kommen: Mit „wir da unten“ meint er „das Volk“, den „kleinen Mann von der Straße“ und sich selbst und seine Ideen gleich mit. Da liegt die erste Falle.

Die zweite Falle folgt auf dem Fuße. Schnell weiß der Rechtsextremist, wer „schuld“ ist: „die da oben“, in der Landeshauptstadt, in Berlin, die „Eliten“, die bloß korrupt und machtbesessen sind, für die Sorgen von „uns hier unten“ keinen Draht mehr haben. Zu dem verständigen „Kümmerer“ und Gesprächspartner als neuem Freund (siehe auch Der kommunale Rechtsextremist als „Stimme des Volkes“) wird also der Feind gleich mitgeliefert: Das können übrigens neben „denen da oben“ auch noch andere sein, z.B. „die Ausländer“.

Rechtsextremistische Propaganda, das wusste schon Joseph Goebbels, sollte nicht zu kompliziert sein. Deshalb arbeitet sie mit ganz einfachen bipolaren Weltbildern: gut und böse, schwarz und weiß, falsch und richtig. Was der Rechtsextremist sagt, ist natürlich immer richtig. Nie hat er die geringsten Zweifel, nie haben die „anderen“ auch nur im Geringsten oder teilweise Recht. Aus dem Schwarz-Weiß-Muster lassen sich simple und stabile Feindbilder basteln: Der Feind hat immer vollständig unrecht, macht nie etwas richtig, ist stets böse und versucht, die aufrechten Nationalisten mit List, Tücke und durch Verschwörungen schlecht zu machen. In dieser bipolaren Welt sind die anderen immer die Täter, die eigenen Kameraden immer die Opfer. Dass ihr schlechter Ruf auch etwas mit ihrem Treiben zu tun haben könnte, kommt Rechtsextremisten generell nicht in den Sinn.

Pauschalisierungen gehören zu den Klassikern beim Züchten von Vorurteilen: „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg und belasten die Sozialsysteme.“ „Die“ Ausländer, das heißt: alle und immer. Es mag Migranten geben, die für einen Sozialhilfebetrug verantwortlich sind. Aber das meint der Rechtsextremist nicht. Er will den Vorwurf pauschal auf alle ausdehnen. Der bestimmte Artikel bedeutet eben immer, dass alle gemeint sind. Und diesen Trick sollte man Rechtsextremisten nicht durchgehen lassen.

Vereinfachungen sind ein klassisches Mittel rechtsextremer populistischer Propaganda. Politische Vorgänge in hochentwickelten Industriestaaten mit etwa 80 Mio. Einwohnern sind in der Regel äußerst

komplex: Mit jeder Maßnahme, mag sie auch noch so plausibel sein, setzen Politiker eine Vielzahl von Nebenwirkungen in Gang, die sie soweit möglich vorher überschauen und abwägen müssen. Hau-Ruck-Lösungen auf Stammtischniveau können katastrophale „Kollateralschäden“ verursachen und verbieten sich in solchen komplexen Gesellschaften von selbst. Nicht so aber für Rechtsextremisten. Sie müssen nicht einmal befürchten, für die Nebenwirkungen ihrer demagogischen „Lösungen“ verantwortlich gemacht zu werden. Denn sie kommen zum Glück nicht in die Lage zu erleben, dass ihre Programme Politik werden.

Vor dem Fälschen von Fakten schrecken Rechtsextremisten keineswegs zurück. Die plumpste Methode ist dabei das Nennen falscher Sachverhalte oder das Verbreiten falscher Zahlen. Da liest man z.B., jeder Deutsche müsse jährlich 1.250 Euro für die Integration von Ausländern aufwenden. Das ergäbe bei 80 Mio. Einwohnern die unvorstellbare Summe von 100 Milliarden Euro. Wo sollte die herkommen, wenn ein Bundeshaushalt gerade mal rund 300 Milliarden Euro umfasst? Ein sehr plumper Versuch. Es geht aber auch geschickter - mit realistischen, aber dennoch gefälschten Zahlen verlässt sich der rechtsextreme Agitator darauf, dass sein Gegenüber die richtigen Daten gerade nicht im Kopf hat. Für Unbedarfte funktioniert das auch mit vordergründig korrekten, aber absichtsvoll im Kontext verfälschten historischen Fakten: Ein paar nette Sätze über die „Friedensmission“ des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß 1941, der sich auf eigene Initiative mit einem Flugzeug nach Großbritannien absetzte - und schon sieht es für den historisch Unkundigen ein wenig so aus, als wären die Engländer mindestens seit 1941 an der Fortsetzung des Zweiten Weltkrieges Schuld gewesen.

Zu den eigenen Endzielen schweigen ist auch ein probates Mittel, harmlos zu wirken. Zwar tragen alle Neonazis das „Dritte Reich“ als Referenzmodell und stilles Vorbild mit sich herum, aber wie man kritischen Nachfragen nach solchen Fernzielen ausweicht, hat die NPD schon 2006 ihren Funktionären vorgegeben: „Adolf Hitler ist tot und die NSDAP aufgelöst, was also soll die Frage? Als Geborener lebe ich nicht in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart. Die Menschen haben andere Probleme, als sich ständig mit einer Zeit zu beschäftigen, die mehr als sechzig Jahre zurückliegt.“⁴⁶

Lesetipps:

- Klaus-Peter Hufer, Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver, Populismus, 2. Aufl. Bonn 2006 (Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 545).
- Harald Bergsdorf, Fakten statt Fälschungen. Argumente gegen rechtsextreme Parolen, München 2010.

⁴⁶ Broschüre der NPD „Argumente für Kandidaten und Funktionsträger - eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung“, Berlin 2006, S. 34.

Was verstehen Rechtsextremisten unter „Globalismus“?

Rudolf van Hüllen

„Globalismus“ ist die unter Rechtsextremisten gängige Bezeichnung für „Globalisierung“, also die anscheinend immer schneller ablaufenden Strukturwandel in Wirtschaft, Politik und Kultur, verbunden mit einer die Nationalstaaten überschreitenden Vernetzung und gleichzeitig „Entgrenzung“ der genannten Felder. Ein solcher Wandel setzt wirtschaftliche Dynamik frei, produziert aber auch Verlierer und Verunsicherung. Es ist also nicht erstaunlich, dass politische Extremisten dieser Erscheinung der modernen Welt kritisch bis ablehnend gegenüber stehen.

Für Rechtsextremisten wird das oben beschriebene Phänomen einer Beschleunigung von gesellschaftlichem, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wandel durch klar benennbare Täter zu dem Zweck ins Werk gesetzt, eine Ordnung des „Globalismus“ zu errichten. Diese zeichne sich aus durch eine völlige Zerstörung „gewachsener“ nationaler, politischer und kultureller Identitäten. Durch Auslösen von „Migrationsströmen“, ungehinderte weltweite Finanztransaktionen und die Internationalisierung der Warenproduktion und des Handels beraube die „Globalisierung“ die Staaten als natürliche Existenzform der Völker ihrer Steuerungsfähigkeit und ziele auf die weltweite Heranzüchtung eines standardisierten, heimatlosen „Welteinheitsmenschen“ ab, der als „Konsumidiot“ die Gewinne transnationaler Konzerne mehren solle.

Insofern ist Globalisierungskritik bei Rechtsextremisten auch Kapitalismuskritik und kann sich bei ihrer Artikulation in erheblichem Umfang auf das analytische Instrumentarium der linksextremen Konkurrenz stützen.

Exkurs: Linksextremistische Globalisierungskritik

Trotz Berührungspunkten zwischen rechtsextremer und linksextremer Globalisierungskritik muss auf die gravierenden Unterschiede hingewiesen werden: Linksextremisten sind Internationalisten und bewerten das Zusammenwachsen der Welt im Wesentlichen positiv. Sie kritisieren aber die Dominanz kapitalistischer Verwertungsmechanismen, insbesondere die Verselbständigung der Finanzmärkte. Globalisierung in „neoliberaler“ Form einer Entregulierung von Finanz-, Waren- und Dienstleistungstransfers zerstöre durch ungehemmte Konkurrenz um die höchsten Profitraten soziale, demokratische und ökologische Standards und entsolidarisere ganze Gesellschaften. Linksextremisten wollen den globalen Wandel unter Abschaffung des Kapitalismus, lehnen ihn aber nicht grundsätzlich ab.

Das Feindbild Kapitalismus bzw. Marktwirtschaft ist durchaus ein verbindendes Element von rechts- und linksextremer Globalisierungskritik. Während Linksextremisten bei einer Analyse wirtschaftspolitischer Abläufe aber bisweilen zumindest nachvollziehbare Kritik üben, begnügen sich Rechtsextremisten zur Kennzeichnung der angeblich Schuldigen mit ihren eingeübten Feindbildern und Verschwörungskonstruktionen. Im von Rechtsextremisten international verstandenen Code, schreiben die Politikwissenschaftler Thomas Grumke und Andreas Klärner, „sind ‘Globalisten’ auch ‘Ostküste’, ist der ‘Globalismus’ auch ‘New World Order’ (NWO), und sind die in diesem ‘Globalisierungsplan’ verwickelten Regierungen und Eliten auch ‘Zionist Occupied Government’“⁴⁷.

Hinter den unverstanden bleibenden Innovationsschüben der letzten Jahrzehnte steht damit für völkisch denkende Rechtsextremisten ein alter Feind: „der“ Jude (siehe auch Was ist Antisemitismus?).

⁴⁷ Thomas Grumke / Andreas Klärner, Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990, hrsgg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin, Berlin 2006, S.136, online verfügbar.

Die Chiffre „Ostküste“ steht in neonazistischer Terminologie (siehe auch Rechtsextreme Codes) für New York, das angebliche Zentrum des jüdisch beherrschten Weltkapitals. ZOG, „Zionist Occupied Government“ (auch: „Zionist Occupation Government“), ist jede westliche Regierung, die sich in einem freundschaftlichen Verhältnis zu den USA befindet. Die Vereinigten Staaten sind für Rechtsextremisten auch aus „rassenideologischen“ Gründen der Feind Nr. 1: Da sie als Migrationsgesellschaft entstanden sind, bleiben sie für völkische Rechtsextremisten ein „Völkergemisch“ ohne nationale Identität, dazu bestimmt, die Machtbasis für Pläne zur Errichtung einer jüdischen Weltherrschaft abzugeben.

Das alles sind ideologische Wahngelbilde, die ohne die geistigen Vorlagen der NSDAP und ihres „Führers“ überhaupt nicht denkbar wären. Sie finden sich vor allem im Spektrum der NPD und der Neonazi-Szene⁴⁸, und sie zeugen von deren Fähigkeit, jedes politische Phänomen aus der Sicht ihrer völkisch-rassistischen Ideologie zu beurteilen.

Die NPD zur Globalisierung:

„Es handelt sich bei der Globalisierung um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes. Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA. Deshalb ist Globalisierung eine unverblümete Imperialismusstrategie der USA, um der ganzen Welt den von US-Konzernen ausbeutbaren American Way of Life - besser: American Way of Death aufzuzwingen.“⁴⁹

⁴⁸ Antisemitische Vorurteilsstrukturen und Verschwörungstheorien sind im NPD/Neonazi-Mainstream des deutschen Rechtsextremismus gängig, nicht aber bei den „Pro“-Parteien, die zur Unterstützung ihrer muslimenfeindlichen Agitation eine für Rechtsextremisten untypische pro-israelische Haltung einnehmen.

⁴⁹ Broschüre der NPD „Argumente für Kandidaten und Funktionsträger - eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung“, Berlin 2006, S. 19.

Wirtschaftliche und politische Autarkie

Rudolf van Hüllen

Weltwirtschaft und internationale Institutionen lehnen Rechtsextremisten ab. Sie sehen darin Instrumente der Fremdbestimmung von Nationen, nicht aber die Vorteile einer kooperativen Weltgesellschaft bei der Schlichtung von Konflikten und die Chance des friedlichen Handels zur Wohlfahrtsförderung. Was meinen sie mit „nationaler Souveränität“ und „wirtschaftlicher Autarkie“?

Beide Ziele leiten sich für Rechtsextremisten aus ihrer Vorstellung von „natürlichen Ordnungen“⁵⁰ und der Idee ethnisch homogener „Volksgemeinschaften“ ab. Sie stehen generell bei Nationalisten, und damit auch bei sämtlichen Strömungen des Rechtsextremismus, hoch im Kurs. Der frühere NPD-Vorsitzende Udo Voigt hat zur Frage der „nationalen Souveränität“ sogar seine Diplom-Arbeit an der Universität verfasst.

Die Nation als Organisationsform eines (ethnisch oder mindestens kulturell definierten) Volkes ist ein zentrales Moment aller „völkisch“ argumentierenden Rechtsextremisten. Internationale Institutionen mit Regelungsbefugnissen bedeuten aus ihrer Sicht die Einmischung anderer Ethnien in Belange des eigenen Volkes und werden daher aus den gleichen Gründen abgelehnt, aus denen sich Rechtsextremisten generell gegen „Überfremdung“ wehren. Für Rechtsextremisten muss der Nationalstaat sehr viel mehr können, als er in der modernen Welt mit globalen Sicherheits-, Wirtschafts-, Umwelt- und Energieproblemen tatsächlich leisten kann.

„Die NPD hält an der Ordnung des Nationalstaates fest, in dessen Rahmen unser Volk seine Werte pflegt, seine Sicherheit gewährleistet, seine Zukunft sichert und die materiellen Voraussetzungen seines Lebens und Überlebens im 21. Jahrhundert garantiert. Die Erhaltung unseres Volkes und der Schutz aller seiner Glieder müssen oberstes Ziel deutscher Politik sein.(...) Wir setzen uns für eine Völkerrechtsordnung ein, die die inneren Angelegenheiten jedes Staates respektiert. Die Fiktion einer 'Welt-Innenpolitik' unter Berufung auf die Menschenrechte lehnen wir ebenso ab wie ein vermeintliches Recht auf weltweite Intervention zum Schutz 'westlicher Werte' oder zur vorauseilenden Bekämpfung des 'Terrorismus'.“⁵⁰

Man kann den ersten Teil dieses „Souveränitäts-Programms“ so lesen, dass der souveräne Nationalstaat bei einer Bedrohung seiner Interessen ohne eine Einschaltung internationaler Institutionen auch über Krieg und Frieden mit seinen Nachbarn entscheidet. Das ist zum Glück in Europa vorbei, denn es hat im August 1914 zielgenau in den Ersten Weltkrieg geführt.

Den zweiten, dazu im Widerspruch formulierten Teil des NPD-Programmtextes kann man so verstehen, dass nach Auffassung der NPD Diktaturen künftig machen können, was sie wollen: Sie müssten sich weder vor der Völkergemeinschaft rechtfertigen noch eine Intervention fürchten. Ein mit „nationaler Souveränität“ in rechtsextremer Lesart ausgestatteter Staat könnte sich ganz einfach zwecks „Wahrung seiner Interessen“ zu einem Angriffskrieg entschließen.

Die Formeln „völkischer“ Rechtsextremisten für Wirtschaftspolitik lauten „raumorientierte Volkswirtschaft“, „Binnenwirtschaft und regionale Wirtschaftskreisläufe“. Sie werden sowohl von der NPD (NPD-Programm 2010, Ziff. 5) als auch von den regionalen Neonazi-Gruppen gepflegt. Im- und Exporte sollen möglichst vermieden, zugleich im Land hergestellte Produkte vor der Konkurrenz durch den Weltmarkt geschützt werden. Für völkisch-rassistisch denkende Rechtsextremisten verbinden sich solche Ideen, die auch in der Frühzeit grüner Parteien („Öko-Faschismus“) sehr angesagt waren, mit

⁵⁰ NPD-Bundestagswahlprogramm 2013, S. 8, 64, 65.

dem Blut-und-Boden-Denken der Nationalsozialisten. Im NS-Regime war eine fast mystische Verkoppelung von „Volk“ und „Lebensraum“ zentrales Moment der Ideologie. Die Forderung nach Autarkie diente allerdings nicht nur der Abwehr „fremder“ Produkte und der Sicherung einheimischer Arbeitsplätze, sondern vor allem der Kriegsvorbereitung. Diesen Zusammenhang erwähnen heutige Rechtsextremisten allerdings nicht, wenn sie von „raumorientierter Wirtschaft“ und „nationaler Souveränität“ sprechen.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Rudolf van Hüllen

Dass sich Rechtsextremisten für dieses Thema interessieren, ist eher neu. Die NPD begnügte sich beispielsweise bei ihrer Gründung damit, die Marktwirtschaft und das freie Unternehmertum zu loben.

Davon kann heute keine Rede mehr sein. Den Anspruch eines Sozialismus, allerdings eines Nationalsozialismus, nehmen heutige Rechtsextremisten ernst. Sie gerieren sich als Anwälte des „kleinen Mannes“ und natürlich vor allem der Bevölkerung in den wirtschaftlich schwach entwickelten Teilen der neuen Bundesländer. Dabei knüpfen Rechtsextremisten direkt an jene „Ostalgie“ an, die zentral geleiteten Planwirtschaften vermeintlich Vorteile wirtschaftlicher Stabilität zuschreibt.

Das Konzept des „nationalen Sozialismus“ hat allerdings nichts mit dem Sozialismus einer emanzipatorischen Arbeiterbewegung zu tun, sondern bezieht sich auf das zwar sozialrevolutionäre, aber völkische Blut-und-Boden-Denken der frühen NSDAP. Hier orientieren sich NPD und die Neonazi-Szene eher an dem sozial-revolutionär gestimmten sogenannten „Strasser-Flügel“ der NSDAP.

Sie verweisen dabei gerne auf die angeblichen Errungenschaften der NS-Wirtschaftspolitik vor 1939. Zu Unrecht allerdings, denn abgesehen davon, dass seinerzeit die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht zuletzt durch Zwangsarbeit („Reichsarbeitsdienst“) erfolgte, dienten die Konjunkturprogramme der Nazis nicht etwa sozialer Gerechtigkeit, sondern durch massive Aufrüstungsinvestitionen direkt der Kriegsvorbereitung. Und: Das Deutsche Reich war infolge der ungedeckten Wechsel 1939 faktisch pleite. Das Vorbild eignet sich also nicht zur Nachahmung.

„Natürliche Ordnung“

Rudolf van Hüllen

Rechtsextremisten verabscheuen Wandel, Modernität und gesellschaftliche Dynamik. Sie setzen dagegen die Vorstellung, dass gesellschaftliche Ordnungen nur dann richtig und funktionsfähig seien, wenn sie auf angeblichen „natürlichen Grundlagen“ aufbauen.

Rechtsextreme und demokratische Auffassungen von politischen und sozialen Ordnungsformen unterscheiden sich grundsätzlich. Für Demokraten sind gesellschaftliche Ordnungen durch Menschen gestaltete und von ihnen zu verantwortende Verhältnisse. Sie lassen sich ändern, sie entwickeln sich und sie bleiben niemals über einen längeren Zeitraum völlig gleich. Rechtsextremisten sehen solchen Wandel, sehen Modernisierung und Dynamik als etwas Verwerfliches. Es störe die einer Nation vorgegebene „natürliche“ Ordnung. Worin das „Natürliche“ an solchen Ordnungen besteht, darüber gehen die Meinungen auch unter Rechtsextremisten auseinander. Rassistisch-völkische Neonazis behaupten, dass eine „richtige“ Ordnung durch biologische Gesetze und genetische Anlagen eines Volkes bestimmt werde. „Gemäßigtere“ Rechtsextremisten glauben, dass sich die einer Nation oder einem Volk zukommende „natürliche“ Ordnung aus ihrer Kultur und Geschichte ergebe.

Beiden Varianten ist gemeinsam, dass es der Bevölkerung nicht gegeben sein soll, sich für eine von ihr bevorzugte Form des Zusammenlebens zu entscheiden, sondern dass sie sich entweder biologisch-genetischen Gesetzen oder kulturell-historischen Traditionen zu fügen hätte. Eine Freiheit zur bewussten Gestaltung von gesellschaftlichen Ordnungen, so eine rechtsextreme Autorin, existiere nicht: „Es geht politisch heute nicht darum, die Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen gegenüber der natürlichen und kulturellen Substanz noch zu erweitern. (...) ‚Freiheit‘ heißt nun zunehmend die freiwillige und überzeugte Bejahung gewachsener Kulturen und der Entschluss, sie zu schützen.“⁵¹

Gesellschaftliche Ordnungen, die auf einer Weiterentwicklung, auf einer gegenseitigen Beeinflussung und Befruchtung, ja der Vermischung von Kulturen beruhen, sind demnach falsch und zu vermeiden. Es versteht sich von selbst, dass die von Rechtsextremisten behaupteten „natürlichen“ Ordnungen allenfalls ein idealisiertes Märchengebilde darstellen, tatsächlich aber nie existiert haben. Die Idee einer feststehenden deutschen Kultur scheitert schon an den landsmannschaftlichen und regionalen Unterschieden, die gerade ein mitteleuropäisches Zentralland wie Deutschland auszeichnen. Bei der angeblich biologisch und genetisch definierten „natürlichen“ politischen Ordnung stellt sich dann die Frage, ob die germanischen Stammesgesellschaften, die Ständeordnung des Mittelalters oder die absolutistische Monarchie die richtige „natürliche“ Ordnung bilden.

Gesellschaftlichen Wandel zum Stehen zu bringen, ist ein steter Wunsch von Rechtsextremisten. Seine Verwirklichung würde entsetzlich langweilige, provinzielle und isolierte Zustände schaffen.

Übrigens: Wo Rechtsextremisten gerne von „nationaler Revolution“ reden, meinen sie eine Volte rückwärts. Revolution steht bei ihnen für den Wunsch, einen als ideal gedachten und von der Moderne zerstörten archaischen Zustand wiederherzustellen.

⁵¹ Angelika Willig, in: „Deutsche Stimme“ vom 8.1.2008.

„Schützt die Polizei Nazis?“

Gerke Minrath

Die Polizei schützt ausschließlich das Gesetz. Die Verfassung garantiert allen Deutschen das Demonstrationsrecht. Es setzt sich zusammen aus dem Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 5 GG) sowie der Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG). Solange Menschen sich nicht strafbar machen, dürfen sie denken, was sie wollen, und für ihre Ideen demonstrieren – auch wenn ihr Gedankengut menschenverachtend ist. Also haben auch Neonazis, so abscheulich ihr Weltbild ist, das Recht, für ihre Auffassungen zu demonstrieren – solange diese Äußerungen nicht strafbar sind.

Der immer wieder lautwerdende Vorwurf an die Polizei, sie schütze die Rechtsextremisten, ist gleichzeitig der stärkste Vorwand, mit welchem Attacken auf Polizeibeamte gerechtfertigt werden. Er wird mittlerweile teilweise auch weit in der demokratischen Mitte aufgenommen.

Dieser Vorwurf ist nicht gerechtfertigt und falsch. Polizeibeamte werden zwar oft Opfer linksextremistischer Gewalt, während sie rechtsextremistische Aufmärsche begleiten. Das darf jedoch nicht damit verwechselt werden, dass sie rechtsextremistisches Gedankengut schützen oder gar gutheißen. Sie schützen lediglich die oben beschriebenen Grundrechte. In beiden deutschen Diktaturen wurden die Grundrechte mit Füßen getreten. Menschen wurden eingesperrt, weil sie eine Meinung vertraten, die nach herrschendem Recht nicht einmal verboten sein musste. Es genügte, wenn sie den Herrschenden unheimlich oder unsympathisch war. Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, dass auch solche Demonstrationen erlaubt sein müssen.

Es steht auch jedem frei, eine friedliche Gegenveranstaltung anzumelden, um seine alternative Meinung kundzutun. Die Blockade einer Demonstration Andersdenkender ist hingegen nicht mehr friedlich. Sie kann strafrechtlich als Nötigung ausgelegt werden. Wenn also die Polizei eine Blockade räumt, um einem rechtsextremen Aufmarsch den Weg freizumachen, beendet sie eine Nötigung. Es wird sich hingegen kaum ein Polizist finden, der ein Problem mit einer friedlichen Gegendemonstration gegen diesen Aufmarsch hat. Man darf ebenfalls nicht vergessen, dass Polizeibeamte diese Demonstrationen auch begleiten, um Gewalteskalationen zu verhindern und Unbeteiligte zu schützen.

Sobald sich ein Rechtsextremist bei einer solchen Gelegenheit einer Straftat schuldig macht, z.B. indem er ein verbotenes Symbol der NSDAP zeigt oder aber einen Menschen verletzt, wird gegen ihn ermittelt wie gegen jeden anderen auch. Es wird aber auch gegen Anhänger der bürgerlichen Parteien oder auch gegen Linke ermittelt, die während einer Gegendemonstration Polizisten und andere Menschen verletzen oder Landfriedensbruch begehen. Auch diese Gleichheit vor dem Gesetz ist im Grundgesetz festgeschrieben, nämlich in Artikel 3.

Es gibt in Deutschland 16 Landespolizeien und eine Bundespolizei. Alle machen auf ihrer jeweiligen Homepage deutlich, dass eine wichtige Einstellungsvoraussetzung für künftige Polizeibeamte die Bereitschaft für „jederzeitiges Eintreten für die freiheitlich demokratische Grundordnung“ ist. Das bedeutet unbedingte Verfassungstreue. Rechtsextremisten verachten das Grundgesetz und wollen es abschaffen. Also hat die Polizei nichts mit ihnen gemein. Polizisten werden auch von Rechtsextremisten angegriffen und sind sogar Ziele gezielter Mordanschläge. Dabei scheint Hass auf Polizisten ein Motiv zu sein, das voraussetzungslos jeden Beamten treffen kann. Ein Beispiel aus den 1990er Jahren steht dafür:

Am 23.02.1997, einem Sonntag, fiel einer Autobahnpolizeistreife auf der A 24 ein Wagen mit einem merkwürdigen Nummernschild auf. Stefan G. und Stefan K., Polizisten auf Streife, beschlossen, der Sache auf

den Grund zu gehen. Sie zogen den Wagen zwecks Kontrolle der Papiere auf einen Parkplatz. Was die beiden nicht wussten, war, dass sie einen Mann vor sich hatten, der in Berlin bereits einen Buchhändler niedergeschossen hatte und dessen rechtsextremistische Überzeugung, ein „Kämpfer“ des „Weißen Arischen Widerstandes“ zu sein, an Menschenverachtung kaum zu übertreffen war. Ohne jede Vorwarnung schoss er aus kurzer Distanz auf beide Polizisten. Stefan G., in den Rücken getroffen, starb Stunden später in einem Krankenhaus⁵². Stefan K. war körperlich und seelisch schwer verletzt. 2007 musste er mit knapp über 40 aus dem Dienst gehen – eine Spätfolge dieser Schussverletzung⁵³.

⁵² Focus vom 03.03.1997, online verfügbar.

⁵³ Willers, Peter: „Ein Sonntag im Februar des Jahres 1997“ in: Uhl, Volker: „Die erste Leiche vergisst man nicht – Polizisten erzählen“, München 2009, S. 152 ff.

„Volksgemeinschaft“

Rudolf van Hüllen

Wenn Gesellschaftsordnungen naturwissenschaftlich oder zumindest historisch kulturell vorbestimmt sind und gegen Veränderungen und äußere Einflüsse „stabil“ gehalten werden sollen (siehe auch „Natürliche Ordnung“), dann hätte das - so die rechtsextremistische Überzeugung - natürlich auch für „das Volk“ zu gelten. Der Begriff für ein ethnisch und kulturell möglichst homogenes Volk ist „Volksgemeinschaft“. Der Begriff stammt direkt von der NSDAP.

Das hinderte die NPD nicht, ihn wieder zu entdecken und als zentralen Pfeiler ihrer politischen Ziele zu installieren. Denn „Volksgemeinschaft“ steht für all das, was neonazistische Rechtsextremisten schätzen: die Vorstellung eines ethnisch, das heißt: „rassisch“ reinen Volkes, die Abwehr alles Fremden und seine konsequente Ausgrenzung aus der Gesellschaft, schließlich die Unterdrückung von in pluralistischen Gesellschaften üblichen Konflikten. Der hochrangige NPD-Funktionär Jürgen Gansel scheute sich nicht, den aus der NSDAP übernommenen Begriff ungeniert als positive Utopie für seine Partei zu reklamieren: „Die Zuspitzung kapitalistischer Widersprüche und die Verletzung des sozialen Gerechtigkeitsempfindens machen ein Identifikationsangebot wieder attraktiv, das die Geschichte unter sich begraben zu haben schien: die Volksgemeinschaft“.⁵⁴

Was ist die „Volksgemeinschaft“? Keineswegs eine angenehme Vision, auch wenn Rechtsextremisten sie gerne als soziale Wohlfühlrichtung und Idylle schildern:

- Mindestens für die neonazistische Strömung im Rechtsextremismus ist sie nicht nur durch Sprache, Kultur und Brauchtum definiert, sondern beruht in erster Linie auf gemeinsamer Abstammung ihrer Mitglieder. Sie zielt also auf Herstellung einer ethnisch homogenen Gemeinschaft.
- Mit dieser Vision ist die Ausgrenzung „anderer“ als ethnisch und genetisch „fremd“ verbunden. Durch „das Eindringen zu vieler Fremder“, formuliert ein NPD-„Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“, werde die „Volksgemeinschaft“ zerstört.
- Das Kollektiv „Volksgemeinschaft“ steht über dem Einzelnen. Die NPD formuliert z.B. in ihrem Programm, die Würde des Einzelnen verwirkliche sich erst in der Volksgemeinschaft.⁵⁵ Würde existiert also nicht auf den Einzelnen bezogenes Naturrecht. Das bedeutet: Nach Auffassung der NPD kommt einem in Deutschland lebenden Ausländer im Grunde keine Menschenwürde zu, denn er kann ja nicht Mitglied der ethnisch definierten „Volksgemeinschaft“ sein.
- Die „Volksgemeinschaft“ ist selbst für Deutsche ein Zwangskollektiv, in dem der Einzelne vor allem Pflichten hat; sie schafft, erklärte die NPD in einem „Politischen Lexikon“, die Verpflichtung für die Mitwirkung aller im Volk. Offenbar schließen „soziale Gerechtigkeit und Solidarprinzip“ in der NPD-„Volksgemeinschaft“ im Zweifel auch Zwangsarbeit ein - das ergibt sich auch aus der programmatischen Forderung der NPD, Haftanstalten in Arbeitslager umzuwandeln.

Das Gegenbild zur „Volksgemeinschaft“ ist für Rechtsextremisten der „Multikulturalismus“: In ihren Augen geht es nicht, dass sich Menschen aus eigenem Entschluss in einem Land niederlassen, weil sie damit dessen ethnische „Reinheit“ zerstören. Aus dieser Wahnvorstellung erklärt sich die Ausländerfeindlichkeit von Rechtsextremisten. An der Abwehr von Einwanderung entscheidet sich für die NPD, so der erste Satz ihres Parteiprogramms „Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes“. Die angeblich tödliche Gefahr bezeichnet sie gerne auch als „Volkstod“. Von dieser Idee bis zur Folgerung,

⁵⁴ Jürgen Gansel in „Deutsche Stimme“, Ausgabe 1/2008.

⁵⁵ NPD-Programm 2010, Eingangskapitel „Grundgedanken“.

in Deutschland nicht zur „Volksgemeinschaft“ gehörende Menschen tatsächlich umzubringen, ist es nicht sehr weit.

Selbstverständnis

Rechtsextremismus: Anspruch und Wirklichkeit

Rudolf van Hüllen

Es ist charakteristisch für extremistische Gruppen, dass bei ihnen Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen. Wie jede extremistische Utopie verspricht auch Rechtsextremismus, dass er alle anstehenden politischen Probleme endgültig lösen könne. Das leitet er unter anderem daraus ab, dass sich bei ihnen die angeblich besten Personen am konsequentesten für die wichtigsten Ziele einsetzen. Diese Ziele, die „Ideale“ und Vorbilder, die eigene Gruppe werden in den hellsten Farben geschildert.

Die Realität sieht oft ganz anders aus. Wer an der glatten Fassade kratzt, der wird schnell feststellen, dass sich dahinter das genaue Gegenteil der tönenden Propaganda verbirgt.

Adolf Hitler und der moderne Rechtsextremismus

Rudolf van Hüllen

Der historische Nationalsozialismus ist das nach wie vor zentrale Identitätsthema des harten, neonazistischen Rechtsextremismus. Die Sichtweise auf die zentrale dämonische Figur des Nationalsozialismus, Adolf Hitler, hat sich zumindest dem Anschein nach gewandelt.

In den 1950er und 1960er Jahren bestanden rechtsextremistische Organisationen in Deutschland überwiegend noch aus früheren NSDAP-Mitgliedern, die in besonderem Maße auf die Person des „Führers“ fixiert waren. Es gab verbreitet auch Versuche, die zentrale Figur des Nationalsozialismus von seinen Verbrechen zu trennen („Der Führer hat das nicht gewusst.“). In den 1980er Jahren, als diese Generation zahlenmäßig auch in rechtsextremistischen Organisationen schwächer wurde, war der Hitlerkult das zunehmend skurriler wirkende Markenzeichen der sogenannten „Stiefel-Nazis“, die, wo immer es legal möglich war, sich in Uniformen der NS-Zeit versammelten und als „Scheitel-Träger“ (siehe auch Rechtsextreme Dresscodes) bisweilen auch ihre Haartracht dem Vorbild anpassten.

Seit ungefähr Mitte der 1990er Jahre ist dies nicht mehr im gleichen Ausmaß der Fall. Der reine „Führerkult“ erschien einer nachwachsenden Generation von Neonazis zu steril und altmodisch. Viele von ihnen vor allem in den neuen Bundesländern waren von der offiziellen SED-Doktrin beeinflusst, nach der Hitler eine Art Hampelmann des Großkapitals und mitnichten ein Mann der einfachen Leute gewesen sei⁵⁶. Bei der „Modernisierung“ des Rechtsextremismus suchten sie nach sozialrevolutionären Anknüpfungspunkten, die sie überwiegend in Repräsentanten des „linken“ Flügels der Nationalsozialisten um die Brüder Strasser zu erkennen glaubten. Sie stellten dem zufolge andere Funktionäre des Nationalsozialismus als Vorbilder heraus (siehe auch Falsche Vorbilder) und lehnten den „Hitlerismus“ zumindest nach außen ab.

Dennoch blieb Hitler eine emotionale Identifikationsfigur - vermutlich auch wegen des hohen Provokationseffekts, den eine positive Bewertung seiner Person garantiert. Neonazistische Musikangebote wie „DJ Adolf“ mit einschlägigen Covers, aber auch Devotionalien aller Art bezeugen das zumindest für die parteiungebundene Neonazi- und Skinhead-Szene.

Die NPD als wichtigste Partei im Rechtsextremismus stellt Hitler nicht gesondert als Vorbild heraus. Zahllose Anspielungen in ihrer Agitation lassen aber Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieses Verhaltens zu. Die Partei forderte einen Mindestlohn von 8,80 Euro⁵⁷, und das Lösungswort eines NPD-Kreuzworträtsels ergab „Adolf“. Die Erklärung des Parteivorsitzenden, man habe eben die Forderung der Linken zum Mindestlohn seinerzeit nochmals angemessen übertreffen wollen; zudem sei mit dem Kreuzworträtsel-Lösungswort Adolf von Thadden, der zweite Vorsitzende der NPD gemeint gewesen, kann man glauben oder es besser lassen⁵⁸. Denn immer wieder „entgleiten“ auch höheren NPD-Funktionären positive Würdigungen des „Führers“. Sie zeichnen sich durchweg dadurch aus, dass sie die verbrecherische Dimension der von ihm zu verantwortenden Politik unerwähnt lassen.

NPD-Funktionäre zu Adolf Hitler:

⁵⁶ Nach kommunistischer Doktrin war der Nationalsozialismus „die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Diese Definition von 1933 (!) war völlig unzureichend und übersah vor allem die rassistisch-antisemitische Dimension des Nationalsozialismus.

⁵⁷ „8,80 Euro“ spielt auf die Chiffre „88“ an, die unter Rechtsextremisten für „Heil Hitler“ verwendet wird (siehe auch Rechtsextreme Codes). Dieser Sprachcode ist dermaßen bekannt, dass die Anspielung innerhalb der rechtsextremen Szene von niemandem missverstanden würde.

⁵⁸ Radio Berlin-Brandenburg, Sendung vom September 2011, online verfügbar.

„Zweifelloos handelt es sich bei Hitler um einen großen deutschen Staatsmann. Ich verkenne aber nicht, dass er letztlich die Verantwortung für die Niederlage Deutschlands trägt.“⁵⁹

„Er ist ja ein Phänomen gewesen, dieser Mann, militärisch, sozial, politisch.“⁶⁰

Adolf Hitler beschäftigt den heutigen Rechtsextremismus nach wie vor als eine Art Übertäter, zu dem man sich allerdings nicht offen bekennen kann.

Lesetipps:

- Zur Gegenwart der NS-Propaganda unter Rechtsextremisten und insbesondere zu Hitlers Hauptwerk „Mein Kampf“ die Themenausgabe „Hitlers 'Mein Kampf'“, „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 43-45/2015, online auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung verfügbar.

⁵⁹ der frühere NPD-Vorsitzende Udo Voigt in: „Junge Freiheit“ vom 24.09.2004.

⁶⁰ NPD-Funktionär Udo Pastörs in der ARD nach der Landtagswahl September 2006 in Mecklenburg-Vorpommern.

Der Zweite Weltkrieg und der Rechtsextremismus

Rudolf van Hüllen

Das Geschichtsbild von Rechtsextremisten wird überdurchschnittlich stark von einer Thematisierung des Zweiten Weltkriegs bestimmt. Keine andere kriegerische Auseinandersetzung findet in ihren Druckwerken eine vergleichbare Aufmerksamkeit. Nun mag es sein, dass Krieg, Gewalt und Waffen Rechtsextremisten traditionell faszinieren (siehe auch Welche Rolle nehmen Gewalt und Kampf im Weltbild des Rechtsextremismus ein?). Aber es gibt ja in der deutschen und europäischen Geschichte genügend andere Waffengänge - zum Beispiel den Ersten Weltkrieg, dessen Ausbruch 2014 ein Jahrhundert her war. Was also verbindet Rechtsextremisten derartig innig mit dem Zweiten Weltkrieg?

Der Bezug auf den Zweiten Weltkrieg war für den Rechtsextremismus in Deutschland nach 1949 zunächst durchaus plausibel: Millionen Männer hatten ihn als Angehörige der Wehrmacht, der Waffen-SS und anderer militärischer Formationen miterlebt. Darunter waren auch etliche Millionen, die weder den verbrecherischen Charakter des Krieges erkannten noch die Niederlage der sogenannten Achsenmächte (Deutschland, Italien, Japan) akzeptieren wollten. Die Kampfhandlungen des Zweiten Weltkrieges und damit auch die eigene Rolle von moralischer Schuld zu befreien, war für sie ein zumindest nachvollziehbares Anliegen.

Falsch war es dennoch: Der Zweite Weltkrieg war kein von deutscher Seite nach den völkerrechtlichen Regeln der Genfer Konvention und der Haager Landkriegsordnung geführter Krieg, sondern - zuerst gegen Polen und die Sowjetunion - ein rassenideologischer Vernichtungskrieg. Eindeutig war auch - im Unterschied zum Ersten Weltkrieg - die Verantwortung für seine Entfesselung: Das NS-Regime hatte ihn planmäßig herbeigeführt, um sein Ziel einer großdeutschen NS-Diktatur in Europa verwirklichen zu können. An diesen Fakten konnte es keinen Zweifel geben, denn infolge der totalen Niederlage des Deutschen Reiches waren dessen geheimste Überlegungen und Planungen 1945 weitestgehend zugänglich und gerichtsbeweisbar.

Es musste also nicht unbedingt eine Verteidigung des Nationalsozialismus als politisches System sein, welches das Rechtfertigungsbedürfnis von Rechtsextremisten nach 1945 auslöste: Die eigene Verstrickung in einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, der die größte Katastrophe der neueren Geschichte über Europa gebracht und das militärische, politische und moralische Ende des Deutschen Reiches nach sich zog, war ohne eine stete Beschönigung der eigenen Rolle im Krieg und ohne die Zuweisung einer Schuld oder zumindest Mitschuld an die Alliierten nicht zu bewerkstelligen.

Es waren durchaus nicht nur die neonationalsozialistischen Organisationen, die sich nach 1949 dieser Aufgabe annahmen. Auch für vergleichsweise weniger aggressiv rechtsextreme Formationen wie die „Deutsche National-Zeitung“ oder die „Deutsche Volksunion“⁶¹ des Verlegers Dr. Gerhard Frey blieb der Zweite Weltkrieg ein beherrschendes Thema. Freys Organisationen mühten sich über Jahrzehnte, die deutsche Schuld an der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges zu leugnen oder zu relativieren. Ihre Gazetten waren voll von Schilderungen heldenhafter Kämpfe der Wehrmacht, der angeblichen Niedertracht der Alliierten (insbesondere der Sowjetunion) und dem „Verrat“ der demokratischen Parteien nach 1945, wenn sie die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg thematisierten.

Eine ganze Menge davon konnte der - seit Zerfall der DVU übrig gebliebene - Neonationalsozialismus übernehmen. Er spitzte die Konzentration auf den Zweiten Weltkrieg zu und verwendete vorwiegend

⁶¹ Die DVU war über Jahrzehnte eine Konkurrentin der NPD. Nach dem Rückzug ihrer Führungsperson Frey strebte sie eine Fusion mit der NPD an, die aus unterschiedlichen Gründen misslang: Nur ein Teil der DVU-Mitglieder fand sich bei der NPD ein, die weitaus meisten stellten offensichtlich ihre Aktivitäten ein.

solche „Weltkriegshelden“ als falsche Vorbilder, die der NSDAP treu ergeben waren. Es geht dem Rechtsextremismus der Neonazi-Szene und der NPD nicht mehr in erster Linie um den Mythos eines deutschen „Reichsgedankens“, sondern um die ideologische Rechtfertigung des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges.

Falsche Vorbilder

Rudolf van Hüllen

Sich an „großen Männern“ zu orientieren, ist für den Rechtsextremismus, der das „Führerprinzip“ hoch hält, nahe liegend. Die großen Vorbilder stammen - kaum überraschend - weitgehend aus dem historischen Nationalsozialismus. Das bringt bei der Verehrung den Nachteil mit sich, dass die Vorbilder nicht selten in die Verbrechen der Nationalsozialisten aktiv verstrickt waren. Ihre Biographien müssen daher geschönt und „gesäubert“ werden.

Nicht bei allen funktioniert das: Aus Heinrich Himmler kann man auch mit größten Anstrengungen keinen Sympathieträger machen. Der Rechtsextremismus konzentriert sich bei der Heldenverehrung daher bevorzugt einerseits auf soldatische (allerdings parteitreue) Heldenfiguren, andererseits auf Nationalsozialisten, die nicht unmittelbar in die schlimmsten Verbrechen verstrickt waren. Häufig handelt es sich um Funktionäre aus dem sozialrevolutionären „linken“ Flügel der NSDAP, die 1934 einer Säuberung zum Opfer fielen.

Falsche Vorbilder: Der „deutsche Frontsoldat“

Rudolf van Hüllen

Rechtsextremisten neigen zur Verherrlichung des Militarismus - und damit auch zur Idealisierung des „eigenen“ - sprich: deutschen - Militärs. Dabei steht nicht etwa das Gedenken an die Opfer kriegerischer Auseinandersetzungen, sondern deren Rechtfertigung im Vordergrund rechtsextremistischer Agitation. Dazu wird ein heroisches Bild vom „deutschen Frontsoldaten“, dem sprichwörtlichen einfachen „Landsler“ gezeichnet. Wer sich rechtsextreme Homepages anschaut, stellt sofort fest: Es ist nicht etwa der Soldat des Ersten Weltkrieges, sondern stets derjenige des Zweiten Weltkrieges, dem die besondere Zuneigung von Rechtsextremisten gilt.

Das dürfte nicht nur daran liegen, dass es noch eine schwindende Anzahl von Frontsoldaten des Zweiten Weltkriegs gibt, die manchmal als „Zeitzeugen“ zur Verfügung stehen. Es hat auch etwas mit der Idealisierung der Wehrmacht und der Relativierung der deutschen Schuld am Zweiten Weltkrieg zu tun (siehe auch Der Zweite Weltkrieg und der Rechtsextremismus).

Die deutsche Wehrmacht war, anders als ihre Vorgänger, das Ergebnis einer gezielten, von den Nationalsozialisten seit 1935 recht offen ins Werk gesetzten Aufrüstung. Nach außen sollte sie angeblich nur die Gleichberechtigung Deutschlands im Konzert der europäischen Mächte nach dem Ersten Weltkrieg wieder herstellen, aber die Nationalsozialisten hatten sie von vornherein als Instrument zur gewaltsamen Verwirklichung ihrer Idee eines Großdeutschen Reiches vorgesehen. Die Wehrmacht führte nach der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges daher keinen legitimen Verteidigungskrieg. Das behaupten übrigens heute nicht einmal Rechtsextremisten. Ihre Sprachregelung lautet vielmehr, der durchschnittliche „deutsche Frontsoldat“ sei subjektiv der Meinung gewesen, „seine Heimat verteidigen zu müssen“, er dürfe daher nicht „verteufelt“ werden⁶².

Tatsächlich dienten 18 Millionen Männer in der Wehrmacht. Rund fünf Millionen fielen⁶³. Als Wehrpflichtarmee war die Wehrmacht nicht „nationalsozialistisch“, denn eingezogen wurde im Verlauf des Krieges, wer für tauglich befunden wurde und nicht als „unabkömmlich“ galt. Einen relativ großen Prozentsatz der „Unabkömmlichen“ stellten übrigens die „Goldfasane“ und kleinen Parteibonzen der NSDAP. Sie erhielten nicht selten die „Drückerposten“ hinter der Front oder in der Heimat und sorgten zudem mit einem Fingerzeig an die Gestapo als Denunzianten dafür, dass politische Gegner an die Ostfront kamen. Deshalb bestand die Wehrmacht keineswegs durchweg aus überzeugten Nationalsozialisten. Jenen Wehrmachtssoldaten, die Gewerkschafter, Christen, Sozialdemokraten waren, kann nicht unterstellt werden, sie hätten die Kriegsziele der Nationalsozialisten verwirklichen wollen. Sie wollten den Krieg in erster Linie überleben - nicht anders als aktive und erklärte Regimegegner, die sich häufig genug in Straf- und „Bewährungsbataillonen“ wiederfanden. Das macht aus der Wehrmacht keine „antifaschistische“ Armee. Aber Millionen Soldaten haben den Dienst in ihr eher erlitten – eine allgemeine Kriegsbegeisterung gab es 1939 im Unterschied zum August 1914 nicht.

Allerdings wären die Verbrechen der Nationalsozialisten ohne den Schutz der Wehrmacht nicht möglich gewesen. Darüber hinaus: Wehrmachtseinheiten haben sich aktiv an ihnen beteiligt, an Geiselschießungen, der Ermordung von Juden, Kommunisten, tatsächlichen und vermeintlichen Partisanen und Widerstandskämpfern. Andererseits gab es einen militärischen Widerstand, der im 20. Juli 1944 seinen Ausdruck fand. Das Bild bleibt damit sehr widersprüchlich: Weder war die Wehrmacht

⁶² Broschüre der NPD „Argumente für Kandidaten und Funktionsträger - eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung“, Berlin 2006, S. 33.

⁶³ Diese offiziellen Zahlen stammen von der Deutschen Dienststelle in Berlin (früher: Wehrmachtsauskunftsstelle), die sich von Amts wegen mit dem Schicksal deutscher Soldaten des 2. Weltkriegs befasst.

„unschuldig“ an den NS-Verbrechen, noch kann man andererseits den durchschnittlichen Wehrmachtsangehörigen pauschal zum Kriegsverbrecher erklären.

Genau das tat implizit eine Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44“, die 1995 bis 1999 in Lauf gesetzt wurde und für starke politische und emotionale Debatten in der Bundesrepublik sorgte⁶⁴. Die Absicht ihrer Geldgeber⁶⁵ war, die Mitverantwortung der Wehrmacht insgesamt und auch ihrer einzelnen Angehörigen für die NS-Verbrechen zu dokumentieren. Dies war korrekt, denn es stellte die Legende von der im Gegensatz zur verbrecherischen SS angeblich völlig „sauberen“ Wehrmacht in Frage und zur Diskussion. Die Ausstellung enthielt jedoch zahllose Ungenauigkeiten, ja sogar offensichtlich absichtsvolle Fälschungen, die suggestiv sämtliche deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges zu Kriegsverbrechern stempelten⁶⁶. Die in weiten Teilen wissenschaftlich unseriöse Ausstellung wurde 1999 aus dem Verkehr gezogen und durch eine überarbeitete und korrigierte Variante ersetzt - bis dahin hatte sie sich aber zu einer „Steilvorlage“ für die Agitation von Rechtsextremisten entwickelt.

Die Frontstellung gegen die Faktenfälschungen in der „Wehrmachtsausstellung“ vermittelte Rechtsextremisten das Gefühl, auf Seiten von Millionen überlebender Wehrmachtsangehöriger zu stehen, die nun keineswegs einem bestimmten politischen Lager zuzurechnen waren. Dem entsprach ihre Kampagne unter der Losung „Opa war in Ordnung“ - die Wehrmacht und ihre Angehörigen sollten pauschal entlastet und damit Fragen nach historischer Verantwortung und Schuld ein für alle Mal unterbunden werden. Regelmäßige, manchmal auch gewaltsam verlaufende, Demonstrationen gegen die Ausstellung bildeten ein einigendes Band der zersplitterten rechtsextremen Szene. Ihre Aufmärsche erreichten Teilnehmerzahlen, mit denen sie bis dahin nicht hatten rechnen können: Am 1. März 1997 demonstrierten in München rund 4.000 Rechtsextremisten gegen die Ausstellung⁶⁷ - der zahlenmäßig stärkste Aufmarsch, den sie in der Bundesrepublik je zusammen bekommen hatten.

⁶⁴ Vgl. Bogdan Musiel, in: Deutschland-Archiv der Bundeszentrale für politische Bildung, online verfügbar

⁶⁵ Das „Hamburger Institut für Sozialforschung“ widmet sich, obwohl eine politisch ursprünglich „linke“ Gründung, allgemein der Erforschung von Gewaltregimen. Es hat auch zahlreiche wichtige Forschungsergebnisse zur SED-Diktatur hervor gebracht.

⁶⁶ Der - 1999 gefeuerte - wissenschaftliche Leiter der Ausstellung Hannes Heer hatte in den 1970er Jahren eine illustre Reihe von politisch motivierten Straftaten links begangen.

⁶⁷ Verfassungsschutzbericht 1997, S. 71.

Falsche Vorbilder: Die Waffen-SS

Rudolf van Hüllen

Die „Schutzstaffel“ (SS) der NSDAP wurde 1946 vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg zur verbrecherischen Organisation erklärt. Die Verwendung ihrer Symbole und Parolen ist in Deutschland strafbar. Für die SS als Vorbild zu werben, ist daher selbst für Rechtsextremisten kein besonders aussichtsreiches Unterfangen. Sie behelfen sich mit einer Legende, indem sie die neben der Wehrmacht an den Fronten des Zweiten Weltkrieges kämpfenden Soldaten der Waffen-SS als vorbildhaft herausstellen.

Unter der Überschrift „Warum bekennt sich die NPD zur Wehrmacht und auch zur Waffen-SS?“ gibt die NPD ihren Funktionären auf kritische Fragen folgendes Antwortmuster vor: „Die Waffen-SS - nicht identisch mit den Totenkopfverbänden der Konzentrationslager - war eine Elite-Formation, deren Tapferkeit und Ritterlichkeit selbst von vielen Kriegsgegnern immer wieder betont wurde.“ Ein rhetorischer Trick mit einer Anzahl von falschen Behauptungen, der den Eindruck hinterlassen soll, es habe eine schlechte und eine „gute“ SS gegeben.

Die 1925 als persönliche Leibgarde Hitlers gegründete SS war in vielen Funktionen das wichtigste Instrument der nationalsozialistischen Terrorherrschaft. Schon innerhalb der NSDAP hatte sie Aufgaben einer Parteipolizei übernommen, und 1936 betraute das Regime die SS mit der Kontrolle über die Polizei: Himmler wurde „Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei“; in einer „Sicherungspolizei“ verschmolzen Gestapo und der SS-eigene „Sicherheitsdienst“ (SD) zu einem integrierten Terrorinstrument gegen jede Art von Opposition.

Die SS hatte zudem schon 1934 (nach Ausschaltung der konkurrierenden SA, der „Sturmabteilung“) die „Verwaltung“ der Konzentrationslager übernommen. Heinrich Himmler baute das KZ-System nach und nach zu einem Wirtschaftsimperium auf, in dem Häftlinge Zwangsarbeit zugunsten der deutschen Rüstung leisten mussten (Arbeitslager), bis sie entweder der „Vernichtung durch Arbeit“ anheimfielen oder - wie im Falle der jüdischen Häftlinge - fast unmittelbar systematisch ermordet wurden (Vernichtungslager). Die von der NPD erwähnten „Totenkopfverbände“ waren „Sicherungstruppen“, die in der Nähe von KZs stationiert waren. Aus ihnen gingen die meisten der aus rechtsextremer Sicht „ehrbaren“ Waffen-SS-Divisionen hervor. Sie waren seit Kriegsbeginn aufgebaut worden, weil die NSDAP das Waffenmonopol der Wehrmacht aushöhlen und zugleich eine nur dem Regime völlig ergebene Parteiarmee schaffen wollte. Zu ihr gehörten auch die sogenannten „Einsatzgruppen“, die im Krieg hinter der Front in besetzten Gebieten die Ermordung aus nationalsozialistischer Sicht rassistisch unerwünschter Bevölkerungsgruppen vornahmen.

Das den SS-Divisionen bis heute nicht nur bei Rechtsextremisten anhaftende Bild von militärisch besonders leistungsfähigen Einheiten hat mehrere Ursachen: Die Waffen-SS bestand bis kurz vor Kriegsende aus ideologisch hoch motivierten Freiwilligen⁶⁸. Ihre Einheiten wurden oft an besonders umkämpften Frontabschnitten eingesetzt und bei der Zuteilung neuester Bewaffnung und Ausrüstung gegenüber den regulären Wehrmachtsdivisionen bevorzugt. Da sie den Gegnern als Träger des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges ausreichend bekannt waren, hatten die SS-Männer selbst in aussichtsloser Lage wenig Veranlassung, sich zu ergeben. Etliche der gravierendsten Mordtaten im Rahmen des Krieges gehen auf das Konto der Waffen-SS, wie z.B. die Massaker von Lidice (Tschechien) und Oradour-sur-Glane (Frankreich).

⁶⁸ Erst gegen Kriegsende wurden junge Männer zwangsweise zur SS eingezogen - und nur für diese Gruppe ist die Frage nach Schuld und Verantwortung daher anders zu stellen.

In all diesen Facetten hatte die SS nicht zuletzt auch die Funktion eines weltanschaulichen Ordens, der für alle Bereiche der Gesellschaft künftige NS-Eliten hervorbringen sollte. Dem diente die ideologische Zurichtung von Jugendlichen in SS-Junkerschulen und Ordensburgen. Himmler selbst hat deren menschenfeindliche Zielrichtung beschrieben: „In meinen Ordensburgen wird eine Jugend heranwachsen, vor der sich die Welt erschrecken wird. Eine gewalttätige, herrische, grausame, unerschrockene Jugend will ich.“ Solche Absichten waren im Dritten Reich kein Geheimnis, die Verbindung der SS mit dem Terror der Diktatur allgemeinkundig. Der Versuch, eine „gute“ Waffen-SS zu konstruieren, ist Geschichtsfälschung. Wer sich im Dritten Reich freiwillig zur Waffen-SS meldete, konnte sich morgen als Gestapo-Folterer und übermorgen als KZ-Bewacher wiederfinden: Die Aufgaben und das Personal innerhalb der NS-Elite waren prinzipiell austauschbar und nicht etwa voneinander getrennt.

Falsche Vorbilder: Otto Ernst Remer

Jan Christoph Rödel

Ein Gewissen hatte er nicht, den Befehlen seiner Vorgesetzten folgte er bedingungslos. Nach dem Zweiten Weltkrieg ließ er sich als Publikumsmagnet für rechtsextreme Parteien einspannen. Remer wurde ein unbelehrbarer Verfechter der Ideologie des Nationalsozialismus, er beleidigte die ermordeten Widerstandskämpfer und leugnete sogar den millionenfachen Massenmord an den europäischen Juden.

Otto Ernst Remer wurde 1912 in Neubrandenburg in eine bürgerliche Familie im heutigen Mecklenburg-Vorpommern geboren.⁶⁹ Er absolvierte das Gymnasium, startete eine erfolgreiche militärische Karriere und wurde im Zweiten Weltkrieg mehrfach ausgezeichnet.⁷⁰ Während Offiziere wie Claus Schenk Graf von Stauffenberg 1942 Hitlers Krieg als „sinnloses Verbrechen“ erkannten, stellte Remer die Autorität der nationalsozialistischen Führung nicht in Frage.⁷¹ Als Mitglieder der militärischen Führung versuchten, Hitler zu töten und die Nationalsozialisten zu entmachten, gehorchte er zunächst seinen Vorgesetzten. Remer ließ sich durch ein Gespräch mit Joseph Goebbels, den er eigentlich verhaften sollte, umstimmen. Goebbels rief Adolf Hitler an und dieser appellierte an Remer, den Aufstand niederzuschlagen. Remer gehorchte, er sah sich „als anständiger nationalsozialistischer Offizier“.

Der Aufstand gegen Hitler scheiterte, der Weltkrieg ging weiter und die Widerstandskämpfer wurden hingerichtet. In der nationalsozialistischen Propaganda wurde Remer zum großen Helden verklärt. Für seine Beteiligung an der Niederschlagung des Aufstandes wurde er auf Hitlers Verordnung hin befördert. Am Ende des Krieges entzog sich Remer seiner Gefangennahme durch die Truppen der Sowjetunion und kam in alliierte Kriegsgefangenschaft.

Nach seiner Freilassung arbeitete Remer zunächst als Maurer und betätigte sich ab 1949 politisch. 1950 war er Gründungsmitglied der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei (SRP).⁷² Remer lehnte die parlamentarische Demokratie ab und forderte eine nationalsozialistische Diktatur. Deutschland sollte durch soldatische Tugenden wieder zur Großmacht aufsteigen und „Führer der europäischen Völker“ werden. Remer vertrat seit Gründung der Bundesrepublik ein revisionistisches Politik- und Geschichtsbild (siehe auch Was ist „Geschichtsrevisionismus?“). Die Niederlage und die Kriegsschuld Deutschlands erkannte er nicht an. Mit den Verlusten von Territorien des Deutschen Reichs wollte er sich nicht abfinden. Auch beleidigte Remer in seinen Wahlkampfreden wiederholt die Attentäter des 20. Juli 1944. Er beschimpfte die Widerstandskämpfer und verleumdete diese als Landesverräter. Remer

⁶⁹ Remers Vater war Beamter in der Justiz. Er besuchte als ältester von sechs Söhnen das „Humanistische Gymnasium“ in Neubrandenburg und erlangte 1933 das Abitur. Früh engagierte er sich in der Jugendorganisation des paramilitärischen Wehrverbands „Stahlhelm“. Vgl. Eckhard Jesse, Biografisches Porträt: Otto Ernst Remer, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie 6 (1994), S. 207-221. Monika Deniffel, Remer, Otto Ernst, in: Hermann Weiß (Hrsg.), Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt am Main 1998, S. 371f.

⁷⁰ 1932 war er in die Reichswehr eingetreten und 1935 zum Offizier der Wehrmacht befördert worden. 1944 wurde er Kommandeur des Wachbataillons „Großdeutschland“ in Berlin. Auf diesem Posten sollte er sich von den Strapazen des Krieges an der Front erholen. Remer erhielt am 20. Juli 1944 durch seinen Vorgesetzten, den Berliner Stadtkommandanten Generaloberst von Hase, den Befehl, das Regierungsviertel abzuriegeln. Hase gehörte zum Widerstand gegen Hitler und wollte durch diese Aktion den Sturz Adolf Hitlers besiegeln. Hase glaubte an ein gelungenes Attentat gegen Hitler. Remer gehorchte den Anweisungen zunächst. Vgl. Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1979, S. 528f.

⁷¹ Malte Herwig, Der gute Deutsche, in: DER SPIEGEL, Nr. 46/2007, S. 178-180, hier S. 179.

⁷² Der SRP gelangen in den 1950er Jahren punktuelle Wahlerfolge auf Länder- und Kommunalebene. Aufgrund der verfassungsfeindlichen und nationalsozialistischen Bekenntnisse verschiedener Politiker der SRP wurde die Partei 1952 durch das Bundesverfassungsgericht verboten.

traf damit den richtigen Ton bei vielen Anhängern des Nationalsozialismus. Diese waren mit der neuen demokratischen Bundesrepublik nicht zufrieden. Eine Umfrage im Jahre 1951 brachte die Erkenntnis, dass über die Hälfte der Deutschen das Attentat gegen Hitler und den Widerstand gegen den Nationalsozialismus negativ beurteilten. Ein Fünftel meinte gar, Deutschland habe nur deswegen den Krieg verloren.⁷³ 1952 wurde Remer für die Beleidigung der ermordeten Widerstandskämpfer zu einer Haftstrafe verurteilt. Er floh in den arabischen Raum, da er die Haft nicht antreten wollte. Die folgenden drei Jahrzehnte fiel er nicht durch politische Straftaten auf. Die Justiz ermittelte jedoch wegen Konkursbetrug, Urkundenfälschung und Waffenhandel gegen Remer.

1981 kehrte er nach Deutschland zurück. Aufgrund seiner Beteiligung an der Niederschlagung des Aufstandes gegen Hitler und seinen militärischen Auszeichnungen im Nationalsozialismus war er in der rechtsextremen Szene immer noch prominent. Viele Gruppierungen wollten die Bekanntheit des hoch dekorierten Generals nutzen. Remer ließ sich bereitwillig einspannen und hatte selbst den Vorsitz der „Deutschen Freiheitsbewegung“ inne. Er lehnte die Allianz Deutschlands mit den westlichen Staaten ab und war gegen eine Einbindung in die Europäische Gemeinschaft. Stattdessen forderte er ein Bündnis mit der Sowjetunion, da er meinte, die Russen würden den Kampf der Systeme im Kalten Krieg gewinnen.⁷⁴

In den späten 1980er Jahren radikalisierten sich die Äußerungen Remers und er veröffentlichte die periodisch erscheinende Hetzschrift „Remer-Depesche“. Er bestritt öffentlich den systematischen industriellen Massenmord an sechs Millionen Juden in den Gaskammern des Dritten Reiches.⁷⁵ Aufgrund seiner unhaltbaren politischen Äußerungen geriet Remer erneut in Konflikt mit der Justiz und wurde zu diversen Geld- und Freiheitsstrafen verurteilt. Für die Leugnung des Holocaust, Aufstachelung zum Rassenhass sowie Volksverhetzung sollte Remer ins Gefängnis. Wieder war er nicht gewillt, die Konsequenzen für seine Äußerungen zu tragen. Er setzte sich 1994 nach Südeuropa ab und verbrachte sein restliches Leben unter der iberischen Sonne. Im Jahre 1997 starb er in Marbella, Spanien.

Die Thesen Remers besaßen nie den gesellschaftlichen Rückhalt, um bundesweite Wahlerfolge für rechtsextreme Parteien zu ermöglichen. Seine rückwärtsgewandte Ideologie war für jüngere Generationen immer weniger attraktiv. Die Einstellungen der Bevölkerung zur Demokratie und zum Widerstand gegen Hitler hatten sich grundlegend gewandelt. Im Jahre 2004 hatten nur noch 10 Prozent der Deutschen eine negative Meinung über die Widerstandskämpfer, 73 Prozent jedoch zollten ihnen Bewunderung und Achtung.⁷⁶

⁷³ Das Institut für Demoskopie in Allensbach ermittelte in einer Umfrage im Jahre 1951, dass 30 Prozent der Deutschen den militärischen Widerstand gegen Hitler negativ beurteilten, 21 Prozent meinten gar, ohne die Widerständler hätte Deutschland den Zweiten Weltkrieg gewinnen können. Im Jahre 1956 sprachen sich 49 Prozent der Befragten gegen die Benennung einer Schule nach einem Widerständler aus. Vgl. Eckart Conze, Aufstand des preußischen Adels, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 4 (2003), S. 500f.

⁷⁴ Vgl. Eckhard Jesse, Biografisches Porträt: Otto Ernst Remer, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie 6 (1994), S. 212f.

⁷⁵ Vgl. ebd., S. 214.

⁷⁶ Klaus Wiegrefe, Helden und Mörder, in: DER SPIEGEL 29 (2004), S. 32-46, hier S. 44.

Falsche Vorbilder: Rudolf Heß

Pascal Mathéus

Der „Stellvertreter des Führers“ Rudolf Heß nahm sich 1987 im Gefängnis das Leben. Er war der letzte inhaftierte Hauptkriegsverbrecher, der in den Nürnberger Prozessen verurteilt wurde. Vor allem aufgrund seines Englandfluges im Jahre 1941 und der propagandistischen Ausschlichtung dieses Ereignisses ranken sich um seine Person zahlreiche Mythen und Verschwörungstheorien, an die Neonazis bis heute anknüpfen. Einen „beispiellosen Vertrauensbruch“ nannte Hitler seinen Englandflug, in der Neonaziszene wird er dennoch als Märtyrer verehrt.

Kindheit und Jugend bis zum 1. Weltkrieg

Heß wurde 1894 in Alexandria, Ägypten, geboren, wo sein Vater eine Importfirma führte. Seit 1900 ging er in Deutschland zur Schule und sollte dort nach seinem Realschulabschluss auf Wunsch seines Vaters eine Kaufmannslehre absolvieren. Bevor er sie beenden konnte, kam – was Heß sehr recht war – der Erste Weltkrieg dazwischen. Historiker und Psychiater, die sich mit Heß auseinandersetzten, wiesen oft auf seine problematische Beziehung zum autoritären Vater hin, mit der sie seine spätere Suche nach Ersatzvaterfiguren begründeten. Sein begeisterter Zug in den Krieg wird als Ausdruck seiner ersehnten Emanzipation vom Vater gewertet.

Eintritt in rechtsradikale Kreise

Nach Ende des Ersten Weltkriegs glaubte Heß – wie viele seiner Landsleute –, dass Deutschland durch Verräter im eigenen Land um den Sieg betrogen worden war (die sogenannte Dolchstoßlegende). Seitdem stand ihm der Sinn danach, Rache an in- und ausländischen Feinden zu nehmen.

Nach einer Phase der Orientierungslosigkeit begann er ein Studium der Volkswirtschaftslehre in München. Hier traf er auf seinen Mentor, den Professor für Geopolitik Karl Haushofer. Über einen Bekannten Haushofers kam Heß zur Thule-Gesellschaft, wo er eine neue geistige und politische Heimat in Gestalt des dort verbreiteten völkischen Gedankenguts fand. Die Mitglieder dieser Organisation suchten wie Heß nach einem Weg, Deutschland wieder zu einer ihm ihrer Meinung nach rechtmäßig zustehenden Größe zu verhelfen. 1920 trat Heß in die NSDAP ein und nahm 1923 am Putschversuch in München teil. In der gemeinsamen Haft mit Hitler führten die beiden unzählige Gespräche, die Heß' überbordende Bewunderung für den späteren Diktator begründeten.

Die Ideologie der NSDAP beeinflusste Heß vor allem in zwei Aspekten: Erstens machte er Hitler über Haushofer mit der Theorie vom knappen Lebensraum vertraut, die sich in „Mein Kampf“ in der Forderung nach „Lebensraum im Osten“ für das deutsche Volk niederschlug. Zweitens setzte er sich maßgeblich für die kultische Verehrung Hitlers als Führerkult ein.

Rolle im Dritten Reich

Heß' starke Position in der NSDAP ergab sich ausschließlich aus seiner Nähe zu Hitler. Der honorierte seine bedingungslose Ergebenheit, indem er ihn mit wichtigen Funktionen betraute. Heß vermittelte zwischen der Partei und Förderern aus oberen Gesellschaftsschichten und schwor Partei und Gesellschaft auf die kritiklose Hingabe an Hitler ein.

Nachdem Heß um 1936 seine Aufgabe als einer der Architekten der Gleichschaltung von Partei, Staat und Gesellschaft erfolgreich beendet hatte und sich der Fokus des Regimes im Zuge der Kriegsvorbereitungen auf die Außenpolitik verschob, schrumpfte seine Rolle zunehmend.

Der Englandflug

Im Mai 1941 flog Heß ohne Absprache mit Hitler nach Großbritannien, um dort mit schottischen Adeligen über einen Separatfrieden zu verhandeln. Dazu bewegte ihn die Furcht vor einem Zweifrontenkrieg, da Hitler in diesen Tagen den Überfall auf die Sowjetunion terminiert hatte. Heß hoffte, mit einer heldenhaften Tat in der Hierarchie der Partei wieder aufzusteigen.

Sein Anliegen erwies sich als naiv. Er war Fehlinformationen aus Großbritannien aufgesessen, die eine Stimmung zugunsten eines Friedensschlusses mit dem Deutschen Reich verheißen hatten. Zudem unterschied sich sein Friedensangebot gegenüber früheren Offerten Hitlers, die Großbritannien abgelehnt hatte, in keiner Weise. Heß wurde festgenommen und blieb bis zum Kriegsende in England inhaftiert.

Prozess und Haft

Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess wurde Heß zu lebenslanger Haft verurteilt. Von 1966 an war er der letzte Gefangene im alliierten Militärgefängnis in Berlin-Spandau, nachdem seine Mitinsassen begnadigt worden waren. Seit dieser Zeit wurde verstärkt auch über seine mögliche Begnadigung diskutiert, u.a. weil man befürchtete, andernfalls einen Märtyrer zu schaffen. Er selbst, seine Familie, sein Anwalt und rechtsradikale Aktivisten lehnten jedoch eine Begnadigung ab und forderten bis zu seinem Selbstmord im Jahr 1987 seine Freilassung und Rehabilitierung.

Verklärung und Heldenverehrung

Auf eigenen Wunsch wurde er in Wunsiedel neben seinen Eltern beerdigt. Neonazis, die Heß als Märtyrer und verhinderten Friedensboten verklärten, nutzten seinen Begräbnisort, um jährliche Gedenkmärsche nach Wunsiedel zu organisieren. Um ihnen die Pilgerstätte zu entziehen, veranlasste die Gemeinde Wunsiedel 2011 die Exhumierung und eine Seebestattung.

Die Verklärung durch seine Apologeten als Märtyrer oder „guter“ Nationalsozialist, der den Krieg beenden oder etwa gar den Holocaust verhindern wollte, entbehrt jeder Grundlage. Selbst wenn Heß' Unternehmung nach seinen Vorstellungen geglückt wäre und Großbritannien sein Friedensangebot angenommen hätte, wäre der Krieg im Osten mit all seinen rassistisch und antisemitisch motivierten Verbrechen fortgeführt worden.

Lesetipps:

- Görtemaker, Manfred: Art. „Der Flug des Paladins“; in DER SPIEGEL vom 02.06.2001, online abrufbar.
- Schmidt, Rainer F.: Rudolf Heß – „Botengang eines Toren“ – Der Flug nach Großbritannien vom 10. Mai 1941, 3. Auflage, München 2000 (1997).

Heutiger Rechtsextremismus und der Nationalsozialismus

Rudolf van Hüllen

Für Rechtsextremisten verwirklicht sich eine ethnisch möglichst „reine“ Nation nicht zuletzt in einer „Schicksalsgemeinschaft“, die sich durch eine gemeinsame Kultur und Geschichte auszeichnen soll (siehe auch „Volksgemeinschaft“). Das Bewusstsein um kulturelle Überlieferung und eine gemeinsame Geschichte ist nicht etwa eine Erfindung von Rechtsextremisten, im Gegenteil: Man versteht das Handeln von Staaten nicht ohne Berücksichtigung ihrer gemeinsamen Traditionen und ihrer Vergangenheit. Aber bei Rechtsextremisten ist die Funktion von Geschichte eine andere: Sie soll nicht so erzählt werden, wie sie gewesen ist, mit allen Höhen und Tiefen, manchen Glanz- und etlichen Schattenseiten. Sondern sie wird so zurecht gebogen, dass sie in das rechtsextreme Weltbild passt. Die eigene Nation wird als unübertreffbares Vorbild dargestellt, welches seinen Nachbarstaaten grundsätzlich überlegen ist.

Das ist schon schlimm genug. Aber beim heutigen Rechtsextremismus fällt auf, dass er sich bevorzugt mit den zwölf finstersten Jahren der deutschen Geschichte beschäftigt. „Deutschland braucht“, schreibt die NPD in ihrem Bundesprogramm von 2010 dazu, „um seiner Zukunft willen ein nationales Geschichtsbild, das die Kontinuität im Leben unseres Volkes in den Mittelpunkt stellt.“ Ist mit „Kontinuität“ der Nationalsozialismus gemeint? Er scheint Rechtsextremisten permanent zu beschäftigen, viel mehr als andere Epochen der Geschichte. Dabei ist die Bundesrepublik Deutschland eine politische Ordnung, die sich als Gegenmodell zu jeder Gewalt- und Willkürherrschaft versteht. Gerade deshalb gibt es gute Gründe, aus dem vernichtendsten Weltkrieg und der vermutlich gewissenlosesten Diktatur, den die Zivilisation in der Neuzeit erlebt hat, etwas zu lernen. Aber darum geht es weder der NPD noch der Neonazi-Szene. Sie beschäftigen sich mit dem Nationalsozialismus aus einem Grund, den sie nicht offen zugeben können: Er ist ihr heimliches Vorbild. Und das Vorbild darf keine Fehler und schon gar keine Verbrechen auf seinem Konto haben. Weil es aber genau diese gab, muss gefälscht und geschönt werden.

Wenn Rechtsextremisten vom „Dritten Reich“ reden, sollte man also genau hinhören, was einem gerade erzählt wird.

Holocaust und Shoa aus der Sicht von Rechtsextremisten

Rudolf van Hüllen

Feindschaft gegen Juden als Juden, Antisemitismus also, ist eine menschenfeindliche Vorurteilsstruktur, die sich nicht nur bei Rechtsextremisten, teilweise bei Linksextremisten und sehr verbreitet bei Islamisten findet, sondern auch bei Menschen, die demokratischen Prinzipien im Allgemeinen nicht ablehnend gegenüber stehen. Anders verhält es sich mit der Sichtweise auf die singulären Massenverbrechen der Nationalsozialisten an den europäischen Juden, die üblicherweise als Shoa oder Holocaust bezeichnet werden. Diese historisch einwandfrei bewiesenen Verbrechen wird nur leugnen, rechtfertigen oder relativieren, wer ein Interesse daran hat, den Nationalsozialismus rein zu waschen, weil er in ihm ein Vorbild sieht. Und die Sache ist zudem noch schwieriger: Die Leugnung des Holocaust ist in Deutschland strafbar (§ 130 StGB). Rechtsextremisten sinnen also häufig genug auf Umwege, um ihre diesbezüglichen Meinungen formal legal äußern zu können.

Trotz der Strafandrohung kommt die Leugnung der nationalsozialistischen Massenverbrechen dennoch dort vor, wo die Täter glauben, nicht entdeckt und zur Rechenschaft gezogen werden zu können: im Internet, in gesungenen Liedtexten und in mündlichen Äußerungen vor geschlossenem Zuhörerkreis zum Beispiel.

Die NPD wurde von 1991 bis 1996 von Günther Deckert als Parteivorsitzendem geführt. Er hatte die Behauptung, der Massenmord an den Juden sei nicht erwiesen, zu einem der Arbeitsschwerpunkte seiner Parteiführung gemacht (siehe auch Was ist „Geschichtsrevisionismus“?). Zugleich hatte er begonnen, die Partei für bekennende Neonazis zu öffnen. Dieser Kurs wurde von seinem Nachfolger Udo Voigt weitergeführt, sodass eine mangelnde Distanz zum Nationalsozialismus nicht der wahre Grund für Deckerts Amtsenthebung 1995 und seinen Sturz 1996 gewesen sein dürfte. Allerdings war es nicht gerade eine Empfehlung für die NPD gewesen, dass ihr Parteivorsitzender wegen Volksverhetzung im Gefängnis saß. Eine echte Distanzierung von revisionistischen Ideen bedeutete Deckerts Ablösung indessen nicht, denn die Partei würdigt weiterhin Holocaust-Leugner als „politisch Verfolgte“⁷⁷.

Eher schon sucht die NPD das Thema - meist unter Hinweis auf seine Strafbewehrung - zu meiden. Für ihre Funktionäre hat sie dazu eine Sprachregelung getroffen:

„Auf den Themenkomplex Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus sollte sich mit dem Hinweis auf die Gegenwartsaufgaben der NPD niemand festnageln lassen. Auf dieses rückwärtsgewandte Themenfeld will uns der Gegner locken, weil er a) mit der historischen Ahnungslosigkeit und damit der antifaschistischen Verblendung der Zeitgenossen rechnen kann und b) damit bestens von seinem politisch-ökonomischen Gegenwartsversagen ablenken kann.“⁷⁸

Dies ist eine der indirekten Methoden, den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes in Zweifel zu ziehen. Eine Reihe von anderen unwürdigen Tricks kommt in einer Stellungnahme der sächsischen Landtagsfraktion der NPD zum Ausdruck. Sie lehnte es darin ab, sich an einer Reise von Parlamentariern in die Gedenkstätte Auschwitz zu beteiligen:

⁷⁷ So gratulierte das Parteiorgan „Deutsche Stimme“ (Ausgabe vom 07.03.2007) beispielsweise dem langjährigen NPD-Funktionär und Verfasser revisionistischer Schriften Udo Walendy zum 80. Geburtstag und gab ihm Gelegenheit, sich zu seiner „politischen Verfolgung“ zu äußern.

⁷⁸ Broschüre der NPD „Argumente für Kandidaten und Funktionsträger - eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung“, Berlin 2006, S. 34.

„Die NPD-Fraktion wird sich nicht an einseitigen Sühnebekenntnissen beteiligen - weder in Auschwitz noch anderswo. Wer unbedingt seine Schuldkomplexe pflegen will, der soll das aus seiner Privatkasse tun und nicht auf Kosten des Steuerzahlers. Sollten sich die etablierten Parteien dazu durchringen können, in Nemmersdorf oder einem ähnlich symbolischen Ort auch an die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung zu gedenken, sind wir bereit, über eine gemeinsame Gedenkveranstaltung des Landtages nachzudenken.“⁷⁹

Demnach bedient ein Gedenken an die Massenmorde der Nazis einen „Schuldkomplex“, der von den „etablierten Parteien“ bewusst „auf Kosten des Steuerzahlers“ „gepflegt“ werde. Dies bezeichnen Rechtsextremisten gerne als staatlich verordneten „Schuld kult“, mit dem Deutschland in einer Art moralischer „Schuld knechtschaft“ gehalten werden solle. Die Verantwortlichkeit für die Massenverbrechen der Nazis soll dadurch relativiert werden, dass heutige Rechtsextremisten angeblich ebenfalls Unrecht ausgesetzt seien. Meist geht dies mit dem Vorwurf einher, jüdische Organisationen nutzten das Gedenken an die NS-Verbrechen, um finanzielle Forderungen durchzusetzen.

Zwei weitere Agitationsmuster sind in dieser Textpassage zu erkennen. Eines besteht in der sogenannten „Aufrechnungstechnik“. Zweifellos hat es bei der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den früheren deutschen Ostgebieten auch Verbrechen gegeben. Diese Vorgänge waren aber die Folge eines von Deutschland begonnenen Vernichtungskrieges und können von diesem Zusammenhang nicht getrennt werden. Die NPD rechnet sie hingegen gegen die Verbrechen des Nationalsozialismus auf. Damit werden einerseits Ursachen und Folgen vertauscht und die industrielle Massenvernichtung unschuldiger Menschen mit der Vertreibung von anderen aufgerechnet. Zudem erscheinen hier die Deutschen in einer Opferrolle (sogenannte „Täter-Opfer-Umkehr“), obwohl sie die Ursachen für das, was ihnen 1945 und danach widerfuhr, selbst gesetzt hatten.

Das Beispiel zeigt nicht nur, wie geschickt Rechtsextremisten jenseits einer platten Verherrlichung des Nationalsozialismus vorgehen. Es belegt auch ihre völlige Unfähigkeit, zwischen Recht und Unrecht unterscheiden zu können.

Lesetipps:

- Markus Tiedemann, „In Auschwitz wurde niemand vergast“. 60 rechtsradikale Lügen und wie man sie widerlegt, München 2000.

⁷⁹ Erklärung der Landtagsfraktion der NPD vom 10.01.2006, fehlerhafte Formulierung im Original.

Rechtsextremismus aus der Sicht eines Ex-Neonazis: „Ich schäme mich“ – Ex-Neonazi Manuel Bauer will Jugendliche abschrecken

Jenny Kallenbrunnen (Interviewerin)

„Pistole“ war sein Deckname, als er Anführer der Kameradschaft Dommitzsch war. Manuel Bauer (*1979) ist einer der bekanntesten Aussteiger aus der rechtsradikalen Szene. Heute will er Jugendliche mit Geschichten über seine Vergangenheit abschrecken: In Workshops und Vorträgen klärt er sie über die deutschen Rechtsextremisten und ihr Netzwerk auf. Im Interview spricht er über seine Vergangenheit.

Herr Bauer, warum wollen Sie Jugendliche vor der rechtsradikalen Szene warnen?

Bauer: „Die rechte Szene versucht mit Malbüchern, Videospiele und mit Musik, Kinder und Jugendliche auf ihre Seite zu ziehen und ihre Ansichten zu vermitteln. Musik ist Informations- und auch Emotionsträger, die löst etwas aus in Menschen. Ich selbst hatte meinen ersten Kontakt zur Szene mit elf Jahren durch eine Musikkassette. Das Gefährlichste an den Rechtsextremisten ist ihr weltweites Netzwerk. Nazis gibt es unter Ärzten, unter Polizisten und auch unter Richtern. Und die helfen sich gegenseitig. Die Öffentlichkeit traut Neonazis so ein komplexes Netzwerk gar nicht zu. Dass sie oft für dumm gehalten und unterschätzt werden, ist ihr Ziel und ihr Potenzial.“

Was wollen Sie mit Ihren Vorträgen und Workshops erreichen?

Bauer: „Alles, was ich heute tun kann, ist, Jugendliche von dieser Szene abzuschrecken. Deshalb nehme ich vor den Jugendlichen auch kein Blatt vor den Mund. Ich erzähle ihnen, wie ich einmal einer schwangeren Frau in den Bauch getreten habe und dass ich seit meinem 14. Lebensjahr jedes Jahr vor Gericht stand. Ich fand das damals richtig cool. Mir ist wichtig, die Tricks der rechten Szene zu verraten, wie ein Zauberer, der die Tricks der großen Magier aufdeckt. Das ist das mindeste, was ich tun kann, damit es nicht noch mehr Opfer gibt.“

Sind Sie dann auch dafür, dass die rechtsradikale Partei NPD verboten wird?

Bauer: „Ja, absolut, die NPD muss verboten werden. Solange sie nicht verboten ist, dürfen ihre Anhänger auch weiterhin auf öffentlichen Plätzen stehen und Jugendliche ansprechen – und bekommen dafür auch noch Geld vom Staat.“

Was ist das gefährliche an der NPD?

Bauer: „Etwa, dass sie ihre Parolen geändert hat. Die Anhänger der NPD rufen heute längst nicht mehr ‚Ausländer raus‘. Ihre Parolen beinhalten heute vielmehr, was ohnehin alle möchten, sie plappern einfach nach, was die Menschen wollen – und zeigen sich etwa als Gegner des Rentenlochs und von Tierquälerei oder als Befürworter von Umweltschutz. Diese Phrasen sprechen inhaltlich eben alle an – gerade Jugendliche, die ansonsten nicht sehr politisch informiert sind.“

Wie fühlen Sie sich, wenn Sie heute einen Rechtsradikalen im Fernsehen sehen?

Bauer: „Ich schäme mich. Ich erkenne mein altes Ich ja immer noch wieder in dem, was ich da sehe.“

Was war denn letztendlich der Grund dafür, dass Sie ausgestiegen sind?

Bauer: „Einer meiner Gründe für den endgültigen Ausstieg war, dass ich im Fernsehen, also von außen, zugesehen habe, wie ein Neonazi ein Kind tritt. Plötzlich bin ich ganz kleinlaut geworden, weil ich weiß: Das habe ich selbst einmal getan, viele Male.“

Rechtsextremismus und „Kameradschaft“: Intrigen und Gewalt unter Nazis

Rudolf van Hüllen

„Kameradschaft“ ist ein von Rechtsextremisten gerne gebrauchter Begriff, der angeblich den Umgang miteinander in ihren Gruppen treffend wiedergeben soll. Anders als in bürgerlichen Parteien seien die Verhältnisse dort nicht von Karrierestreben und Konkurrenz geprägt, sondern vom aufopfernden Einsatz für „unser aller Deutschland“, wie es die NPD formuliert. „Kommt zu uns und macht Euch selber ein Bild“, lockt die NPD auf einer ihrer CDs, die sie unter Schülern verbreitet.

Und deshalb sind ein paar Einblicke in die „Szene“ durchaus nützlich.

Niemand wird bestreiten, dass es auch in demokratischen Parteien zu menschlichen Konflikten kommen kann. Dabei wird nicht selten der Ton laut, manchmal beleidigend. Aber der Umgang miteinander in der NPD - um ein Beispiel für die gesamte rechtsextreme Szene zu nennen - setzt da doch noch eins drauf:

Ein drastisches Beispiel für den „kameradschaftlichen“ Umgang im Parteileben der NPD lieferten Auseinandersetzungen im Landesverband Hamburg, wo der in der NPD als „Samenbank-Rieger“ titulierte überzeugte Rassist und Nationalsozialist Jürgen Rieger (1946 - 2009) im Februar 2007 die erste weibliche NPD-Landesvorsitzende verdrängte. Im Verlauf des Streits wurde die Landesvorsitzende Pressemeldungen zufolge auf einer Vorstandstagung als „tollwütige Hexe“ charakterisiert, die man am liebsten an die Wand stellen würde⁸⁰. Bei einer späteren Versammlung hatten sich die Kontrahenten vorab darauf verständigt, „auf Anzeigen wegen Nichteinhaltung des gerichtlich verordneten Mindestabstandes bzw. auf körperliche Gewalt zu verzichten“⁸¹. Es scheint in der von der NPD angestrebten „Volksgemeinschaft“ nicht durchgängig angenehm zuzugehen.

Ein solches Ausmaß an gegenseitigem Hass hat durchaus etwas mit dem Menschenbild von Rechtsextremisten zu tun - deshalb kann man auch eine Reihe von Gründen für die Verhältnisse in solchen Gruppen angeben (siehe auch Welche Rolle nehmen Gewalt und Kampf im Weltbild des Rechtsextremismus ein?).

Intrige als Umgangsform: Der Kampf der „kleinen Führer“

Alle Extremisten sind davon überzeugt, dass nur ihre politischen Konzeptionen richtig und die aller übrigen Menschen demgemäß falsch seien. Die Vorstellung, dass zwei Meinungen nebeneinander existieren könnten, ist ihnen grundsätzlich fremd. Bei Rechtsextremisten kommt hinzu, dass ihre Gruppen oft dem sogenannten „Führerprinzip“ folgen. Gibt es aber mehrere kleine „Führer“ mit konkurrierenden Ansprüchen, „Recht“ zu haben, ist der Machtkampf praktisch unvermeidbar. Und wer kurz zuvor noch „nationaler Kämpfer“ war, kann sehr schnell zum „Verräter“ absteigen.

Eine vom späteren NPD-Bundesvorsitzenden Holger Apfel verfasste Parteigeschichte aus dem Jahre 1999 liest sich deshalb wie ein Machtkampf „großer Männer“ um die Führung der Partei. Seit den 1970er Jahren ist in Apfels Darstellung die Ablösung jedes Parteivorsitzenden mit einem mehr oder minder großen Ausmaß an Verrat und Intrigen verbunden gewesen; regelmäßig kämpften angeblich die „Diener an der nationalen Sache“ gegen „Abtrünnige“ und „Verräter“. Eine beachtliche Zahl von

⁸⁰ So die „Junge Welt“ vom 10.01.2007.

⁸¹ „blick nach rechts“ Nr. 4/2007.

„Kameraden“ verschwand immer wieder fast über Nacht aus der Parteigeschichte. Und natürlich produzieren solche Machtkämpfe reichlich Renegaten und Überläufer. Über die Jahrzehnte hat eine Vielzahl von Menschen der NPD den Rücken gekehrt und seine politischen Aktivitäten eingestellt oder irrlichert durch die verschiedenen Sekten der rechtsextremistischen Szene.

Gewalt in Neonazi-Gruppen

In Skinhead-Cliquen und Neonazi-Kameradschaften nehmen solche Intrigen handfeste und regelmäßige Formen an. Auch hier gilt nämlich das rechtsextreme Prinzip, dass die Bereitschaft, sich mit körperlicher Gewalt gegen andere durchzusetzen, selbst unter „Kameraden“ normal sei. Die Gewalt, meist begleitet von Alkohol, wird zum steten Begleiter des Alltages in solchen Zusammenhängen, und dafür braucht man auch, wie ein Aussteiger berichtet, keine Skinhead-Konzerte: „Wenn man zum Kameradschaftsabend kam, sah man als erstes die ganzen Glatzen mit der Schwarzen Sonne und den anderen Nazisymbolen auf dem Arm. Die haben nur gesoffen und rumgepöbelt. Wenn kein Gegner da ist, prügelt man sich halt untereinander.“⁸² Die interne Gewalt in solchen Gruppen hat auch damit zu tun, dass Rechtsextremismus oft Menschen anzieht, die in ihrer Lebensführung gescheitert sind. Doch kann die Einbindung in das Gewaltmilieu der rechtsextremen Szene auch bis dahin unauffällige junge Menschen zu gescheiterten Existenzen machen: „Ich war arbeitslos, hatte keinen Wohnsitz, keinen Schulabschluss und keine Ausbildung (...) Ich war 19 Jahre alt, hatte wenig angefangen, nichts zu Ende gebracht, war nach konventionellen Maßstäben auf der untersten Stufe der Gesellschaft angelangt und besaß nahezu keine Zukunftsperspektive. Die Lebenseinstellung, die ich besaß, deutete nur noch in eine Richtung: nach unten.“⁸³

Mancher Aktivist in der Szene erfährt schließlich, dass die berühmte „Kameradschaft“ keine Rolle mehr spielt, wenn es hart auf hart kommt. Manuel Bauer, der mit seinen „Kameraden“ eine beträchtliche Straftat organisierte, musste nach seiner Verhaftung feststellen, dass ihn alle anderen durch ihre Aussagen belasteten. Und er lernte auch, dass er vergessen war, nachdem er in Straftat einsaß: Trotz des tönenden Pathos erhielt er von ihnen weder Besuche noch Post (siehe auch Rechtsextremismus aus der Sicht eines Ex-Neonazis).

⁸² Uwe Luthardt, „Dann gibt es zuerst wieder eine Kristallnacht“, in: Christoph Ruf / Olaf Sundermeyer, In der NPD, München 2009, S. 207.

⁸³ Manuel Bauer, Unter Staatsfeinden. Mein Leben im braunen Sumpf der Neonaziszene, München 2012, S. 69.

Rechtsextremismus von innen

Rudolf van Hüllen

Rechtsextremisten reicht es nicht aus, die eigenen Ideen (siehe auch Bausteine rechtsextremer Weltbilder) als endgültige Lösung aller Probleme auszugeben und die Zustände in dem von ihnen gewünschten künftigen Gesellschaftsmodell als paradiesisch zu schildern.

Sie werden zusätzlich immer versuchen, die Mitarbeit in ihren Gruppen als besonders attraktives Engagement darzustellen. Kern solcher Werbungsversuche ist das Versprechen eines festen Zusammenhalts, bei der alle Mitglieder freundschaftlich miteinander verbunden sind und jederzeit bedingungslos füreinander eintreten. Der Schlüsselbegriff dafür ist „Kameradschaft“ - in Übertragung des gleichen Begriffs aus dem Militärischen, der die Schicksalsgemeinschaft von Angehörigen einer kämpfenden Truppe meint.

Es versteht sich von selbst, dass die „Kameraden“ im persönlichen Leben auch stets die „Ideale“ einer verschworenen Kampfgemeinschaft verwirklichen sollten. Tun sie aber nicht: Die wirklichen Verhältnisse in rechtsextremistischen Gruppen sind häufig das genaue Gegenteil des schönen Scheins.

Rechtsextremistische „Ordnung“: Allgemeinkriminalität

Rudolf van Hüllen

Wer das Programm der NPD von 2010 zum Thema „Reform des Rechtssystems“ und „Innere Sicherheit“ zur Hand nimmt, kann dort den Eindruck gewinnen, dass Kriminalität in Deutschland offenbar ausschließlich von Menschen mit ausländischen Wurzeln verübt wird. Dabei hätte man im Gegenteil Anlass, sich über die Kriminalität in der rechtsextremen Szene im Allgemeinen und unter NPD-Anhängern im Besonderen Gedanken zu machen. Die in den späten 1960er Jahren von der NPD propagierte Parole „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ müsste sich wohl zunächst mal gegen die Rechtsextremisten selbst richten.

Beim Blick auf die Kriminalität in der rechtsextremen Szene gilt es, zwei Aspekte auseinander zu halten. Zum einen existieren in Deutschland Strafvorschriften, gegen die praktisch nur Rechtsextremisten verstoßen: Die §§ 86 und 86a sollen die Symbole und Zeichen des Nationalsozialismus und verbotener rechtsextremer Organisationen aus dem öffentlichen Raum verbannen, § 130 StGB die Hetze gegen ethnisch definierte Teile der Bevölkerung verhindern. Ein erheblicher Teil der politisch rechts motivierten Straftaten, rund 12.500 von 17.000 im Jahr 2014⁸⁴, fällt in diese beiden Kategorien.

Angesichts des Stellenwertes, den Gewalt als angeblich „normales“ Sozialverhalten bei Neonationalsozialisten einnimmt (siehe auch Welche Rolle nehmen Gewalt und Kampf im Weltbild des Rechtsextremismus ein?), verwundert es nicht, dass Gewalttaten gegen politische Gegner oder als „Feinde“ definierte Menschengruppen häufig vorkommen. Nicht immer ist indessen klar, ob es sich um eine explizit politisch gemeinte Straftat handelt oder einen eher spontan zustande gekommenen Gewaltexzess - bei Schlägereien innerhalb der Szene kann ja Ausländerfeindlichkeit kaum das Motiv sein.

Diese Fragen sind auch nicht immer eindeutig klärbar, wenn Rechtsextremisten im allgemein kriminellen Bereich unterwegs sind. Sie verwirklichen hier Vergehen und Verbrechen unterschiedlichster Art, die sich über die gesamte Palette des Strafgesetzbuches erstrecken. Etwas vereinfacht kann man sagen, dass Gewaltdelikte (Raub, Körperverletzung, Nötigung, Brandstiftung, Sachbeschädigung u. ä.) eher bei Mitgliedern aus neonazistischen Zusammenschlüssen vorkommen, während der gehobene NPD-Funktionär eher zur sogenannten „Weiße-Kragen-Kriminalität“ neigt, also beispielsweise Unterschlagung, Hehlerei, Betrug, Steuerhinterziehung und anderes mehr. Ganz zuverlässig ist eine solche Faustregel aber nicht, da die NPD inzwischen ausreichend viele Personen aus dem originär gewaltbereiten Neonazi-Spektrum als Funktionäre oder sogar Abgeordnete beschäftigt. So wurde ein früherer Landesvorsitzender der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, bis 2016 dort Landtagsabgeordneter, wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung an einer Journalistin verurteilt. Ein weiterer NPD-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein kam unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung, Erpressung und illegalen Waffenhandels ins Gefängnis; in diesem Fall regten sich immerhin Stimmen in der Partei, die sein Verhalten kritisierten. Doch selbst für Bagatelldelikte sind sich NPD-Funktionäre nicht zu schade, selbst wenn der Imageschaden beträchtlich ist: Bei einem sächsischen Landtagsabgeordneten, der 2004 beim Diebstahl eines Elektrokleinteiles im Wert von fünf Euro erwischt wurde, dürfte soziale Not als Motiv kaum in Frage gekommen sein.

Gelegentlich trifft das Verhältnis von Rechtsextremisten zu Recht und Gesetz auch die Partei selbst: Der Bundesschatzmeister der NPD leitete vor Jahren mehr als eine halbe Million Euro aus der Parteikasse in

⁸⁴ Zahlen des Bundeskriminalamtes, hier nach Verfassungsschutzbericht 2014, S. 24.

die eigene Tasche um und musste deshalb für etliche Monate ins Gefängnis. Trotz der kräftigen Schädigung durch den „Kameraden“ wurde er von der NPD-Führung erstaunlich nachsichtig behandelt.

Was ist „Geschichtsrevisionismus“?

Rudolf van Hüllen

„Revision“, lateinisch für „Überprüfung“ oder „Neufassung“, ist an sich nichts Problematisches. Geschichtsrevisionismus wäre demnach eine Überprüfung oder Neufassung dessen, was man über ein bestimmtes geschichtliches Ereignis bisher zu wissen glaubte und für wahr hielt. Natürlich gibt es solche „Revisionen“: Da veröffentlichen handelnde Politiker Memoiren, es tauchen Akten auf, die einen anderen Verlauf von Ereignissen belegen, als er bisher angenommen wurde; Ausgrabungen bringen neues Wissen aus längst vergangenen Epochen ans Tageslicht. In allen Fällen wird unsere Sicht auf Geschichte revidiert, also „verbessert“. Jedes zusätzliche gesicherte Wissen über vergangene Ereignisse ist demnach „Geschichtsrevisionismus“. Darum geht es aber rechtsextremistischer Geschichtspropaganda nicht.

Rechtsextremistische Geschichtspropaganda ist eher daran interessiert, gesichertes Wissen über frühere Ereignisse zu „revidieren“ und zwar so, dass es ihren politischen Zwecken entspricht. Dazu bedarf es nicht neuer Fakten, sondern vor allem neuer, meist unseriöser Interpretationen und Darstellungen: Geschichte wird umgeschrieben, im Sinne einer bestimmten politischen Sichtweise. Die etablierte, seriöse Geschichtswissenschaft zählt dabei aus der Sicht von Rechtsextremisten nichts: Ihr wird unterstellt, wie das NPD-Programm von 2010 bekundet, Meinungsfreiheit zu unterdrücken und eine sachgerechte Geschichtsdarstellung gerade zu unterdrücken. Das ist die typische Sichtweise von Extremisten: Ihre winzige Minderheit hat die Wahrheit erkannt und die große Mehrheit der - politisch ganz unterschiedlich denkenden - Wissenschaftler hat sich demnach auf eine einheitliche Verschwörung zur Unterdrückung des angeblich „richtigen“, nationalen, Geschichtsbildes geeinigt. „Zum Schutz der Ehre des deutschen Volkes sind das Ende der einseitigen Vergangenheitsbewältigung und die Freiheit von Forschung und Lehre notwendig“, umschreibt die NPD ihre Idee eines staatlich festgelegten „nationalen“ Geschichtsbildes in ihr gültiges Programm⁸⁵.

Entsprechende Bemühungen von Rechtsextremisten richten sich vor allem auf ihr heimliches Vorbildsystem, den Nationalsozialismus. Er muss von seiner verbrecherischen Qualität und von der Verantwortung für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges mindestens optisch befreit werden (siehe auch Der Zweite Weltkrieg und der Rechtsextremismus). Das wird nicht gelingen, indem man die Verbrechen der NSDAP einfach leugnet, denn sie sind dafür zu offensichtlich. Man kann aber einzelne von ihnen bestreiten, sie anderen Akteuren in die Schuhe schieben, behaupten, dass sie in dem festgestellten Ausmaß nun doch nicht stattgefunden hätten, weshalb sie - gemessen an Verbrechen anderer Völker - eher „normal“ und damit ein wenig verständlich seien. Man kann zudem versuchen, vermeintlich gute Leistungen des Regimes (sehr populär sind dafür die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nach 1933 und der Bau der Autobahnen)⁸⁶ in den Vordergrund zu rücken und so die Verbrechen des Regimes zu relativieren. Und man kann versuchen, bestimmte Institutionen in der NS-Diktatur von ihrer Mitwirkung an den Verbrechen rein zu waschen oder Vorbilder aus dem Nationalsozialismus wählen, die mit den schlimmsten Verbrechen nicht in direktem Zusammenhang stehen (siehe auch Falsche Vorbilder).

⁸⁵ NPD-Programm 2010, S. 14.

⁸⁶ Diese beiden bei Rechtsextremisten gängigen Beispiele für „Gutes im Nationalsozialismus“ verfangen nicht, denn sie missachten den geschichtlichen Zusammenhang und die Absichten, welche die NSDAP verfolgte: Die weitgehende Beseitigung der Arbeitslosigkeit beruhte auf (überwiegend unbezahlter) Zwangsarbeit im Reichsarbeitsdienst und war Bestandteil eines Aufrüstungsprogramms, das den Zweiten Weltkrieg vorbereitete. Auch die Autobahnen hatten die Nazis als strategische Aufmarschlinien zum Überfall auf Nachbarländer geplant. Dass man sie auch für friedliche Zwecke nutzen kann, steht dem nicht entgegen.

Die Bezeichnung „Revisionismus“ hat sich die harte, neonationalsozialistische Richtung des Rechtsextremismus vor ungefähr 40 Jahren zu eigen gemacht. Sie bezeichnet in dieser Szene die Behauptung, Darstellungen über die systematische Vernichtung der jüdischen Menschen in Europa durch die Nationalsozialisten seien als gezielte Geschichtsfälschung anzusehen. Die „Revisionisten“ arbeiten dabei mit angeblich wissenschaftlichen Gutachten, tendenziösen und oft selbst verstrickten Zeitzeugen, aber auch mit der Behauptung, die systematische Vernichtung von jüdischen Menschen und anderen aus der Sicht der Nationalsozialisten „lebensunwerten“ Bevölkerungsgruppen sei insgesamt die absichtsvolle Erfindung der Alliierten oder einer jüdischen Lobby gewesen. Sie habe mithin niemals stattgefunden. Da die Fakten über diese Verbrechen unwiderleglich sind, hat der Gesetzgeber beschlossen, die Leugnung der Shoa unter Strafe zu stellen. Rechtsextremisten haben sich deshalb Umwege erschlossen, auf denen ihre reversionistischen Botschaften - unausgesprochen - dennoch transportiert werden können (siehe auch Holocaust und Shoa aus der Sicht von Rechtsextremisten).

Lesetipps:

- Armin Pfahl-Traughber, Die Apologeten der „Auschwitz-Lüge“ - Bedeutung und Entwicklung der Holocaust-Leugnung im Rechtsextremismus, in: Uwe Backes / Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Band 8, 1996, Baden-Baden 1996, S. 75-101.

Kommunikation

Rechtsextremismus durchschauen

Rudolf van Hüllen

Sind Rechtsextremisten nicht „dumpf“ und bildungsfern, wie es eine verbreitete Meinung behauptet? Das trifft, wenn überhaupt, heute nur noch auf einen Teil der rechtsextremen Szene zu. Sein intelligenterer Part hat sich auf recht subtile Strategien „zivilgesellschaftlicher Subversion“ eingestellt: Mit modernen Themen, lässigem Auftreten und dem Gestus des freundlichen „Kümmerers“ versuchen sich Rechtsextremisten nicht selten darzustellen, als seien sie eine seriöse und etablierte politische Alternative zu den demokratischen Akteuren in der Gesellschaft. Sie fallen nicht mehr mit offen rassistischen Botschaften ins Haus, versuchen gerade junge Menschen mit unverfänglichen Themen anzusprechen und schrittweise an ihre menschenfeindlichen Ideen heranzuführen. Solche Techniken zu durchschauen ist Voraussetzung zum richtigen Umgang mit Rechtsextremismus.

Demonstrationen und Aufmärsche als Mobilisierungsmittel

Rudolf van Hüllen

Demonstrationen und öffentliche „Märsche“ sind seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ein typisches Stilmittel des „eventorientierten“ Rechtsextremismus geworden. Ihre Anlässe und Größenordnungen sind dabei unterschiedlich. Sie erfüllen aus der Sicht der Veranstalter mehrere Funktionen: Zum einen sollen sie den Anspruch auch neonazistischer Gruppen auf Auftreten im öffentlichen Raum unterstreichen, zum anderen sollen sie in der Konfrontation mit dem politischen Gegner und gegenüber der Öffentlichkeit dazu beitragen, die eigenen Reihen zu schließen.

Der Gesetzgeber hatte nach 1945 beschlossen, Symbole, Zeichen und Handlungsformen des untergegangenen Nationalsozialismus aus dem öffentlichen Raum zu verbannen. Dem diente das Uniformverbot bei Versammlungen ebenso wie das Verbot, Symbole des Nationalsozialismus öffentlich zu zeigen. Von jeher war es aber ein Anliegen der „harten“ Neonazi-Szene, auf eine Re-Legalisierung der NSDAP hinzuwirken und dazu neonazistische Symbole und Agitation wieder wahrnehmbar zu machen. Der Zulauf zu rechtsextremistischen Gruppen nach der deutschen Einheit bot dann erstmalig die Möglichkeit, mit nennenswerten Personenzahlen in der Öffentlichkeit in Erscheinung zu treten. Die Neonazis nutzten dafür auch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, nach denen auch ihnen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nicht ohne weiteres versagt werden kann.

Seither finden Aufmärsche von „Kameradschaften“ und „Freien Kräften“, unterstützt durch örtliche subkulturelle Szenen und häufig mitausgerichtet durch die NPD, bevorzugt an Wochenenden statt. Die Themen sind sehr unterschiedlich: Sehr oft handelt es sich um (angebliche) sozialpolitische Fragen, die aus rechtsextremer Sicht gegen das „System“ intoniert werden. Andere Aufmärsche haben einen Selbstzweck: Neonazis marschieren, um damit gegen Verbote ihrer Aufmärsche zu demonstrieren, etwa unter dem Motto „Meinungsfreiheit auch für den nationalen Widerstand“ - sie versuchen sich als verfolgte Opfer darzustellen. Sehr beliebt sind auch „Gedenkmärsche“ zur Verherrlichung der Wehrmacht oder einzelner NS-Funktionäre. Mit diesem Thema hatte die rechtsextremistische Szene 1997 ein ungewöhnliches Erfolgserlebnis: mehr als 4.000 Rechtsextremisten erschienen in München zu einem Protestmarsch gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht“⁸⁷. Später versuchte man, den Todestag des „Führer-Stellvertreters“ Rudolf Heß (17.08.1987) für Gedenkmärsche zu nutzen. 2004 erschienen dazu 4.500 Teilnehmer; später machten die Gegendemonstrationen eines zivilgesellschaftlichen Bündnisses in Wunsiedel das Event für Rechtsextremisten zunehmend unattraktiver. Andere Stichtage im „Demonstrationskalender“ des Rechtsextremismus sind Aufmärsche in Halbe (Brandenburg) zum Gedenken an eine der letzten großen Landschlachten des Zweiten Weltkrieges oder zum Gedenken an die alliierte Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945.

Mit ihrer „Demonstrationspolitik“ verbinden Neonazis nicht nur die Absicht, öffentlichen Raum wenigstens zeitweilig für sich zu reklamieren. Die Aufmärsche haben auch Wirkung in die Szene hinein: Sie sollen die eigenen Anhänger zu diszipliniertem Auftreten anhalten, Interessenten fester einbinden und Gemeinschaftsbewusstsein stärken. Für neue Interessenten ist die Entscheidung, das Gesicht bei einem solchen Aufmarsch zu zeigen, nicht ohne Folgen: Der Neuling, schreibt der Rechtsextremismusforscher Rainer Erb, gibt sich als Angehöriger einer suspekten politischen Minderheit zu erkennen und muss im Alltag, in Schule oder Beruf, mit kritischen Kommentaren und

⁸⁷ Die wegen zahlreicher Manipulationen und Falschdarstellungen insgesamt umstrittene Ausstellung wurde 1997 von den Ausrichtern zurückgezogen und 1999 in verbesserter Form wieder gezeigt.

Missbilligung rechnen.⁸⁸ Anders formuliert: Das selbst gewählte „Outing“ kann einen jungen Menschen auf die abschüssige Ebene einer Neonazi-Karriere befördern.

Nicht nur deshalb sind die „Aufmärsche“ der Rechtsextremisten nicht durchweg für sie auch Erfolge. Ein durchschnittliches Event dieser Art zeigt 200 Neonazis, die in Bahnhofsnähe von der Polizei vor üblicherweise in starker Überzahl erschienenen gewaltbereiten Linksextremisten abgeschirmt werden müssen. Eine zivilgesellschaftliche Gegendemonstration mit mehreren Tausend Teilnehmern macht in einem solchen Szenario den Rechtsextremisten deutlich, dass sie eine kleine und unerwünschte Subkultur sind - und eben keine in der Bevölkerung verankerte „Bewegung“. Bei einem solchen Spektakel hat die Polizei die undankbarste Aufgabe. Oft in vierstelliger Zahl angetretene Einsatzkräfte müssen die Neonazis und eine zahlenmäßig meist weit größere Gruppe gewaltbereiter linksextremer „Antifaschisten“ auseinander halten. Ob es den Polizisten gefällt oder nicht, sie müssen das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit selbst für Rechtsextremisten sichern (siehe auch Grenzen des Protests - darf man rechtsextremistische Aufmärsche blockieren?) - und sind dabei oft mit Gewalt konfrontiert, die nicht selten von Linksextremisten ausgeht.

Auch Aktionsformen kennen indessen Konjunkturen: Die Entdeckung des rechtsextremistischen Terrorismus hat offen auftretenden Rechtsextremismus weiter isoliert. Zudem erscheinen Themen wie Migration, Flüchtlinge und „Islamisierung“ Rechtsextremisten als Felder, auf denen ihre Ideen an Besorgnisse in Teilen der Bevölkerung anschlussfähig sein könnten. Statt eigener Aufmärsche nehmen sie daher lieber an Demonstrationen aus dem „Pegida“-Spektrum teil. Ihr Einfluss dort ist regional sehr unterschiedlich.

Lesetipps:

- Fabian Virchow, Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Andreas Klärner / Michael Kohlstruck, Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 68-101.

⁸⁸ Rainer Erb, Protestorganisation und Eventmanagement, in: Andreas Klärner / Michael Kohlstruck (Hrsg.) Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 142-176, hier S. 167.

Der kommunale Rechtsextremist als „Stimme des Volkes“

Rudolf van Hüllen

Der rechtsextremistische „Kümmerer“ kann in ganz unterschiedlichen Rollen daher kommen. Er wird aber immer betonen, er sei „von hier“, bodenständig also. Wo alle wegziehen, weil es wenig Arbeit und wenig Perspektive gibt, kommt er mit der Botschaft: Wir bleiben hier, wir packen an. Und: Wir wissen, was die Menschen brauchen und dass „die da oben“, in der Landeshauptstadt, genau das eben nicht machen. Der „Kümmerer“ will die „Stimme des Volkes“ sein, und manchmal sagt er Dinge, die der Durchschnittsbürger genauso sieht, sich aber geniert, sie auszusprechen.

Ob der „Kümmerer“ ein Kommunalpolitiker der NPD oder das Mitglied einer Kameradschaft ist, spielt für sein Ansehen eher keine Rolle. Hauptsache, er ist ein vertrautes Gesicht und vermittelt den Menschen das Gefühl, dass etwas passiert. Was passiert, ist eher zweitrangig. Das kann ein Kinderfest der NPD sein, mit Gesellschaftsspielen und Hüpfburg, ein Grillabend für die Nachbarschaft, ein Liederabend für ältere Bürger (mit einschlägigen Liedern aus dem Repertoire rechter „Liedermacher“ natürlich), auch mal eine Demonstration von ein paar Dutzend oder Hundert Kameradschaftlern, die Abwechslung in den ansonsten langweiligen Samstagmorgen der Kleinstadt bringt. „Die anderen“, also die demokratischen Parteien, haben so etwas vielleicht nicht gemacht, weil sich ihre Kommunalpolitiker mit dem Alltag beschäftigen, den der Betrieb einer Gemeinde nun mal ausmacht: Ratssitzungen, Haushaltsplanung, die Organisierung der Müllabfuhr, Bebauungspläne, öffentlicher Nahverkehr und Infrastruktur. Sie haben nicht immer die Zeit und den Sinn dafür, sich bei Bier und Grillwurst anzuhören, warum „die da oben“ (in der Landeshauptstadt) immer alles verkehrt machen.

Der kommunale Rechtsextremist hingegen hat durchaus Sinn und Zeit für so etwas. Gar nicht so selten ist er Hartz IV-Empfänger, und oft kennt er die Nöte einfacher Leute aus eigener Erfahrung. Was die aber nicht merken: Wenn er sich kümmert, Anteil nimmt und sich engagiert, dann meint er damit nicht nachbarschaftliche oder bürgerschaftliche Solidarität. Er meint damit „Volksgemeinschaft“ nach dem Vorbild des Nationalsozialismus. Deshalb heißen seine Grillabende auch „Julfest“ oder „Sonnenwendfeier“. Und sie zeichnen sich dadurch aus, dass nicht jeder auf ihnen willkommen ist: Menschen mit ausländischen Wurzeln oder solche mit einer kritischen Haltung gegenüber Rechtsextremisten zum Beispiel. Und die werden auch nicht als Arbeitslose oder Vereinsamte in ein NPD-Bürgerbüro gehen, weil man da mal gut einen Kaffee trinken und sich über seine Rechte als Mieter informieren kann.

Wenn die NPD sich zu ihrer Strategie einlässt, ihre Organisation und ihr Gedankengut als ganz normale Partei vor Ort zu verankern, klingt das freilich bisweilen eher etwas schwülstig: „Dörfer und Kleinstädte können im 21. Jahrhundert deshalb zum Kristallisationspunkt eines fast erd- und bluthaften Widerstandes gegen die Globalisierung werden und eine neue, gewaltfreie Landvolkbewegung entstehen lassen. Nationalisten haben hierbei organisatorische Schützenhilfe zu leisten und intellektuelles Rüstzeug zu liefern.“⁸⁹ Ob Eltern, die das Kinderfest der NPD besuchen, weil „die Partei doch nicht verboten ist“, ihre Rolle so sehen würden, wie sie ihnen vom NPD-Ideologen zgedacht ist?

Auf solche Tricks kann die NPD nicht verzichten, insbesondere nicht, seit sie bei Landtagswahlen auch in den ostdeutschen Bundesländern drastisch gescheitert ist. Der Partei bleibt praktisch nur noch die Möglichkeit, sich durch engagiert auftretende Mitglieder vor Ort als der „gute Mitbürger“ zu profilieren. Interessant ist dabei, dass manche dieser Aktivisten das Etikett „NPD“ gar nicht mehr verwenden – sie schätzen das miserable Image ihrer Partei durchaus realistisch ein.

⁸⁹ Jürgen Gansel, Der Globalisierungs-Angriff auf den ländlichen Raum, zit. nach Uwe Backes/Henrik Steglich, Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 176.

Deshalb muss man bei den Versuchen der Rechtsextremisten, sich in Kommunen als „normale Partei“ zu verankern, zwischen dem Plan der NPD und der Realität unterscheiden. Selbst 10 Prozent NPD-Wähler bedeuten immer noch, dass die übrigen 90 Prozent diese Partei aus guten Gründen nicht wählen. Und „national befreite Zonen“, von denen Rechtsextremisten vor Jahren träumten, gibt es auch nicht. Das ist aber kein Grund zur Entwarnung: Für politische Gegner und „Fremde“ können Rechtsextremisten nach wie vor in einzelnen Fällen „Angsträume“ schaffen, also Orte, die man besser meidet. Und diejenigen, die solche Drohkulissen herstellen, spielen oft genug am nächsten Tag den „Kümmerer“.

Der offen sichtbare Rechtsextremismus

Jan Christoph Rödel

In finsterner Nacht und gepeitscht vom Regen steht ein Mädchen mit blonden Haaren. Die schwarze Kapuze hat sie sich über den Kopf gezogen. Ihre Körperhaltung ist kämpferisch und ihr Gesicht von einer weißen Maske verhüllt. Unter ihrem Bild prangt der Schriftzug „DAMIT DIE NACHWELT NICHT VERGISST, DASS DU DEUTSCHER GEWESEN BIST. WERDE UNSTERBLICH (...)“. Der Aufkleber ist ein visuell ansprechendes Hochglanzprodukt, das geradezu herausfordert, sich mit ihm zu beschäftigen. Denn auch so kann rechtsextreme Propaganda aussehen. Welche Spuren hinterlassen Rechtsextremisten im öffentlichen Raum?

Wie verbreiten Rechtsextremisten Propaganda?

Rechtsextremisten verwenden verschiedene Techniken, um ihre Botschaften schnell und billig zu verbreiten. Im Internet kursieren Vorlagen für Aufkleber („Spuckis“)⁹⁰ und Sprühschablonen („Stencils“)⁹¹. Die in „Heimarbeit“ gefertigten Aufkleber und die vorbereiteten Motive der Schablonen werden massenhaft auf den Straßen in Sprüh- oder Klebeaktionen verbreitet. Auch Motive für die Herstellung von Abziehaufklebern werden im Internet veröffentlicht. Selbst Vorlagen für größere Plakate, für Graffiti und Transparente für Demos („Transpis“) findet man in einschlägigen Foren.

Um ihre Parolen in das Sichtfeld der Menschen zu bringen, platzieren Rechtsextremisten ihre Botschaften an Hauswänden, auf Transformator-Kästen, an Laternen, Verkehrsschildern und Bushaltestellen. Mit linksextremen Gruppierungen, beispielsweise der „Autonomen Antifa“ (AA), entsteht dabei oftmals ein regelrechter Wettstreit um die publikumswirksamsten Plätze. Linke und rechte Extremisten überkleben und übersprühen ständig die Propaganda der Gegenseite, um ihre „Reviere“ zu markieren.

Welche Darstellungsformen nutzt rechtsextreme Propaganda?

Neben den Anleihen an den historischen Nationalsozialismus (Frakturschrift, heroische Wehrmachtsästhetik, nationalsozialistische Symboliken) fällt in den letzten Jahren auf, dass eine Anlehnung an linksextreme Vorbilder und Darstellungsformen erfolgt. Besonders die „Autonomen Nationalisten“ wollen dabei junge, städtische Zielgruppen ansprechen und verbinden deshalb ihre nationalistischen und rassistischen Parolen mit moderner urbaner Ästhetik und Lebensstil. Sie kopieren Stil und selbst Aktionsformen linker Jugendkulturen. Sie gehen dabei soweit, linksextreme Propaganda in Form, Layout sowie in der Definition von „Feinden“ („GEGEN POLIZEIGEWALT“, „FIGHT THE SYSTEM“) zu übernehmen und nur die Namen der linksextremen Gruppierung durch ihr eigenes Label zu ersetzen.

⁹⁰ „Spuckis“ sind Papieraufkleber, die durch das Anlecken mit Speichel kleben. Sie können auf Bögen im DIN A4 Format selber gedruckt und geschnitten werden oder können als Abreiß-Blöcke mit beliebigen gummierten Motiven im Internet bestellt werden.

⁹¹ Die Aufkleber und die Motive der Schablonen werden mit Sprühdosen direkt auf geeignete Flächen (beispielsweise Hauswände) aufgebracht. Auch werden Klebeetiketten der Deutschen Post entwendet und durch Schablonen besprüht. Diese Aufkleber können günstig in „Heimarbeit“ gefertigt werden, um sie dann massenhaft auf den Straßen zu verbreiten.

Ziele der Propaganda

Rechtsextremisten wollen Aufmerksamkeit erregen und durch Markierung von „Revieren“ eigene Stärke im öffentlichen Raum demonstrieren.

Parolen im Stadtbild sollen auf „unhaltbare Zustände“ hinweisen, die angeblich in Deutschland herrschen. Dabei zielen Rechtsextremisten oftmals auf Situationen (beispielsweise Arbeitslosigkeit, Zuwanderung oder Kriminalität) ab, bei denen sie sich als „Anwalt des Volkes“ inszenieren können.

Sie wollen aber auch provozieren, unser Werte- und Rechtssystem, den Staat, seine Institutionen und die Wirtschaftsordnung verächtlich machen und nachhaltig in Verruf bringen. Verknüpft ist die Anklage meist mit einer Aufforderung: Schließt euch uns an und beseitigt „das Scheiß-System“! Manche der verbreiteten Parolen sind auch direkt an den politischen Gegner adressiert und enthalten unverhohlene Drohungen. Sie sollen Andersdenkende und Fremde einschüchtern, ein Klima der Angst schaffen. Rechtsextremisten wollen durch ihre Präsenz in der Öffentlichkeit demonstrieren: Wir sind stärker als der Rechtsstaat. „Linke Spinner“/ „Zecken“ (= linksorientierte Jugendliche), aber auch Fremde haben mit gewalttätigen Übergriffen zu rechnen.

Inhalte der Propaganda

Rechtsextreme Botschaften im öffentlichen Raum kann man in fünf Kategorien unterteilen:

1. Verharmlosung oder Verklärung des historischen Nationalsozialismus

Auf einem Aufkleber heißt es: „HORST WESSEL ERMORDET DURCH ROTE HAND 23.02.1930“. Wessel war während der Weimarer Republik ein für seine Brutalität berühmter Sturmführer in der SA⁹². Ähnlich verkündet ein Graffito: „Erich Priebke ... Ruhe in Frieden“⁹³. Zugleich werden vermeintliche Kriegsverbrechen der Alliierten im Zweiten Weltkrieg angeklagt: „MORD WAR IHR MITTEL UND DRESDEN DAS ZIEL!“ steht auf einem Aufkleber an einer Bushaltestelle. Auf einem anderen Aufkleber kann man lesen „Das war kein Krieg – Das war MORD“, oder auch „Dresden ... 300.000 Menschen im Feuertod“. Damit werten Rechtsextremisten die Luftangriffe auf Dresden im Februar 1945 nicht als Kriegshandeln, sondern als Mord; zudem nennen sie völlig überhöhte Opferzahlen⁹⁴. Auch vermeintliche Fälle von „Siegerjustiz“, besonders an den bekannten Vertretern des Nationalsozialismus nach 1945, prangert rechtsextreme Propaganda im öffentlichen Raum an: Mit einer Sprühschablone wurden die Losungen „RACHE FÜR HESS!“ und „DAS WAR MORD!“ (siehe auch Rechtsextreme Codes) an eine Hauswand gesprüht. Der 8. Mai 1945 wird heute auch in Deutschland verbreitet als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus gesehen. Auf einem Aufkleber der Rechtsextremisten heißt es dagegen: „VERGEWALTIGUNG BESATZUNG LANDRAUB MORD - WIR FEIERN NICHT!“ und „8. MAI – WIR KAPITULIEREN NIE!“.

2. Die Beschäftigung mit dem politischen Gegner

Sie findet als Diffamierung und Bedrohung linker oder linksextremer politischer Gegner statt, aber auch als Verunglimpfung z.B. der Widerstandsgruppe Weiße Rose um die Geschwister Scholl, die von den Nationalsozialisten hingerichtet wurden: „Hans und Sophie Scholl und

⁹² Die SA (Sturmabteilung) war eine paramilitärische Kampforganisation der NSDAP. Wessel wurde zum Märtyrer der Bewegung verklärt, nachdem er 1930 an den Folgen einer Schussverletzung gestorben war. Sein Grab, eine Wallfahrtsstätte für Rechtsextremisten, wurde 2013 von der Friedhofverwaltung beseitigt.

⁹³ Der SS-Mann Priebke, ein verurteilter Kriegsverbrecher, verstarb 2013. Im Zweiten Weltkrieg war er als SS-Führer an der Erschießung von 335 zivilen Geiseln in Italien beteiligt.

⁹⁴ Seriöse Schätzungen von den Wissenschaftlern einer Historikerkommission gehen von maximal 25.000 Toten aus. Vgl. Rolf-Dieter Müller/Nicole Schönherr/Thomas Widera (Hrsg.), Die Zerstörung Dresdens am 13. / 15. Februar 1945: Gutachten und Ergebnisse der Dresdner Historikerkommission zur Ermittlung der Opferzahlen (Berichte und Studien), Göttingen 2010, S. 48f.

Alexander Schmorell – Volksverräter sind keine Helden! Deutschland wach auf! Kampf der Antifa! Den Feind erkennen. Den Feind benennen.“ Besondere Aufmerksamkeit gilt naturgemäß der linksextremen „Autonomen Antifa“: „Antifa Gruppen zerschlagen“ steht an einem Container, „fight your local antifa“ auf einem besprühten Postaufkleber. Ein Aufkleber fordert: „ORGANISIERE DIE ANTI-ANTIFA! – GOOD NIGHT LEFT SIDE“ (= „Gute Nacht linke Seite“). Noch deutlicher fordert ein Graffito: „C4 FOR REDS“. Bei „C4“, „Composite Compound 4“, handelt es sich um einen Plastiksprengstoff.

3. Botschaften an die rechtsextreme Szene

Sie nehmen mit Abstand den größten Teil rechtsextremer Propaganda im Straßenbild ein. Darunter sind häufig Selbstdarstellungen von Rechtsextremisten, die für die eigene Gruppierung innerhalb der Szene um Anerkennung werben. Meistens sollen jedoch potenzielle Unterstützer und mögliche Sympathisanten motiviert und mobilisiert werden.

Eine überaus erfolgreiche Mobilisierung von Sympathisanten ist die Kampagne gegen Kindesmissbrauch. Rechtsextremisten inszenieren sich dabei als die „wahren“ Kinderschützer in Deutschland und behaupten auf Aufklebern: „Der Staat schützt die Schweine“. Sie fordern: „Todesstrafe für Kinderschänder - Kinderschänder lernen es nie, Todesstrafe statt Therapie! Nationaler Sozialismus jetzt!“ Ihr Argument: „0 % Rückfallquote“.

Eine Aktionsform, die sehr viel Aufmerksamkeit in den Medien erhielt, waren seit 2011 die martialischen „Flashmob-artigen“ Auftritte der „Unsterblichen“⁹⁵. Die Verbreitung ihrer Inszenierungen erfolgte meist über soziale Netzwerke und Videoplattformen; sie zielte vor allem auf die mediale Wiedergabe. Gleichwohl wurde die Kampagne auch von Flyer- und Plakatieraktionen in den Straßen begleitet. Vielerorts war an Bushaltestellen, Trafohäuschen und Verkehrsschildern zu lesen: „DEIN KURZES LEBEN MACH UNSTERBLICH – DAMIT DIE NACHWELT NICHT VERGISST, DASS DU DEUTSCHER GEWESEN BIST“. Parolen der Kampagne äußern sich in Graffiti wie: „Demokratie = Volkstod“, „Unsere Stadt stirbt“ oder auch „Unser Volk stirbt – Volkstod aufhalten“.

Auffällig ist auch, dass rechtsextreme Propaganda vermehrt auf junge Mädchen und Frauen zielt. Auf einem Aufkleber fordern Rechtsextremisten: „Mädels zu uns! Widerstand ist auch Mädelsache!“. Ein anderer Aufkleber wirbt mit dem Bild einer jungen Frau, daneben steht: „Ich kämpfe für NATIONALEN SOZIALISMUS damit meine Kinder eine Zukunft haben!“. Eine junge Frau mit einem Pflaster auf dem Mund warnt auf einem anderen Aufkleber: „Nur dein Schweigen schützt Dich und Deine Kameraden!“.

4. Aufrufe zu „Widerstand“ und zum Aufruhr gegen das „System“

Rechtsextremisten glauben, sie befänden sich „im Krieg gegen ein Scheiß-System“ und verkünden „FIGHT THE SYSTEM – FUCK THE LAW !“, (= „Kämpfe gegen das System – Scheiß auf das Gesetz“), „Brüssel halts Maul“ oder „BRD zerschlagen“. Die Schlussfolgerung für Rechtsextremisten: „GAME OVER, BRD! 60 JAHRE SIND GENUG! DIE DEMOKRATEN HABEN VERSAGT – JETZT WERDEN SIE BESTRAFT“.

Gerade solche Parolen machen deutlich, wie stark die inhaltlichen Überschneidungen zum linksextremen, autonomen Spektrum sind. „Autonome Nationalisten“ verwenden äußerlich nahezu identische Propaganda unter dem Label „NATIONALE SOZIALISTEN – BUNDESWEITE AKTION“ (NSBA) und kopieren dazu das aus dem Stalinismus der 1930er Jahre entlehnte Logo der „ANTIFASCHISTISCHEN AKTION“. Das Motto lautet: „AUTONOM MILITANT NATIONALER WIDERSTAND“, Graffiti verkünden „I Love NS“ (= „Ich liebe Nationalen Sozialismus“). Auch bei der Beleidigung von Polizeibeamten gibt es Überschneidungen zwischen links- und rechtsextremen Gruppierungen: „A.C.A.B.“/ „All Cops Are Bastards“ (= „Alle Polizisten sind Bastarde“) benutzen Linksextremisten, Rocker, Straßengangs, Hooligans und eben auch Rechtsextremisten. „Autonome Nationalisten“ fordern ebenso wie Linksextremisten: „SCHLUSS

⁹⁵ Die Zahl der Teilnehmer reichte von einem knappen Dutzend bis zu mehreren hundert Rechtsextremisten. Sie marschierten bei Dunkelheit, oft in schwarz gekleidet, auf und trugen weiße Masken und brennende Fackeln.

MIT POLIZEIGEWALT!“ - und dies ist noch eine harmlose Variante der oft optischen Stilisierung von „Bullenschweinen“.

5. Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus

Ausländerfeindliche Forderungen mit Parolen wie „Fremdarbeiter stoppen“, „BERLIN BLEIBT DEUTSCH“, „Asylflut stoppen!“ oder der Schriftzug „AUSLÄNDER RAUS!“ zeugen von rechtsextremen Aktivitäten im Straßenbild. Da sie nicht kryptiert sind, also ohne Weiteres als rechtsextrem erkennbar, werden sie allerdings häufiger als codierte Botschaften übermalt oder anders beseitigt.

Zu dieser Kategorie gehören auch antisemitische Parolen als fester Bestandteil rechtsextremer Propaganda. Die Darstellung Israels oder der USA als „imperialistische Kriegstreiber“ und Aussagen wie „Israel mordet und die Welt schaut zu!“ werden allerdings nicht nur von Rechtsextremisten genutzt. Nur Rechtsextremisten fordern jedoch offen in Anlehnung an die NS-Propaganda: „JUDEN RAUS!“ oder „KEIN DEUTSCHES KANONENFUTTER FÜR USRAEL“⁹⁶. Bisweilen nimmt der Antisemitismus auch unverfänglich wirkende, flapsige Ausdrucksformen an wie bei der Parole „KEIN BOCK AUF ISRAEL“.

Weitere Inhalte rechtsextremer Propaganda:

Im Straßenbild finden sich auch codierte, äußerlich eher unauffällige rechtsextreme Propagandabotschaften unter unkommentierter Verwendung rechtsextremer Symbolik. Dazu zählen rechtsextreme Zahlencodes, Runensymbolik, (verfremdete) Parolen des NS-Regimes und bisweilen ein geschmiertes Hakenkreuz.

⁹⁶ „USRAEL“ Kunstwort von Rechtsextremisten (= Verbindung der Worte „USA“ und „Israel“), das Ausdruck einer Verschwörungstheorie ist: Demnach steuern „die“ Juden/ Israel die Regierung und die Politik der USA.

Die Clique als Ersatzfamilie

Rudolf van Hüllen

Die meisten jungen Menschen sind in den vergangenen Jahrzehnten nicht etwa durch die NPD oder andere politische Organisationen mit Rechtsextremismus in Kontakt gekommen. Vielmehr erfolgte ihr Einstieg in die Szene über Cliquen aus Gleichaltrigen, in denen sich eine rechte Jugendkultur ausbreitete. Oft stammen junge Menschen, die eine rechtsextreme Karriere einschlagen, aus nicht intakten Familien. Bildungs- und Ausbildungswege verlaufen schwierig, ein Einstieg ins Berufsleben scheitert. In dieser Situation ist die Jugendclique oft Fluchtpunkt und wird zur „Ersatzfamilie“.

Auch „rechte“ Jugendcliquen sind in erster Linie Träger von Lebensstilen und Orte einer gewissen Eventkultur. Die kann bescheidenen Umfang haben und im „Abhängen“ an Tankstellen, Bushaltestellen oder anderen öffentlichen Plätzen, wo die Clique gesehen werden kann und ein „Revier“ für sich markiert, bestehen. Ob diese Cliquenbildung überhaupt politischen Einschlag erhält, und wenn ja, welchen, ist oft von Zufällen abhängig. In den neuen Bundesländern nach 1989 war klar, dass junge Menschen mit „linken“ Attitüden weit weniger Aufmerksamkeit erzeugen konnten als mit „rechten“. „Rechte“ Vorstellungen von Hierarchie und „Anführerschaft“ durch einen älteren, stärkeren und manchmal auch klügeren Kumpel, auch von Abgrenzung gegenüber „Anderen“ als Moment der Gemeinschaftsbildung fanden in einer verunsicherten Generation leichten Eingang. Schnell merkten die Angehörigen solcher „rechter“ Cliquen auch, dass sie Macht ausüben konnten.

„Die Menschen, ob jung oder alt“, schreibt der Szeneaussteiger Manuel Bauer, „betrachteten uns ganz offenkundig mit Furcht und Respekt, dabei waren wir im Grunde kaum mehr als Milchbubis, die einen auf dicke Hose machten (...) Wenn wir irgendwo auftauchten - im Bahnhofslokal oder an der Imbissbude -, verstummten die Gespräche der anwesenden Gäste. Es wurde still, nur weil eine Gruppe Jugendlicher den Raum betrat. Von den 17- bis 18-jährigen abgesehen, waren die meisten von uns im Grunde noch Kinder. Man kann sich kaum vorstellen, wie dieses Machtgefühl auf unsere naiven Seelen wirkte.“ Und dieses Machtgefühl wird ausgelebt. Manchmal, indem „Feinde“ gejagt und angegriffen werden, manchmal aber auch nur, „indem wir marodierend durch die Straßen zogen, mit Knüppeln und Totschlägern auf Autos und Verkehrsschilder eindroschen und mit unseren Stiefeln die Außenspiegel von parkenden Wagen wegtraten.“⁹⁷

In solchen „subkulturellen Cliquen“, wie die Sicherheitsbehörden sie nennen, ist durchaus noch kein fertiges, und schon gar kein in sich schlüssiges rechtsextremes Weltbild vorhanden. Das entwickelt sich in einem Politisierungsprozess, der nicht selten mit dem Hören von rechtsextremistischer Musik beginnt. Auch der Besuch von Skinhead-Konzerten ist zunächst für die Clique noch ein Event, aber die rassistischen und menschenverachtenden Texte bleiben nicht ohne Wirkung. Wenn nun noch eine rechtsextreme Partei auftaucht, die angeblich notwendige Feindschaften „erklärt“ und den Cliquenmitgliedern plausibel macht, dass nicht etwa sie für ihre missliche Lage verantwortlich sind, sondern z.B. „der Globalismus“ (siehe auch Was verstehen Rechtsextremisten unter „Globalismus“?) oder „die Ausländer“, dann ist der Weg bereitet für eine Einbindung in eine rechtsextreme Kameradschaft oder für eine Parteikarriere.

Dazwischen aber liegt allerhand: Gewalt- und Straftaten, oft als Mutproben innerhalb der Clique angesehen, führen in eine kriminelle Karriere. Rechtsextremismus und Gewalt führen zu gesellschaftlicher Ausgrenzung - die „Kameraden“ werden dann als Ersatzfamilie noch wichtiger. Lebensplanungen - beruflich oder familiär, oft beides - scheitern. Die „Kameradschaft“ in Clique und Szene erweist sich als Illusion (siehe auch Rechtsextremismus und „Kameradschaft“: Intrigen und

⁹⁷ Manuel Bauer, Unter Staatsfeinden. Mein Leben im braunen Sumpf der Neonaziszene, München 2012, S. 29 f.

Gewalt unter Nazis) Und nicht jeder findet den Weg in ein Aussteigerprogramm. „Was aber“, schreibt der Rechtsextremismusforscher Rainer Erb, „wird aus den Veteranen, die mit 30 Jahren die Altersgrenze überschreiten und ihre devianten Cliques mit dem hohen Anteil von circa 30 Prozent Berufsversagern, Sozialhilfeempfängern, Kriminellen und Alkoholikern nicht länger als politische Bewegung missverstehen können?“⁹⁸

⁹⁸ Rainer Erb, in: Andreas Klärner / Michael Kohlstruck (Hrsg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 176.

Informationen im Internet richtig deuten

Christoph Bernstiel

Das Internet hat sich innerhalb der letzten Jahre zu einem der wichtigsten und beliebtesten Informationsmedien überhaupt entwickelt. Es ist schnell und einfach zugänglich, man findet Antworten auf fast jede Frage, und es ist kostenlos. Doch nicht alle Informationen im Internet sind richtig. Fast jeder kann mit wenig Aufwand Texte in das world wide web stellen. Für den Leser ist oft nicht zu erkennen, welche Absichten der Autor mit der Veröffentlichung seiner Texte verbunden hat oder wie gut diese recherchiert sind. Die Unterscheidung zwischen vertrauenswürdigen und eher unglaubwürdigen Informationen ist nicht leicht. Doch es gibt einige Tricks, die beim Einordnen helfen.

Am 1. Januar 2006 wurde eine Meldung des Bundes Deutscher Juristen (BDJ) über den renommierten und internationalen Pressedienst Associated Press verbreitet, in der es hieß, dass der Vorsitzende des BDJ und Richter des Bundesgerichtshof Claus Grötz fordere, in Zukunft leichte Foltermethoden zur Informationsgewinnung zuzulassen. Die Nachricht, die auch auf der Homepage des BDJ zu lesen war, wurde innerhalb kürzester Zeit über verschiedene Radio- und Fernsehstationen verbreitet. Auf empörte Reaktionen musste man nicht lange warten. So forderte die Geschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen noch am selben Tag den Rücktritt von Claus Grötz. Der konnte aber nicht zurücktreten, weil es ihn gar nicht gab. Weder der BDJ noch Claus Grötz waren real. Es handelte sich um eine gezielte Falschmeldung, um die Medien bloßzustellen. Die Echtheit der Pressemeldung wurde nicht weiter geprüft, schließlich stand sie ja auf der Homepage des BDJ. An diesem Beispiel zeigt sich, dass es selbst Profis nicht leicht fällt, die Qualität einer Information auf Anhieb immer richtig zu bewerten. Prinzipiell gilt jedoch der Grundsatz: Umso brisanter einer Information ist, desto genauer sollte man sie auf ihren Wahrheitsgehalt prüfen. So etwas wie eine endgültige und umfassende Wahrheit gibt es dabei nicht. Aber mit den folgenden Tipps kann man zumindest plakative Lügen und Fehlinformationen im Internet von echten Meldungen unterscheiden.

Achtung bei Zitaten

In vielen Texten werden Zitate berühmter oder wichtiger Personen dazu verwendet, um den eigenen Standpunkt zu unterstreichen oder vorzugaukeln, dass die zitierende Person die Meinung des Autors vertritt. Vor allem bei Verschwörungstheorien ist dies eine gern genutzte Praxis, um den Leser von der Richtigkeit der Theorie zu überzeugen. Allerdings sind diese Zitate häufig völlig aus dem Zusammenhang gerissen oder aus verschiedenen Aussagen zusammengesetzt. Daher empfiehlt es sich, das entsprechende Zitat zu kopieren und mit dem Namen des vermeintlichen Autors in einer Suchmaschine zu suchen. In den meisten Fällen stößt man dann auf den Originaltext und kann dann selbst prüfen, was der Zitierte mit seiner Aussage ursprünglich meinte.

Aktualität

Wie aktuell die Beiträge auf einer Seite sind, gibt Aufschluss darüber, ob die Seite regelmäßig betreut wird. Neue Informationen können dazu führen, einen Sachverhalt völlig anders zu bewerten. Daher sollte man immer prüfen, wann zuletzt etwas zu einem Thema verfasst wurde. Möglicherweise ist die eingestellte Information nicht mehr aktuell.

Impressum

Jede seriöse Seite hat ein Impressum. Unter den Top-Level-Domains ist dies sogar Pflicht. Das Impressum gibt Auskunft über den rechtlich und inhaltlich Verantwortlichen der Seite. Findet man im

Impressum keine eindeutigen Angaben oder fehlt es gar komplett, so darf an der Seriosität der Seite gezweifelt werden.

Layout der Seite

Personen oder Organisationen, denen es nur darum geht, ihre unsachlichen Botschaften zu verbreiten, kümmern sich oft nicht um ihren öffentlichen Ruf. Ihre Internetseiten sind entsprechend einfach und unübersichtlich gestaltet. Technisch ausgereifte und optisch ansprechende Seiten lassen hingegen auf eher seriöse Organisationen schließen. Ein ansprechendes Layout ist im Umkehrschluss aber nicht automatisch eine Garantie für Seriosität. Denn in den letzten Jahren haben Rechtsextremisten technisch aufgeholt.

Mehrere Quellen prüfen

Eine einfache Methode, den Wahrheitsgehalt einer Aussage einzuschätzen, ist ihre Plausibilität zu prüfen. Macht die Aussage in ihrem Zusammenhang Sinn? Falls ja, so werden sich im Internet verschiedene Erklärungen und Informationen finden, die zu gleichen oder mindestens ähnlichen Ergebnissen kommen. Lassen sich jedoch keine weiteren Quellen finden, so sollte die These nicht vorbehaltlos übernommen werden.

Obacht bei der Nutzung von Suchmaschinen

Die meisten Suchmaschinen sortieren die gefundenen Treffer nicht nach ihrer Qualität oder ihrem Informationsgehalt, sondern nach der Zahl ihres Aufrufs und nach der Passgenauigkeit mit dem Suchbegriff. Ganz oben in der Trefferliste stehen demnach nicht die besten Antworten auf eine Frage, sondern lediglich die am häufigsten gesuchten Begriffe zu diesem Sachverhalt. Eine Platzierung in den vorderen Rängen einer Suchmaschine bedeutet also nicht automatisch, dass der angezeigte Treffer auch am ehesten der Wahrheit entspricht.

Referenzen der Autoren

Die Zuverlässigkeit einer Information hängt entscheidend von der Quelle ab. Kann die Herkunft einer Information nicht bestimmt werden oder wird der Autor eines Textes nicht genannt, so gibt das Anlass zum Nachdenken. Ist der Name des Autors bekannt, so lohnt es sich zu prüfen, welche Referenzen der Autor sonst noch vorweisen kann. Existiert die Person tatsächlich oder handelt es sich um ein Pseudonym? Hat der Autor weitere Texte zum Thema, z. B. Bücher oder Fachartikel veröffentlicht? Ist der Autor einschlägig bekannt? Beispielsweise könnte er einem politischen Lager zugehören und deshalb einseitig argumentieren. Personen des öffentlichen Lebens werden ihre Aussagen in der Regel sorgfältiger prüfen und auf Polemik verzichten.

Sachlichkeit

Ein Grundsatz der Wissenschaft und des Journalismus ist das Gebot der Sachlichkeit. Findet man in einem Text sehr viele wertende Aussagen oder gar Schimpfwörter, so ist dies ein sicheres Zeichen dafür, dass es sich um eine bloße Meinungsäußerung, aber nicht um eine verlässliche Information handelt. Sachliche Texte enthalten keine Beleidigungen, Aufrufe zu Gewalt und nicht belegte Behauptungen oder Statistiken ohne Quellenangabe.

Vertrauenswürdige Quellen

Prinzipiell ist es immer ratsam, zur Beantwortung einer Frage verschiedene Quellen zu nutzen, um sich am Ende selbst einen Überblick zu verschaffen. Im Fall des BDJ hätte eine einfache Suchanfrage genügt,

um zu sehen, dass es ihn gar nicht gibt. Große Organisationen, berühmte Personen oder wichtige Ereignisse hinterlassen Spuren im Internet. Man findet meistens mehrere Informationen und Meinungen zu einem Thema. Die erste Meinung ist daher nicht immer die Beste. Im Internet gibt es verschiedene Portale, die einem keine Meinungen vorgeben, sondern einen Überblick anbieten. Z. B. die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb.de), der Deutsche Bundestag (bundestag.de) oder die Universitäten (hochschulkompass.de).

Wikipedia

Wikipedia ist ein Wissensportal, das über umfangreiche Informationen zu verschiedenen Themen verfügt. Autoren aus der ganzen Welt können ihr Wissen auf dem Portal veröffentlichen. Wer diese Autoren sind und woher sie ihr Wissen beziehen, wird dabei nicht angegeben. Wissenschaftler verzichten daher darauf, Wikipedia als Quelle für ihre Untersuchungen zu verwenden. Darüber hinaus sind Informationen auf Wikipedia teilweise unvollständig, veraltet, unzutreffend oder sogar bewusst gefälscht. Wikipedia sollte daher eher am Anfang einer Recherche stehen, wenn es darum geht, sich einen Überblick zu verschaffen, als am Ende. Das Portal ist kein wissenschaftliches Archiv, weil die Herkunft der dort enthaltenen Informationen nicht transparent ist und ihre Nachvollziehbarkeit nicht gewährleistet ist. Das sollte man bedenken, wenn man Informationen dieser Seite verwendet.

Woher kommt die Seite?

In Deutschland registrierte Internetseiten enden meist auf die Endung „de“. Dafür ist eine Anmeldung bei der zentralen Registrierungsstelle denic (denic.de) erforderlich. Dort müssen Name und Anschrift hinterlegt werden, um eine "de" Domain zu erhalten. Jede „de“ Adresse (Domain) kann kostenfrei bei der denic abgefragt werden. Auch in anderen Ländern gibt es solche typischen Endungen. Man nennt diese auch Top-Level-Domains (z.B. de, com, eu, net). Betreiber solcher Seiten sind demnach leicht zu identifizieren, was in der Regel darauf schließen lässt, dass sie nichts zu verbergen haben. Vorsicht ist hingegen bei Seiten mit selten vorkommenden Endungen wie „to“, „ru“ oder „dl“ geboten.

Rechtsextreme Codes

Jan Christoph Rödel

Ein „SUPPORT C18!“ Graffito prangt an der Wand eines Supermarktes. Ein Sportwagen hält an der Ampel, ein „1488“ Aufkleber ist auf der Heckscheibe angebracht. Nicht jeder versteht den Sinn dieser Zeichen. Den meisten Menschen fallen sie gar nicht weiter auf. Rechtsextremisten wissen, was sie bedeuten: Kampfansagen an eine tolerante und offene Gesellschaft. Sie verherrlichen Terror, Gewalt und Rassenhass. Was verbirgt sich hinter den Codes und Chiffren der rechtsextremen Szene?

Codes und Symbole drücken, verschlüsselt oder unverschlüsselt, politische Botschaften aus und sind zugleich Erkennungszeichen für Rechtsextremisten untereinander. Solche Botschaften sind diffuser Ausdruck einer Weltanschauung, die im Kern die Ungleichwertigkeit von Menschen propagiert. Einige ihrer Ausdrucksformen, so Volksverhetzung oder das Zeigen von Symbolen des früheren Nationalsozialismus oder anderer rechtskräftig verbotener rechtsextremer Organisationen, sind strafbar. Zudem werden Rechtsextremisten, die sich offen durch ihre Äußerungen oder ihre Kleidung zu erkennen geben, in der Gesellschaft geächtet, werden von Linksextremisten bisweilen auch tätlich angegriffen.⁹⁹ Deshalb weichen Rechtsextremisten auf verdeckte Codes aus und chiffrieren¹⁰⁰ ihre Botschaften.

Bürgerschaftliches Engagement gegen rechtsextremes Gedankengut, Rassismus und Neonazismus ist nur dann möglich, wenn man entsprechende Phänomene auch erkennen, deuten und interpretieren kann. Rechtsextreme Personen und die Ideologie, die sie verbreiten, müssen zuerst erkannt werden. Erst dann können Maßnahmen zur Auseinandersetzung ergriffen werden, um möglichen rechtsextremen Umtrieben Einhalt zu gebieten. Für die Menschen, die aktiv für eine faire und offene Gesellschaft eintreten wollen, ist es wichtig, die wichtigsten Codes und Symbole der Rechtsextremisten zu dechiffrieren. Sie tauchen in unterschiedlichen Formen auf.

Verschlüsselte Zahlencodes

„88“ – Steht für zweimal den achten Buchstabe im Alphabet (H). „88“ ist in der rechtsextremen Szene das Synonym für den verbotenen Hitlergruß, da "Heil Hitler" zweimal mit dem achten Buchstaben des Alphabets beginnt. „88“ findet als bekanntester Code der rechtsextremen Szene weltweite Verwendung. Allerdings ist seine Bedeutung in der Öffentlichkeit so gut bekannt, dass sie diesen Code nicht mehr bedenkenlos nutzen können. In einschlägigen Kreisen finden deshalb inzwischen auch Begrüßungs- und Verabschiedungsformeln wie „2x44“ als Ersatz für „88“ Verwendung.

„14“ – Steht für die „Fourteen Words“ (= „vierzehn Worte“) des Satzes: „We must secure the existence of our people and a future for white children.“ (= „Wir müssen den Fortbestand unseres Volkes und eine Zukunft für weiße Kinder sichern“). Die „vierzehn Worte“ – in der deutschen Übersetzung sind es nur dreizehn – sind die Zusammenfassung eines rassistischen Weltbildes zu einem kurzen „Glaubensbekenntnis“. ¹⁰¹ Seit den 1990er Jahren findet man die „14“ auch bei deutschen

⁹⁹ Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, „Nazi-Outing – Aktivitäten sächsischer Linksextremisten erreichen eine neue Qualität“, Mitteilung auf der Internetseite des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen vom 09.12.2013 und Tom Mannewitz, „Nazi-Outing“ Ziele, Funktionen und Probleme, Dossier Linksextremismus der Bundeszentrale für politische Bildung vom 21.05.2012.

¹⁰⁰ Chiffrieren bedeutet, ein System von Geheimbotschaften für die Kommunikation zu verwenden, bei dem Zahlen oder Buchstaben eine neue Bedeutung erhalten. Nur in das System der Verschlüsselung Eingeweihte verstehen die Botschaften.

¹⁰¹ Dieses Bekenntnis soll auf den 2007 verstorbenen amerikanischen Rechtsextremisten David Lane zurückgehen. Die Ideologie hinter den „vierzehn Wörtern“ besagt, es gäbe eine „weiße Rasse“, die allen anderen „Rassen“

Rechtsextremisten: Als Aufdruck auf T-Shirts, Gürteltaschen, sowie Aufnähern, als Tätowierungen und auch in der rechtsextremen Musikszene.

„1488“ – Ist die Kombination aus den „Fourteen Words“ und der Chiffre für den Hitlergruß oder auch den „88 Precepts“ (= „88 Grundsätze“) des amerikanischen Rechtsextremisten David Lane. „1488“ ist die international am stärksten verbreitete Chiffre der rechtsextremen Szene und beispielsweise auch unter polnischen und russischen Rechtsextremen sehr populär. In Deutschland ist sie auch beliebt als Bestandteil von Kfz-Kennzeichen.

„18“ – Steht als Chiffre für den ersten (A) und den achten Buchstaben (H) im Alphabet. „AH“ steht als Synonym für Adolf Hitler. Die „18“ wird gerne als Motiv genutzt, beispielsweise auf T-Shirts mit Aufschriften wie „Division 18“ oder „18 – OLD SCHOOL RASCIST“ (= „Adolf Hitler – Rassist alter Schule“)

„28“ – Steht für den zweiten und den achten Buchstaben im Alphabet. BH steht für „Blood and Honour“ (oder auch „B&H“; siehe auch Die „White Supremacy“-Nazis in Deutschland). „Blut und Ehre“ war das Motto der nationalsozialistischen Hitlerjugend (HJ). Die Aufforderung „28 Supporter“ (= „Blut-und-Ehre Unterstützer“) ist ein beliebtes Motiv für Aufnäher, Aufdrucke auf Textilien und Aufkleber an Fahrzeugen gewaltbereiter Rechtsextremisten.

„C18“ – Das C steht für „Combat“ (= „Kampf“/„Gefecht“), 18 steht für den ersten und den achten Buchstaben im Alphabet: AH (Adolf Hitler). „C18“ kann man als „Kampfgruppe Adolf Hitler“ übersetzen. Es handelt sich um den bewaffneten Arm von „Blood & Honour“. Die Parole „Support C18!“ (= „Unterstütze die Kampfgruppe Adolf Hitler!“) ist eine Aufforderung zur Unterstützung der terroristischen Gruppierung.

„168:1“ – 168 Menschen tötete 1995 der amerikanische Rechtsterrorist Timothy McVeigh bei einem Bombenanschlag auf ein Regierungsgebäude. 1997 wurde McVeigh für seine Tat zum Tode verurteilt und 2001 hingerichtet. „168:1“ basiert auf einer Aussage McVeighs, die Bilanz seiner Taten sei „positiv“, er habe „gewonnen“, da die Anzahl der getöteten „Feinde“ sein eigenes Opfer überwiege. Der Zahlencode „168:1“ wird von Rechtsextremisten verwendet, die rassistischen Terrorismus bejahen.

„311“ – Steht für dreimal den elften Buchstaben des Alphabets (dreimal K). KKK ist die Abkürzung für den Ku-Klux-Klan (KKK). Der KKK wurde ursprünglich im 19. Jahrhundert als Geheimbund weißer, protestantischer Rassisten in den USA gegründet, der die Unterdrückung von Schwarzen, Juden, Katholiken und Homosexuellen als Teil eines „göttlichen Plans“ sah. Der KKK ist für zahlreiche Terrorakte und Morde verantwortlich. Das Symbol des KKK ist ein brennendes Kreuz.

„444“ – Steht für viermal den vierten Buchstaben im Alphabet. „444“ verschlüsselt die Losung „Deutschland den Deutschen“. Die Losung wendet sich gegen Bevölkerungsgruppen und Religionen, die von Rechtsextremisten nicht als Deutsche akzeptiert werden, also beispielsweise Deutsche mit Migrationshintergrund, Asylsuchende, Muslime und Juden.

Datumsangaben als Codes

„20.4.“ – Steht für den 20. April, den Geburtstag Adolf Hitlers. Rechtsextremisten drücken damit ihre Verehrung für den nationalsozialistischen „Führer“ aus.

überlegen sei. Dieser „master race“ (= „Herrenrasse“) drohe jedoch der Untergang, wenn sie mit den „minderwertigen Rassen“ „vermischt“ werde. Um „die Zukunft für weiße Kinder zu sichern“, müsse die Vermischung von Rassen verhindert werden, ebenso wie „Beeinflussungen“ durch die jüdische, christliche sowie die muslimische Religion.

„**13.2.**“ – Der 13. Februar 1945 ist das Datum der verheerenden Luftangriffe auf Dresden, die von den Rechtsextremisten als „Kriegsverbrechen“ oder „Mord“ deklariert werden. Graffiti mit Parolen wie „13.2. – DENK DRAN!“ fordern auf, das Ereignis als „Verbrechen am deutschen Volk“ nicht zu vergessen.

„**17.8.**“ – Am 17. August 1987 beging Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß (siehe auch Falsche Vorbilder: Rudolf Heß) im Kriegsverbrechergefängnis Spandau Selbstmord. Rechtsextremisten konstruieren aus dem Vorfall die Verschwörungstheorie, der 93-jährige sei durch „Geheimdienste ermordet“ worden („17.8.1987 – DAS WAR MORD!“).

Verdeckte Buchstabencodes der Rechtsextremisten

„**HooNaRa**“ (gesprochen „Hu-na-ra“) – ist ein Akronym für „Hooligans – Nationalisten – Rassisten“. „HooNaRa“ ein beliebter Schlachtruf, mit dem sich Rechtsextreme bei Sportveranstaltungen Gehör verschaffen wollen, um eine Politisierung der Hooliganszene zu fördern.

„**ZOG**“ – Bedeutet „Zionist Occupied Government“ (= „Zionistisch besetzte Regierung“). Unter deutschen und amerikanischen Rechtsextremisten ist dies eine sehr beliebte Abkürzung. Der Begriff „ZOG“ wurde in den 1970er Jahren durch den amerikanischen Rechtsextremisten Eric Thompson geprägt. Er knüpft an den nationalsozialistischen Wahn einer angeblichen „jüdischen Weltherrschaft“ an. Rechtsextremisten behaupten, die Regierungen USA, Deutschland und weitere Länder würden von „den Juden gesteuert“. Das Feindbild ist „USRAEL“ (= Kunstwort von Rechtsextremisten, eine Verbindung der Worte USA und Israel).

„**WP**“ – Steht für „White Power“ (= „weiße Macht“), zugehöriges Symbol ist eine stilisierte weiße Faust. „White Power“ war ursprünglich die Losung des Ku-Klux-Klans. Der Brite Ian Stuart Donaldson formte daraus den Schlachtruf der internationalen Rechtsrockszene (siehe auch Rechtsextreme Musik). Zusammenfassend steht „WP“ für die nazistische und rassistische Theorie von der Vorherrschaft der „weißen Rasse“, ebenso wie die verbreitete Formel „WPWW“ („White Pride World Wide“ = „weißer Stolz weltweit“).

„**RAHOWA**“ – Steht für den „Racial Holy War“ (= „heiliger Rassenkrieg“) und ist ein beliebter Schlachtruf auf rechtsextremen Konzerten sowie ein Erkennungszeichen in Internetforen. Die Verwendung von „RAHOWA“ propagiert einen Krieg gegen fremde Völker, Ethnien und Religionen, ähnlich den Kreuzzügen des Mittelalters.

„**A.C.A.B.**“ – Steht für „All Cops Are Bastards“ (= „Alle Polizisten sind Bastarde“). Auch die Zahlenkombination „1312“ (erster, dritter, erster und zweiter Buchstabe im Alphabet) bedeutet „ACAB“. Der Ausdruck kommt ursprünglich aus der englischen Punk- und Skinheadszene. Rechtsextremisten verwenden diese Parole heute ebenso wie linksextreme Autonome, Rocker, Straßengangs und Hooligans. „ACAB“ hat Eingang in die milieutypische Musik gefunden und wird als Aufdruck auf rechtsextremer Kleidung vertrieben.¹⁰²

Lesetipps:

- Viele zivilgesellschaftliche Initiativen und praktisch alle Verfassungsschutzbehörden bieten im Internet Informationsbroschüren über rechtsextremistische Codes an. Eine der besten davon ist vom Landesamt für Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommerns, online abrufbar.

¹⁰² Wird „ACAB“ als Ansprache an Polizisten gerichtet, kann dies juristisch als Beleidigung verfolgt werden. Voraussetzung ist allerdings, entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die Beleidigung „Bastard“ hinreichend deutlich gegen einen einzelnen Polizisten gerichtet sein müsse. Andernfalls falle „ACAB“ unter den Schutzbereich des Art. 5. Abs. 1 GG (Meinungsfreiheit). Siehe das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2016.

Rechtsextreme Dresscodes

Jan Christoph Rödel

Kleiden sich Rechtsextremisten mit Bomberjacke, schwarzen Stiefeln und dazu einem kahlrasierten Schädel? Oder mit Trachtenhemd, Scheitel und Schnauzer? Das war einmal. Moderne Rechtsextremisten kleiden sich heute nicht mehr martialisch wie Skinheads oder stolzieren in Uniformen zu Demonstrationen. Die Zeiten ändern sich. Rechtsextreme haben ihre eigenen Bekleidungsmarken. Sie sind oft dezent und unauffällig. Doch es gibt einige Merkmale, die dabei helfen, sie an ihren Dresscodes zu erkennen.

Die rechtsextreme Szene kann man anhand ihres äußeren Erscheinungsbildes idealtypisch in drei Gruppierungen einteilen:

„Die Scheitel“: Ihr Habitus orientiert sich am „Dritten Reich“. Vorbild für Frisur und Kleidung ist Adolf Hitler. Solche völkischen Neonazis verstehen sich als Elite und als letzte Kämpfer gegen alles Moderne. Den „Zeitgeist“ und Konzessionen anderer Rechtsextremisten an ihn lehnen sie ab.

„Die Glatzen“: Es handelt sich um Neonazis, die den Stil der britischen Skinhead-Subkultur pflegen. Ihr Outfit orientiert sich am Habitus der britischen Arbeiter der 1960er Jahre: Kurzhaarfrisur, Jeans mit Hosenträgern und Boots. Sie kleiden sich martialisch und kampfbereit. Damit fühlen sie sich als die letzten „richtigen Männer“. Maskulines Verhalten und hohe Gewaltbereitschaft prägen ihren Stil.

Die „Autonomen Nationalisten“: Sie tragen die Kleidung der Skater-, Hardcore- oder Hip-Hop-Szene. Optisch unterscheiden sie sich stark von den etablierten Rechtsextremisten und orientieren sich an eher linken Jugendkulturen. Sie treten bevorzugt in Großstädten auf. Manche von ihnen haben die Dresscodes der autonomen Linken übernommen: Palästina-Tücher, Sonnenbrillen auch am Abend, Piercings, schwarze Kapuzenpullover und Baseballcaps mit Buttons; allerdings mit Aufdrucken wie „I LOVE NS“ = „Ich liebe Nationalen Sozialismus“ oder „KEIN BOCK AUF ANTIFA“). Dazu tragen sie Turnschuhe. Ihr Stil ist modisch und vor allem diskret: Bei „Demos“ oder „Sprühaktionen“ sind sie von anderen Gruppierungen kaum zu unterscheiden. Ihre Ideologie ist zwar der „Nationale Sozialismus“, doch ihr Lifestyle ist attraktiver und für viele Jugendliche salonfähig: Lehrer und Eltern stellen keine unangenehmen Fragen. Rechtsextreme Symboliken sind bei ihnen oft derart verschlüsselt, dass nur „Eingeweihte“ sie erkennen (siehe auch Rechtsextreme Codes).

Auch die von Rechtsextremisten bevorzugten Bekleidungsmarken lassen sich in unterschiedliche Kategorien einteilen.

Die Kleidung der Rechtsextremisten

Rechtsextreme Kleidung lässt sich in vier Kategorien einteilen:

- 1. Kategorie:** Bekleidungsmarken, die auch von Rechtsextremen getragen werden. Solche Marken haben keine direkten Bindungen an die rechtsextreme Szene. Etliche dieser Marken haben sich im Gegenteil bereits deutlich von Rassismus und Rechtsextremismus distanziert. „Lonsdale“ ist ein traditionelles britisches Boxsport-Label aus London. Es ist nach dem Earl of Lonsdale benannt und wurde 1960 in London gegründet. Viele weltberühmte Boxer wurden von Lonsdale ausgestattet, unter anderem Muhammad Ali und Mike Tyson. Schnell erlangte die Sportmarke Kultstatus über den Boxsport hinaus. Bei Jugendlichen aus der Ska und der

Skinhead-Szene waren von Lonsdale mit dem Markennamen bedruckte Shirts begehrt. Später erlangte die Sportmarke auch in der rechtsextremen Szene große Beliebtheit. Denn wird der Schriftzug unter einer geöffneten Jacke getragen, so ist die Buchstabenreihe „NSDA“ zu erkennen. Rechtsextremisten fehlt bei „NSDA“ nur ein Buchstabe zur geschätzten Abkürzung NSDAP. Lonsdale startete 2003 eine Kampagne mit dem Titel „Lonsdale loves all colours“ und beliefert heute bewusst keine bekannten Geschäfte von Rechtsextremisten. Das Schriftdesign des Labels, die sich zur Mitte hin verkleinernden Buchstaben, wirkte nachhaltig stilbildend für neu entstehende rechtsextreme Marken.

Auch das britische Label „Fred Perry“, das schon vor der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten gegründet wurde, widerfuhr Ähnliches wie Lonsdale: Die Sportmarke des Tennisspielers Fred Perry wurde zur beliebten Marke in der Skinhead-Szene und dann auch bei Rechtsextremisten. Die schätzten die Polohemden mit dem Siegerkranz als Emblem, besonders wenn die Farben des Polos in Schwarz, Weiß und Rot (= die Farben des deutschen Kaiserreiches und auch der Reichsflagge im Nationalsozialismus) gehalten waren.

Auch „Ben Sherman“ war in zahlreichen britischen Jugendkulturen verbreitet, bevor das Label bei Rechtsextremen beliebt wurde.

Der amerikanische Bekleidungshersteller „Alpha Industries“ machte die Rechtsextremen durch den Stil seiner Jacken (unter anderem der „Bomberjacke“, die Alpha Industries für das US-Militär produziert) auf sich aufmerksam. Weiterhin ähnelt das Logo von Alpha Industries dem Zivilabzeichen der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA).

Die Outdoor-Marke „Helly Hansen“ wurde schlichtweg deshalb von Rechtsextremisten entdeckt, weil sie das HH im Logo hat. Sie unterlegen ihm die Bedeutung „Heil Hitler“.

Beim Sportartikel-Hersteller „New Balance“ wurde das Interesse der Rechtsextremen durch das Logo, ein großes „N“, geweckt. In der rechtsextremen Szene werden mit diesem „N“ die Begriffe „Nationalsozialismus“ oder „Nationalist“ assoziiert.

Die meisten dieser Kleidungsmarken haben aufgrund der Ausweitung des Angebotes an rechtsextremen Eigenmarken an Bedeutung für die Szene verloren.

2. Kategorie: Bekleidungsmarken, die bewusst auch rechtsextreme Zielgruppen ansprechen.

Die Marketingkonzepte dieser Firmen sind auf Käufer aus „gewaltorientierten“ Szenen (Hooligans, Skinheads, Rocker) spezialisiert. Sie spielen und kokettieren mit dem Image gewaltbereiter „Gesetzloser“. Deshalb werden diese Bekleidungsmarken auch gerne von Rechtsextremisten getragen. Diese gewinnorientiert arbeitenden Firmen haben zwar teilweise Verbindungen in die rechtsextreme Szene, gelten aber nicht als rechtsextreme Modemarken. Zu ihnen zählen beispielsweise „Troublemaker“ (= „Krawallmacher“) aus dem Raum Fürth, „Pit Bull“ aus Frankfurt am Main und „Dobermann“ aus dem Raum Kassel, beide benannt nach Kampfhunderassen, sowie „Hooligan Streetwear“ und „Pro Violence“ (= „Für Gewalt“) aus Hamburg.

3. Kategorie: Bekleidungsmarken speziell für rechtsextreme Zielgruppen

Verfassungsschützer bezeichnen diese Marken als „szenetypische Bekleidung“ und Erkennungsmerkmal von Rechtsextremisten. Die Firmen sind gewinnorientiert. Sie bemühen sich, keinen Anlass für Verbote ihrer Kollektionen zu liefern. Denn das würde ihrem Geschäft schaden. Die nachstehend aufgeführten Modemarken werden jedoch auch von Personen getragen, die nicht der rechtsextremen Szene angehören.

Die Marke „Consdaple“ aus Erding bei Landshut lehnt sich mit dem Design ihres Schriftzuges an das englische Label Lonsdale an. Als Lonsdale begann, Programme gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu unterstützen, wandte sich die rechtsextreme Szene ab. Consdaple entdeckte die entstehende Marktlücke. Das Wort ist nur scheinbar der englischen Sprache entlehnt. Wichtig ist nur, dass der Schriftzug „NSDAP“ vollständig zu erkennen ist. Über dem Schriftzug befindet sich oft ein Logo, welches dem im Nationalsozialismus verwendeten

Reichsadler ähnlich sieht. Personen, die den Schriftzug der Marke unter einer offenen Jacke tragen, droht allerdings Strafverfolgung.¹⁰³

„Thor Steinar“ (Thor = altnordischer Donnergott) ist eine erfolgreiche und bekannte „Kultmarke“ in rechtsextremen Kreisen, aber auch darüber hinaus. „Mediatex“ in Königs Wusterhausen, die Thor Steinar vertreibt, existiert seit 2002 und wurde 2008 an einen Investor mit Sitz in Dubai verkauft. Qualitativ hochwertig und modisch auf dem Stand der Zeit, können Rechtsextreme durch das Tragen der Marke ihre Gesinnung zeigen. Die Marke Thor Steinar und ihre Ladengeschäfte standen schon oft im Fokus der Öffentlichkeit. Es gab verschiedene Versuche, Thor Steinar juristisch zu belangen.¹⁰⁴ Typisch für die Marke sind heute das Logo mit der Gebo-Rune und die Verwendung der norwegischen Flagge. Die Motive für die Textilien sind oft der altnordischen Mythologie entlehnt; dabei spielt der „Thorshammer“ des Donnergottes eine herausgehobene Rolle.

Die Marke „Erik & Sons“ versucht, an den Erfolg von Thor Steinar in der rechtsextremen Szene anzuknüpfen. Im rechtsextremen Versandhandel ist Erik & Sons auf die gleiche Zielgruppe ausgerichtet. Hier wird die Naudiz Rune als Logo genutzt. Beispielsweise werden Bilder bewaffneter Krieger unter der Überschrift „Viking Attack“ (= „Wikinger-Angriff“) auf hochwertige Kapuzenpullovern oder Jacken gedruckt.

„Ansgar Aryan“ heißt eine weitere populäre Marke, die seit 2009 aus dem thüringischen Oberhof vertrieben wird. Ansgar Aryan spielt gerne mit Wikinger-Ästhetik. Aber auch Motive der Hardcore-Szene oder der deutschen Wehrmacht werden genutzt. Neben Symbolen wie der Triskele, einer Art dreiarmliges Hakenkreuz, prangen Sätze wie „Gott mit uns“, der Losung auf den Gürtelschnallen deutscher Soldaten im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Auch an historische Ereignisse wird erinnert: „17. JUNI 1953 BESATZER RAUS“¹⁰⁵, heißt es auf einem Kapuzensweatshirt.

„Rizist“ ist eine Bekleidungsmarke, die durch ihre Logos und Schriftzüge im Graffiti-Stil versucht, neue Zielgruppen zu erschließen. Der Name ergibt phonetisch das englische „resist“, also „widerstehen“, und knüpft damit eher an linksextreme Rhetorik an. Baseball Caps, Baggy Hosen und Windbreaker gehören zum Sortiment für das städtische Publikum. Rizist wendet sich auch an die „Autonomen Nationalisten“ (AN): Rechtsextreme, die die Kleidung der Skater- und Hip-Hopper-Szene schätzen. Rizist wird über Bekleidungsgeschäfte und den rechtsextremen Versandhandel vertrieben.

Die Marken „Hatecrime“ („Hassverbrechen“), „H8-Society“ („Hassgesellschaft“) oder „H8wear“ („Hasskleidung“) sollen Fans von „Hatecore“/ „NSHC“ („National Socialist Hardcore“ = rechtsextreme Variante von Hardcore-Musik) ansprechen.¹⁰⁶ Die Marken „Masterrace Europe“ („Herrenrasse Europa“) sowie „Werwolf“ haben einen relativ offensichtlichen Bezug zum Nationalsozialismus und sind auch nur in der rechtsextremen Szene verbreitet.

4. **Kategorie:** Kleidung von Neonazis für Neonazis ohne eigenes Label.

¹⁰³ Nach einem Urteil durch das Landgericht Neuruppin vom 17. Februar 2010 (14 NS 146/09) kann man für das Tragen der Kleidungs-marke Consdaple wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB) bestraft werden.

¹⁰⁴ Das ursprüngliche Logo von Thor Steinar bestand aus der Kombination zweier germanischer Runen. Diese Runen wurden jeweils im Dritten Reich verwendet und sind heute verboten. Thor Steinar entwarf 2005 ein neues, unverfänglicheres Logo. Zuvor hatten deutsche Gerichte das alte Logo als strafbar eingestuft. Der norwegische Staat verklagte Thor Steinar wegen der intensiven Verwendung der norwegischen Flagge aufgrund „widerrechtlicher Verwendung staatlicher Hoheitszeichen“.

¹⁰⁵ Am 17.06.1953 erhob sich die Bevölkerung der DDR gegen das sozialistische SED-Regime. Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen. Rechtsextremisten versuchen, dieses Ereignis zu vereinnahmen.

¹⁰⁶ „H8“ = Lautschrift in englischer Sprache für „hate“ („Hass“). Rechtsextremisten spielen auf das Konzept der „Hatecrimes“ (= „Hassverbrechen“) an. „Hatecrimes“ sind in den USA auf Betreiben der Bürgerrechtsbewegungen gesetzlich definiert und werden schwer bestraft. Dies soll gesellschaftlichen Minderheiten Schutz durch den Rechtsstaat garantieren. Rechtsextremisten haben somit die Bezeichnung eines Straftatbestandes zu einem in ihren Augen erwünschten Sozialverhalten umgedeutet.

Solche Eigenprodukte werden über den Versandhandel sowie bei Konzerten vertrieben und kaum über Ladengeschäfte verkauft. Nach dem Inhalt kann man vier Motivgruppen unterteilen:

- Verherrlichung des historischen Nationalsozialismus (Aufdruck nationalsozialistischer Symbole, zumeist in verfremdeter Form): Beispiele dafür sind zum Teil verbotene nationalsozialistische Symbole wie das „Keltenkreuz“, die „Wolfsangel“, die Odal-Rune, die „Triskele“, die „schwarze Sonne“, der Gauwinkel oder die Reichskriegsflagge.
- Aufgreifen heidnischer oder esoterischer Symboliken; hierzu gehören letztlich alle nicht durch den Nationalsozialismus belasteten Runen, der Rückgriff auf germanische und nordische Mythen und Symboliken.
- Bezüge zu rechtsextremer Musik und Lifestyle: Weit verbreitet sind Merchandise Artikel von rechtsextremen Bands, beispielsweise der verbotenen Gruppe „Landser“ oder ihrem Nachfolger „Lunikoff Verschwörung“. Dresscodes sind beispielsweise die Titel von CDs („Rock gegen ZOG“ = „Rock gegen zionistisch besetzte Regierungen“) oder einzelne Textpassagen von Landser wie „STELLT SE ALLE ANNE WAND UND FEUER!“
- Logos rechtsextremistischer Organisationen: Sie wirken meist auch zur Einschüchterung des politischen Gegners. Dazu zählen die „White Power“-Faust sowie Hammer und Schwert als Erkennungszeichen von Rassisten. Die Kopie des Symbols der Antifaschistischen Aktion, eine schwarze und eine rote Fahne, werden von den „Autonomen Nationalisten“ verwendet. Sie tragen Kleidung mit Schriftzügen wie „NATIONALE SOZIALISTEN“, „NATIONALER SCHWARZER BLOCK“, „Anti-Capitalist“ („Gegen Kapitalismus“) in den typischen Coca-Cola-Schrifttypen oder „GOOD NIGHT LEFT SIDE“ (= „gute Nacht, linke Seite“).

Eine besondere Vorliebe haben Rechtsextremisten für geheime Codes und (versteckte) Drohungen, die sie in vielfältiger Weise auch auf bedruckten Textilien zur Schau stellen. Beispielsweise werden T-Shirts mit dem Schriftzug „DIVISION 88“ (= „Division Heil Hitler“) getragen. Wer sich besonders martialisch geben will, demonstriert Verbundenheit mit der Terrorgruppe „Combat 18“ („C18“) (siehe auch Die „White Supremacy“-Nazis in Deutschland). Rechtsextreme Textilien sind beispielsweise mit dem Aufdruck „Combat 18 Actiongroup“, „TERRORMASCHINE COMBAT 18“ oder mit Motiv Bombe mit Zeitzünder versehen: „COMBAT 18 PARCEL SERVICE“ („Kampfgruppe Adolf Hitler Paket-Service“). Als Anspielung auf die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) tragen T-Shirts den Aufdruck: „KILLER DÖNER NACH THÜRINGER ART“.

Rechtsextremismus als „Event“: Rechtsextreme Musik – zwischen Propaganda, Nachwuchswerbung und Profit

Elmar Vieregge

Nach dem Untergang des „Dritten Reichs“ stand die rechtsextremistische Szene Deutschlands vor dem Problem der Überalterung. Mit ihrer rückwärtsgerichteten Ausrichtung bot sie jungen Menschen nur wenige für sie interessante Anknüpfungspunkte. Seit Mitte der 1980er Jahre spricht sie jedoch Jugendliche stärker an und gewinnt dadurch Nachwuchs. Ein Mittel dafür ist der Einsatz von Musik.

„So klang es damals“ - Erinnerungen an das Dritte Reich

Zunächst hatte der Einsatz von Musik noch einen Bezug zur Zeit der NS-Diktatur. Er erfolgte durch Schallplatten, mit historischen Aufnahmen von SA-Märschen oder Propagandaliedern. Deren Vertreter gaben vor, durch ihre „So klang es damals“ oder „Aus dem Führerhauptquartier“ betitelten Tonträger lediglich geschichtliche Ereignisse zu dokumentieren. Allerdings kombinierten sie die Musikstücke mit einst im Radio ausgestrahlten Wehrmachtsberichten oder Hitler-Reden, wodurch sie Rechtsextremisten einen Bezug zu der von ihnen verherrlichten Vergangenheit und deren Musik boten.

Liedermacher - mit der Gitarre gegen die Demokratie

Für ein eigenes Musikschaffen sorgen seit den 1980er Jahren rechtsextremistische Liedermacher, die sich mit Gesang und Gitarre den Stil linker Musiker zum Vorbild nehmen. Der einflussreichste Vertreter des Genres ist der seit dieser Zeit aktive Frank Rennie. Er beschönigt einerseits die NS-Diktatur, indem er etwa den einstigen „Stellvertreter des Führers“ mit den Worten „Mit Rudolf Hess ist uns ein Held geboren“ verherrlicht.¹⁰⁷ Andererseits wendet er sich in seinen Liedern gegen die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse. Diese Kombination macht ihn zu einer Art musikalischer Verbindung zwischen der sogenannten Erlebnisgeneration und jüngeren Rechtsextremisten.

Skinheadrock - Gewaltaufrufe für Straßenschläger

An jüngere Zuhörer richtet sich die Rockmusik der Skinheads. Deren Subkultur entstand in den 1960er Jahren ohne extremistischen Hintergrund unter englischen Arbeiterkindern, die auch von jamaikanischen Musikern beeinflusst waren. Anfang der 1980er traten jedoch rassistische Bands auf, denen eine neonazistische Unterwanderung eines Teils der Subkultur gelang. Entscheidend war dabei der 1993 verunglückte englische Sänger Ian Stuart Donaldson mit seiner Band „Skrewdriver“ und dem von ihm mitbegründeten Skinhead-Netzwerk „Blood and Honour“ (siehe auch Die „White Supremacy“-Nazis in Deutschland). Er nutzte einen sich stilistisch an der 1977 entstandenen Punk-Musik orientierenden Street-Rock, um musikinteressierte Jugendliche zu beeinflussen. In Deutschland wurde die bis 2003 bestehende Rockgruppe „Landser“ zur bekanntesten Formation. Die von Michael „Lunikoff“ Regener geführte Band verherrlichte das „Dritte Reich“, forderte die Beseitigung der Demokratie, beleidigte Juden und rief zu Gewalt gegen Ausländer auf. Dabei bezeichneten sich die Bandmitglieder als „Terroristen mit E-Gitarre“¹⁰⁸ und erklärten ihre Absicht, „den Hass und die Emotionen“ zu schüren¹⁰⁹.

Da musikalische Gewaltaufrufe zu behördlichen Konzertverboten führten, ging die Szene dazu über, heimliche Auftritte zu organisieren und Besucher über Kontrollposten zu lotsen. Dadurch bietet sie

¹⁰⁷ Frank Rennie, Auslese (CD aus 1993), Damals im Mai (Lied 12).

¹⁰⁸ Landser, Ran an den Feind (CD aus 2000), Rock gegen ZOG (Lied 2).

¹⁰⁹ Landser, Republik der Strolche (CD aus 1996), Landser (Lied 1).

heute ein Freizeitangebot an, welches Eingeweihten auch das Gefühl gibt, Teil eines rebellischen Untergrunds zu sein. Zudem umgehen einige Bands staatliche Reaktionen, indem sie sich auf Songs mit gemäßigten Texten beschränken. Dazu gehört die Gruppe „Die Lunikoff Verschwörung“, die Regener gründete, nachdem ein Gericht „Landser“ als kriminelle Vereinigung einstufte und er eine Gefängnisstrafe verbüßen musste.

NS-Hatecore – Hass als Lebensgefühl

Zu einem Missbrauch eines subkulturellen Musikstils kommt es auch im Fall des NS-Hatecore. Er entstand, nachdem sich zunächst innerhalb des Punk eine Hardcore genannte Variante gebildet hatte, aus der sich Ende der 1980er Jahre der über einen besonders aggressiven Stil verfügende Hatecore entwickelte. Rechtsextremisten begeistern sich für den Stil und verbreiteten Songs, in denen sie ihren Hass auf die Demokratie und auf Minderheiten auszudrücken. Ein Vertreter des nach dem Skinhead-Rock zweitgrößten Teils der rechtsextremistischen Musikszene ist die deutsche Band „Brainwash“. Sie verkündet ihren Hass auf die von Rechtsextremisten auch als „Auserwählte“ bezeichneten Juden mit den Zeilen: „Hate is what leads us / Hate is our battle cry ... We hate everything that's different / Especially the chosen one.“¹¹⁰

NS-Black Metal - heidnisches Kriegerum im Rassenkampf

Eine weitere Betätigung erfolgt im Black Metal, einer düsteren Variante des Heavy Metal. Sie thematisiert Satan und das vorchristliche Heidentum der Germanen, um einen Menschen zu fordern, der ein von eigener Stärke geprägtes Leben ohne religiös-moralische Beschränkungen führt. Während der Black Metal an sich keine politisch-extremistische Ausrichtung hat, greifen mehrere rechtsextremistisch motivierte Bands den Stil auf und propagieren einen mitleidlosen Rassenkrieger im Sinn des Nationalsozialismus. So sah etwa die Band „Absurd“ die „Existenz des deutschen Volkes“ gefährdet und rief mit dem Bild eines mit einem Sturmgewehr bewaffneten Mannes zu „Taten“ auf.¹¹¹

Dark Wave - kultureller Faschismus im Tarnanzug

Um die Jahrtausendwende begannen einige Musikgruppen, rechtsextremistische Inhalte in die Subkultur des in den 1980er Jahren entstandenen Dark Wave einzubringen. Da dieser von einer großen Weltoffenheit geprägt ist, erfolgt in der Regel keine offene Agitation. Stattdessen wird durch Anspielungen an bestimmte kulturelle Aspekte für einen neuen europäischen Faschismus geworben. Deutlich positionierte sich hingegen die deutsche Gruppe „Von Thronstahl“, als sie eine ihrer CDs der „Division Charlemagne“ widmete, einem einst aus französischen Freiwilligen zusammengestellten Verband der Waffen-SS¹¹². Letztendlich konnten Rechtsextremisten nur eine geringe Wirkung im Dark Wave entfalten und ihre Einflussnahmeversuche blieben ein Randphänomen.

Techno und Schlager - zwischen Provokation und Propaganda

Rechtsextremistische Musiker wissen, dass eine Betätigung in einem ihren Weltbild entgegenstehenden Stil die Aufmerksamkeit der Medien provoziert. So lehnen sie eigentlich Techno und Schlager als Erscheinungen einer aus ihrer Sicht degenerierten Spaßgesellschaft grundsätzlich ab. Wenngleich diese Stile deshalb keine eigentliche Bedeutung für die rechtsextremistische Musikszene haben, nutzten einige Personen sie zur Verbreitung ihrer Propaganda. So verbreitete etwa ein „DJ Adolf“ im Internet mit Techno-Beats unterlegte Ausschnitte aus Reden von Adolf Hitler und Joseph Goebbels. Im Bereich der Schlagermusik missbrauchte ein sich „Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten“ nennendes Projekt

¹¹⁰ Brainwash, Hate is our justice (CD aus 2007), Hate is our justice (Lied 1).

¹¹¹ Absurd, Wehrwolfthron (CD aus 2001), Booklet, S. 3, 4.

¹¹² Von Thronstahl, Imperium Internum (CD aus 2000), Booklet, S. 12.

bekannte Stimmungshits, indem es deren Melodien mit Texten versah, in denen es unter anderem den Willen zur revolutionären Beseitigung der Bundesrepublik bekundete¹¹³.

Hip Hop – „Sprechgesang für die Nation!“

Ein mehr als ungewöhnliches Betätigungsfeld rechtsextremistischer Musiker ist der Hip Hop, da ihre Szene dem von Afro-Amerikanern geschaffenen Stil aus rassistischen Gründen feindlich gegenübersteht. Dennoch nutzen ihn einzelne Personen. Darunter sind die Mitglieder des sich bereits durch seinen Namen als neonazistisch charakterisierenden „n'Socialist Soundsystem“ (Enesess), das Hip Hop als „Propagandamittel für die Bewegung“ einsetzt.¹¹⁴

Warum das alles?

Das stärkste musikalische Engagement erfolgt im Skinheadrock. Der Bedeutung nach folgen der NS-Hatecore, der Bereich der Liedermacher und der NS-Black Metal. Obwohl andere Musikstile nur eine Randbedeutung haben (Dark Wave), skurrile Einzelpersönlichkeiten sind (Techno und Schlager) oder eigentlich szenefremd bleiben (Hip Hop), betätigen sich Bands und Liedermacher in unterschiedlichen Musikstilen. Dies hat mehrere Gründe. Zunächst besteht ein aufrichtiges Interesse vieler junger Rechtsextremisten an Musik und an subkulturellen Erscheinungen. Für sie sind die konspirativen Konzerte subkulturelle Freizeitangebote, durch die persönliche Kontakte und emotionale Bindungen entstehen. Darüber hinaus dient Musik als Transportmittel für Propaganda und wird eingesetzt, um als Rahmenprogramm politische Veranstaltungen interessant zu machen. Zudem dient sie zur Nachwuchswerbung unter Jugendlichen, etwa durch die kostenlose Verteilung sogenannter Schulhof-CDs. Dazu kommt ein nicht zu unterschätzender, äußerst profaner Grund - der Gelderwerb. So konkurrieren mehrere Szenevertriebe um Marktanteile und Geschäftemacher verbreiten Schwarzpressungen. Damit existieren genug Gründe, um dafür zu sorgen, dass Musik auch zukünftig ein zentrales Feld rechtsextremistischen Handelns sein wird.

¹¹³ Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten, Braun is beautiful (CD aus 2004), Was wollen wir singen (Lied 8).

¹¹⁴ Enesess, Das Soundsystem, http://www.enesess.befehlston.com/?page_id=2, abgerufen am 12.02.2014.

Rechtsextremismus erkennen

Rudolf van Hüllen

Der Gesetzgeber hat nach 1945 beschlossen, die Symbole des untergegangenen Nationalsozialismus aus dem öffentlichen Raum zu verbannen. Das Verbreiten und Nutzen solcher Symbole, außerdem die Diffamierung bestimmter Bevölkerungsgruppen, ist in Deutschland strafbar (§§ 86, 86a und 130 StGB). Rechtsextremisten können also gerade die von ihnen geschätzte politische Symbolik nicht öffentlich zur Schau stellen, wenn sie nicht mit dem Gesetz in Konflikt kommen wollen. Um diese Verbote zu umgehen, haben sie eine Menge Codes und Rituale entwickelt, die ihnen dabei helfen, sich untereinander zu erkennen und versteckte Botschaften zu senden.

Bevor man also rechtsextreme Strategien durchschauen kann, gilt es sie zu erkennen. Woran kann man einen Rechtsextremisten erkennen? Das wird in dieser Kategorie im Folgenden behandelt.

Rechtsextremismus im Fußball

Erik Schlegel

In deutschen Fußballstadien kommt es immer wieder zu hör- und sichtbaren rechtsextremen, fremdenfeindlichen und rassistischen Vorfällen. Ihre Stärke und die Intensität sind ortsabhängig. Rechtsextremismus in den Stadien ist subtiler geworden, was ihn nicht abschwächt oder ungefährlicher macht. Gezielt versuchen Rechtsextremisten, Fanszenen der Vereine zu unterwandern und in den Stadien öffentlichkeitswirksam ihre politischen Ansichten zur Schau zu stellen. Sie nutzen dabei das starke gesellschaftliche Interesse sowie die hohe Medienpräsenz und -reichweite des Sports für ihre Zwecke aus.

Die deutsche Fußballfankultur ist durch den Gegensatz der spielenden Mannschaften sowie ihrer zuschauenden Fangemeinden geprägt. Diese sehen sich als homogene Gruppen, sie vereint die Anhängerschaft zu „ihrem Verein“. Dem stehen die Fangemeinden anderer Klubs gegenüber. Daraus können sich über Fangesänge und -aktionen schnell einfache Freund-Feind-Stereotype bilden. Die eigene Fangemeinde wird dabei als „gut“, also höherwertig wahrgenommen, die des Gegners als „böse“, also minderwertig. Stadien sind Orte ungehemmter Atmosphäre und Emotionalität. Das erleichtert vielen Fans den Übergang von üblichen Provokationen des Gegners zu rechtsextremen Diffamierungen.

Der Grad der rechtsextremen Provokation hängt maßgeblich von den Einstellungsmustern in den Fangemeinden ab. Die Mehrzahl der Fans besitzt keine rechtsextreme Orientierung. Alltagsrassistische und fremdenfeindliche Vorurteilmuster können jedoch durch die Emotionalität des Spiels zu einem unreflektierten Handeln führen, das sich nicht zuletzt gegen Spieler der gegnerischen Mannschaft richtet. Dennoch ist die deutsche Fanszene nicht per se fremdenfeindlich oder rassistisch, denn einschlägige Äußerungen werden meist durch einzelne Gruppen oder Personen in die Stadien getragen. Der Umgang mit rechtsextremen Vorfällen hängt hingegen von der Positionierung der Fangruppen und Vereine ab. Niveau und Intensität rechtsextremer Verhaltensweisen variieren von Stadion zu Stadion, wobei rechtsextreme Sprüche und Handlungen nicht nur auf die Fankurven beschränkt bleiben.

Während offener Rechtsextremismus in den Stadien der Profiligen leicht abnimmt bzw. stagniert, kommt es vermehrt zu subtilen Ausdrucksformen von Rechtsextremismus. Sie sind nicht mehr durch das Zeigen von verfassungsfeindlichen rechtsextremen Symbolen bestimmt, sondern eher vom Tragen einschlägiger Kleidung sowie rechtsextremen Insidern bekannter Symbolik (siehe auch Rechtsextreme Codes). Ein Grund hierfür ist die stärkere Sanktionierung offen rechtsextremer Handlungen durch die Vereine.

Rechtsextreme Verhaltensweisen werden aber nicht nur subtiler und sind dadurch weniger leicht zu erkennen, sie verlagern sich zudem vom Stadion auf die An- und Abfahrtswege zum Spiel, außerdem von den Profiligen auf den Amateurfußball. Nach wie vor gibt es Versuche des organisierten Rechtsextremismus, in Fußballstadien Nachwuchs zu rekrutieren. Organisierte Rechtsextreme bemühen sich, Stadien zu Freiräumen für ihre Meinungsäußerungen und Symboliken umzufunktionieren. Das vermeintlich Unpolitische steht dabei zunächst im Vordergrund. Unter dem Deckmantel des Rechts auf freie Meinungsäußerung werden rechtsextreme Parolen und Symbole in die Stadien transportiert, öffentlichkeitswirksam zur Schau gestellt und als Protest gegen das „System“ gebündelt. Rechtsextreme Vorfälle können für die Vereine zu einem erheblichen Imageschaden führen, der sich beispielsweise im Verlust von Sponsorengeldern niederschlägt.

Neben dem DFB gehen Vereine, einzelne Spieler und Mannschaften sowie Fanbeauftragte, Fangruppen und -projekte gegen rechtsextreme Äußerungen und Aktionen in den Stadien vor. Am wirksamsten ist hierbei eine kontinuierliche, konstruktive und vernetzte Zusammenarbeit der genannten Akteure. Dazu müssen Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit, aber auch pädagogische Ansätze, Bildungsarbeit und eine Sanktionierung einschlägiger Handlungen ineinandergreifen. Maßnahmen, die gemeinsam mit den Fans entwickelt und umgesetzt werden, sind dafür besonders geeignet.

Lesetipps:

- Jonas Gabler, Ultrakulturen und Rechtsextremismus. Fußballfans in Deutschland und Italien, Köln 2009.
- Ronny Blaschke, Angriff von Rechtsaußen. Wie Neonazis den Fußball missbrauchen, Göttingen 2011.

Rechtsextremismus im Internet

Christoph Bernstiel

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, dass Rechtsextremisten das Internet für sich nutzen. Neu ist jedoch, auf welche Methoden sie dabei zurückgreifen und mit welchen Themen sie versuchen, Unterstützer zu finden. Viele rechtsextremistische Botschaften sind auf den ersten Blick gar nicht mehr als solche zu erkennen. Häufig ist genau dies auch das Ziel.

Die Internet-Offensive

In den letzten 20 Jahren hat sich nicht nur das Internet weiterentwickelt, sondern auch dessen Nutzer. Onlinekommunikation findet nicht mehr nach dem Sender- und Empfängerschema statt, sondern im Dialog. Soziale Netzwerke, Blogs, Foren, Chats, Foto- und Videoplattformen bieten zahlreiche Möglichkeiten, um sich auszutauschen. Was im allgemeinen Sprachgebrauch als Social Media bezeichnet wird, hat die Art und Weise, wie wir kommunizieren, grundlegend verändert. Heutzutage kann jeder, der einen Computer oder ein Smartphone besitzt, mühelos Informationen verbreiten und einem großen Kreis von Interessierten zugänglich machen. Die Qualität oder der Wahrheitsgehalt der Information sind in diesem Zusammenhang nahezu irrelevant (siehe auch Informationen im Internet richtig deuten). Jeder kann im Internet beinahe alles posten und behaupten.

In Deutschland gibt es zwar Gesetze, welche unter anderem die Verbreitung von Kinderpornografie, Aufrufe zu Straftaten oder nationalsozialistische Propaganda unter Strafe stellen. Das Internet macht aber anonyme Veröffentlichungen möglich und stoppt nicht an Landesgrenzen. Darüber hinaus ist es nahezu unmöglich und gleichermaßen ungesetzlich, die gesamte Onlinekommunikation permanent zu überwachen. Genau diesen Umstand machen sich Rechtsextremisten zu Nutze, um neue Anhänger zu werben, ihre Botschaften zu verbreiten oder vermeintliche Erfolge zur Schau zu stellen. Für diese Zwecke nutzen sie nicht nur eigene Websites. Längst haben Rechtsextremisten YouTube, Facebook, Twitter und andere bekannte Plattformen für sich entdeckt. Egal ob Finanzkrise, Hochwasser oder Arbeitslosigkeit: Rechtsextremisten haben auf scheinbar alles eine einfache Antwort. Ihre Botschaften sind dabei eher allgemein gehalten und möglichst mehrheitsfähig formuliert. So klingen Forderungen wie „Todesstrafe für Kinderschänder“, „Unsere Heimat, unser Recht“ oder „sofortige Rückkehr aller deutschen Soldaten aus dem Ausland“ auf den ersten Blick nicht rechtsextrem.

Wie sich Rechtsextremisten im Internet präsentieren wollen, verrät ein Auszug aus der „Deutschen Stimme“ (März-Ausgabe 2010), der Parteizeitung der NPD:

„Anonyme Nationalisten und in gesellschaftlicher Selbstisolation verharrende Kameraden werden hier nicht benötigt. Das Profil sollte möglichst einen offenen Menschen beschreiben, einen Menschen mit Humor, Beruf, Hobbys, ernstzunehmenden Interessen, Literatur- und Musikgeschmack. Ihr solltet schon einiges über euch verraten. Nur das bindet andere an euer Profil, schafft Sympathien, bringt einen ins Gespräch, lädt zum Lachen oder Nachdenken ein. Humor ist in dieser virtuellen Welt, auf diesen sozialen Plattformen, mit am wichtigsten. Bei der Beschreibung von Eigenschaften, Hobbys und Interessen sollte also nicht bissig, klischeehaft oder wortkarg vorgegangen werden. Auch Fotoalben von Feiern, Freizeitaktivitäten, Haustieren und Familie sollten hochgeladen werden. Bedenkt, dass die Leute von heute etwas sehen wollen.“

Doch man sollte sich von scheinbar sympathischen Autoren und ihren Botschaften nicht täuschen lassen. Denn hinter vielen Aussagen steckt das erklärte Ziel, Vertrauen zu schaffen und sich in ein vermeintlich demokratisches Licht zu rücken, um rechtsextremes Gedankengut gesellschaftsfähig zu machen und um neue Anhänger zu rekrutieren. Doch wer sich in die Hände von Rechtsextremisten

begibt, der wird schnell feststellen, dass es um Hass statt Toleranz, um Gewalt statt Protest und um Macht statt Teilhabe geht. Vorsicht ist spätestens dann geboten, wenn von „Überfremdung“, „Nationaler Bewegung“, „Weltjudentum“ oder gar „Holocaust-Lüge“ die Rede ist. Verdächtig ist auch, wenn sich „Freunde“ nach nordischen Gottheiten nennen oder sich auf Fotos mit einschlägigen Symbolen schmücken (siehe auch Destruktive Mythen im Rechtsextremismus und Rechtsextreme Codes sowie Rechtsextreme Dresscodes). Wer im Internet auf so etwas stößt, der kann mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass er es mit Rechtsextremisten zu tun hat.

Rechtsextremisten als „Kümmerer“

Rudolf van Hüllen

Rechtsextremisten mit Glatze, Baseballschläger und Schnürstiefeln - dieses Klischee entspricht nicht mehr den Realitäten eines „modernen“ Rechtsextremismus (siehe auch Rechtsextreme Dresscodes). Der versucht, sich ein Stück weit vom Image des gewalttätigen Schlägers zu befreien und für den Durchschnittsbürger akzeptabel zu erscheinen. Rechtsextremismus will „normal“ werden - dazu muss er sich äußerlich „normal“ verhalten. Ihn und seine Strategien zu erkennen ist damit schwieriger geworden. Während Neonazis in Großstädten ihr Erscheinungsbild an Mainstream-Jugendkulturen angepasst haben (siehe auch „Autonome Nationalisten“), verfolgen Rechtsextremisten in ländlichen Regionen andere Strategien der „Normalisierung“.

Wo die Zivilgesellschaft schwach, für junge Leute wenig „los“ ist und Menschen eher ab- als zuwandern, dienen sie sich als heimatverbundene Lokalpatrioten an, die sich für die Region oder Kommune nützlich machen. Als die Menschen nach 1989 durch die rasanten Veränderungen verunsichert und oft auch vereinsamt waren, nannte man so jemanden einen „Kümmerer“. Der hörte zu, gab Ratschläge und vermittelte das - nicht selten trügerische - Gefühl, dass einem geholfen wurde. In diese Rolle schlüpfen Rechtsextremisten gern - und verkaufen zugleich ihr politisches Programm dem zumeist arglosen Bürger mit.

Welche rechtsextremistischen Symbole sind strafbar?

Rudolf van Hüllen

Der Gesetzgeber hat nach Gründung der Bundesrepublik beschlossen, die Zeichen und Symbole des untergegangenen Nationalsozialismus aus dem öffentlichen Raum zu verbannen. Das ist weltweit recht einmalig, hat aber gute Gründe: Den Überlebenden der NS-Opfer und ihre Nachkommen sollte nicht zugemutet werden, unversehens mit den Symbolen des Terrorregimes konfrontiert zu werden. Aus vergleichbaren Gründen haben auch einige osteuropäische Länder die Symbole kommunistischer Gewaltherrschaft verboten.

Die beiden einschlägigen Bestimmungen im Strafgesetzbuch beziehen sich auf die „Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen“ (§ 86 StGB) und auf das „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ (§ 86a StGB). Die Organisationen sind vor allem die historische NSDAP, ihre sämtlichen Nebenorganisationen wie z.B. Hitlerjugend (DAF) und Deutsche Arbeitsfront (DAF), aber auch die vom Bundesverfassungsgericht oder den Innenministerien seit 1949 verbotenen rechtsextremistischen Organisationen. Kennzeichen, so bestimmt das Gesetz, seien „namentlich Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußformen“ (§ 86 a Abs. 2 StGB). Vereinfacht kann man sich merken: Das Zeigen und Verbreiten sämtlicher Symbole, die auch von den Organisationen der Nationalsozialisten verwendet wurden, fällt darunter. Das gilt im Prinzip auch dann, wenn deren Symbole von älteren, unbelasteten Vorbildern übernommen wurden. Das Hakenkreuz z.B. ist ursprünglich ein Fruchtbarkeitssymbol aus asiatischen Kulturen; und viele nordische und germanische Runen sind natürlich nicht als Symbole der Nazis entstanden. Strafbar sind diese nur, wenn sie in einem politischen Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus oder dem heutigen Rechtsextremismus stehen. Wer also von einer Skandinavienreise einen mit Runen verzierten 200 Jahre alten Holzbecher mitgebracht hat, hat normalerweise nichts zu befürchten.

Staatsanwälte und Richter kennen andererseits die Tricks von Rechtsextremisten: Wenn der Holzbecher mit den auch von der Hitlerjugend verwendeten Runen den Tisch einer Geburtstagsfeier unter NPD-Mitgliedern ziert, wird es Ärger geben. Übrigens auch dann, wenn jemand einen selbstgeschnitzten Trinkbecher so verziert, dass die Verzierung den verbotenen Symbolen zum Verwechseln ähnlich sehen (§ 86 a, Abs. 2 S. 2 StGB).

Natürlich kann man die Abbildung von Hakenkreuzen und SS-Runen nicht aus Geschichtsbüchern oder historischen Dokumenten in Archiven tilgen. Deshalb hat der Gesetzgeber in § 86 Abs. 3 und § 86a Abs. 3 Ausnahmen vorgesehen: Wer die verbotenen Schriften oder Symbole zur staatsbürgerlichen Aufklärung (etwa im Schulunterricht), zur Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen (etwa in Broschüren des Verfassungsschutzes), für Zwecke der Kunst (etwa in einer Ausstellung über NS-Kunst), der Wissenschaft (in einem Buch über den Nationalsozialismus), der Forschung oder der Lehre (an Universitäten z.B.), der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte (z.B. in Fernsehsendungen zur NS-Zeit oder zum aktuellen Rechtsextremismus) verwendet, macht sich nicht strafbar.

Grundsätzlich gilt aber: Das Kokettieren mit NS-Symbolen, das Grölen von entsprechenden Parolen, die saloppe Anspielung auf so etwas am Biertisch, das alles ist – egal ob strafbar oder nicht – keine „lustige“ Provokation. Es verletzt Menschen, die selbst oder deren Familien unter den Verbrechen des Nationalsozialismus gelitten haben, zutiefst. Und es sollte deshalb auch auf sofortigen couragierten Widerspruch stoßen, wenn man es bei anderen wahrnimmt.

Lesetipps:

- Die Homepages fast aller Verfassungsschutzbehörden bieten Broschüren zum Download darüber an, welche Symbole und Propagandamittel verboten und strafbar sind.
- Das wohl bekannteste „Propagandamittel“ des Nationalsozialismus war Adolf Hitlers „Mein Kampf“. Es konnte in Deutschland nicht nachgedruckt werden: Das Bundesland Bayern konnte das als „Rechtsnachfolger“ des damaligen Verlages (beschlagnahmtes NS-Vermögen) im Wege des Urheberrechts verhindern. Das galt bis Ende 2015 – abgesehen davon, dass man sich den Text natürlich schon lange zuvor über das Internet beschaffen konnte. Zu diesen schwierigen Fragen informiert man sich z. B. bei der Bundeszentrale für politische Bildung: „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 43-45/2015 vom 19. Oktober 2015, online auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung verfügbar.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)